DIE PERIODISCHE WIRTSCHAFTSPUBLIZISTIK IM ZEITALTER DES KAMERALISMUS

Ein Beitrag zur Entwicklung der Wirtschaftsfachzeitschrift im 18. Jahrhundert.

Dissertation
zur Erlangung des sozialwissenschaftlichen Doktorgrades der Wirtschafts-und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Georg-August-Universität zu Göttingen

vorgelegt
von
Dr. phil. Hansjürgen Koschwitz
aus Schwedt/Oder

Göttingen 1968

DIE PERIODISCHE WIRTSCHAFTSPUBLIZISTIK IM ZEITALTER DES KAMERALISMUS

Ein Beitrag zur Entwicklung der Wirtschaftsfachzeitschrift im 18. Jahrhundert.

Dissertation
zur Erlangung des sozialwissenschaftlichen Doktorgrades der Wirtschafts-und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Georg-August-Universität zu Göttingen

vorgelegt

von

Dr. phil. Hansjürgen Koschwitz
aus Schwedt/Oder

Göttingen 1968

Berichterstatter: Professor Dr. Wilmont Haacke

Mitberichterstatter: Professor Dr. Wilhelm Abel

Tag der mündlichen Prüfung: 5. Juli 1968

UNIV.
LEIDEN
BIBL.

Inhaltsübersicht:

Seite

I. Einleitung: Die Fachzeitschrift und der Aufschwung der Wirtschaftswissenschaften im 18. Jahrhundert

1.) Die Zeitschrift als Medium der Aufklärung 1
2.) Voraussetzungen für das Entstehen der wissenschaftlichen Fachpresse 10
3.) Zur Abgrenzung des Terminus Wirtschaftszeitschrift 13
4.) Zum Problem ihrer Erforschung 16
5.) Der Begriff Kameralismus 18

II. Hauptteil: Das Entstehen der Wirtschaftszeitschriften und ihre Entwicklung bis Schlözer

1.) Julius Bernhard von Rohrs Anregung zur Gründung von Wirtschaftsjournalen 25
2.) Justus Christoph Dithmars "Oeconomische Fama". (1729-1733)
a) Der Herausgeber und sein Werk 29
b) Die Struktur der "Oeconomischen Fama" 31
c) Die Kennzeichnung der "Oeconomischen Fama" als Zeitschrift durch die publizistikwissenschaftlichen Grundbegriffe (Periodizität, Kontinuität, Kollektivität, Aktualität, Soziabilität) 33
d) Das Programm der Zeitschrift 40
e) Wirtschaft, Staat und Gesellschaft in der Darstellung der "Oeconomischen Fama" 43
f) Die Wirkung der Zeitschrift auf die zeitgenössische Öffentlichkeit 45
g) Die Zeitschrift im Urteil der Nachwelt 49

Seite

3.) Georg Heinrich Zinckes "Leipziger Sammlungen". (1742-1767)
a) Der Herausgeber und sein Werk 51
b) Zinckes Idee zur Gründung einer Wirtschaftszeitschrift 52
c) Die Struktur der "Leipziger Sammlungen" 55
d) Die Kennzeichnung der "Leipziger Sammlungen" als Zeitschrift durch die publizistikwissenschaftlichen Grundbegriffe 58
e) Das Programm der Zeitschrift 65
f) Wirtschaft, Staat und Gesellschaft in der Darstellung der "Leipziger Sammlungen" 70
g) Probleme der Publizistik 87
h) Die Wirkung der Zeitschrift auf die zeitgenössische Öffentlichkeit 104
i) Die Zeitschrift im Urteil der Nachwelt 112

4.) Peter Freiherr von Hohenthals "Oeconomische Nachrichten". (1749-1763)
a) Der Herausgeber und sein Werk 114
b) Die Struktur der "Oeconomischen Nachrichten" 115
c) Die Kennzeichnung der "Oeconomischen Nachrichten" als Zeitschrift durch die publizistikwissenschaftlichen Grundbegriffe 116
d) Das Programm der Zeitschrift 118
e) Die Landwirtschaft in der Darstellung der "Oeconomischen Nachrichten" 122
f) Probleme der Publizistik 127
g) Die Wirkung der Zeitschrift auf die zeitgenössische Öffentlichkeit 134

5.) Der Beginn des Fachgesprächs zwischen den Wirtschaftszeitschriften ("Leipziger Sammlungen" und "Oeconomische Nachrichten") 139

6.) Johann Heinrich Gottlob von Justis "Neue Wahrheiten". (1754-1758)
a) Der Herausgeber und sein Werk 145
b) Die Struktur der Zeitschrift 147
c) Das Programm der Zeitschrift 149

Seite

d) Wirtschaft, Staat und Gesellschaft in der Darstellung der "Neuen Wahrheiten" 152
e) Die Wirkung der Zeitschrift auf die zeitgenössische Öffentlichkeit 158

7.) Justis "Fortgesetzte Bemühungen." (1759-1761)
a) Die Struktur der Zeitschrift 162
b) Das Programm der Zeitschrift 163
c) Wirtschaft, Staat und Gesellschaft in der Darstellung der "Fortgesetzten Bemühungen" 167
d) Probleme der Publizistik 172
e) Die Wirkung der Zeitschrift auf die zeitgenössische Öffentlichkeit 175

8.) Justis "Göttingische Policey-Amts Nachrichten". (1755-1757)
a) Zur Vorgeschichte der "Göttingischen Policey_Amts Nachrichten" 177
b) Die Struktur des Intelligenzblattes 179
c) Das Programm des Intelligenzblattes 181
d) Wirtschaft, Staat und Gesellschaft in der Darstellung der "Göttingischen Policey-Amts Nachrichten" 185
e) Probleme der Publizistik 195
f) Die Wirkung des Intelligenzblattes auf die zeitgenössische Öffentlichkeit 212

9.) Justi als Publizist 217

10.) Die periodische Wirtschaftspresse von Justi bis Schlözer im Überblick
a) Wirtschaft, Staat und Gesellschaft in der Darstellung der Fachzeitschriften 224
b) Probleme der Publizistik 249

III. Schlußbetrachtung: Die Wirtschaftszeitschriften als Publizistik der Aufklärung 264

Verzeichnis der benutzten Quellen 272

Literaturverzeichnis 278

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41544311_0009

I. Einleitung:

Die Fachzeitschrift und der Aufschwung der Wirtschaftswissenschaften im 18. Jahrhundert

1.) Die Zeitschrift als Medium der Aufklärung

Nach Immanuel Kants im Jahre 1784 in der "Berlinischen Monatsschrift" prägnant formulierter Definition ist Aufklärung "der Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit" [1]. Unmündigkeit, so schrieb Kant, sei das "Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen." Selbstverschuldet wäre sie dann, wenn der Mut hierzu fehle. Sapere aude! Diesen Imperativ erklärt Kant zum Wahlspruch der Aufklärung. Gleichzeitig laute ihr Gebot, sich von Aberglauben und Vorurteilen zu lösen.

Während die Aufklärung in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts allmählich und ohne nach außen sichtbare Erschütterungen von den Ideen des Liberalismus abgelöst wurde [2], ist sie als die beherrschende Geistesbewegung der ersten Jahrhunderthälfte anzusehen. Neben der Säkularisierung des Denkens und der Entdeckung der Psychologie war das wachsende Verständnis für die Naturwissenschaften als Grundlage und Voraussetzung technisch-wissenschaftlichen Fortschrittes das Hauptmerkmal dieser Epoche [3]. Die Wissenschaften wurden stärker als im vorangehenden Jahrhundert gefördert [4]. Einzelne Disziplinen, denen bislang Anerkennung und Würdigung versagt geblieben waren, fanden größere Aufmerksamkeit.

Ebenso nahmen die zeitgenössischen Kommunikationsmittel einen beachtlichen Aufschwung. Die Intensivierung aller Zweige des wissenschaftlichen Lebens und die ständig

---

1) IV. Bd, 12.Stück Dezember, S.481 in dem Aufsatz: "Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?", S.481-494.
2) Vgl.: Fritz Valjavec, Die Entstehung der politischen Strömungen in Deutschland 1770-1815, München 1951,S.15.
3) Vgl.: Leo Just, Der aufgeklärte Absolutismus. In: Handbuch der Deutschen Geschichte, Bd.2, IV. Abschnitt, Konstanz 1956, S.6
4) Vgl.: Bruno Gebhardt, Handbuch der Deutschen Geschichte; Bd.2, herausgegeben von Herbert Grundmann, 8.Aufl.Stuttgart 1955, S.265.

fortschreitende Differenzierung der wissenschaftlichen Disziplinen bedingten ein höheres Maß an Verständigung, an Ideen- und Erfahrungsaustausch unter den beteiligten und interessierbaren Bevölkerungsgruppen.

Es wird allgemein anerkannt, daß die Aufklärung, insbesondere die politische Aufklärung, zunächst vorwiegend auf die gebildeten Schichten begrenzt blieb. Erst in einem längeren Wandlungsprozeß nahmen soziologisch weniger privilegierte Teile des Volkes an ihr teil [1]. Kennzeichnend für diese Geistesströmung war das Streben nach Öffentlichkeit, nach Publizität [2]. Es lag im Wesen der Aufklärung, daß sich die Menschen umfassende Bildung ebenso wie spezielle Kenntnisse auf einem Gebiet der Gelehrsamkeit zu erwerben suchten und diese an ein immer breiteres Publikum vermittelten [3].

Jener rege Gedanken- und Erfahrungsaustausch spielte sich auch im Bereich des Wirtschaftslebens ab. Hier standen aber vorerst keine geeigneten Medien periodischer Publizistik zur Verfügung. Lediglich die aus dem vorangehenden Jahrhundert überkommenen Meßrelationen oder Kalender dienten solchen Zwecken, allenfalls einzelne Intelligenzblätter [4]. Meßrelationen (gedruckte Berichte über Zeitereignisse, die seit dem Ende des 16. Jahrhunderts anläßlich der Leipziger und Frankfurter Messen herauskamen) und Kalender erschienen jedoch nur in größeren Abständen, so daß eine kontinuierliche Wirtschaftsberichterstattung durch sie nicht gewährleistet war. Erst allmählich gelang es, neue ädaquate Möglichkeiten und Wege der fachlichen Kommunikation zu entwickeln und auszubilden.

Neben Flugblatt, Meßrelation, Kalender, Intelligenzblatt und Zeitung wurde die Zeitschrift zum wichtigsten periodischen Kommunikationsmittel in der Epoche des

---

1) Vgl.: Just, a.a.O., S.9, ferner: Valjavec, a.a.O., S.23
2) Vgl.: Erich Everth, Die Öffentlichkeit in der Außenpolitik von Karl V. bis Napoleon, Jena 1931, S.259
3) Vgl.: Ernst Herbert Lehmann, Einführung in die Zeitschriftenkunde, Leipzig 1936, S.27
4) Vgl.: Otto Groth, Die unerkannte Kulturmacht, Grundlegung der Zeitungswissenschaft (Periodik) Bd.6, S.58 (Im Folgenden als Groth, Die unerkannte Kulturmacht, zitiert).

Rationalismus [1].

Das Medium Zeitschrift war gegen Ende des 17. Jahrhunderts in Europa entstanden. Seinen Ursprung hatte es im "Journal des Savants (Scavans)", das Denys de Sallo 1665 in Paris gegründet hatte [2]. Dieses Periodikon, das Nachrichten und Rezensionen aus verschiedenen Bezirken der damaligen Gelehrsamkeit innerhalb und außerhalb Frankreichs veröffentlichte, regte zu ähnlichen Gründungen in anderen Ländern an.

In Deutschland gelten die im Jahre 1670 zum ersten Male erschienenen "Miscellanea curiosa medicophysica", ein lediglich Ärzten und Naturkundlern gewidmetes Organ, und die 1682 von dem Leipziger Professor Otto Mencke gegründeten "Acta Eruditorum" als erste Nachfolger des "Journal des Savants" [3]. Die "Acta" Menckes hauptsächlich haben der Zeitschrift auf deutschem Boden den Weg bereitet, auch wenn ihre Herausgeber nicht auf die lateinische Sprache verzichten zu können glaubten [4]. Die in den Jahren 1688 bis 1690 von Christian Thomasius herausgegebenen "Monats-Gespräche" erschienen als erste in deutscher Sprache, was einen Bruch mit der gelehrten Tradition bedeutete und für die periodische Publizistik als entscheidende Umwälzung zu bewerten ist [5]. Die "Monats-Gespräche" stellten überdies insofern eine Neuerung dar, als sie sich nicht mit unkritischen Berichten über Schriften und Persönlichkeiten der zeitgenössischen Umwelt begnügten,

---

1) Vgl.: Otto Groth, Die Geschichte der deutschen Zeitungswissenschaft, München 1948, S.32 (Im Folgenden als Groth, Geschichte, zitiert).
2) Vgl.: René de Livois, Histoire de la presse française, I: Des origines à 1881. Lausanne - Paris 1965, S.37-40, und Madelaine Varin D'Ainvelle: La presse en France. Genèse et évolution de ses fonctions psycho-sociales, Paris 1965, S.70-72, S.95. Ferner: Joachim Kirchner, Das Deutsche Zeitschriftenwesen, Seine Geschichte und seine Probleme, Teil I, 2.Aufl. Wiesbaden 1958, S.16-17 (im folgenden als Kirchner, Geschichte, zitiert.
3) Vgl.: Kirchner, Geschichte I, S.18-20. Ferner: Robert Prutz, Geschichte des deutschen Journalismus, Hannover 1845, S.276-277.
4) Vgl.: Karl Schottenloher, Flugblatt und Zeitung, Ein Wegweiser durch das gedruckte Tagesschrifttum, Berlin 1922, S.302
5) Vgl.: Kirchner, Geschichte I, S.23

sondern durchaus Urteile und Wertungen äußerten. Das Raisonnement hielt Einzug in das deutsche Zeitschriftenwesen [1]. Hier ergab sich ein merlicher Unterschied zur Zeitung, der zunächst lediglich eine referierende Rolle zugedacht war, und der es schon gar nicht zukam, Zensuren zu erteilen. Der weitere Verlauf des 18. Jahrhunderts brachte dann auch in diesér Hinsicht eine Wandlung: die Zeitung überschritt die Grenzen der bloßen Berichterstattung und trat neben die Zeitschrift als Medium der Meinungsbildung [2]. Doch in der Frühphase der periodischen Publizistik ist es ein Vorrecht der Zeitschrift gewesen, Kritik am politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Status zu üben [3].

Bis zum Beginn der Aufklärungsepoche zeichneten sich die deutschen Zeitschriften durch einen gelehrten Charakter aus [4]. In der frühen Entwicklung des Zeitschriftenwesens waren die historisch-politischen Journale die prominenteste Gattung. Sie behandelten ausführlich das Zeitgeschehen, vorwiegend Staats- und Hofaffairen und trugen so dem Geschmack der Zeitgenossen weitgehend Rechnung. Besondere Bedeutung erlangten Christian Leonhard Leuchts "Europäische Staats-Cantzeley"(1697-1760), Reinhold Axtelmeyers "Monatlicher Staatsspiegel" (1698-1711), Philipp Balthasar Sinold von Schütz' "Europäische Fama" (1702-1735) und David Faßmanns "Gespräche in dem Reiche derer Todten" (1718-1739).

In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts setzte sich dieser Zeitschriftentypus - in veränderter Form - fort: man vereinigte das gelehrte Element mit leichteren,

---

1) Vgl.: Schottenloher, a.a.O., S.304
2) Otto Groth, Die unerkannte Kulturmacht, Bd.2, Berlin 1961, S.92
3) Vgl.: Otto Groth; Geschichte, S.57
4) Vgl.: Kirchner, Geschichte I, S.72

dem Bedürfnis nach Unterhaltung nachkommenden Themen und schuf somit die Voraussetzung für größere Breitenwirkung und Öffentlichkeit [1]. Immer mehr wurde die Zeitschrift zudem das Werk einer Gemeinschaft von Publizisten, wohingegen sie in ihrer Frühzeit häufig nur von einer einzigen Persönlichkeit redigiert und gestaltet wurde.

Bewahrt blieb stets der spezifische Charakter und Vorzug der Zeitschrift: das Ansprechen des einzelnen Lesers [2].

Neben den noch häufig nach endgültiger Gestaltung suchenden historisch-politischen und allgemein-wissenschaftlichen Journalen [3], deren zeit- und pressegeschichtliche Bedeutung durch die moderne Forschung volle Anerkennung findet [4], entstanden in den ersten Dezennien des 18. Jahrhunderts die moralischen Wochenschriften. Sie können als typisch für die damals herrschende sittlich-moralische Einstellung gelten [5]. Die Aufklärung strebte ein Leben nach den Maßstäben der Sittlichkeit und Tugend an [6] und suchte, dieses Streben in einer angemessenen publizistischen Form zu verwirklichen. "In ihr rückte die Welt des Bürgers in den Mittelpunkt". [7]

---

1) Vgl.: Everth, a.a.O., S.272-273
2) Vgl.: Wilmont Haacke, Die Zeitschrift - Schrift der Zeit, Essen 1961, S.10 (Im folgenden als Haacke, Die Zeitschrift, zitiert).
3) Vgl.: Hubert Max, Wesen und Gestalt der politischen Zeitschrift, Essen 1942, S.54-55
4) Der Standpunkt Ludwig Salomons, daß "keins dieser Journale einen tieferen Wert besaß", ist als überholt abzulehnen; vgl.: Ludwig Salomon, Geschichte des Deutschen Zeitungswesens von den ersten Anfängen bis zur Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches, 1.Bd. Oldenburg-Leipzig 1900, S.177.
5) Vgl.: Walter Oberkampf, Die zeitungskundliche Bedeutung der moralischen Wochenschriften, Ihr Wesen und ihre Bedeutung, Phil.Diss. Leipzig 1934, Ferner: Hans A.Münster, Die moderne Presse, Bd.I, Die Presse in Deutschland, Bad Kreuznach 1955, S.9
6) Vgl.: Lehmann, a.a.O., S.38
7) Kirchner, Geschichte I, S.54

Die Sittenschriften fußten stark auf englischen Vorbildern, so auf Richard Steeles 1709 gegründetem "Tatler", Steeles und Joseph Addisons seit 1711 herausgegebenem "Spectator" und auf Steeles "Guardian" von 1713 [1].

Bedeutsamer war eine weitere Neuerung auf dem Gebiete der periodischen Publizistik im Zeitalter der Aufklärung: das wissenschaftliche Fachzeitschriftenwesen [2]. Die Fachzeitschrift entstand aus der Notwendigkeit größerer und intensiverer Kommunikation unter den durch spezielle gesellschaftliche, kulturelle, religiöse, wirtschaftlich-technische oder musische Interessen verbundenen Schichten und Bevölkerungsgruppen. Sie verdankte ihr Entstehen und ihre Blüte dem wissenschaftlichen Erkenntnisdrang und den Fortschritten auf allen Gebieten der Gelehrsamkeit, welche die Epoche des Rationalismus mit sich brachte. Andererseits trug die periodische Fachpresse in hohem Maße dazu bei, die Wissenschaften zu fördern und wissenschaftliche Ideen und Anregungen einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. "Zeitschriften sind ein Abbild des wissenschaftlichen und technischen Strebens sowie der seelischen Triebkräfte jedes Zeitalters, in ihnen spiegelt sich menschliches Können und Wollen vielleicht genauer als in manchem Buche wider!" [3] Sie nahmen die vielfältigsten Strömungen und Geisteshaltungen in sich auf und zeugten von den mannigfachen Auseinandersetzungen, die jene Epoche bewegten. Die große Zahl der in ihnen zu Worte kommenden Individuen gibt dem heutigen Leser ein wirklichkeitsnahes Bild des zeitgenössischen Lebens. Sie bleiben gleichsam Dokumente lebendiger Geschichte, wie sie ein einzelner, nur dem eigenen Urteil verhafteter Gelehrter nicht in gleicher Weise schaffen und der Nachwelt überlassen kann. "Die Zeitschrift ist jeweils Schrift ihrer Zeit. Für spätere Zeiten überlebt sie als Schrift früherer Zeit." [4]

---

1) Kirchner, Geschichte I, S.55
2) ebenda, S.72 ff.
3) ebenda, S.72
4) Haacke, Die Zeitschrift, S.254

Von etwa 1720 ab wurden zahllose historische, theologische, juristische, kameralistische, pädagogische, philosophische, medizinische und naturkundliche Organe gegründet, ebenso wie Periodika, die Fragen des Theaters, der Literatur und Künste oder der Unterhaltung zum Gegenstand hatten.

Schließlich trugen Wirtschaftszeitschriften dem ständig wachsenden Bedürfnis nach Information über alle Bezirke der Landwirtschaft wie des aufblühenden Manufakturwesens Rechnung. Otto Groth stellt fest, daß das "Periodikum bereits im 18. Jahrhundert ... durch seine Berichterstattung und Belehrung der Wirtschaft erhebliche Dienste leistete." [1)]

Aus den Fachperiodika aller Richtungen spricht das Vorwärtsdrängen zu neuen und gesicherteren Erkenntnissen in den Einzeldisziplinen der wissenschaftlichen Welt. Die Fachzeitschrift wurde zu dem wichtigsten Medium der gegenseitigen Verständigung und des Meinungs- und Erfahrungsaustausches mit den nach fachlicher Vervollkommnung strebenden Mitmenschen.

Anzumerken ist, daß es im 18. Jahrhundert nicht zu einer allgemein-gültigen Abgrenzung und Definition des Begriffes "Zeitschrift" kam [2)]. Trotz mannigfacher Umschreibungsversuche gelang es nicht, die einzelnen Gattungen der periodischen Publizistik streng voneinander abzusondern und ihre spezifischen Merkmale sicher herauszuarbeiten. Unter Zeitschriften verstand man lediglich periodisch erscheinende wissenschaftliche Mitteilungen einzelner Herausgeber oder gelehrter Societäten. Bald bezog man auch die politischen Zeitschriften mit ein [3)]. Die Begriffe "Zeitung" und "Zeitschrift" wurden nicht selten unterschiedslos gebraucht, obwohl bereits in der umfangreichsten Enzyklopädie der frühen Aufklärung, dem von Johann Heinrich Zedler herausgegebenen Universal-Lexikon, beide getrennt erschienen. In diesem Werk wurden Zeitschriften (noch als Journale oder Tagebücher bezeichnet) folgendermaßen

---

1) Die unerkannte Kulturmacht, Bd.6, S.58. Hingegen bedarf die an gleicher Stellung getroffene Feststellung Groths, die wirtschaftlichen und technischen Fachzeitschriften seien erst in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts entstanden, der Korrektur.

2) Vgl.: Groth, Geschichte, S.52 und Joachim Kirchner, Die Grundlagen des deutschen Zeitschriftenwesens, Teil I; Leipzig 1928, S.14 (Im folgenden als Kirchner, Grundlagen, zitiert).

3) Vgl.: Kirchner, Grundlagen I, S.14.

definiert: "Bey den Gelehrten ist ein Journal so viel, als eine Schrifft von etlichen wenigen Bogen, deren darinne enthaltene Materien und Abhandlungen, aus einer andern weitläufftigeren Schrifft kurtz zusammen gezogen sind, und dem Leser dasjenige in beliebter Kürtze auf einmahl vor Augen stellen, was er hier nicht ohne viele Weitläufftigkeit, Mühe und Zeit durchlesen kan. Diese Tage-Bücher der Gelehrten werden auch Monatliche Schrifften oder Monats-Schrifften genennet, weil jeden Monat eine dergleichen Schrifft pflegt in dem Druck gegeben zu werden." [1] Zeitungen hingegen wurden als "gedruckte Blätter umschrieben, "so in grossen, sonderlich in Handels-Städten, wöchentlich ein oder mehrmahlen ausgegeben werden, und darinnen zu lesen ist, was merckwürdiges in der Welt vorgefallen." [2]

Es fällt auf, daß man diese beiden wichtigsten Gattungen der periodischen Publizistik ausschließlich nach äußeren Kriterien bewertete und voneinander sonderte [3]. Die spezifischen Wesensmerkmale und Eigenheiten dieser Medien sind noch nicht erfaßt worden. Erst das 20. Jahrhundert ist zu gültigeren Formulierungen gelangt [4].

Für das 18. Jahrhundert hat Joachim Kirchner eine Begriffsbestimmung der "Zeitschrift" gegeben, die allgemeine Würdigung erfahren hat. Nach eingehenden Studien und Untersuchungen der Journalliteratur des 17. und 18. Jahrhunderts formulierte er: "Die Zeitschrift des 17. und 18. Jahrhunderts ist eine mit der Absicht der unbegrenzten Dauer begründete, in mehr oder weniger regelmäßigen Zeitabschnitten erscheinende und für einen im allgemeinen begrenzten Interessentenkreis durch mechanische Vervielfältigung hergestellte Publikation, deren einzelne Stücke als die (periodisch) wiederkehrenden Teile eines einheitlich geleiteten Ganzen erkennbar sind, und die innerhalb ihres besonderen Fach- oder Wissens-

---

1) Großes vollständiges Universal-Lexicon Aller Wissenschafften und Künste, 41.Bd., Leipzig-Halle 1744, Sp.1474.
2) ebenda, 61.Bd. 1749, Sp.799
3) Vgl. hierzu auch: Groth, Die unerkannte Kulturmacht, Bd.1, S.383
4) Vgl. Wilmont Haacke, Wesensmerkmale der Presse. In: Die Zeitschrift - Schrift der Zeit, S.215-223.
Ferner Groth, Die unerkannte Kulturmacht, Bd.1, S.397: "Das einheitliche Prinzip, das der Trennung von Zeitung und Zeitschrift zugrundeliegt, ist die Begrenzung des Unbegrenzten. Haben wir die Zeitung als die Unbegrenzte be-

gebietes eine Mannigfaltigkeit des Inhalts anstrebt." [1] Lediglich das von Kirchner angegebene Merkmal der "unbegrenzten Dauer" ist auf Bedenken gestoßen.

Wesentliche Unterschiede zwischen der Zeitschrift des 18. Jahrhunderts im Vergleich zu derjenigen der Gegenwart zeigen sich in der häufig zu beobachtenden individuellen Herausgeberschaft und Redaktion, während die Gemeinschaftsleistung eines Mitarbeiterstabes zum Kennzeichnen des modernen Zeitschriftenwesens geworden ist [2]. Des weiteren hielt man im 18. Jahrhundert die zeitlich genau fixierte Erscheinensweise (Periodizität) nicht immer streng ein.

Der Terminus "Zeitschrift" war bis zum Ende des 18. Jahrhunderts noch nicht geläufig. Ausgehend vom "Journal des Savants" und bedingt durch den gelehrten Ursprung des Journalismus in Deutschland waren lateinische oder französische Titel am Anfang des Zeitschriftenwesens populär und gebräuchlich [3]. "Tagebuch", die Verdeutschung des französischen Ausdruckes "Journal", hat sich als Titel nicht durchsetzen können, obgleich man dieses Wort nicht selten im damaligen Sprachgebrauch im Sinne von Zeitschrift verwendete [4]. Hingegen wurde die Bezeichnung "Monatsschrift" in den allgemeinen Sprachschatz aufgenommen, selbst wenn sich ein Organ nur durch halbjährliche Periodizität auswies. "Periodische Schrift" war eine weitere übliche Bezeichnung dieses Mediums.

Der Ausdruck "Zeitschrift" im Sinne von Periodikon konnte bislang nicht vor dem Jahre 1784 nachgewiesen werden, als Erstquelle galt Gottfried August Bürger [5]. Jedoch ist das Wort in moderner Auffassung bereits aus Peter Freiherr von Hohenthals "Oeconomischen Nachrichten" (1749-63) zu ermitteln [6].

---

stimmt, so bestimmen wir jetzt die Zeitschrift als die Begrenzte."

1) Grundlagen I, S.32-33.
2) Vgl.: Kirchner, Grundlagen I, S.31.
3) ebenda, S.96.
4) Vgl. z.B.: Georg Heinrich Zincke, Leipziger Sammlungen, 1.Bd. 1.St. 1742, § 1, S.3: "Es ist nichts bekannter, als die zu diesen Zeiten gewöhnlichen Monaths-Schrifften und Tage-Bücher (Journale) derer Gelehrten". - Auch im genannten Zedlerschen Universal-Lexicon wird bei dem Stichwort "Journal" auf "Tage-Buch" verwiesen.
5) Vgl.: Kirchner, Grundlagen I, S.14, Anmerkung 1 und S.94.
6) Vorrede zum 3. und 4. Band; ferner 15. Band, 1763, S.801

2). Voraussetzungen für das Entstehen der wissenschaftlichen Fachpresse

Mit den Voraussetzungen für das Entstehen und Werden von wissenschaftlichen Fachzeitschriften setzte sich Wilhelm Roscher in seinem Überblick über die Geschichte der Volkswirtschaftslehre in Deutschland auseinander [1]. Größere Bedeutung könnten diese erst dann gewinnen, wenn die Wissenschaft ein bestimmtes Stadium ihrer Entwicklungsgeschichte erreicht hätte: "Die Periode abstracter Allgemeinheit und voreiliger Systematik ... muß zuvor durchgemacht sein." Zudem würden "theoretisches Interesse am Besondern, Respect vor der Beobachtung, Liebe zur praktischen Anwendung der Theorie" erfordert. Gertrud Savelsberg formulierte als Vorbedingungen für das Erscheinen von Wirtschaftsperiodika allgemeines, ausreichendes empirisches Material und entwickelte sozialwissenschaftliche Theorie [2].

Roscher nannte dann weitere Bedingungen: der Erfolg derartiger Periodika setzt einen nicht zu eng umgrenzten Kreis von kompetenten Publizisten voraus, da es dem Wesen der periodischen Presse zuwiderlaufe, nur "als Sprachrohr derselben Person oder kleinen Coterie zu dienen."

Die Entwicklung der Wirtschaftsfachpresse ~~ist~~ im 18. Jahrhundert hat Roschers Urteil durchaus bestätigt: sie gelangte erst dann zur vollen Geltung, als Fachzeitschriften das Werk einer Gemeinschaft wurden, als wachsende Universalisierung und drängende Aktualisierung "die kollektive Herstellung des periodikalischen Inhalts" erforderten [3].

---

1) Geschichte der National-Oekonomik in Deutschland, München 1874 (=Geschichte der Wissenschaften in Deutschland, Neuere Zeit, 14.Bd.), S.430-431.
2) Vgl.: Wirtschaftswissenschaftliche Zeitschriften. In: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 12.Bd., Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1965, S.410 ff.
3) Vgl.: Groth, Die unerkannte Kulturmacht, Bd.4, S.54

Doch nicht nur das Vorhandensein einer Gruppe "schriftstellernder Fachmänner" ist - nach Roscher - für das Werden der wissenschaftlichen periodischen Presse unerläßlich. In gleichem Maße bedarf es eines ansehnlichen Leserkreises, dessen Interessen nach einer gelehrten Zeitschrift "mit ihrer fachmäßigen Specialität und doch wieder Mannichfaltigkeit des Inhalts" verlangen.

Treffend beurteilte der gleiche Verfasser die Rolle des Publikums. Sie dürfe "auch in rein geistiger Hinsicht" nicht zu passiv gedacht werden. Der Leserkreis hätte gegenüber der Redaktion und deren Mitarbeiterstab ebensoviel zu bedeuten, "wie der Chor im griechischen Drama gegenüber den Schauspielern, oder wie die öffentliche Meinung gegenüber den Parteien des Landtages." [1] Mit solchen Bemerkungen wird auf die Notwendigkeit einer regen und aktiven Kommunikation zwischen Zeitschrift und Publikum hingewiesen. [2] Fachzeitschriften lassen sich auf die Dauer nur dann erfolgreich gestalten, wenn sie zu einem Forum des sachlichen und um den Fortschritt der Einzelwissenschaft bemühten Gespräches werden. Der Leser wird zum Partner, der nicht nur informiert und belehrt, sondern gleichermaßen angeregt wird, zu dem fachlichen Gedankenaustausch beizutragen. [3]

---

1) Roscher, a.a.O., S.430

2) Vgl.: Groth, Die unerkannte Kulturmacht, Bd.5, S.219: "Die Unterrichtung und Führung der Öffentlichkeit durch das Periodikum geschieht durch die Unterrichtung und Führung seines Publikums. Von seinem Publikum erfährt das Periodikum, was die Öffentlichkeit bewegt und wie es in der Öffentlichkeit wirkt, und das Publikum trägt Bericht und Urteil des Periodikums in die Öffentlichkeit. Alle Wege des Periodikums nach unten und nach oben führen über das Publikum."

3) Zum Verhältnis von Fachjournalistik und Zusammensetzung der Leserschaft vgl. auch: Robert E.Prutz, Die Geschichte des deutschen Journalismus, Hannover 1845, S.366 f.

Die periodische Fachpresse im 18. Jahrhundert konnte nur deshalb einen so beachtlichen Aufschwung nehmen, weil sie sich nicht damit begnügte, dem Leser lediglich - in der Form eines gelehrten Kompendiums - Fakten an die Hand zu geben, nur Nachrichtenstoff zu vermitteln, Wissensspeicher zu sein. Die Fachzeitschrift der Aufklärung sah ihren besonderen Sinn zusätzlich darin, den einzelnen Leser zu ermuntern, über seine Funktion in seiner politisch-sozialen Umwelt nachzudenken. Er sollte an reger Mitarbeit am Staats- und Wirtschaftsleben interessiert werden, anstatt in Passivität zu verharren.

Das Werden einzelner Wirtschaftsperiodika in der Frühphase des Fachzeitschriftenwesens legt von diesem Prozeß ein anschauliches Zeugnis ab.

3). Zur Abgrenzung des Terminus "Wirtschaftszeitschrift"

In einer Betrachtung über die Dienste, die die periodische Presse für die merkantilistisch-absolutistische Wirtschaft geleistet hat, stellt Otto Groth fest: " Die wirtschaftliche Unterrichtung und Belehrung war grundsätzlich ein Spezifikum und Vorrecht der Intelligenzblätter." [1] Erst später, in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, habe die Wirtschaftszeitschrift diese Aufgabe übernommen.

Seinem Urteil ist entgegenzuhalten, daß bereits vom zweiten-dritten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts an die Wirtschaftszeitschrift immer stärker in den Vordergrund trat und bald eine führende Rolle in der Wirtschaftsberichterstattung innehatte. Zwar wurde das Intelligenzblatt vom Staate weiter gefördert, dennoch blieb ihm größere Breitenwirkung im allgemeinen versagt.[2]

"Daß das Intelligenzblatt insbesondere in der wirtschaftlichen Berichterstattung einiges geleistet hat, beweisen die Stimmen, die auch gegen Ende des 18. Jahrhunderts aus kameralistischen Kreisen an der ursprünglichen Idee des Intelligenzblattes festhalten." [3] Dessen ungeachtet ist nicht zu bestreiten, daß diese Form der damaligen periodischen Presse im wesentlichen nicht diejenigen Bevölkerungsschichten erreichte, denen es insbesondere an Erfahrung und Wissen in der Wirtschaftspraxis und in der Wirtschaftstheorie mangelte, und die folglich am ehesten der wirtschaftlichen Aufklärung bedurften. Immer mehr wiesen zeitgenössische Kritiker auf diesen Mißstand hin.

---

1) Die unerkannte Kulturmacht, Bd.6, S.58
2) Vgl.: Hubert Max: Intelligenzblatt - Intelligenzwesen. In: Handbuch der Zeitungswissenschaft, herausgegeben von Walther Heide, Bd.II Leipzig 1942, Sp.1806-1845. Max konstatiert, daß die öffentliche Wirkung des Intelligenzblattes geringer als die der politischen Zeitungen zu bewerten ist.
3) Ebenda, Sp. 1820

Aus derlei Gründen erreichte der Staat häufig nicht das Ziel, das er sich bei der Errichtung des Intelligenzwesens gesetzt hatte: die Steigerung der Publizität für den Bereich der Wirtschaft. [1] Als weiterer Nachteil des Intelligenzblattes stellte sich heraus: trotz Eingehens auf die Wünsche und Bedürfnisse der Leserschaft entwickelte sich kaum engerer Kontakt zum Publikum. Das kommunikative Element dieser Periodika ist nur schwach erkennbar.

Die gleiche Aufgabe, insbesondere das Erzielen einer größeren Publizität auf dem Wirtschaftssektor, sollte eine andere Gattung periodischer Presse wahrnehmen: die der Wirtschaftsberichterstattung und dem wirtschaftlichen Erfahrungs- und Meinungsaustausch dienende Fachzeitschrift.

Es ist nicht zu übersehen, daß man der Entstehung und Entwicklung der Wirtschaftszeitschrift in der Epoche des Kameralismus im Rahmen der Presseforschung bislang wenig Beachtung geschenkt hat.- im Gegensatz zu der übrigen Fachpresse des 18. Jahrhunderts.[2] Möglicherweise hat die oft schwierige Abgrenzung zwischen der kameralistischen Zeitschrift im engeren Sinne und der ökonomiewissenschaftlichen Zeitschrift zu dieser Vernachlässigung beigetragen.

In der Tat ist in der Frühphase der periodischen Wirtschaftsfachpresse zwischen beiden meist keine exakte Grenze festzulegen. In vielen Zeitschriften erschienen theoretische Abhandlungen über die kameralistische Wirtschafts- und Staatspolitik neben Beiträgen zur ökonomischen Praxis. Erst in späteren Jahrzehnten wurde strenger untergliedert, es erfolgte eine systematischere Erfassung und Behandlung der einzelnen Teilbereiche des Wirtschaftslebens.

---

1) Vgl.: Hubert Max, Sp.1841

2) Die Arbeit von Gertrud Zscherneck, Die Entwicklung der Wirtschaftswissenschaftlichen Zeitschrift bis 1913, Wirtschafts- und Sozialwiss. Diss. Leipzig 1950, zählt lediglich die wichtigsten Zeitschriften auf, geht jedoch nicht auf ~~die~~ eigentlich publizistikwissenschaftliche Probleme ein, insbesondere werden in dieser Studie das Verhältnis Herausgeber - Leser und die Wirkung der einzelnen Periodika auf das Publikum übergangen.

Einige Periodika legten das Schwergewicht auf eine vorwiegend theoretische Betrachtung der kameralistischen Verwaltungslehre, andere auf die Erörterung praktisch-ökonomischer oder technischer Probleme in wirtschaftlichen Bereich. Eine eindeutige Trennung erweist sich für die Entstehungsphase der Wirtschaftszeitschrift aus diesem Grunde als häufig undurchführbar.

Zu beachten ist ferner, daß in solchen Publikationen neben den fachlichen Nachrichten, Besprechungen und Auseinandersetzungen Beiträge veröffentlicht wurden, die in keiner Verbindung zur Wirtschaftspolitik und -praxis überhaupt standen. Einmal machte sich nicht selten der Einfluß der moralischen Wochenschriften mit ihrer Betonung der bürgerlichen Tugendlehre bemerkbar. Zum anderen führte das für die Aufklärungsepoche charakteristische Interesse an der Psychologie zur Beschäftigung mit den verschiedensten menschlichen Verhaltensweisen.

Unser Ziel ist es, all diejenigen Zeitschriften zu erfassen, deren hauptsächlicher Bestandteil die Wirtschaftsberichterstattung bildet, in denen Veröffentlichungen nicht-wirtschaftlicher Thematik lediglich eine untergeordnete oder beiläufige Rolle zukommt. Somit werden allgemein wirtschaftswissenschaftliche ebenso wie ökonomiekundliche Periodika in die Untersuchung über das Entstehen und Werden der Wirtschaftsfachzeitschrift im Kameralismus einbezogen.

4). Zum Problem ihrer Erforschung

Welches Programm, welche Leitgedanken und welche publizistischen Ziele verfolgten Gründer und Herausgeber einer solchen Zeitschrift? Wie sprachen Herausgeber und Mitarbeiter die Leser an? Welche Mittel und Wege wurden ersonnen, um dem Publikum, das in den Anfängen der Wirtschaftsfachpresse erst gewonnen werden mußte, den dargebotenen Stoff nahezubringen? Mit welchen publizistisch wirkungsvollen Methoden bemühte man sich um das Ansprechen und Verständnis der bislang noch abseits stehenden und ungebildeten Volksschichten? Wie suchte man den Kontakt und den Dialog mit der Leserschaft? Wie umrissen und erfüllten die Wirtschaftspublizisten ihre gesellschaftliche Aufgabe als Vermittler von Fachwissen und als Aufklärer der Bevölkerung?[1)]

Es ist ferner zu untersuchen, in welcher Ordnung und nach welchen Maßstäben die Fülle der verschiedenen Gebiete des Wirtschaftslebens in den einzelnen Periodika aufgeführt erscheint. Beachtung verdient, wie die inhaltlich sauber gegliederte Fachschrift allmählich entstand, wie die in der Frühphase noch häufig zu beobachtenden Publikationen ohne jegliche Untergliederung der Stoffbereiche immer stärker systematisiert wurden.

---

1) Vgl. hierzu: Groth, Die unerkannte Kulturmacht, Bd.2, S.92, "Das Jahrhundert der Aufklärung verlangte zwar auch eifrig nach Tatsachen, aber zum Teil nach anderen Tatsachen und zu anderen Zwecken als das 17. Jahrhundert. Die Tatsachen, die die Aufklärung suchte und sammelte, waren nicht mehr in erster Linie die 'Ereignisse', von denen das unmittelbare Schicksal der einzelnen und der Gesamtheiten abhängt oder die das Sensationsbedürfnis befriedigen, sondern 'Kenntnisse', die das Wissen bereichern sollten; sie sollten Wissensstoff sein, Mittel der Bildung und Erziehung, sie sollten für das materielle und geistige Wohl der Menschen nutzbar gemacht werden."

Mit welchen Wirtschaftsthemen sich ein Organ vorrangig beschäftigte, welche Teilgebiete betont behandelt wurden, unter welchen Aspekten wirtschaftspraktische und wirtschaftstheoretische Probleme und Maßnahmen gesehen wurden - solche Fragen können zu einer präziseren Einordnung einer Zeitschrift führen. Die einzelnen Herausgeber und ihre Zeitschriften sollten überdies daraufhin betrachtet werden, ob sie Nachrichten und Berichte unkritisch, rein referierend veröffentlichten, oder ob sie - wie es in anderen Gattungen der periodischen Presse der Zeit der Fall war - der Beurteilung der Tatsachen und der kritischen Wertung einen gebührenden Platz einräumten. [1)]

Letztlich ist dem Problem der Publikumswirksamkeit einer Zeitschrift große Aufmerksamkeit zu schenken; welche Resonanz fand ein Organ bei den Lesern und in der zeitgenössischen Öffentlichkeit? Wie urteilte die Nachwelt über den Wert einer Zeitschrift?

Das Vorhandensein fachlicher Diskussionen zwischen einzelnen Periodika läßt auf breite Publikumswirksamkeit schließen. Fand bereits ein Gespräch von Zeitschrift zu Zeitschrift statt, dessen Beginn von der bisherigen presse-wissenschaftlichen Forschung in eine spätere Epoche datiert wurde? [2)]

Die Beantwortung der verschiedenen Fragen ist geeignet, die wirtschaftliche und gesellschaftliche Funktion der periodischen Fachpresse in demjenigen Jahrhundert aufzuzeigen, dem von Zeitgenossen das Attribut "ökonomisch" beigelegt wurde. [3)]

---

1) Vgl.: Groth, Geschichte, S.57 ff.
2) Vgl. Gerhard Menz: Die Zeitschrift als Führungsmittel, Leipzig 1935, S.28
3) Vgl.: Lausitzisches Magazin, Jg. 1772, S.318: "Eine mit Einsicht und Geschmack verfaßte ökonomische Zeitung, sollte doch in der Epoche, darinnen wir leben, und die einmal das Prädicat der oekonomischen erhalten wird, ... begierig aufgenommen werden."

5). Der Begriff Kameralismus

"Eine einheitliche Wirtschaftsauffassung und -gestaltung bestand in Deutschland im 18. Jahrhundert so wenig wie eine einheitliche Wirtschaftspolitik." [1] Die Vorstellungen und Leitgedanken der alten deutschen Kameralisten [2] und die aus westeuropäischen Staaten stammenden neuen Ideen bestimmten jedoch weitgehend jegliches wirtschaftliches Handeln.

Der Begriff Kameralismus ist nicht immer einheitlich ausgelegt und abgegrenzt worden. [3] Vielfach wurden die Vertreter dieser Wirtschaftspolitik den Merkantilisten gleichgesetzt. Sprach man von der Epoche des Merkantilismus oder des Merkantilsystems, die von der Mitte des 17. Jahrhunderts bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts, bis zum Eindringen des Physiokratismus dauerte, so gebrauchte man beide Bezeichnungen häufig gänzlich unterschiedslos. Solchen Auffassungen wurde bereits von Kurt Zielenziger widersprochen: "Er (d.i. der Kameralismus) ist eine bestimmte Art des deutschen Merkantilismus, nicht d e r deutsche Merkantilismus, denn bestimmend wirkten hier neben den nationalpolitisch-merkantilistischen Ideen gewisse volks- und privatwirtschaftliche Anschauungen mit." [4] Der Merkantilismus wird in diesem Sinne als der übergeordnete, der Kameralismus als der untergeordnete Begriff gefaßt. Merkantilismus wird eher als eine Zeitströmung denn als eine wissenschaftlich aus-

1) Wilhelm Treue, Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit, Stuttgart 1962, S.155
2) Über deren wirtschaftspolitische Ziele und Ansichten vgl.: Ingomar Bog, Der Reichsmerkantilismus, Stuttgart 1959, S.15-16
3) Vgl.: Friedrich Lütge, Deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Berlin-Heidelberg- New York 1966, S.321; ferner: Eli F. Heckscher, Der Merkantilismus, 2.Bd., Jena 1932, S.240.
4) kurt Zielenziger, Die alten deutschen Kameralisten, Jena 1914, S.108

gebildetes Lehrsystem gesehen. [1] Der deutsche Kameralismus stellte zudem den fiskalischen Aspekt oft in den Vordergrund.

Wenn es auch nicht gerechtfertigt erscheint, den Kameralismus als die spezifisch deutsche Art des Merkantilismus zu bezeichnen, so stellten die "Kameralwissenschaften" doch eine im wesentlichen spezifisch deutsche Form der Wirtschaftswissenschaften dar, wie sie bis zum Eindringen der Lehren von Adam Smith in Blüte standen. [2]

Hervorzuheben ist zunächst die Bedeutung des Nationalbewußtseins der Kameralisten - im Gegensatz zu dem stärker universal geprägten Denken vorausgegangener Epochen. Die Politik der Repräsentanten dieser Wirtschaftsrichtung zielte demnach in erster Linie auf eine zentral gesteuerte Wirtschaftsführung, durch die man das Gewicht des eigenen Staates zu erhöhen trachtete, [3] nicht zuletzt in militärischer Hinsicht, was besonders in Preußen der Fall war. [4]

Friedrich Lütge formuliert als hauptsächliches Anliegen des Kameralismus die "mit politischen Mitteln des Staates betriebene Ausgestaltung der Wirtschaft nach dem Leitbild, das sich zum Ziele setzt, die produktiven Kräfte zu entwickeln , und dies namentlich in jenen Bereichen, die als unzulänglich entwickelt angesehen werden." [5] Der staatliche

---

1) Vgl.: ebenda, S.45-46.- Zum Verhältnis Kameralismus - Merkantilismus vgl. auch: Anton Tautscher: Kameralismus, In: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 5.Bd., Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1956, S.464. Daneben Treue, a.a.O., S.8: "Die Bedeutung der Kameralwissenschaft lag darin, daß durch die wissenschaftlich-rationale Grundsätze und Methoden in die bis dahin empirisch betriebene Wirtschaft hineingetragen wurden und damit der Geist der Aufklärung, der Enzyklopädisten, der Wissenschaftlichkeit auch auf diesem Gebiet wirksam zu werden begann. - Freilich blieb vieles davon einstweilen im Literarischen stecken und ohne Wirkung auf die Praxis."

2) Vgl.: Ernst Walb, Kameralwissenschaften und vergleichende Betriebswirtschaftslehre, Köln 1927, S.4 ff.

3) Vgl. hierzu auch: Zielenziger, a.a.O., S.51

4) Vgl.: Treue, a.a.O., S.157

5) a.a.O., S.321. Werner Sombart sieht in dieser Bewegung zunächst nichts anderes als "die auf ein größeres Territorium ausgedehnte Wirtschaftspolitik der Stadt" - vgl.: Der moderne Kapitalismus, 1.Bd., München-Leipzig 1924, S.363.

Eingriff wird durch das Streben nach einer ausländischen Mächten in wirtschaftlich-politisch-militärischer Hinsicht überlegenen Wirtschaftsordnung motiviert.[1] Der Staat erhielt eine zentrale Funktion im Denken des Kameralismus. Das Wirtschaftsleben diente hauptsächlich dessen Konsolidierung und Kontinuität.[2] Der materielle Wohlstand der Bevölkerung - eine in der kameralistischen Publizistik immer wieder ausgesprochene Forderung - wurde als Grundlage einer gefestigten Staatsmacht angesehen, während in der späteren Epoche des Wirtschaftsliberalismus die Staatsmacht eher als Voraussetzung für das Wohlergehen der Staatsbürger galt.[3] Das vornehmste Ziel der kameralistischen Staatslehre war die "Beförderung" und Verbesserung der geistigen und materiellen Wohlfahrt und - wie es in zeitgenössischen Quellen heißt - "die Erlangung der allgemeinen Glückseligkeit."[4]

In den Fachzeitschriften der kameralistischen Publizisten erkennen wir das Streben nach der "Glückseligkeit" und die Sorge um das "gemeine Beste" als ständig wiederkehrendes Leitmotiv.

In der Ausrichtung des Staates auf solche Ziele fanden die Vertreter des Kameralismus weitgehend Rechtfertigung und Begründung für mögliche Eingriffe in das Privatleben des Einzelnen und in alle Bereiche des öffentlichen Lebens. "Das Lenkungsorgan ist der Staat, weil er die höchste Ordnungsinstanz mit der alles umfassenden Gewalt ist."[5] Einen entscheidenden Anstoß erhielt der Kameralismus durch die allgemeine Notlage nach dem Wirren des dreißigjährigen Krieges. Die deutschen Souveräne sahen sich vor das Problem des wirtschaftlichen Wiederaufbaues ihrer Territorien gestellt.

---

1) Vgl.: Bruno Gebhardt: Handbuch der Deutschen Geschichte, Bd.2, 8.Aufl., Stuttgart 1955, S.352
2) Vgl.: Heckscher, a.a.O., S.5
3) ebenda, S.10
4) Vgl. auch: A.Wolfgang Gerloff, Staatstheorie und Staatspraxis des kameralistischen Verwaltungsstaates, Breslau 1937, S.40-41; ferner Gebhardt, a.a.O., S.409.
5) Anton Tautscher, Staatswirtschaftslehre des Kameralismus, Bern 1947, S.19.

Die Bezeichnungen "Kameralistik" oder "Kameralismus" leiteten sich her von den Kammerkollegien (camera). Aus ihnen rekrutierten sich die ersten Staatsdiener, die von den Fürsten für die Bewältigung der wirtschaftlichen Aufgaben ausgewählt worden waren.[1)]

Wie sahen zeitgenössische Wirtschaftler die kameralistische Lehre?

Eine Definition des prominenten Kameralisten Georg Heinrich Zincke gibt näheren Aufschluß. In den "Anfangsgründen der Cameralwissenschaft" (Leipzig 1755) wird sie als die "gelehrte und practische Wissenschaft" bezeichnet, "um alle Nahrungsgeschäfte gründlich zu erkennen. Kraft dieser Erkenntnis gute Policey einzuführen und die Nahrung des Landes immer florisanter zu machen, solchergestalt aber das bereiteste Vermögen der Regenten und Staaten nicht nur immer besser zu grünen und zu erhalten und gerecht und weislich zu vermehren, sondern auch mittels kluger Einnahmen und Ausgaben wohl zu verwalten." [2)] Diese "Wissenschaft" befaßte sich mit allen Fragen des politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und sozialen Lebens. Folgt man Zinckes Definition, so stellt Kameralismus im wesentlichen eine Zusammenfassung praktischer Verwaltungsmaßnahmen und politischer Verhaltensregeln dar [3)].

Eine Systematisierung dieser Lehre erfolgte zum Teil in dem Sinne, daß man zwischen Polizei-, Ökonomie- und Kameralwissenschaft unterschied. Unter Polizei verstand man häufig jene staatlichen Tätigkeiten, die "das Gemeinwohl, das öffentliche Beste, die allgemeine Glückseligkeit zum Gegenstand hatte." [4)] Die Polizeiwissenschaft soll lehren, wie das gesamte Staasvermögen erhalten und vermehrt werden kann. Die Kameralwissenschaft im engeren Sinne handelt von dem "vernünftigen Gebrauch des Staatsvermögens", sie ist

---

1) Vgl.: Walb, a.a.O., S.5. Zum Entstehen des fürstlichen Beamtentums in dieser Epoche vgl. auch: Heinrich Sieveking, Wirtschaftsgeschichte, Berlin 1935, S.95 ff.
2) Zit. nach Gerloff, a.a.O., S.35
3) Vgl.: Hugo Wiercinski, Die Kameralisten des 18. Jahrhunderts, Rechts- und Staatswiss. Diss. Breslau 1922, o.S. In diesem Zusammenhang vgl. auch: Hans Haussherr, Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit, Graz 1960, S.218, der zu dem Systemproblem Stellung nimmt.
4) Definition von G.H.v.Berg, zit.nach Gerloff, a.a.O., S.36.

demnach mit Finanzwissenschaft gleichzusetzen. [1] Unter Ökonomie wurde überwiegend der landwirtschaftliche Sektor gefaßt. Auch wenn sie in der von Zedler herausgegebenen Enzyklopädie als "ein Theil der practischen Philosophie" umschrieben wird, "der da lehret, wie man sein ehrliches Auskommen erwerben und das Erworbene erhalten solle, damit man dem Mangel und Armuth begegnen, auch sich und die Seinigen ehrlich davon bringen möge" [2] - also nicht in direktem Zusammenhang mit der Landwirtschaft allein gesehen wird - gebraucht man "Ökonomie" dennoch gewöhnlich in Verbindung mit jenem Zweig der Gesamtwirtschaft. [3]

In der Rolle des Geldes erkannten die Wirtschaftstheoretiker und -praktiker des 18. Jahrhunderts die das staatliche Wirtschaftssystem bewegende Kraft. Dabei betrachtete man die Anhäufung von Geldvorräten nicht als Selbstzweck. Man sah in ihm lediglich ein "Zirkulationsmittel", [4] das der Weckung und Stärkung der Produktionskräfte eines Landes zu dienen hatten. [5]

Des weiteren stand das Streben nach einer aktiven Handelsbilanz beherrschend vor anderen wirtschaftspolitischen Anliegen. [6]

Die Mehrzahl der Kameralisten des 18. Jahrhunderts waren sich in der Forderung nach einer staatlichen Agrarpolitik einig. Diese Forderung wird verständlich, wenn man sich den Niedergang der Landwirtschaft bis zum Ausgang des 17. Jahrhunderts und die langsame Erholung in der ersten

---

1) Vgl.:Gerloff, a.a.O., S.36; Walb, a.a.O., S.7. Besonders: Lütge, a.a.O., S.321: "Bei der spezifisch deutschen Ausprägung (d.h. des Merkantilismus), dem Kameralismus, steht der fiskalische Gesichtspunkt im Vordergrunde, verständlich in einem Lande, in dem die Entwicklung einer staatlichen Finanzwirtschaft und die Beschaffung von öffentlichen Mitteln eine der wichtigsten Aufgaben ist."
2) Zedlers Universal-Lexikon, 25. Bd. 1740, Sp. 528.
3) Vgl.: Wilhelm Abel, Die drei Epochen der deutschen Agrargeschichte, Hannover 1962, S.61 (im folgenden als Abel, Die drei Epochen, zitiert).
4) Vgl.: Zielenziger, a.a.O., S.52
5) Vgl.: Heckscher, a.a.O., S.197 ff.
6) Vgl.: Lütge, a.a.O., S.329; Gerloff, a.a.O., S.42. Ferner: Haussherr, a.a.O., S.220.

Hälfte des folgenden Jahrhunderts vergegenwärtigt [1]. Verlangt wurde eine Regelung des landwirtschaftlichen Anbaues, Schaffung neuen Ackerlandes durch Waldrodung und ähnliche Maßnahmen. Friedrich Wilhelm I. und sein Nachfolger sahen den Ackerbau ebenfalls als Grundlage des Reichtums an [2].

Durch die Förderung der Landwirtschaft und die Verbesserung der Agrarstruktur [3] versuchte man zu einer möglichst unabhängigen und autarken Wirtschaft zu gelangen.[4] Eine auf Auslandsimporte nicht angewiesene Ernährungspolitik wurde häufig als Vorbild hingestellt. Allerdings war man sich zumeist bewußt, daß man sich diesem Ziel nur graduell annähern konnte und dessen völlige Realisierung unmöglich war [5].

Die Betonung der Agrarpolitik stand im Zusammenhang mit der Bevölkerungspolitik des Kameralismus, die ihr Augenmerk auf eine rasche Vermehrung der Einwohnerzahl richtete [6]. Diese Bevölkerungspolitik ist - neben der merkantilistischen Lehre von der Notwendigkeit einer aktiven Handelsbilanz - als das Grundelement der Staats- und Wirtschaftslehre des Kameralismus zu bezeichnen.[7] Das Problem der Bevölkerungsvermehrung wurde jedoch vornehmlich unter machtpolitischem Aspekt betrachtet, der Einzelmensch im Hinblick auf seinen Wert als Produktionsfaktor gesehen. Die Sorge um den Menschen und sein materielles Glück waren somit für viele Kameralisten keineswegs Selbstzweck [8].

Nicht immer gleichmäßige Beachtung fand bei den Kameralisten die Gewerbe- und Handelspolitik. Jene Autoren, die sich mit industriellen Fragen auseinandersetzten, traten häufig für eine Bevorzugung des Großbetriebes, der Manufaktur, vor dem handwerklichen Kleinbetrieb ein [9].

---

1) Vgl.: Abel, Die drei Epochen, S.55-56.

2) Vgl.: ebenda, S.61-62; Tautscher, a.a.O., S.15. Zur agrarischen Bewegung vgl.: Wilhelm Abel, Geschichte der deutschen Landwirtschaft, Stuttgart 1962. S.253 ff. (Im folgenden als Abel, Geschichte, zitiert).

3) Vgl. Abel, Die drei Epochen, S.65; ferner: Treue, a.a.O., S.183.

4) Vgl.: Heckscher, a.a.O., S.116-117.

5) Vgl. Gebhardt, a.a.O., S.409

6) Vgl.: Haussherr, a.a.O., S.227; Lütge, a.a.O., S.344-346.

7) Vgl.: Gerloff, a.a.O., S.42; auch Peter-Heinz Seraphim, Deutsche Wirtschafts- und Spzialgeschichte, Wiesbaden 1962, S.106.

8) Vgl.: Heckscher, a.a.O., S.35.

9) Über die Entstehung der Manufakturen vgl.: Max Weber,

Das Streben nach einer möglichst weitgehenden Autarkie war auch auf dem handwerklich-industriellen Sektor spürbar. Die Manufaktur sollte bessere Arbeitsmöglichkeiten bieten und den Export der erzeugten Produkte fördern. In den Schriften der Wirtschafts-Publizisten wurde die Obrigkeit stets von neuem aufgefordert, durch geeignete Verordnungen und entsprechende Reglements (beispielsweise Steuer- und Manufakturverordnungen) solche Politik zu erleichtern und zu begünstigen. Wirksame handelspolitische Maßnahmen wurden im Hinblick auf die Zollpolitik verlangt und Importbeschränkungen angeregt. [1] Unerwünschte Auslandskonkurrenz sollte somit getroffen, die Ausfuhr einheimischer Fertigfabrikate hingegen intensiviert werden. Im Interesse der Förderung der einheimischen Industrie bemühte man sich ferner, die Rohstoffpreise nicht steigen zu lassen [2].

Aus all diesen wirtschaftspolitischen Zielsetzungen heraus wird das Befürworten staatlicher Interventionen verständlich. Doch oblag nach der kameralistischen Lehre dem Staate nicht allein das Leiten und Überwachen der Wirtschaft allein; er selbst wurde zum Unternehmer [3].

Andererseits hat sich im Kameralismus keineswegs eine Beschneidung oder völlige Einengung des privaten Sektors auf dem Gebiete des Wirtschaftslebens vollzogen. Viele Kameralisten haben nach einem Ausgleich zwischen Staats- und Privatsphäre gesucht [4].

In der Zeitschriftenpublizistik ist dieses Bemühen um einen solchen Ausgleich häufig zum Ausdruck gekommen.

Wirtschaftsgeschichte - Abriß der universalen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 3.Aufl. Berlin 1958, S.157-158; über die Bezeichnungen Manufaktur-Fabrik vgl.: Haussherr, a.a.O., S.168; zum Manufakturwesen allgemein vgl.: Seraphim, a.a.O., S.100-102 und Lütge, a.a.O., S.365, der auf die Förderung der Manufakturen durch die kameralistischen Fürsten verweist.

1) Vgl.: Haussherr, a.a.O., S.225.
2) Vgl. hierzu: Abel, Die drei Epochen, S.59.
3) Vgl.: Gerloff, a.a.O., S.83.
4) Vgl. auch: Heckscher, a.a.O., S.258-259.

II. Hauptteil

Das Entstehen der Wirtschaftszeitschriften und ihre Entwicklung bis Schlözer

1). Julius Bernhard von Rohrs Anregung zur Gründung von Wirtschaftsjournalen

Der erste Vorschlag zur Gründung von Wirtschaftszeitschriften geht auf den Kameralisten und Staatslehrer Julius Bernhard von Rohr (1688-1742) zurück. Früh hatte er erkannt, daß man Fachjournale den damaligen Wirtschaftswissenschaften nutzbar machen könne.
In seiner "Compendieusen Haußhaltungs-Bibliothek" bedauerte Rohr im einleitenden Kapitel "Vom Studio Oeconomico überhaupt" die Geringschätzung der ökonomischen Wissenschaften:

> "Ob nun gleich fast keine eintzige Wissenschaft in das menschliche Leben einen so starcken Einfluß hat, als die Oeconomique, auch Gelehrten und Ungelehrten unentbehrlich ist; so hat man doch raison zu sagen, daß keine von denen Gelehrten so negligiret sey, als eben diese." [1]

Einen gewichtigen Grund für diese Vernachlässigung sah Rohr in dem mangelnden Interesse der zeitgenössischen Schriftsteller an Angelegenheiten der Wirtschaft. Die Literatur stünde allzu sehr im Vordergrunde:

> "Denn zum ersten haben alle diejenigen, die rem literariam excolirt, wenig oder gar keine Nachrichten ihren Schrifften von Oeconomischen Materien beygefüget." [2]

Von den wissenschaftlichen Societäten würde überdies versäumt, sich stärker um Fragen der Ökonomie zu kümmern.
Die Situation kennzeichnete Rohr dann mit folgenden kritischen Äußerungen:

---

1) Julius Bernhard von Rohr, Compendieuse Haußhaltungs-Bibliothek, Leipzig 1716, § 7, S.9
2) ebenda

"Bey denen Hn. Journalisten findet man auch wenig Recensiones Oeconomischer Schrifften. Und wenn man fast alle die Journale, derer in einer prodigieusen Menge verfertiget werden, durchläufft, so wird man Mühe haben, ein dreyssig Haußhaltungs-Bücher aus solchen zusammen zu bringen." [1]

Rohr setzte sich dann dafür ein, das sich immer stärker ausbreitende Zeitschriftenwesen auch Fragen der Wirtschaft dienstbar zu machen:

"Es könte einer, der Lust hätte noch ein Journal zu schreiben, Gelegenheit nehmen, lauter Oeconomische Sachen, so wohl von Büchern, als Erfindungen, Observationen, usw. zu colligiren, welches vielleicht seine Liebhaber finden würde, weil Gelehrte und Ungelehrte sich dessen bedienen könten." [2]

Aufmerksamkeit verdient, daß Rohr eine derartige Fachzeitschrift nicht nur für einen eingeweihten Kreis von Fachkundigen vorsah. Das Periodikon sollte ebenso der Unterrichtung und Aufklärung der Ungebildeten und den im Wirtschaftsleben noch Unerfahrenen dienen. Diese Journale könnten dann Anerkennung und Verbreitung finden, sobald es die Gelehrten nicht mehr als unanständig empfänden, "von einem Themate Oeconomico zu disputiren." [3]

Von der pressewissenschaftlichen Forschung sind kritische Äußerungen des gleichen Verfassers über das gelehrte Journalwesen zu Beginn des 18. Jahrhunderts bislang nicht beachtet worden. Insbesondere gilt dies für seine Kritik an dem mangelnden Interesse der Recenzionszeitschriften ~~an der Behandlung~~ für ökonomische Fragen. Diese Kritik brachte Rohr in seiner zwei Jahre nach der Publikation der "Haußhaltungs-Bibliothek" erschienenen "Einleitung zur Staats-Klugheit" vor.

---

1) a.a.O., S.10
2) ebenda
3) a.a.O., S.11

"Bey dieser Gelegenheit werde (ich) genöthiget, auch eines und das andere von denen in einer prodigieusen Quantität heutigs Tages heraus kommenden Journale und Monaths=Schrifften zu gedencken. Einige von denselben sind dem Publico gar nützlich, sie geben denjenigen, die nicht alle Buchläden durchlauffen wollen, eine notitiam librorum..." [1]

Seinen Hinweisen auf Quantität und Nutzen dieser Organe ließ Rohr kritische Bemerkungen folgen: "Es sind die Mißbräuche mancher Journale mehr als zu bekannt. Manche Autores loben nur diejenigen Schrifften, die von ihren Herrn Verlegern in Verlag genommen werden, oder wenn die Gelehrten etwan sonst ihre guten Cameraden sind, oder ihnen ein schön gebunden Exemplar zu geschickt. Hingegen machen sie die andern herunter, manchmahl aus keiner andern raison, als weil ihre Verleger mit einem andern Buchführer, der die Schrifft, die sie recensiren in Verlag genommen, nicht wohl dran sind, oder etwan sonst aus einiger Partheylichkeit. Es nehmen sich solche Leute vor, von Büchern aus allen Facultäten zu judiciren, da sie manchmahl zu der Zeit, wenn sie anfangen, Journale zu schreiben, nicht in einer Wissenschafft einer eintzigen Facultät recht gegründet sind ... Hingegen trifft man bißweilen kostbahre Bücher in Buchläden an, davon viel Journalisten nichts gesagt; Der oeconomischen Schrifften erwehnen sie gantz und gar nicht und hingegen excediren sie bey den critischen und philologischen." [2]

Mit diesem Urteil unterstrich der Autor die Dringlichkeit, allen Angelegenheiten der Ökonomie mehr Aufmerksamkeit zu widmen und plädierte für die Überwindung der Vorurteile gegenüber den Wirtschaftswissenschaften, wie sie sich im damaligen Zeitschriftenwesen so häufig bemerkbar

---

1) Julius Bernhard von Rohr, Einleitung zur Staats-Klugheit, Leipzig 1718, S.455
2) ~~a.a.O.~~ ebenda, S.457-458

machten. Julius Bernhard von Rohr gehörte zu denjenigen Gelehrten, die den Kameralwissenschaften auf den Universitäten zu größerer Anerkennung verholfen haben. Er sollte bald Nachfolger finden, die seine Ideen aufnahmen und in die Tat umzusetzen versuchten.

Neben Rohr war es dessen Zeitgenosse Justus Christoph Dithmar, der sich gleiche Verdienste erwarb. Dithmar verwirklichte den Vorschlag Rohrs zur Gründung eines ökonomischen Journals und leitete damit - auf dem Gebiete des Wirtschaftswesens - die Epoche der Fachzeitschrift ein.[1)]

1) Vgl.: Kirchner, Geschichte I, S.72 ff.

2). Justus Christoph Dithmars "Oeconomische Fama". (1729-1733)

a) Der Herausgeber und sein Werk

Justus Christoph Dithmar zählte zu den prominentesten Kameralisten seiner Epoche. Er wurde 1677 in Rothenburg/ Hessen geboren, wo er auch seine ersten Studienjahre verbrachte. In Marburg widmete er sich den orientalischen Sprachen und der Theologie. In Leiden setzte er seine Studien fort. Die erste Professur erhielt er in Frankfurt/ Oder. Hier lehrte er Geschichte, Naturrecht, ferner Kameralwissenschaften (1727). Eine Berufung an die Leidener Universität hatte er ausgeschlagen (1715). In Frankfurt blieb Dithmar bis zu seinem Tode 1737.

Als sein Hauptwerk ist die "Einleitung in die Ökonomische Polizei- und Cameralwissenschaft" anzusehen, von der 1731 die erste Auflage erschien. Seine publizistische Tätigkeit hatte Dithmar mit historischen Schriften begonnen,so hatte er unter anderem im Jahre 1726 ein Werk mit dem Titel: Taciti de situ moribus et populis Germaniae libellus cum perpetuo et pragmatico commentario" veröffentlicht. Arbeiten über das Leben Gregors VII.(1708/1710), Entwürfe der Geschichte Brandenburgs (1720) und eine Darstellung des Johanniter-Ordens (1728) sind als weitere historische Publikationen zu nennen.

Dithmar gilt als Schöpfer der ersten Wirtschaftszeitschrift in Deutschland. Mit der "Oeconomischen Fama", die er von 1729 bis 1733 in Leipzig und Frankfurt/Oder herausgab, bereitete er dem vom vierten Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts an aufblühenden periodischen Wirtschaftsschrifttum

den Weg [1]. Der volle Titel dieser Zeitschrift lautete: "Oeconomische Fama von allerhand zu den Oeconomischen-Policey- und Cameral-Wissenschafften gehörigen Büchern außerlesenen Materien nützlichen Erfindungen Projecten Bedencken und andern dergleichen Sachen."

Dithmar blieb - ungeachtet der Kritik an seiner wissenschaftlichen Methode - aufgrund der von ihm vorgenommenen Systematisierung und Einteilung der Disziplin in Ökonomie, Polizei und Kameralwesen lange Zeit maßgebend. [2]

---

1) Bei der Benennung der Zeitschriften Dithmars mag die "Europäische Fama", eine historisch-politische Monatsschrift von Rang (1702 bis 1735), als Vorbild gedient haben. Zu dieser Frage äußerte sich der Herausgeber nicht, sicherlich hat ihm jedoch das Beispiel jenes prominenten politischen Periodikons vorgeschwebt. Als erste Zeitschrift der Epoche überhaupt hatte die "Europäische Fama" dieses Kennwort erhalten. Sinold von Schütz hatte es erwählt und damit eine Mode eingeleitet. Ursprünglich war der Titel "Fama" Zeitungen vorbehalten, er wurde im 18. Jahrhundert aber immer häufiger für Zeitschriften gewählt, wobei zumeist ein Attribut hinzutrat. Die "Oeconomische Fama" Dithmars ist hingegen das einzige Wirtschaftsperiodikon geblieben, das dieses Wort in ihrem Titel führte. Andere Benennungen - Journal, Magazin Sammlung(en), Nachrichten - wurden in der periodischen kameralistischen Publizistik gebräuchlicher. Es scheint, daß die Bezeichnung "Fama" in der Vorstellung des 18. Jahrhunderts zu eng mit historischen, politischen oder unterhaltenden Monatsschriften verbunden war und sich deshalb bei ökonomischen Publikationen nicht einbürgerte.
Vgl.:Wilmont Haacke, Die politische Zeitschrift (1665 bis 1965), Bd. I, Stuttgart 1968.
Ferner: Kirchner, Grundlagen I, S.111.

2) Zu Dithmar vgl.: Johann Christoph Adelung: Fortsetzung und Ergänzung zu Christian Gottlieb Jöchers allgemeinem Gelehrten-Lexicon, 2.Bd., Leipzig 1787, Sp. 710-711. Allgemeine Deutsche Biographie, 5.Bd., Leipzig 1877, S.259 bis 260; Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 12.Bd., Stuttgart/Tübingen/Göttingen, 1965, S.410 bis 411; Kirchner, Geschichte I, S.86; Roscher, a.a.O., S.431 bis 432.

b) Die Struktur der "Oeconomischen Fama"

Die bei Johann Gottfried Conradi in Frankfurt/Oder und Leipzig herausgegebene "Oeconomische Fama" erschien in insgesamt 10 Einzelheften. In Bezug auf Umfang und Aufmachung folgte sie dem für Zeitschriften seiner Zeit üblichen Gewohnheiten und wurde im Oktavformat veröffentlicht. Das erste Heft (Stück) wies einen Umfang von 64 Seiten auf. Das folgende aus dem Jahre 1730 war bereits auf 95 Seiten angewachsen. 1730 kamen noch zwei weitere Hefte heraus, das dritte Heft hatte einen Umfang von 76, das vierte Stück von 94 Seiten. Ein Jahr später brachte Dithmar wiederum zwei Stücke heraus, wobei das 5. den geringsten Umfang aufwies (61 Seiten). Das letzte 10. Heft (1733) war zugleich mit 112 Seiten das umfangreichste.

Angaben über die Auflage sind nicht ermittelbar. Eine zweite Auflage erfolgte 1743 bis 44.[1]

Eine Analyse der einzelnen Hefte der Zeitschrift ergibt hinsichtlich der Themenverteilung folgendes Bild:

Ungefähr gleiche Beachtung wurde sowohl Fragen der Landwirtschaft(spraxis) wie den Gewerben (einschließlich des Handwerkswesens) geschenkt. Mit Angelegenheiten der Landwirtschaft beschäftigten sich acht Abhandlungen,[2] mit gewerblichen Fragen elf Abhandlungen,[3] dem Ökonomie- und Polizeiwesen gehörten fünf Abhandlungen.[4] Des weiteren wurde ein ganzes Heft (das zehnte) dem Schulwesen gewidmet (Nachdruck älterer Entwürfe).

Probleme der Wirtschaftsgeschichte fanden in der "Oeconomischen Fama" breiten Raum.[5] Dies überrascht nicht, denn Dithmar war ursprünglich Historiker, bevor er über Kameralwissenschaften arbeitete und las.

---

1) Vgl.: Kirchner, Grundlagen II, S.26; Roscher, a.a.O., S.432, datiert die Neuauflage irrtümlicherweise auf das Jahr 1749.
2) 1. Stück: IV. Abhandlung; 2. Stück: II. und IV. Abh.; 3. Stück: I. und II. Abh.; 5. Stück: IV. Abh.; 7. Stück: III. Abh.; 8.Stück: I. Abh.
3) 5.Stück: II. und III. Abh.; 6.Stück: III. und IV. Abh.,; 7.Stück: I. und II. Abh.; 8.Stück: II. und V. Abh.; 9.Stück: I., II. und IV. Abh.
4) 3.Stück: IV. Abh.; 5.Stück: I. Abh.; 8.Stück: IV. und VI. Abh.; 9.Stück: III. Abh.
5) 1.Stück: I. und II. Abh.; 2.Stück: II. Abh.;6.Stück: I. und II. Abh.

Fragen der Viehwirtschaft behandelten zwei Aufsätze,[1] des Forstwesens ein Beitrag.[2]

Mit dem Handelswesen befaßten sich sämtliche Abhandlungen des vierten Heftes.

Letztlich ist die Buchkritik zu nennen, die sich nur im ersten Heft findet.[3]

Der Überblick über die Gesamtheit der einzelnen Hefte dieser Zeitschrift legt den Schluß nahe, daß in der "Oeconomischen Fama" die theoretischen Fragen gegenüber den praktisch-ökonomischen überwiegen.[4] Dennoch geht man in der Annahme nicht fehl, daß hauptsächlich die der praktischen Ökonomie gewidmeten Aufsätze und Nachrichten den Wunsch nach einer späteren Neuauflage geweckt haben.

Sämtliche Beiträge in der "Oeconomischen Fama" behandelten ausschließlich Fragen der Wirtschaft. Fachfremde Themen fehlten vollständig. Der Herausgeber hat nicht über den engeren Bereich des Ökonomie- und Kameralwesens hinausgeblickt.

Dithmar hat sein Organ durchaus sinnvoll redigiert und ist nicht dem Fehler erlegen, Einzelbeiträge ohne jeglichen inneren Zusammenhang aneinanderzureihen. Eine klare Gestaltung kommt in den meisten seiner Hefte zum Ausdruck. So zeigt die Struktur des ersten Heftes einen organischen Fortgang von allgemein wirtschaftlichen, historischen Themen[5] über eine - historischen wie modernen Stoff verbindende - Buchkritik[6] hin zu praktischen Fragen der Ökonomie.[7]

1) 3.Stück: III. Abh.; 8.Stück: III. Abh.
2) 2.Stück: III. Abh.
3) III. Abh.
4) Vgl. auch: Roscher, a.a.O., S.431
5) "Vom Zustand des Oeconomischen Policey- und Cameral-Wesens vor und nach der Sündfluth", a.a.O., S.1-21.
6) "Von Alten und neuen Büchern des Oeconomischen Policey- und Cameral-Wesens", a.a.O., S.22-37.
7) "Vollständige Nachricht Von dem Spanischen Klee", a.a.O., S.38-64.

Auch das zweite Heft wurde durch ein wirtschaftshistorisches Thema eröffnet. Daran schlossen sich drei Beiträge zur Wirtschaftspraxis an. Vom dritten Heft traten historische Themen in den Hintergrund.

Die Aufnahme von Buchkritiken in die Zeitschrift läßt deutlich werden, wie stark die "Oeconomische Fama" in der Tradition der - seiner Zeit herrschenden - gelehrten Monatsschriften stand. In diese hatte sich seit dem Erscheinen des Pariser "Journal des Savants" (1665) auf deutschem Boden ein umfangreiches Rezensionswesen ausgebildet.[1)]

Die "Oeconomische Fama" ist ferner dadurch gekennzeichnet, daß Einzelhefte einem übergeordnetem Thema gewidmet wurden: so handelte das vierte Heft vom Kaufhandel und von der Oderschiffahrt, das sechste von Handwerksfragen, das zehnte von der Einrichtung einer Spinn- und Weberschule.

Die Gesamtheit der "Oeconomischen Fama" läßt klar werden, daß die Hefte nicht in sich abgeschlossene Sammlungen theoretischer oder praktischer Beiträge darstellten, sondern daß alle Jahrgänge - wie in Kirchners Definition gefordert - ein einheitliches Ganzes bildeten.

c) Die Kennzeichnung der "Oeconomischen Fama" als Zeitschrift durch die publizistikwissenschaftlichen Grundbegriffe (Periodizität, Kontinuität, Kollektivität, Aktualität, Publizität, Sozialität)

Die Vermutung liegt nahe, daß es sich bei der "Oeconomischen Fama" eher um eine auf insgesamt zehn Teile berechnete (fortlaufende) Serie gehandelt hat als um eine echte Zeitschrift.[2)] In der Tat waren die Grenzen zwischen beiden periodischen Gattungen noch während des 18. Jahrhunderts nicht eindeutig

1) Vgl.: Anni Carlsson, Die deutsche Buchkritik, Stuttgart 1963, S.25

2) Diese Auffassung wird beispielsweise vertreten von Gertrud Savelsberg. In: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 10. Bd., Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1965, S.410-411.

abgesteckt.[1] Daß Dithmars Publikation eindeutig der Rang einer Zeitschrift zuzuerkennen ist, ergibt die Klärung der Frage nach den publizistikwissenschaftlichen Grundbegriffen. Hat die "Oeconomische Fama" die Bedingungen der Periodizität, der Kontinuität und der Kollektivität erfüllt? Wie spiegelt sich die Aktualität der Geschehnisse in ihr wieder?

Dithmar äußerte sich an keiner Stelle seiner Zeitschrift zu diesen Problemen. Bei ihm fehlen die später so gebräuchlichen "Avertissements", die den Leser über Erscheinensweise und -dauer näher informierten.

Die Periodizität gilt als das Hauptmerkmal einer Zeitschrift.[2] Sie kam in der Publizistik gegen Ende des 16. und zu Beginn des 17. Jahrhunderts auf.[3] Dem Charakter einer Publikation als einer echten Zeitschrift widerspricht es nicht, wenn der genaue Termin des Erscheinens nicht von vornherein festgelegt wird. Eine solche Unbestimmtheit in der Periodizität gestattet folglich Abweichungen, nicht hingegen sich über mehrere Jahre erstreckende Intervalle.[4] Demnach ist für die "Oeconomische Fama" das Merkmal der Periodizität gegeben.

Zeitschriften werden gewöhnlich mit dem Ziel gegründet, auf unbegrenzte oder zumindest zeitlich unbestimmte Dauer zu erscheinen.[5] Zur Klärung der Kontinuität ist das zumeist dem ersten Heft vorangestellte Vorwort heranzuziehen. Dithmar führte seine "Fama" mit einem sechszehnseitigen Vorbericht ein, in dem jedoch keine direkten Hinweise auf die gewünschte Kontinuierung" der Schrift gegeben wurden. Zwei Merkmale deuten hingegen auf die Absicht einer zeitlich

---

1) Zur Frage Zeitschrift - Fortsetzungswerk vgl.: Groth, Geschichte, S.54
2) Vgl.: Kirchner, Grundlagen I, S.15. Ferner: Lehmann, a.a.O., S.55-56. Auch Groth, Die unerkannte Kulturmacht, Bd.1, S.419-420; Bd.2, S.6-7
3) Vgl.: Haacke, Zeitschrift, S.217
4) Vgl.: Kirchner, Grundlagen I, S.15, Anmerkung 1. Zum Problem der Trennung von Aktualität und Periodizität vgl.: Traub, a.a.O., S.11
5) Vgl.: Haacke, Zeitschrift, S.215; Lehmann, a.a.O., S.57-61. Ferner: Menz, Die Zeitschrift als Führungsmittel, S.15: "Sie (d.i. die Zeitschrift) glaubt an die ewige Erneuerung ihrer Aufgabe und will ewig jung bleiben."

nicht begrenzten Erscheinensdauer hin. Einmal ist es die ausdrückliche Erinnerung an den Vorschlag Rohrs zur Gründung eines Wirtschaftsjournals,[1] in dem - entsprechend den im Zeitschriftenwesen des 18. Jahrhunderts üblichen Gepflogenheiten - fortlaufend fachliche Themen erörtert werden sollten. Zum anderen darf die Aufforderung an die Leser, eigene Beiträge einzusenden und auf diese Weise bei der Gestaltung der Schrift mitzuwirken, als Beweis dafür gelten, daß eine zeitliche Begrenzung nicht beabsichtigt war. Für ein Fortsetzungswerk oder eine Serienpublikation war es gänzlich uncharakteristisch, außenstehende Mitarbeiter zu werben. Zeitschriftenherausgeber erkannten bereits in der Frühphase des Journalwesens, daß ein länger währendes Bestehen ihres Organes von der Beteiligung eines größeren Kreises fachkundiger Leser abhing. Diese Einsicht galt auch, wenn eine echte kommunikative Zusammenarbeit noch nicht gelang. So ist die Frage, ob der "Oeconomischen Fama" das Merkmal der Kontinuität zuerkannt werden kann, mit Vorbehalt zu bejahen.

Eine eindeutige Bestimmung der "Oeconomischen Fama" als Periodikon im modernen Sinne läßt sich aus der Entscheidung gewinnen, ob das Merkmal der Kollektivität auf sie zutrifft. Das Kennzeichen der Kollektivität des Inhalts sondert die Zeitschrift gegenüber dem Buch ebenso wie gegenüber anderen periodischen Druckschriften (z.B. Kalen-

1) In dem Vorwort zur "Oeconomischen Fama" äußerte Dithmar die Erwartung, daß die geplante periodische Schrift über die "Oeconomischen -Policey- und Cameral-Wissenschaften" von den Lesern günstig aufgenommen werden möge, da ja "der um das Oeconomische Wesen sehr verdiente Cavalier, Herr Bernhard Julius von Rohr, dergleichen Journal bereits in Vorschlag gebracht hat / womit man dergestalt einen Versuch machen wollen/ daß auch Policey- und Cameral-Sachen darinne, zu begreiffen dienlich erachtet worden." (a.a.O., S.15-16).

dern) ab.[1] In einem umgrenzten, von den Herausgebern selbst abgesteckten Rahmen versucht die Zeitschrift, Verschiedenartigkeit und Mannigfaltigkeit zu bieten. Dies Charakteristikum war den Fortsetzungswerken und Serien, wie sie im 18. Jahrhundert in großer Zahl erschienen, fremd.

Aus dem Vorbericht der Zeitschrift vom Jahre 1729 ging hervor, daß sich der Herausgeber um Mannigfaltigkeit des Inhalts bemühte. Sein Ziel war es, dem Leserpublikum das zeitgenössische Wirtschaftsleben in größtmöglicher Breite darzustellen. Aus dem ausführlich formulierten Untertitel der Zeitschrift läßt sich die gleiche Absicht erkennen. Es wurde versprochen, Nachrichten "von allerhand zu den Oeconomischen - Policey - und Cameral -Wissenschafften gehörigen Büchern / außerlesenen Materien / nützlichen Erfindungen / Projecten / Bedencken / und andern dergleichen Sachen" zu geben.

Die Inhaltsanalyse bewies, daß sich Dithmar in der Tat an diesen seinen Plan gehalten hat.

Wie steht es bei diesem ersten Wirtschaftsperiodikon mit dem Kennzeichen der Aktualität? In welcher Weise wurde zum Tagesgeschehen Stellung genommen?

Im Sinne der Zeitung hat die "Oeconomische Fama" Aktualität nicht gekannt - ebenso wenig wie die gelehrten Zeitschriften des 18. Jahrhunderts.[2] Bis in die Gegenwart ist es kennzeichend für die Zeitschrift überhaupt geblieben, eine nicht an das jeweils aktuelle Tagesgeschehen gebundene Unterrichtung über politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche oder kulturelle Ereignisse anzustreben.[3] Sie verwertet das Tagesgeschehen jedoch insofern, als sie nach größerem Überblick über Zeitprobleme und -strömungen sucht.[4] Überdies ist der Begriff "Aktualität" nicht losgelöst von dem Interesse zu sehen, das einem spezifischen Geschehnis oder Gegenstand entgegengebracht wird.[5]

---

1) Vgl.: Kirchner, Grundlagen I, S.21-22; Lehmann,a.a.O.,S.71-72
2) Vgl.: Kirchner, Grundlagen I, S.25
3) Vgl.: Karl Bömer: Zeitschrift. In: Staatslexikon, Bd.V, Freiburg 1932, Sp.1532-1534.
4) 5) s.umstehend

In dem für das Medium Zeitschrift typischen Sinn kannte die "Oeconomische Fama" durchaus Aktualität. Der "Leitartikel" über das Thema: "Der Handwercker und Handwercks-Zünfften in Teutschland Ursprung" [1] bietet ein treffendes Beispiel dafür, in welcher Form diese Zeitschrift aktuellen Stoff aufnahm und wie sie sich mit ihm auseinandersetzte. Auf Reichstagen sei - nach Auskunft des Herausgebers - über die Abschaffung der Mißbräuche bei den Zünften ausgiebig diskutiert worden. Man sei auf diese Frage überdies durch "Insolentien" von seiten der Handwerksgesellen aufmerksam geworden. So hielt es Dithmar für notwendig, in seinem Organ von diesen Vorfällen und deren Ursachen zu berichten, zumal "davon in denen öffentlichen Zeitungen täglich Meldung geschiehet, mithin viele begierig seyn werden, hiervon eine genauere Wissenschafft zu haben". [2]

4) Vgl.: Josef H.Krumbach: Grundfragen der Publizistik, Die Wesenselemente des publizistischen Prozesses, Seine Mittel und Ergebnisse, Berlin-Leipzig 1935, S.72: "Nicht nur dadurch, daß eine Betrachtung einzelner sich aus dem Zeitgeschehen ergebender Dinge nicht direkt berichtet werden kann, wenn eine gewisse Universalität des zu behandelnden Stoffes dies unmöglich macht, sondern auch dadurch, daß gewisse Dinge, besonders geistiger Beziehung, eines breiteren Raumes in ihrem Entwicklungsgang und somit auch der Darstellung bedürfen, legitimiert sich die Zeitschrift." Ferner ebenda, S.73: "Die Zeitschrift steht als natürliche Verbindung zwischen der im großen Teil direkt aktuellen Zeitung und dem Buch."

5) Vgl.: Wilmont Haacke: Vom Wesen der Aktualität. In: Publizistik 4.Jg. 1959, H.1, S.3-19, insbes. S.12-13. Ferner: Michael Schmolke: Thesen zum Aktualitätsbegriff, In: Publizistik im Dialog. Festgabe für Henk Prakke. Herausgegeben von Winfried B.Lerg, Michael Schmolke und Gerhard E.Stoll, Assen o.J. S.119-129, insbes. S.121. Auch: Traub, a.a.O., S.12

1) 6.Stück, S.3-23

2) a.a.O., S.3-4.
Ein ähnliches Beispiel für die Aktualität der Zeitschrift finden wir im 9. Stück, "Bedencken von der Goldmacherey", S.1-2: "Nachdeme in denen öffentlichen Zeitungen von der Gold-Macherey... öffters erwehnung geschehen, von sothaner kunst aber nicht alle einerley meinung sind,... so hatt man von dieser in daß Oeconomische und Policey-Wesen sehr einschlagenden Materie gegenwährtiges Bedencken ... dem geneigten Leser in ietzigem Orthe communiciren wollen, zumahlen dergleichen Bücher nicht von allen pflegen gelesen zu werden und erwehntes Bedencken vielen unbekant seyn möchte."

Bereits in der Frühphase der Fachzeitschrift lag die Aufgabe dieser Gattung periodischer Publizistik darin, den in Zeitungen offenkundigen Mangel an ausführlichen Interpretationen und gründlichen Darstellungen der Ereignisse auszugleichen. Das Mittel dazu waren "weitschweifige, dem enzyklopädischen Bedürfnis der Zeit Rechnung tragende Erörterungen".[1] Dithmar folgte einer in der "Oeconomischen Fama" häufiger geübten Gewohnheit: er unterrichtete seine Leser über den historischen Hintergrund der Handwerksmißbräuche ("Erste Abteilung"), schritt fort zu einer Betrachtung aller bislang gegen diese Mißbräuche ergriffenen Maßnahmen und erlassenen Verordnungen ("Zweyte und Dritte Abtheilung"). Ein kurzes Verzeichnis einiger Schriften über die Beseitigung von Mißständen im Handwerk beschloß das ausschließlich einem Themenkreis gewidmete sechste Heft der Zeitschrift.

Die Bemerkung Kirchners, daß die historisch-politischen Journale in geringerem Maße kritische Stellungnahmen zu den Ereignissen enthielten als schwerfälliges und gelehrtes Material,[2] hat gleiche Gültigkeit für die erste Wirtschaftszeitschrift: eine Beurteilung der von den Kaisern und Reichsständen eingeleiteten Schritte zur Besserung der Situation unterblieb. Kritik an den herrschenden Zuständen wurde in der "Oeconomischen Fama" überhaupt vermieden.[3] In dieser Hinsicht stand diese Fachzeitschrift am Anfang der Entwicklung. Ähnlich wie die politischen Periodika hat sich die kameralistische Zeitschrift von einem unkritisch über die Zeitereignisse berichtenden Dokument zu einer sich intensiv mit den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen auseinandersetzenden Schrift wandeln müssen.

---

1) Kirchner, Grundlagen I, S.26
2) Kirchner, ebenda
3) Vgl. auch Roscher: a.a.O., S.432, der über den Inhalt der "Oeconomischen Fama" das negative Urteil fällt: "Alles ohne die mindeste volkswirthschaftliche Kritik, rein aus juridischem oder technischem Gesichtspunkte."

Zunächst wollte die Zeitschrift Dithmars das Wissen der Fachkundigen erweitern und vertiefen. Darüber hinaus trachtete sie danach, all diejenigen Leser zu erreichen, die nicht die Möglichkeit hatten, sich aus Buchpublikationen zu unterrichten und sich über das wichtigste aktuelle Geschehen auf dem laufenden zu halten. Durch diese Funktion wurden Zeitschriften zu einem unentbehrlichen Mittel der Information.

Neben Periodizität, Kontinuität, Kollektivität,(sekundärer) Aktualität gilt die Publizität als weiteres Kriterium der Zeitschrift.[1] Publizität war den Zeitschriften des 17. und 18. Jahrhunderts selbstverständlich. Auch Dithmar sprach in seinem einleitenden Vorbericht die Erwartung aus, einen möglichst weiten Leserkreis zu gewinnen, und hoffte auf eine "gute Aufnahme" der Schrift. Das Bemühen der "Oeconomischen Fama" um Publizität wurde durch die Bekräftigung unterstrichen, daß sie als ein "zum gemeinen Besten gereichendes Werck" gedacht wäre.[2]

Nach den genannten Begriffen zur Charakterisierung der Zeitschrift ist nach der Soziabilität der "Oeconomischen Fama" zu fragen. Ihr Wesen ist die "intensive, gesellschaftsbildende, ja gemeinschaftsfördernde Kraft."[3] Aus den einzelnen Heften der "Oeconomischen Fama" ist nicht zu ersehen, inwieweit diese Zeitschrift bereits eine gruppen- und gemeinschaftsbildende Wirkung auszuüben vermochte. Kein Hinweis deutet darauf hin, daß Dithmars Organ festere Bindungen zwischen einzelnen Gruppen der Leserschaft angeregt und durch einen derartigen Zusammenschluß die Verwirklichung neuer Ideen und Projekte gefördert hat. Lediglich in dem Vorbericht findet sich die Aufforderung an das Publikum, daß "sich ein ieder angelegen seyn lassen wird", das

---

1) Vgl.: Haacke, Zeitschrift, S.218 und Kirchner, Grundlagen I, S.19-20. Ferner den Abschnitt "Öffentlichkeit" bei Lehmann, a.a.O., S.61-67 und Everth, a.a.O., S.25-26, insbesondere S.259.
2) a.a.O., S.15.
3) Vgl.: Haacke, Zeitschrift, S.222-223; ferner Henz, Die Zeitschrift als Führungsmittel, S.15-18.

gemeinsame Werk dieser Schrift im Auge zu haben. Aus der Tatsache jedoch, daß Dithmar selbst fast ausnahmslos der Verfasser der Abhandlungen war, ist auf eine geringe Wirkung des Appells zu schließen. Allerdings gehörte es im 18. Jahrhundert durchaus zu den üblichen Gepflogenheiten, Zeitschriften in eigener Redaktion herauszugeben.[1] In der Gegenwart ist dies kaum noch der Fall. Ausgesprochene Individualzeitschriften sind überdies nur im literarisch-politischen Bereich denkbar. Insbesondere Wirtschaftsperiodika werden im 20. Jahrhundert meist durch einen größeren Stab von Mitarbeitern gestaltet.

Die kritische Anwendung aller die Zeitschrift kennzeichnenden Merkmale führt zu dem Ergebnis, daß es sich bei der "Oeconomischen Fama" um ein echtes Periodikon gehandelt hat. Dies Ergebnis gilt auch dann, wenn nicht alle für dieses Medium typischen Eigenschaften ausgebildet sind. Dithmars Schrift ist jedoch eindeutig abgrenzbar einerseits gegenüber Serienpublikationen, andererseits gegenüber in Fortsetzungen erscheinenden Buchveröffentlichungen.

d) Das Programm der Zeitschrift

Fast ausnahmslos werden neugegründete Zeitschriften durch ein Programm eingeleitet. Aufgaben und Ziele werden darin näher umrissen und die Leitgedanken präzisiert, die für den Inhalt der einzelnen Hefte bestimmend sein sollen. Das ist ein Brauch, der sich bereits in der Frühphase des Fachzeitschriftenwesens durchgesetzt hatte. Künftigen Lesern soll eine Vorstellung von den Ideen vermittelt werden, die Herausgeber und Mitarbeiter als für sich maßgeblich und richtungsweisend ansehen. In solchen Programmen wird häufig ein Bild der Situation des jeweiligen politischen, wirtschaftlichen, religiösen und kulturellen Fachgebietes entworfen und auf die Probleme, denen sich Herausgeber und Mitarbeiterstab konfrontiert sehen, hingewiesen.

1) Vgl.: Kirchner, Grundlagen I, S.31, der ausdrücklich auf das Beispiel der "Oeconomischen Fama" verweist. Ferner: Groth, Die unerkannte Kulturmacht, Bd.4, S.54 ff.

Dithmars Vorbericht zur "Oeconomischen Fama" folgte dieser Gewohnheit. Bereits im einleitenden Satz deutete der Herausgeber den Mangel an übereinstimmenden Auffassungen unter den Gelehrten und Fachkundigen über die Ökonomie-, Polizei- und Kameralwissenschaften an. Er hielt es für dringlich, über die im Titel der Zeitschrift aufgeführte Spezifizierung der einzelnen Materien hinaus einen "deutlicheren Begriff" von diesen zu geben.[1)]

Dithmar wandte sich gegen die von Aristoteles herrührende Verquickung von Ökonomiewissenschaft und Sittenlehre. Ungeachtet mancher Berührungspunkte zwischen beiden müsse es als Hauptaufgabe der ökonomischen Wissenschaften betrachtet werden, "wie durch verschiedene Land- und Stadt-Gewerbe Nahrung und Reichthum möge erlanget / und nützlich angewendet werden." [2)] Dithmar nannte dann die zwei wesentlichen Bereiche dieser Wissenschaften: die Landökonomie und die Stadtökonomie. Die erstere lehre, "wie die Land-Güter und derselben Zubehörungen wohl zu nutzen, und dadurch Nahrung und Überfluß an zeitlichen Güthern zu erwerben sey." Die Stadtökonomie versuche, das Gleiche "durch die Bürgerlichen Gewerbe" zu erreichen.[3)] Nach der Definition des Begriffes der Ökonomie ist Dithmar auf die Unklarheiten und Mißverständnisse, die dem Begriff "Polizei" anhingen, eingegangen. Trotz der großen Zahl politischer Schriften mangelte es an einer gründlichen Behandlung des Polizeiwesens. Daraus erklärte sich - nach Auffassung Dithmars - die Ungenauigkeiten in den Auffassungen.

Der Herausgeber hielt es für abwegig, die Polizei dem dem Justizwesen entgegenzusetzen. Für ihn schloß das Polizeiwesen nicht nur die Justiz ein, sondern ebenso das "Geistliche wesen". Die Polizei umschrieb er als: "Staats-Klugheit / vermöge welcher die Hohe Obrigkeit das Innerliche und Aeusserliche ihres Staats zu gemeiner Glückseeligkeit und Wohlfahrt in guter Verfassung zu erhalten sich angelegen

1) a.a.O., S.3
2) a.a.O., S.4
3) a.a.O., S.4-5

seyn lässet." [1]

Besondere Bedeutung räumte Dithmar vor allem der Vermehrung der Bevölkerung ein. Als ebenso wichtig sah er die Förderung der Ernährung der Bevölkerung an. Seine dritte Forderung lag ganz auf der Linie des Programms der Kameralisten: Städte und Dörfer im ganzen Lande gut anzulegen.

Die Kameralwissenschaften wurden unter fiskalischem Aspekt gesehen. Sie sollten lehren, "wie die Fürstliche Domänen wohl genutzet, und daraus sowohl aus denen Regalien, und schuldigen Praestationen der Unterthanen die Fürstliche Einkünffte mögen erhoben und wohl angewendet werden." [2]

Mit Nachdruck kritisierte Dithmar das Fehlen geeigneter Bücher über die Ökonomie-, Polizei- und Kameralwissenschaften. Er sah auch die Notwendigkeit, alle drei Wissenschaften nicht isoliert zu erforschen, sondern auf ihre Verbindungen zu achten und sie in ihrer gegenseitigen Abhängigkeit zu studieren. Ihre Bedeutung lag für ihn darin, daß "Oeconomische Wesen ohne eine gute Policey nicht bestehen kan / das CameralWesen aber von beyden grössesten Theils seinen Zufluß erwarten muß / und solcher Gestalt nicht nur auff selbigen die Wohlfahrt eines Staats beruhet / sondern auch dahin alle übrige Disciplinen ihre Absicht haben." [3]

Das schwache Interesse, das man bislang den ökonomischen Wissenschaften entgegengebracht hatte, mißfiel Dithmar. Diesen Mangel legte er nicht nur der Aristotelischen Philosophie zur Last, sondern ebenso der übermäßigen Beachtung religiöser und geistlicher Themen. Für ihn waren Religion und Ökonomie Antipoden. Denkbar wäre es, daß ein anderer Umstand bei dieser Vernachlässigung eine Rolle spielte: der Zweifel, ob das Ökonomiewesen wegen der Vielzahl der einzelnen Teilbereiche und Untergliederungen überhaupt in eine wissenschaftliche Methode gebracht werden könne. Oft hätte man geglaubt, diese Lehre sei nur aus bloßer Erfahrung zu begreifen. Gleiches gelte für das Polizei- und Kameralwesen.

1) a.a.O., S.6
2) a.a.O., S.7
3) a.a.O., S.7

Derartigen Ansichten widersprach Dithmar energisch, wobei er das Beispiel anderer Wissenschaften, in denen eine solche Systematisierung gelang (Jurisprudenz, Medizin), heranzog. Darüberhinaus erinnerte der Herausgeber an eine Reihe berühmter Gelehrter, wie Seckendorff, Thomasius und Rohr, die von der Möglichkeit, die Ökonomie wie andere Wissenschaften zu lehren und zu lernen, überzeugt waren.

Die "Oeconomische Fama" sollte in erster Linie den Nachweis erbringen, daß die aufkommende Mode der Fachzeitschrift auch für das Ökonomie-, Polizei- und Kameralwesen nutzbar gemacht werden konnte. Den interessierten Wirtschaftspublizisten wollte Dithmar einen Weg zeigen, um den seinerzeit in nicht sehr hohem Ansehen stehenden Wirtschaftswissenschaften zu größerer Anerkennung zu verhelfen. Zu dem Programm dieser Zeitschrift gehörte es noch nicht, Kenntnisse über diese Wissenschaften in die unteren Volksschichten zu tragen. Die "Oeconomische Fama" blieb, solange sie erschien, ein überwiegend akademisches Organ, das sich bewußt an einen begrenzten Kreis von Fachleuten richtete.

e) Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in der Darstellung der "Oeconomischen Fama"

Dithmar hat in seiner Zeitschrift nicht den Versuch unternommen, den Gesamtbereich oder Teilbereiche der Wirtschaft systematisch darzustellen. Während in späteren Wirtschaftszeitschriften, vor allem in denen Justis, einer solchen systematischen und wissenschaftlichen Erfassung erhebliche Beachtung zuteil wurde, beschränkte sich der Herausgeber der "Oeconomischen Fama" auf Einzelfragen, ohne zumeist deren Verbindungen und Zusammenhänge mit der jeweiligen übergeordneten Fachrichtung zu berühren.

Die "Oeconomische Fama" kann nicht den Anspruch erheben, zur Klärung theoretischer Fragen der Nationalökonomie beigetragen zu haben. Dies erstaunt, wenn man die Bedeutung Dithmars als eines Systematikers bedenkt.[1)]

1) Vgl.: Roscher, a.a.O., S.431

Hier zeugt sich deutlich, wie sehr noch Dithmar späteren kameralistischen Zeitschriftenpublizisten nachstand, die es stets von neuem unternahmen, in ihren Organen dem Publikum eigene methodisch-theoretische Ideen zu vermitteln. Offenbar war ihm noch nicht bewußt, welche Dienste eine Zeitschrift in dieser Beziehung zu leisten vermochte.

Trotz seiner im Vorbericht der "Fama" geäußerten kritischen Bemerkungen über den Mangel an Schriften kameralwissenschaftlichen Inhalts[1] tat Dithmar nichts, um durch entsprechende eigene Beiträge diesem Mangel abzuhelfen.

Über das Staatswesen wurde allein aus historischer Sicht geschrieben.[2] Derartige Abhandlungen sind in rein gelehrtem Stil verfaßt worden, sie dürften schwerlich einen nennenswerten Leserkreis angesprochen haben.

Dem seinerzeit in den historisch-politischen Journalen gern geübten Brauch, durch Darstellung früherer Zustände auf Mißstände in der Gegenwart aufmerksam zu machen, folgte Dithmar nirgends.[3] Es lag ihm völlig fern, den absolutistischen Staat seiner Epoche durch Hinweise auf historische Ordnungen in versteckter Form zu kritisieren.

Breitesten Raum nahm in Dithmars Organ die Land- und Forstwirtschaft ein. Hier behandelte der Herausgeber spezielle praktisch-ökonomische Einzelprobleme, die ohne Zweifel den wesentlichen Wert der gesamten Zeitschrift ausmachten und ihren Ruf begründeten. So wurde der Nutzen des Kartoffelanbaues propagiert[4], Möglichkeiten zum Holzsparen erörtert[5], vor den Gefahren einer neu aufgetretenen Viehseuche gewarnt[6], oder allgemein Verbesserungsvorschläge beim Ackerbau unterbreitet.[7] Die Lage der Bauern selbst fand keinerlei Erwähnung. Lediglich die Bauern-Lehnsordnung wurde dem Leser zur Kenntnis gebracht.[8]

---

1) ~~Vgl.: Roscher~~, a.a.O., S.6 f.
2) Vgl. z.B.: "Vom Zustande des Oeconomischen Policey- und Cameral-Wesens nach der Sündfluth / insbesonderheit bey denen Israeliten, " 1.Stück, S.8 ff.
3) Vgl.: Haarcke, Die Politische Zeitschrift, Bd.I, Stuttgart 1968
4) 5.Stück, S.54 ff.
5) 2.Stück, S.37 ff.
6) 8.Stück, S.28 ff.
7) 7.Stück, S.53 ff.
8) 5.Stück, S.3 ff.

Besonders reges Interesse zeigte Dithmar an Fragen des Handwerks und den Zünften. [1] Der Ursache des Verfalls dieser Handwerkszünfte wurde nachgegangen, frühere Verordnungen gegen Mißbräuche auf diesem Gebiet erwähnt und auf amtliche Publikationen zu diesem Thema verwiesen. [2]

Zieht man das Fazit aus der Analyse des Inhalts der Dithmarschen "Fama", so ist festzuhalten, daß der Mangel an gemeinschaftlicher Redaktionsarbeit einen breiteren Überblick über das Wirtschaftsleben verhinderte. Andererseits wurde kein Teilgebiet der Nationalökonomie in der Weise erschöpfend behandelt, wie es bald zum Charakteristikum der Fachzeitschrift werden sollte. Die Notwendigkeit eines größeren Mitarbeiterstabes wurde somit evident.

f) Die Wirkung der Zeitschrift auf die zeitgenössische Öffentlichkeit

Die bewußte Beschränkung des Leserkreises auf ein vornehmlich akademisch gebildetes Publikum verhinderte nicht, daß die "Oeconomische Fama" über ihre Zeit hinaus Anklang und Würdigung fand. Die Zeitgenossen erkannten dankbar an, daß Dithmar mit seiner periodischen Publikation versucht hatte, das Prestige der Wirtschaftsdisziplinen zu heben. Vor allem zollte man ihm Lob für sein Bemühen, das Zeitschriftenwesen für Wirtschaftsfragen zu erschließen.

Die erste belegte Äußerung über die "Oeconomische Fama" stammt aus der Feder des Kameralisten Georg Heinrich Zincke. Er war Gründer und Herausgeber der "Leipziger Sammlungen", der zweiten kameralistischen Wirtschaftszeitschrift. Als Zincke im Jahre 1742 das erste Heft seiner Zeitschrift herausgab, beleuchtete er in einem Vorwort ausführlich die Lage des damaligen Zeitschriftenwesens, insbesondere des Fachzeitschriftenwesens. Er bemängelte das Fehlen eines ökonomischen Fachorgans. Unter allen vorhandenen Monatsschriften konnte er keine einzige entdecken, die sich auf das Gebiet der Ökonomie- und Kameralwissenschaften spezialisiert hatte.

1) 6.Stück, Kap. I-IV.
2) 9.Stück, S.89 ff.

Zincke forderte überdies von einer solchen Kameralzeitschrift, daß sie ein "Mittel eines gemeinsamen Beystandes zum Aufnehmen derselben seyn sollte." [1] Keineswegs durfte sie ein periodisch fortlaufendes Kompendium gelehrter Abhandlungen oder ein lediglich enzyklopädischen Zwecken dienendes Sammelwerk darstellen, wie es der Zeit entsprach.[2] Sie war vielmehr gedacht als Instrument gemeinschaftlicher Anstrengungen im Interesse des wissenschaftlichen Fortschrittes. Sichtlich schwebte Zincke in der Einleitung zu seiner Zeitschrift die Idee einer redaktionellen Gemeinschaftsarbeit vor.

Der Herausgeber der "Leipziger Sammlungen" erwähnte dann die "Oeconomische Fama". Obwohl er den Versuch Dithmars zu würdigen wußte, brachte er zugleich Kritik an dessen Publikation vor und verhehlte nicht die Mängel, die in seinen Augen diesem Periodikon anhafteten:

> "Allein zu geschweigen, daß er (d.i. der Herausgeber) seine Absichten nur allein auf die Privat- und sonderlich die Land-Wirthschafft einschränckete, an ~~als~~ die Policey-Wissenschafft und Anstalten aber so wenig, als an die Stadt-Nahrung und die eigentlichen Cammer-Sachen dabey gedachte, so hat auch diese beliebte Monaths-Schrifft, nachdem nicht mehr als 10. Stück davon an das Licht getreten, mit seinem frühzeitigen Absterben ihr Ende bereits lange erreichet." [3]

Unstreitig wurde hier auf das Fehlen von Abhandlungen über Manufakturen und Verwaltungsfragen angespielt. Dennoch schätzte Zincke die "Fama" Dithmars hoch ein und bescheinigte ihr weithin Popularität:

> "Gleichwohl hat sie bey Verständigen so vielen Beyfall gefunden, daß es auch noch ietzo mit vielem Verlangen gesuchet und aufgekauffet wird." [4]

---

1) Leipziger Sammlungen, 1.Stück 1742, S.20
2) Vgl.: Walter Schöne, Die Zeitung und ihre Wissenschaft, Leipzig 1928, S.214
3) Leipziger Sammlungen, 1.Stück 1742, S.20
4) ebenda, S.20-21

Der Hinweis auf die "Verständigen" unter den Lesern bekräftigt die Vermutung, daß diese Zeitschrift vorwiegend ein akademisch gebildetes und fachkundiges Publikum ansprach.

Das Bedauern über das Ausbleiben einer ähnlichen periodischen Wirtschaftspublikation wurde nicht unterdrückt:

> "Und seit diesem kleinen Anfang haben wir nichts weiter von einer solchen nützlichen Bemühung in denen Buchläden erblicket..." [1]

Im ersten Heft der "Leipziger Sammlungen" findet sich der Abdruck eines von einem gewissen "Oeconomphilum" verfaßten Aufsatzes, welcher darüber Aufschluß gibt, wie sehr man ökonomisch-kameralistische Fachzeitschriften vermißte. Es wurde der Vorschlag unterbreitet, ein Journal zu gründen, "welches aus nichts, als aus ... Anmerckungen von der Oeconomie, denen Commercien, Handwerckern, Fabriqven, Manufacturen und schönen Policey-Anstalten, im gemeinen Wesen, sonderlich von Schul-Anstalten, Sachen und Büchern, bestünde..." [2] Nach dieser Anregung erinnerte der Autor an die erste Wirtschaftszeitschrift:

> "Der in solchen Dingen nicht ungeschickte sel. Herr Prof. Ditmar zu Franckfurth fing unter dem Titel der Oeconomischen Fama, ehemals an, auf diesen Schlag manches mitzutheilen, so hieher gehöret. Allein sein früher Tod hat die Fortsetzung verhindert, und über dieses alles erstreckte sich seine Absicht nicht völlig dahin, wohin dieser mein Vorschlag zielet." [3]

Im Anschluß an die lobende Erwähnung der "Oeconomischen Fama" ist der Autor auf die Situation der Wirtschaftswissenschaften zu Anfang des Jahrhunderts eingegangen. Zu der Zeit, als das Dithmarsche Periodikon erschien, seien Fleiß und Interesse der "Oeconomischen und Pol. Ingeniorum" durch die Bemühungen des Preußischen Königs gerade erst

---

1) Leipziger Sammlungen, 1.Stück 1742, S.21
2) ebenda, "Zufällige Gedancken von den Erd-Aepfeln", S.74
3) ebenda, S.75

geweckt worden. Auf dem Gebiete der Wirtschaft hätten-zum Schaden mancher Länder und vieler Herrscher - die Verhältnisse allzu sehr im argen gelegen. Aus diesen Gründen habe sich die heranwachsende Generation einseitig auf das Rechtsstudium konzentriert, nicht aber auf "Oeconomische Policey- und Cameral-Studia, die sie zur innern und reellen Wohlfahrt eines Landes und Herrns brauchen kunnten." So erklärte sich der Mangel an qualifizierten Mitarbeitern für Dithmar und seine Zeitschrift:

> "Und daher kam es auch, daß sich wenig Leute fanden, die bereit und aufgelegt waren, dem Auctori dieser Fama mit ihrem geschickten und erfahrnen Beytrag an die Hand zu gehen." [1)]

Jene zeitgenössische Feststellung bestätigt die spätere These Roschers, daß die Entwicklung wissenschaftlicher Fachzeitschriften einen "nicht allzu engen Kreis von schriftstellernden Fachmännern" zur Voraussetzung hat, zumal es dem Wesen der periodischen Presse widerspreche, nur einem einzigen Verfasser oder einer kleinen Gruppe von Autoren als Sprachrohr zu dienen.[2)]

Aus dieser Sicht werden manche Unvollkommenheiten der "Oeconomischen Fama" verständlich. Dithmar stand am Anfang des langen Weges der Wirtschaftszeitschrift zu einem echten, der fachlich interessierten Gemeinschaft dienenden Kommunikationsmittel, dessen wesentlicher Impuls der Kontakt zwischen Herausgeber(n) und Leserschaft war.

In den "Leipziger Sammlungen" erwähnte Zincke noch mehrfach die "Oeconomische Fama". In dieser zweiten Kameralzeitschrift wurde des öfteren auf fachliche Themen Bezug genommen, die in Dithmars Schrift veröffentlicht worden waren. Damit ist durchaus erwiesen, daß dieses Periodikon auch für die Nachwelt als Ratgeber und Nachschlagewerk gedient hat.

Im ersten Band wird auf eine Nachricht in der "Oeconomischen Fama" ausdrücklich hingewiesen und dazu erklärt, daß, wer diese Zeitschrift nicht besitze, sich mit einem allgemeinen ökonomischen Lexikon behelfen müsse:

---

1) Leipziger Sammlungen, 1.Stück 1742, S.75
2) Vgl.: Roscher, a.a.O., S.430

"Jedoch sind nunmehr vergangene Michaelis Meße die herausgekommenen zehn Stücke der oeconomischen Fama wieder von neuen unter dem Nahmen eines oecon. Zehnden aufgeleget worden, wofür man dem Hn.Verleger verbunden ist." [1]

Die Annahme, daß aus Dithmars Periodikon in erster Linie die Beiträge über praktisch-ökonomische Fragen das Interesse des Publikums fanden, läßt sich anhand weiterer Hinweise aus den "Leipziger Sammlungen" bestätigen. Mehrmals wurde die "Oeconomische Fama" bei der Erörterung spezieller Fragen der Landökonomie zu Rate gezogen, oder es wurden einzelne Abhandlungen aus dieser Schrift zur Lektüre empfohlen. [2]

g) Die Zeitschrift im Urteil der Nachwelt

Die angeführten zeitgenössischen Urteile, denen eine positive Wertung der "Oeconomischen Fama" zu entnehmen ist, stehen im Widerspruch zu Äußerungen Roschers. Nach einer kurzen Aufzählung der wesentlichen Teile des Inhalts der einzelnen Hefte gelangte er zu dem Schluß, daß das in dieser ersten Wirtschaftszeitschrift veröffentlichte Material in volkswirtschaftlicher Hinsicht unkritisch dargeboten worden wäre, mithin daß alles "höchst unwissenschaftlich und geistlos" sei.[3]

Betrachtet man die "Oeconomische Fama" dahingehend, inwieweit die auf ihren Seiten erschienenen Nachrichten und Abhandlungen zur Klärung der Entwicklung der Nationalökonomie im 18. Jahrhundert beigetragen haben, so sind Roschers Feststellungen berechtigt.

---

1) Leipziger Sammlungen, 8.Stück 1745, S.669
2) Vgl. z.B.: Leipziger Sammlungen , 1.Bd. 12.Stück 1746, S.1048: "Und in der öconomischen Fama ist eine weitläufftige Abhandlung, wie man denen Knospen derer Apricosen- und Pfersing-Bäume gleichsam einen Harnisch von Eiß anziehen und dieselben vor denen Nach- und Nacht-Frösten verwahren könne... vorgetragen." Ferner: 7.Bd. 77.St.1750, S.421, in der "Fortsetzung der Imprägnation und andern wirthschafftlichen Stücken", in einer Bemerkung über den spanischen Klee: "zu welchem Ende aus der öconomischen Fama 1 Stück die umständliche und schöne Beschreibung von dessen Nutzen... eingerücket ist."
3) a.a.O., S.432

Ein ähnlich skeptisches Urteil fällt Joachim Kirchner, wenn er konstatiert, daß Dithmars Periodikon dem modernen Leser nichts zu bieten vermag.[1] Hat Kirchner dabei vor allem an die in der Tat wenig ergiebigen Abhandlungen zur Wirtschaftsgeschichte gedacht? Dieser Einwand hat ihn nicht abgehalten, diese Zeitschrift dennoch als Schrittmacherin und Wegbereiterin für weiterführende Organe zu würdigen: ein Anfang war nunmehr gemacht.

Die publizistikwissenschaftliche Fragestellung hat jedoch zunächst nicht davon auszugehen, was eine Zeitschrift (oder Zeitung) für das Werden einer speziellen wissenschaftlichen Disziplin geleistet hat. Primär ist die Frage zu stellen und zu klären: was hat eine periodische Schrift für die Zeitgenossen, für die zeitgenössische Öffentlichkeit, für ihre eigene Epoche bedeutet? Welche Rolle nahm eine Zeitschrift in der Entwicklung der periodischen Presse zu modernen Formen ein? In vorliegendem Falle: hat die "Oeconomische Fama" einen echten Beitrag zur Entstehung der Wirtschaftsfachzeitschrift geleistet?

Die Frage ist positiv zu beantworten. Dithmar, ihrem Herausgeber und Redakteur, war es zu verdanken, daß die Anregung Julius Bernhard von Rohrs zur Gründung eines Wirtschaftsjournals in die Tat umgesetzt wurde.

Die "Oeconomische Fama" hat den Nachweis erbracht, daß es möglich war, die damaligen Wirtschaftskenntnisse und -erfahrungen mittels eines Periodikons zu lehren und einem zunächst noch eng umgrenzten Publikum zu vermitteln.

Die Zeitschrift Dithmars war die Initiatorin, auf der - ungeachtet mancher Unzulänglichkeiten und Unvollkommenheiten - andere Wirtschaftspublizisten aufgebaut haben. Ihrem Beispiel folgend, bildeten sich ähnliche, dem wissenschaftlichen Fortschritt der Zeit dienende Organe heraus.

Mit Dithmars Publikation wurde die Zeitschrift ein wirksames Mittel, das Ansehen der Ökonomie-, Polizei- und Kameralwissenschaften jener Epoche zu heben und den Fortschritt dieser Wissenschaften zu fördern.

---

1) Vgl. Geschichte I, S.86

3). Georg Heinrich Zinckes "Leipziger Sammlungen" (1742 - 1767)

a) Der Herausgeber und sein Werk

Georg Heinrich Zincke gehörte zu den bekanntesten Kameralisten des 18. Jahrhunderts. Er wurde 1692 in Altenrode bei Naumburg/Saale geboren. Seine berufliche Laufbahn begann er als Soldat. Nach der Flucht aus französischer Gefangenschaft entschloß er sich im Jahre 1709, an die Universität Jena zu gehen, um Theologie, später Rechtswissenschaften zu studieren. Seine weiteren Studienorte waren Erfurt und Halle. Hier widmete er sich ganz der Jurisprudenz; unter seinen Lehrern waren Johann Peter von Ludewig und Christian Thomasius. 1720 erwarb er den juristischen Doktorgrad.

Nach mehrjähriger Tätigkeit als Fiskal der Kriegs- und Domänenkammer im Kreise Mansfeld und als Kriminalrat im Magdeburgischen ging er 1731 nach Weimar, wo er die Stellung eines Hof-, Regierungs- und Konsistorialrats annahm. Hier fiel er jedoch in Ungnade. Nach dreijähriger Haftzeit verließ er Weimar. Von 1740 las er an der Leipziger Universität Rechts- und Kameralwissenschaften. 1745 wurde er Professor am Collegium Carolinum in Braunschweig. Hier hielt er bis zu seinem Tode 1768 Vorlesungen über Kameral- und Polizeiwissenschaften.

Schriftstellerisch war Zincke außerordentlich produktiv. Zu seinen Hauptwerken zählen das 1742 herausgekommene "Allgemeine oeconomische Lexicon" (weitere Auflagen bis 1800), der "Grundriß einer Einleitung in die Kameralwissenschaften" (1742), das "Deutsche Real-, Manufactur- und Handwerkslexikon" (1745), die "Anfangsgründe der Kameralwissenschaften" (1753-55).

Bekannt geworden ist Zincke ferner durch die "Leipziger Sammlungen", eine Wirtschaftszeitschrift, die von 1742 bis 1767 erschien.

Zincke beschäftigte sich in seinen Publikationen vorwiegend mit Fragen der praktischen Volkswirtschaft; in geringerem Maße wurde theoretischen Problemen der Nationalökonomie Platz eingeräumt. Die Polizei- und Kameralwissenschaften sah er als Regulator der Wirtschaft. Oekonomie war in seiner Interpretation die Gesamtheit aller rechtsmäßigen Nahrungsgeschäfte, die Polizei wurde als staatliche Organisations- und Aufsichtsfunktion aufgefaßt.[1)]

b) Zinckes Idee zur Gründung einer Wirtschaftszeitschrift

Im Gegensatz zu Dithmar interessierten Zincke nicht allein Fragen des Ökonomie-, Polizei- und Kammerwesens. Nicht weniger beschäftigten ihn Probleme der zeitgenössischen Kommunikationsmittel und des Informationswesens.

In der damaligen Journalistik war es völlig neuartig, derartige Themen aufzugreifen. Für die Pressegeschichte erweist sich Zinckes periodisches Organ als eine unschätzbare Quelle. Eine Reihe von Mitarbeitern kam in den "Leipziger Sammlungen" zu Worte, um sich zur Situation des Zeitungs- und Zeitschriftenwesens zu äußern.

Zinckes Interesse an den Medien der Kommunikation dokumentierte sich ~~beispielsweise~~ darin, daß er in seinem "Allgemeinen Oeconomischen Lexicon" unter dem Stichwort "Zeitungen" das Pressewesen im Zeitalter des Rationalismus schilderte und kritisierte.[2)] Seine Äußerungen sind auszugsweise in das von Zedler herausgegebene Universal-Lexikon übernommen worden. Das gilt insbesondere für die Abschnitte, die dem Verhältnis zwischen Presse und Wirtschaft gewidmet sind.[3)]

1) vgl. Allgemeine Deutsche Biographie, 45.Bd., Leipzig 1900, S.313 ff. Roscher, a.a.O., S.432 ff. Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 2.Auflage, Jena 1901, S.940 f. (Daselbst weitere Bibliographie).
2) vgl.: Allgemeines Oeconomisches Lexicon", 2.Aufl., Leipzig 1744, Sp. 3339-3341
3) vgl.: 61.Bd., Leipzig-Halle 1749, Sp.914-916. Stichwort: Zeitungen (Oeconomische)

Der Wirtschaftspublizist Zincke schätzte den Wert der Kommunikationsmittel hoch ein. Als einer der ersten Kameralisten hatte er erkannt, daß sie für den gesellschaftlichen Fortschritt ein unentbehrliches Instrument waren.

Vier Jahrzehnte vor Kants Beitrag in der "Berlinischen Monatsschrift" zur Frage: "Was ist Aufklärung?" hat er die Quintessenz dieser Geistesbewegung präzis formuliert und gefördert, daß sich ein jeder der vorhandenen Publikationsmittel bedienen sollte:

> "Denn ein Mensch muß, so lange er lebt, in der Erkänntniß der Wahrheit zu seiner Glückseligkeit theils durch Erfahrung, welches entweder die eigene oder fremde ist, theils durch Nachdencken lernen, sonst wird er bald in diesem und jenem Stück, sonderlich in der Gesellschafft der Menschen, die neben ihm sind, und immer weiter kommen, ein Ignorant, und sich sowohl als andern unnütze werden. Zu der Erfahrung aber gehören diese gesellschaftliche Nachrichten unter andern Mitteln." [1]

Zincke gleiderte das Pressewesen in gelehrte, Staats- und ökonomische Zeitungen. Er fand mit dieser Differenzierung eine für seine Zeit angemessene und treffende Typologie des Zeitungs- und Zeitschriftenwesens. Für beklagenswert hielt er die Situation der ökonomischen Periodika. Vor allem bemängelte er deren ungenügende Verbreitung:

> "Allein was die öconomischen Zeitungen anbetrifft, so sind dieselben an denen meisten Orten, nebst dem gantzen zum Behuff der öffentlichen Landes- und Privat-Wirtschafft wohl eingerichteten Intelligentz-Wesen, gantz unbekannt, ohnerachtet sie ohnstreitig vielen Menschen viel nöthiger und nützlicher, sonderlich bey unsern vielen und zunehmenden öconomischen Veränderungen, als die andern, allen aber doch eben so nützlich sind." [2]

1) Allgemeines Oeconomisches Lexicon, Sp. 3339
2) ebenda, Sp. 3340

Die Intelligenzblätter scheinen in der Tat keine große öffentliche Wirkung gefunden zu haben, wie diese Quelle bestätigt. Sie wiesen allzu gravierende publizistische Mängel auf [1]. Um so bedauerlicher mußte sich dieser Mißstand auswirken, als das Fehlen geeigneter Organe sowie das Versagen fast aller bislang erschienenen nach Zinckes Auffassung den wirtschaftlichen Fortschritt hemmten. Die Lektüre der Wirtschaftspublikationen sah Zincke als unerläßlich an. Alle Bürger sollten angehalten werden, sie zu lesen. Diese Forderung gelte für "alle Arten von Wirten, und sonderlich ungelehrten und gemeinen Leuten." [2] Zincke dachte offensichtlich nicht nur an die längst fällige Verbesserung der Intelligenzblätter. Er schlug darüber hinaus die Herausgabe und Verteilung ökonomischer Publikationen durch die Obrigkeit - autoritate publica - vor.

Bemerkenswert ist seine ausdrückliche Mahnung, die Wirtschaftsfachpresse müsse sich in den Dienst der unteren Volksschichten stellen, denen bisher auf Grund fehlender Fachkenntnisse und Erfahrungen die Mitarbeit am Wirtschaftsleben des Staates versagt geblieben war. Wirtschaftszeitschriften hätten sich demnach nicht länger bloß an die gelehrten und akademisch gebildeten Kreise zu richten. Ähnliche Vorstellungen fehlten bei Julius Bernhard von Rohr und Justus Christoph Dithmar gänzlich.

Zincke ließ es nicht bei der Anregung bewenden, das einfache, abseits stehende Publikum anzusprechen und zu gewinnen. In seiner Zeitschrift, den "Leipziger Sammlungen", war er ständig bestrebt, diesen Gedanken in die Tat umzusetzen. Was diese neue Einsicht angeht, so muß betont werden, daß sein Organ von der bisher betriebenen Presseforschung keineswegs gebührend gewürdigt worden ist, obgleich es ingesamt ungleich positiver als die Vorgängerin, die "Oeconomische Fama", beurteilt wurde [3].

1) Vgl. Hubert Max: Intelligenzblatt - Intelligenzwesen. In: Handbuch der Zeitungswissenschaft, Teil II; Leipzig 1942, Sp. 1819.
2) Allgemeines Oeconomisches Lexicon, Sp. 3341.
3) Vgl.:Roscher, a.a.O., S.432 ff und Kirchner, Geschichte I, S.86.

Mit Zinckes "Leipziger Sammlungen" hat die Fachzeitschrift begonnen, sich an die sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen zu wenden und damit ihr Publikum soziologisch auszuweiten. Es gelang dadurch, ihre öffentliche Wirkung zu erhöhen.

c) Die Struktur der "Leipziger Sammlungen"

Die von 1742 bis 1767 erschienenen "Leipziger Sammlungen" kamen ins insgesamt 192 Heften (Stücken) im für Zeitschriften aller Gattung derzeit üblichen Oktavformat heraus. Die Einzelhefte wurden in sechzehn Bänden gesammelt. Verlegt wurde das ökonomisch-kameralistische Fachorgan bei Carl Ludwig Jacobi in Leipzig. Über die Höhe der Auflage sind keine Angaben ermittelbar. Jedoch deutet eine Äußerung Johann Jacob Mosers darauf hin, daß die Auflage recht hoch gewesen sein muß. [1] Der Preis betrug - laut Ankündigung - pro Heft zwei Groschen.

Bis auf den sechzehnten Band bestanden sämtliche Jahrgänge aus zwölf Einzelnummern. Der Umfang blieb meist unverändert. Das Einzelheft hatte gewöhnlich 95 Seiten, der Jahrgang wies im Durchschnitt 1050 Seiten auf. Der Abschlußband aus dem Jahre 1767 brachte es nur auf 410 Seiten.

Jeder Band begann mit einer Dedikation an prominente Persönlichkeiten, meist des Adels. Der erste Band wurde den "HERREN Burgermeistern, PROCONSVLIBVS, Stadt-Richtern, Baumeistern, und Raths-Herren der berühmten Handels-Stadt Leipzig" gewidmet. Den fünfzehnten Band eignete der Herausgeber dem Landgrafen von Hessen, Friedrich, zu.

Sämtlichen Bänden sind Vorreden vorangestellt worden. Den Anfang bildete die "Vorrede zum ersten Bande, worinnen aus denen Geschichten der Stadt Leipzig von Auf- und Abnehmen der Städte gehandelt und diese Stadt beschrieben wird." In jenen Vorreden wurden zumeist Ökonomie- und Kameralprobleme behandelt. So eröffnete Zincke den zweiten Band mit einer Abhandlung über die "Grund-Sätze eines

1) Vgl. S.112

wohleingerichteten Stadt-Wesens zum Aufnehmen der Städte." Die Einleitung zum dritten Band diente der Erörterung der "Stadt- und Bürger-Rechte, ferner Polizei-Gesetze der Stadt."

Sämtliche Vorreden hatten den Herausgeber zum Verfasser.

Zincke redigierte seine Zeitschrift noch nicht in dem Sinne, daß er verschiedene Rubriken einführte; vielmehr veröffentlichte er Abhandlungen und Nachrichten aus den einzelnen Bereichen des Ökonomie-, Polizei- und Kameralwesens wahllos nebeneinander. Die in späteren Wirtschaftszeitschriften häufig übliche Untergliederung des Stoffes fehlte bei ihm noch völlig.

Eine Analyse des ersten Jahrganges (1742) ergibt folgende Aufteilung:
mit Fragen der Landwirtschaft (Landökonomie) beschäftigen sich neunzehn Abhandlungen,
mit Fragen des Handwerks acht Abhandlungen,
mit Fragen der Polizei fünf Abhandlungen,
mit Fragen des Manufakturwesens zwei Abhandlungen,
mit Fragen des Bergwerkswesens sechs Abhandlungen,
mit Fragen der Erziehung (Fachausbildung) fünf Abhandlungen,
mit Fragen der Hauswirtschaft und Stadtwirtschaft je eine Abhandlung,
mit Fragen des Kameralwesens zwei Abhandlungen;
eine Abhandlung ist religiösen Problemen gewidmet.
Dreizehn Aufsätze bringen Buchanzeigen.

Eine gleiche Übersicht über den zehnten Band zeigt folgendes Bild:

Landwirtschaft:	zwanzig Abhandlungen
Handwerk:	fünf Abhandlungen
Polizei:	sechzehn Abhandlungen
Hauswirtschaft:	eine Abhandlung
Kameralwesen:	acht Abhandlungen
Buchanzeigen:	vier.

Eindeutig läßt sich aus diesem Überblick folgern, daß landwirtschaftlichen Themen der breiteste Raum eingeräumt wurde, während Fragen des Manufakturwesens in den

Hintergrund traten. Sie sind jedoch mehrfach in Vorreden behandelt worden. Auch das Handwerk fand häufig Beachtung, wohingegen das Bergwerkswesen nur zu Beginn der Zeitschrift größeres Interesse beanspruchen konnte. Umgekehrt wurde im zehnten Bande dem Polizeiwesen stärkere Aufmerksamkeit geschenkt, ebenso Kameralproblemen. Die Buchanzeigen scheinen an Bedeutung verloren zu haben.

Bei gleichbleibendem Interesse für die Landwirtschaft erweiterte sich also in den "Leipziger Sammlungen" der Raum für Angelegenheiten des Polizei- und Kameralwesens. Ein Vergleich zwischen dem ersten und dem zehnten Jahrgang dieser Zeitschrift zeigt, daß sich allmählich ein ausgewogenes Verhältnis zwischen der Ökonomie einerseits, der Polizei- und Kameralwissenschaften andererseits herausbildete. So gelang es dem Herausgeber - selbstverständlich dank der Unterstützung eines größeren Mitarbeiterstabes -, ein umfassendes Bild von der gesamten wirtschaftlichen Situation und Entwicklung um die Mitte des 19. Jahrhunderts zu geben. Diese Leistung hebt die "Leipziger Sammlungen" Zinckes von anderen Wirtschaftsperiodika der Epoche heraus und läßt sie zu einem Dokument der Zeitgeschichte werden. Durch eine solche Funktion als Vermittlerin der Zeitgeschichte an die Nachwelt wird die Zeitschrift zu einem unentbehrlichen Mittel der historischen Forschung.[1)]

Struktur und Aufmachung der "Leipziger Sammlungen" bleiben bis zum Abschluß unverändert, so daß die einzelnen Jahrgänge auch in der äußeren Form ein einheitliches Ganzes bildeten.

---

1) Daß Zincke selbst daran dachte, späteren Generationen ein Bild seiner eigenen Epoche zu hinterlassen, ergibt sich aus mehreren Andeutungen. Vgl. zum Beispiel:
"(Gottes) gnädiges Wohlgefallen... hat ... uns in der Hoffnung befestiget, daß die Fortsetzung so wohl vor diese als künfftige Zeiten von grossem Nutzen seyn ... werde."
Vorrede zum 4.Bd., S.IX-X.

d) Die Kennzeichnung der "Leipziger Sammlungen" als Zeitschrift durch die publizistikwissenschaftlichen Grundbegriffe

Die Vorgängerin der "Leipziger Sammlungen", Dithmars "Oeconomische Fama", war zwar eindeutig als ~~echte~~ Zeitschrift charakterisiert worden, doch traten bei ihr einige der publizistikwissenschaftlichen Grundbegriffe nur schwach ausgebildet in Erscheinung (insbesondere fehlte es an Hinweisen auf die Soziabilität). Im Gegensatz dazu ist dem ihr nachfolgenden Wirtschaftsperiodikon Zinckes der Schritt zur echten Fachzeitschrift geglückt.

In seiner "Vollständigen Nachricht von diesen Sammlungen" zu Beginn des ersten Stückes [1] äußerte sich der Herausgeber eingehend zum Problem der Periodizität seiner Schrift. Er lehnte es ab, sich an einen festen Erscheinenstermin zu binden. Das nicht regelmäßige Erscheinen einer periodischen Publikation war in der Frühphase des Zeitschriftenwesens durchaus üblich.[2] Die mangelhaften Transportmöglichkeiten und Unsicherheiten bei der Zusendung der Manuskripte hingen hiermit zusammen. Wenn man nicht in der Lage sein sollte, so versprach Zincke seinen Lesern, alle Monate ein Heft herauszugeben, so würde man versuchen, möglichst viele Hefte in einem Jahre erscheinen zu lassen.

Der Verzicht auf eine genau fixierte Periodizität wurde überdies durch die Absicht begründet, der Qualität der Manuskripte den Vorrang vor einem Festhalten an bestimmten Erscheinensdaten zu geben: erst nach dem Sichten des eingegangenen Materials sollte über die Herausgabe eines neuen Heftes entschieden werden.[3] Diese Sorgfalt im Redigieren der Zeitschrift hat Zincke weithin Anerkennung verschafft.

Mit Ausnahme des sechzehnten Bandes wurden je zwölf Hefte in einem Jahrgang zusammengefaßt. So gelang es,

1) S.3-51, geschrieben am 18. Sept. 1742
2) Vgl.: Kirchner, Grundlagen I, S.15
3) Vollständige Nachricht, S.28-29

die Periodizität der Zeitschrift zu sichern.

Der Wille zur Kontinuität, zur unbegrenzten Dauer oder zeitlich nicht von Anbeginn fixierten Dauer des Erscheinens einer periodischen Veröffentlichung ist aus dem Vorwort zum ersten Heft nicht abzulesen. Jedoch läßt sich diese Absicht aus den Vorreden einzelner Bände eindeutig ersehen. So gab Zincke in der Einleitung zum vierten Bande zu verstehen, daß die bisherige Arbeit den Herausgeber und seine Helfer in der Hoffnung bestärkt hätte, daß "die Fortsetzung so wohl vor diese als künfftige Zeiten von grossem Nutzen seyn" werde. [1] Im Beiwort zum fünften Bande wurde der gleiche Wunsch nach kontinuierlicher Fortsetzung ausgesprochen.[2] Zur Eröffnung des siebten Bandes versprach Zincke, "das gantze Zehendel seiner Bände voll zu machen..., da sich alle Tage viel schöner Stoff dazu einfindet." [3] Beweisen solche Sätze nicht auch die rege Mitarbeit an diesem Periodikon und das lebhafte Interesse des Publikums?

In gleichem Maße, in dem sich die "Leipziger Sammlungen" mit Hilfe der Begriffe Periodizität und Kontinuität als echte Zeitschrift kennzeichnen lassen, ist eine solche Bestimmung mittels des Begriffs der Publizität möglich. Die Publizität "ergibt sich notwendig aus dem Bestreben des gelehrten Journalismus, alle interessierten Kreise in der wissenschaftlichen Literatur auf dem laufenden zu halten." [4] Groth bestimmt diesen Begriff als "das Offensein, die Offenheit, die allgemeine Zugänglichkeit,"[5] und sieht in ihr "das Tor, durch das die geistigen Güter ... hinausgesandt und empfangen werden." [6]

Das Ziel der "Leipziger Sammlungen" sah ihr Herausgeber darin,

---

1) a.a.O., S.IX
2) a.a.O., S.XXX
3) a.a.O., S.IV
4) Kirchner, Grundlagen I, S.19
5) Groth, Die unerkannte Kulturmacht, Bd.1, S.206
6) ebenda, S.250

"vielen gelehrten und ungelehrten, gleichwohl aber dem einem oder dem andern erfahrnen und geübten Leuten Gelegenheit zu geben, damit sie vermittelst ihres Beytrages wenigstens unsern Landes-Leuten, denen Teutschen, in diesen so nöthigen und nützlichen Dingen ohne grosse Kosten mit ihren Einsichten dienen können." [1]

Da zudem alle Stände der Gesellschaft "entweder in einem gewissen und besondern Verhältniß zur Land- und Stadt-Wirthschafft ... oder zum Cammer- und Finanz-Wesen stehen", sah Zincke niemanden, dem solche ökonomischen Monatsschriften keinerlei Nutzen bringen würden. [2]

Die "Leipziger Sammlungen" richtet*en* sich an all jene Menschen, denen der Fortschritt der Wirtschaft und die Förderung der Staatsfinanzen am Herzen lagen. Sie waren nicht als Organ einer eng begrenzten Gruppe von Fachleuten konzipiert, sondern sollten zwischen verschiedenen, durch gemeinsame Interessen verbundenen Volksschichten zum Nutzen des Gemeinwohls vermitteln.

Der Drang zur Publizität ergibt sich aus den stets wiederkehrenden Aufrufen an Mitarbeiter und Leser, zum Gelingen des ökonomischen Zeitschriftenunternehmens beizutragen. Dieses ständige Bemühen um Kommunikation mit dem Publikum der Zeitschrift zeigt die Unterschiede zur "Oeconomischen Fama" Dithmars, der ähnliche Züge noch fremd waren. Zincke war sich bewußt, daß ein Periodikon, das einen Überblick über dem Gesamtbereich der Wirtschaftsdisziplinen zum Ziel hatte, unmöglich von einem Verfasser allein redigiert werden konnte. Nur ein Zusammenspiel mehrerer Mitarbeiter garantierte der Zeitschrift eine längere Dauer. Es ist für die Entwicklung der Fachzeitschrift bezeichnend, daß der Weg stets vom Einzelherausgeber und -redakteur zur Gemeinschaftsarbeit führte. "Erst als die wachsende Universalisierung und drängende Aktualisierung der Leseranforderungen die kollektive Herstellung des

1) ~~xxxx@xxx&xxx~~ Vollständige Nachricht von diesen Sammlungen
2) ~~xxxx@xx~~ 1.Bd. 1.Stück, S.25
ebenda

periodikalischen Inhalts erzwangen, eine Anzahl, eine Menge Arbeitskräfte, Schriftleiter und Mitarbeiter, beanspruchten, und diese zur Verständigung und Einigung gebracht werden mußten, wurde die redaktionelle Zusammenarbeit die praktisch wichtigste Frage der geistigen Unternehmung des Periodikums." [1]

Zincke zweifelte nicht daran, daß allein eine Vielfalt von Meinungen und Erfahrungen den "Leipziger Sammlungen" Publizität verschaffen könne. Sicherlich hatte er das Beispiel der "Oeconomischen Fama" und deren frühes Ende vor Augen. Er strebte nach einem in soziologischer Hinsicht möglichst breitgestreuten Publikum. Insbesondere ging es ihm darum, den aufgeklärten Teil des Volkes mit unerfahrenen und ratsuchenden Gruppen in Verbindung zu bringen, Im Gegensatz zur Dithmarschen Schrift richteten sich die "Leipziger Sammlungen" ausdrücklich an Menschen ohne Erfahrung und Bildung, sie sollten auch von "einfältigen Land-Haus-Wirte[n]" gelesen werden.[2]

Besonders lag dem Herausgeber daran, zur fachlichen Erziehung der Jugend beizutragen. Er wies nachdrücklich darauf hin, daß die Beschäftigung mit den Ökonomie- und Kameralwissenschaften auch eine Angelegenheit der heranwachsenden Generation werden müsse. Ihr sollten die "Leipziger Sammlungen" zugänglich gemacht werden. Nicht nur "zum Dienste gelehrter und ungelehrter Leute" war sein Organ ins Leben gerufen worden, wie er versicherte, sondern auch "solchen Personen aus der Jugend gewidmet, die sich dieser Wissenschaften erst befleißigen wollen." [3] Die Bedeutung einer gründlichen fachlichen, technisch-praktischen Ausbildung als Voraussetzung für weitere Fortschritte in der Staatswirtschaft und im politischen Leben wurde keinesfalls unterschätzt.

Die "Leipziger Sammlungen" sollten nicht nur soziologisch in die Breite wirken. Es war ebenso daran gedacht,

1) Groth, Die unerkannte Kulturmacht, Bd.4, S.54
2) 1.Bd. 3.St., S.207
3) 1.Bd. 2.St., S.187-188

sie Lesern entfernterer Regionen zugänglich zu machen. Sie waren "nicht nur vor hiesige Gegenden (d.i. Sachsen), sondern gantz Teutschland" bestimmt.[1)]

Immer wieder ist auf die "öffentliche Correspondentz" unter den Lesern, den öffentlichen Meinungsaustausch Wert gelegt worden. Diese Publizität versuchte der Herausgeber durch Einbeziehen neuer Leserkreise zu erhöhen. Er wurde nicht müde, an das Publikum zu appellieren, mitzuarbeiten und "gegenseitigen und geselligen Beistand" zu leisten.[2)]

Der Publizität diente schließlich das Bestreben, die Zeitschrift "ohne sonderliche Mühe und Kosten" für die Leser herauszugeben.[3)] Durch einen niedrigen Preis sollten all jene Schichten am Kauf dieses Wirtschaftsperiodikons interessiert werden, die bislang von der Benutzung der öffentlichen Kommunikationsmittel ausgeschlossen waren. Man war bemüht zu verhindern, daß die "Leipziger Sammlungen" lediglich in die Hände einiger weniger fachkundiger Abnehmer gelangten. War doch - im Gegensatz dazu - die politische Zeitschrift jener Jahrzehnte ausschließlich das Reservat einer gelehrten Schicht. Exklusivität lag demnach nicht in der Absicht Zinckes und seiner Freunde.

Im Interesse der Publizität, des Offenseins nach allen Seiten, räumte die Redaktion verschiedensten Standpunkten Platz ein. Fachliche und unpolemische Kritik war durchaus erwünscht, auch wenn der Herausgeber selbst keine grundsätzlichen Zweifel an der Staats- und Wirtschaftsordnung des Absolutismus duldete. Übermäßige Kritik an den Regierenden hielt er von seinem Organ fern. Als Motto für alle Mitarbeiter galt der Aufruf:

---

1) 2.Bd. 15.St. S.254
2) Vgl.: 1.Bd.1.St., S.38-39
3) Vgl.: 2.Bd. 15.St., S.252

"Laßt uns demnach, Ihr getreuen und aufrichtigen Patrioten, Ihr klugen und verständigen Leute in der allgemeinen und besonderen Policey, ja Ihr, die ihr auch wenig davon wisset und nur nach eurer besondern verdrießlichen oder angenehmen Empfindung urtheilet, etwas tadelt oder rühmet, alle diese Ausschweiffungen vermeiden." [1]

Die Publizität hatte dort Grenzen, wo ein Konflikt mit der Staatsgewalt drohte.

Zur Frage der Kollektivität - einem weiteren Kennzeichen des Mediums Zeitschrift und Unterscheidungsmerkmal zu Buchpublikationen [2] - hatte sich Zincke in dem einleitenden Kapitel zum 1. Heft geäußert. Hier führte er diejenigen Gebiete auf, die in den einzelnen "Stücken" behandelt werden sollten. Im wesentlichen waren dies: 1. Die Landes-, Stadt-, Dorfwirtschaft, ferner die nationale Wirtschaft; 2. Die Erlangung und Anwendung des sogenannten zeitlichen Vermögens; 3. Nachrichten von Kammer- und Finanzsachen. Des weiteren legte Zincke Wert auf den Abdruck von Auszügen aus "Oeconomischen, Policey- und Cameral-Schrifften", auf die Erwähnung des Lebensganges berühmter Kameralisten, auf wirtschaftshistorische Veröffentlichungen, z.B. über die Entwicklung von Wirtschafts-, Polizei- und Kammereinrichtungen. Mit Recht hielt er den Abdruck von Polizeiverordnungen und Gesetzen für wichtig.[3]

Das Interesse Zinckes an der Wirtschaftsgeschichte verriet die Absicht, "den Ursprung, das Auf- und Abnehmen dieses oder jenes Theils dieser Wissenschafften überhaupt vorzustellen." Die Geschichte einzelner Staaten, unter besonderer Berücksichtigung des Werdens ihrer Wirtschaftsordnung, sollte in der Zeitschrift eine Rolle spielen.[4]

---

1) 1.Bd. 1.Stück, S.37-38
2) Vgl.: Kirchner, Grundlagen I, S.21; ferner: Lehmann, a.a.O., S.71 f.
3) a.a.O., S.31 ff.
4) a.a.O., S.45

Ein solcher Plan gewährleistete fraglos Mannigfaltigkeit und Vielfalt des Stoffes. Durch die Breite der Themen wurde darüber hinaus vermieden, daß sich die "Leipziger Sammlungen" zu einem einseitig theoretisch ausgerichteten oder ausschließlich praktischen Fragen gewidmeten Organ entwickelten. Dieser Monatsschrift wurde im Gegenteil die Aufgabe gestellt, Theorie und Praxis der damaligen Wirtschaftswissenschaften zu vereinen.

In der Entwicklung der Fachzeitschrift nehmen die "Leipziger Sammlungen" einen beachtenswerten Platz ein. Nach den bisherigen Ergebnissen der pressehistorischen und publizistikwissenschaftlichen Forschung fehlte dem Kommunikationsmittel Zeitschrift in der Frühphase die gesellschaftsbildende und gemeinschaftsfördernde Wirkung, die für dieses Medium in späteren Jahrzehnten charakteristisch wurde.[1] Doch beweist das Beispiel der Publikation Zinckes bereits die Bedeutung der Soziabilität innerhalb der ökonomischen Fachpresse des 18. Jahrhunderts. Zinckes Bemühungen um eine feste Lesergemeinde, um einen Zusammenschluß all derer, die am Aufbau und an der Förderung der Staatswirtschaft mitzuhelfen gewillt waren, sind offenbar von Erfolg gekrönt worden. Zahlreiche Zuschriften von Seiten der Leser gaben Kunde davon, daß durch die Lektüre der Nachrichten und Abhandlungen manche wertvolle Anregung vermittelt werden konnte, um künftig auftauchende Probleme gemeinsam zu lösen. Beispielsweise ließ der Verfasser eines "Schreibens einer neuen Oeconomischen Gesellschaft" Zincke wissen, daß die "Leipziger Sammlungen" zum gemeinsamen Handeln ermuntert hatten:

> "Ihre uns bisher sehr nützlichen Sammlungen sind uns nach und nach angenehm und wir dadurch ermuntert worden, andere gute Freunde an uns zu ziehen... Wir leugnen auch nicht, daß wir eben dadurch bewogen werden, eine Art von Gesellschafftlicher Verbindung aufzurichten, und zum Stande zu bringen... Wir kommen aber doch alle Viertel Jahre bey einem von

1) Vgl.: Haacke, Die Zeitschrift, S.222-223

unsern Mitgliedern ... zusammen, und gehen die ... eingesandten Anmerckungen kürtzlich durch, reden darüber, und theilen uns unsere Gedancken davon ... mit." [1]

Zincke selbst teilte seiner Leserschaft in der Vorrede zum dritten Bande (1746) mit, daß er und seine Mitarbeiter immer neue Beweise erhielten, daß "diese Schrifft ... als ein Mittel gebrauchet werde, manche gute Anstalten zu veranlassen oder zu verbessern..." [2].

Derartige Bemerkungen bestätigen die für die gegenwärtige Zeitschrift geltenden Feststellungen von Harry Pross: "Dank ihrem mangelnden Ehrgeiz, sich an alle wenden zu wollen, kann sie umso sicherer Gruppen bilden, und dank ihrer beschränkten Thematik kann sie .. auf vertiefte Anteilnahme rechnen." [3] Zinckes "Leipziger Sammlungen" sind unstreitig als die erste Wirtschaftsfachzeitschrift im modernen Sinne zu bezeichnen. Nach Dithmars noch tastendem Versuch, das neue Medium in den Dienst der aufstrebenden wirtschaftsdisziplinen zu stellen, gelang Zincke der Nachweis, daß sich die Zeitschrift durchaus zur Verbreitung wirtschaftlicher Erkenntnisse eignete und ein Instrument wirtschaftlicher Aufklärung werden konnte.

e) Das Programm der Zeitschrift

Das erste Heft der "Leipziger Sammlungen" leitete Zincke durch eine "Vollständige Nachricht" ein, in der er sein publizistisches Ziel und sachliches Programm der geplanten Zeitschrift ankündigte. Dieses Programm hatte er in dem ausführlichen Untertitel der "Leipziger Sammlungen" angedeutet; sie waren gedacht als Vermittlung "von Allerhand zum Land- und Stadt -Wirthschafftlichen,

1) 10.Bd. 115 St., S.668-670
2) a.a.O. S.X
3) Harry Pross, Literatur und Politik, Geschichte und Programme der politisch-literarischen Zeitschriften im deutschen Sprachgebiet seit 1870, Olten/Freiburg 1963, S.10-11

Policey-Finanz- und Cammer-Wesen dienlichen Nachrichten, Anmerckungen, Begebenheiten, Versuchungen, Vorschlägen, neuen und alten Anstalten, Erfindungen, Vortheilen, Fehlern, Künsten, Wissenschafften und Schrifften, Wie auch von denen in diesen so nützlichen Wissenschafften und Übungen wohlverdienten Leuten."

Zinckes Idee war zunächst, durch ein thematisch derartig breit angelegtes Organ den Austausch von Fachkenntnissen und Erfahrungen im Bereiche des Wirtschaftslebens zu verbessern. Die "Leipziger Sammlungen" sollten - nach dem Plan ihres Herausgebers - die noch mangelhaften Kommunikationsmöglichkeiten in jener Epoche fördern. Die Schwierigkeiten in der gegenseitigen Information und Unterrichtung hielt Zincke für die Ursache vieler Mißstände. In der "Vollständigen Nachricht" gab er seinen Lesern zu bedenken:

> "Es ist auch bekannt, wie viel Fehler ... sonderlich in der Wirthschafft, theils aus Vorurtheil, theils aus Unwissenheit, wirklich vorgehen. Wie viele unerkannte Hindernisse dieser oder jener Manufactur, oder dieses oder jenen Commercii, werden nicht, und zwar noch dazu unter dem Schein, als wenn es vielmehr Beförderungs Mittel wären, beybehalten? Solte denn nicht eine überzeugende Vorstellung und Erinnerung dienlich sein, die Menschen auf andere Gedancken zu bringen, und als solche Qvellen vieles Elendes, wo nicht zu verstopfen, dennoch ihren Ein- und Zufluß vermindern." [1]

Dabei wäre es - nach seiner Ansicht - durchaus nicht mit nennenswerten Hindernissen verbunden, solche Verbesserungen vorzuschlagen und durchzusetzen. Zincke erinnerte an die beachtliche Zahl von Wirtschaftskundigen und fachlich Gebildeten, die imstande waren, in praktischen Fragen Anleitung zu geben.

> "Allein es fehlet ihnen die Gelegenheit dazu. Und auch diese wird ihnen durch diese Sammlungen angebothen." [2]

---

1) 1.Bd.1.St., S.47
2) ebenda, S.48

Er erkannte die Dringlichkeit, aufzuklären. Um zu führen, suchte er nach einer geeigneten und zeitgemäßen Form der Kommunikation.[1] Sein Verdienst war es zweifellos, die Möglichkeiten, welche das Medium Zeitschrift bot, voll ausgeschöpft zu haben.

Zu dem Programm der "Leipziger Sammlungen" gehörte es, ein Gesprächsforum für Interessierte und erfahrene Wirtschaftspraktiker zu schaffen.[2] Verschiedene Meinungen sollten diskutiert, die besten Lösungen und Entscheidungen dem Leserpublikum zur Annahme und Nachahmung empfohlen werden. Es war die erklärte Absicht des Herausgebers, die einzelnen Fachleute aus ihrer Isolierung zu befreien, sie mit Gleichgesinnten in Kontakt zu bringen und sie zu einem der Sache dienenden Dialog zu ermuntern. Doch sollte nicht nur Meinungsaustausch gepflegt werden. Als ebenso wichtig galt der Anstoß zum praktischen Handeln.

> "Dadurch aber wird vermittelst einer geselligen Hülffe und eines mannigfaltigen Beytrags vieler geschickter und erfahrner Leute, die sich zu erkennen geben oder ihren Nahmen verschweigen, in einer Wissenschafft, in einer Kunst und in allerhand Geschäften, derselben Aufnehmen und Vollkommenheit vielmehr, viel leichter, und viel gewisser gesuchet und endlich würcklich befördert."[3]

Dieser "gesellige Beistand" war für Zincke aus dem Grunde äußerst wichtig, weil die Wirtschaftswissenschaften zu seiner Zeit noch stark vernachlässigt wurden. Nichtsdestoweniger war man sich in der Öffentlichkeit über ihren Wert durchaus im klaren:

> "Alle Welt gestehet heut zu Tage, daß die Oeconomischen-Policey- und Cameral-Wissenschafften höchst nöthig und nützlich."[4]

Publizistisch verfolgte der Kommunikationsproblemen gegenüber stets aufgeschlossene Zincke die Absicht, zu

---

1) Vgl. hierzu: Haacke, Die Zeitschrift, S.250
2) Vgl. insbesondere die "Vollständige Nachricht", a.a.O., S.9
3) ebenda, S.6-7; vgl. ferner S.15
4) ebenda, S.17

beweisen, daß die Ökonomie- und Kameralwissenschaften durchaus auch in einer periodischen Monatsschrift gelehrt werden konnten. In dieser Beziehung setzte er Dithmars Versuch fort. Nicht zu Unrecht bemängelte er die übertriebene Hochschätzung der "subtilen und speculativen Dinge" in seiner Zeit. Für das Funktionieren eines Staatswesens waren ja - nach allgemeiner Ansicht - theoretische Kenntnisse gleichermaßen wie die Fähigkeit zu praktischer Nutzanwendung der erarbeiteten Ergebnisse erforderlich. Hier konnte eine Fachzeitschrift eine wichtige Aufgabe erfüllen.

Das Programm der "Leipziger Sammlungen" faßte der Herausgeber noch einmal zusammen:

> "Und eben diesen Zweck hat gegenwärtige Sammlung, ihre Art der Einrichtung aber die Absicht, vielen gelehrten und ungelehrten, gleichwohl aber in einem oder dem andern erfahrnen und geübten Leuten Gelegenheit zu geben, damit sie vermittelst ihres Beytrages wenigstens unsern Landes-Leuten, denen Teutschen, in diesen so nöthigen und nützlichen Dingen ohne große Kosten mit ihren Einsichten dienen können." [1]

Zincke unterließ es nicht, die Leser in seiner Einführung zur geplanten Zeitschrift vor allzu großer Verwegenheit zu warnen. Besonders war ihm darum zu tun, unangemessene Äußerungen über das Polizeiwesen aus seinem Organ fernzuhalten. Zwar war beabsichtigt, zur Polizei gehörige Beiträge und Nachrichten zu einem festen Bestandteil der "Leipziger Sammlungen" werden zu lassen; die Bewertung einer Polizeimaßnahme müßte jedoch ausschließlich denen überlassen bleiben, "die am Ruder sitzen". [2] Polizei setzte Zincke mit jenen Gesetzen und Anstalten gleich, "wodurch die Hohe und Niedere Obrigkeit eben die ... allgemeine Landes und besondere Privat-Wirtschaffts Geschäffte aus dem Grunde ihrer Natur und Beschaffenheit, dahin richtet ... damit ein ordentlicher nothdürfftiger

1) ebenda, S.26
2) ebenda, S.37

beqvemer, reichlicher und schöner Nahrungs Zustand daraus erfolge ..." [1]. Polizei war demnach ein regulierender Faktor im Wirtschaftsleben. Sie fiel nach Zinckes Auffassung unstreitig in die Kompetenz der Obrigkeit. Die verborgenen Zusammenhänge zwischen ihren Teilbereichen wären, wie er meinte, für den Einzelnen schwerlich überschaubar und entzogen sich somit seinem Urteil.

Die Grenzen, in denen sich die Diskussion und das Fachgespräch vollziehen sollten, wurden hier abgesteckt. War es in der Tat Zinckes persönliche Überzeugung, das Recht auf grundsätzliche Kritik am Staatswesen allein den Mächtigen zuzugestehen?. Seine "Vollständige Nachricht" gab keine eindeutige Auskunft. Möglicherweise war er sich der Gefahr bewußt, die eine Umwandlung seiner Zeitschrift in ein Organ der Kritik zur Folge haben würde. Die zahllosen Verbote politischer Zeitschriften durch die Staatsautorität mag ihm zu denken gegeben und ihn zur Vorsicht veranlaßt haben.[2] "Rathende sind keine Gesetzgeber" - diese Mahnung gab er seinen Mitarbeitern auf den Weg.

Für noch wichtiger als Berichte über das Polizeiwesen hielt Zincke Nachrichten von Kammer- und Finanzangelegenheiten. Auch hier warnte er vor Übertreibungen: "Und wie dienlich ist es nicht, theils die Machiavellistischen Maximen mancher Blut-Igel, theils aber die elenden Grundsätze der unverständigen Cammer- und Finanz-Stürmer abzuschildern? Zwey Extrema, die hierinne sorgfältig zu vermeiden".[3] Das Einnahme- und Ausgabewesen wurde als Schwerpunkt angesehen. Ihm galt in besonderem Maße Zinckes Interesse.

Zum Programm der "Leipziger Sammlungen" gehörten auch Abhandlungen über hochgestellte Persönlichkeiten. Selbstverständlich mußte auf beleidigende Äußerungen ihnen gegenüber gänzlich verzichtet werden. Durch Kränkungen würden "allerhand andere Wahrheiten untertreten werden." [4]

---

1) ebenda, S.35
2) Vgl.: Haacke, Die politische Zeitschrift, Band I, S.
3) "Vollständige Nachricht", 1.Bd.1.St., S.41
4) ebenda, S.43

Der regen Verbindung zwischen Herausgeber, Redaktion und Leserschaft diente der Aufruf, Fragen fachlicher Art einzusenden. Das gemeinsame Gespräch wurde als der angemessenste Weg betrachtet, um zu Entscheidungen und Klärungen zu gelangen.

Das gesamte Programm der Zeitschrift Zinckes war gekennzeichnet durch das Bemühen, seine Leser von der Notwendigkeit zu überzeugen, "gleichsam in ein öffentliches freundliches gemeinsames Vernehmen zu treten." [1] Die "Leipziger Sammlungen" sind ein erster Versuch gewesen, mit Hilfe des neuen Mediums Fachzeitschrift verschiedene Schichten der Bevölkerung in engeren Kontakt zu bringen.

f) Wirtschaft, Staat und Gesellschaft in der Darstellung der "Leipziger Sammlungen"

In welcher Weise hat Zincke sein im ersten Heft der Zeitschrift ausführlich dargelegtes Programm verwirklicht? Im Gegensatz zur "Oeconomischen Fama" sind in den "Leipziger Sammlungen" in großem Umfange Ausführungen aus fremder Feder (vielfach anonymer Herkunft) veröffentlicht worden. Infolgedessen dürfen die verschiedenen, voneinander nicht selten abweichenden, ja mitunter sich widersprechenden Ansichten nicht immer mit Zinckes persönlichen Meinungen identifiziert werden. Dank der Vielzahl der Verfasser und Einsender hat diese Zeitschrift einen weiteren Rahmen als die meisten später entstandenen ökonomisch-kameralistischen Fachperiodika ausgefüllt. Damit bot sie - nicht zuletzt aufgrund ihrer langen Erscheinensdauer - ein umfassendes Bild von den staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen der vierziger bis sechziger Jahre des 18. Jahrhunderts. Allein dadurch hat sie die sonstige Fachpresse übertroffen.

---

1) ebenda, S.7

Die"Leipziger Sammlungen" gewähren Einblick in die vor allem im wirtschaftlichen Bereich sich schnell vollziehenden Entwicklungen jener Epoche und stellen ein "Organ universaler Spiegelung des vom Menschen geordneten Daseins" dar. [1]

Klärung der wirtschaftlichen Grundbegriffe

Mit großem Nachdruck versuchte Zincke, die wesentlichen Begriffe des Wirtschaftslebens in seinem Organ zu klären. Es fällt auf, mit welchem Ernst er immer von neuem um genauere Abgrenzung und exakte Definierung dieser Grundbegriffe bemüht war und vor den Nachteilen einer verschwommenen Fachterminologie warnte. Als Folge derartiger Unklarheiten befürchtete er Hemmnisse für eine vertiefte theoretische Auseinandersetzung mit den Grundlagen der verschiedenen Wirtschaftsvorgänge.

Was verstand Zincke unter "Wirtschaft", "Ökonomie" und "Kameralwissenschaften"?

Im sechsten Bande der "Leipziger Sammlungen" umschrieb er den Begriff Wirtschaft als

> "Diejenigen Geschäffte der Menschen, mit zeitlichem Vermögen, Geld, Geldeswerth, Credit und Diensten, oder mit denen Gütern und Mitteln, um Nothdurfft, Bequemlichkeit und Reichthum zu erlangen, in acht zu nehmen, und wohl, oder so anzuwenden, damit man seinen, und anderer ihren Zustand vollkommener mache." [2]

Die Einteilung in die Land- und Stadtwirtschaft, ferner in die Staats- und Privatwirtschaft, sah er - "nach (der) Staats-Verfaßung" - als weitere Ordnungsprinzipien an. [3] "Wirtschaft" und "Ökonomie" wurden von ihm nicht selten synonym verwandt, desgleichen die Adjektive "wirtschaftlich" und "ökonomisch". [4] (Üblicherweise wurde in der damaligen Zeit unter "Ökonomie" sonst hauptsächlich der landwirtschaftliche Bereich gefaßt).

---

1) Vgl.: Haacke, Die Zeitschrift, S.242
2) 63.St., S.179-180
3) Vgl.: 2.Bd. 22.St., S.888; 6.Bd. 63.St., S.180; 7.Bd. 81.St., S.818-819
4) Vgl. z.B.: 1.Bd. 1.St. S.17

Außerordentliche Mühe hat Zincke darauf verwandt, die Ausdrücke "Kameralist" und "Kameral-Wissenschaften" zu präzisieren. Näheren Aufschluß über seine Vorstellungen von diesen Begriffen gab die im fünften Jahrgang veröffentlichte "Abschilderung eines ächten und unächten Cameralisten." Hier bestimmte er die Kameralisten als Persönlichkeiten,

> "... welche sich auf die Land- und Stadtwirtschafftliche Policey-Cammer- und Finantz-Geschäffte hauptsächlich geleget haben, in eben der Absicht, als man diejenigen, so es in allen Theilen der Rechtsgelahrsamkeit weit gebracht, gute Juristen zu nennen pfleget." 1)

An anderer Stelle erläuterte Zincke das Verhältnis zwischen Kameralisten und den Kameralwissenschaften:

> "kein künfftiger und gantzer Cameraliste kan ächte Lehren und Regeln der allgemeinen Staats-Kunst entbehren, da die Cameral-Wissenschafften nichts anders als ein Theil der besondern Staats- und Regierungs-Kunst sind, in welchen die allgemeinen Staats-Lehren bey ieder Gelegenheit auf besondere Objecte dieser Wissenschafften angewendet werden." 2)

Die Bedeutung der Kameralwissenschaften, die der Herausgeber seinen Lesern als "practischen Haupt-Theil politischer Wissenschafften" darstellte, erblickte er darin, daß

> "ein ieder zugleich vor sich selbst dabey begreiffen... kan, wie man auch als ein einzelnes Glied dieses wichtige Mittel seiner eigenen Glückseligkeit nehmlich Vermögen an zeitlichen Gütern klüglich erlangen, in acht nehmen und vernünfftig anwenden könne und müsse." 3)

Es scheint nicht fern zu liegen, in solchen Feststellungen ein für die gesamte Aufklärungsepoche bezeichnendes Merkmal zu sehen: die Neigung zu utilitaristischem Denken und das Achten auf die Praktikabilität aller Erwägungen.

---

1) 58.St., S.875
2) 5.Bd. 56.St., S.716-717
3) 3.Bd. 34.St., S.953

Aus Zinckes Sicht konnten die Kameralwissenschaften mit einigem Recht als eine Lehre des wirtschaftlichen Erfolges für den Einzelbürger genannt werden.

Lassen sich zwischen der Polizeiwissenschaft, der bereits in der "Vollständigen Nachricht" zum ersten Heft mehrere Abschnitte gewidmet worden waren, und der Kameralwissenschaft feste Grenzen ziehen? Auch in diesem Punkte definierte Zincke seine Vorstellung exakt:

> "Es ist in der That die Policey-Wissenschafft die Kunst, Land und Leute in Ansehung ihrer Nahrung und Schönheit, in florisantes Aufnehmen zu bringen, und also die Einkünffte der Regenten dadurch zu gründen, zu vermehren und zu erhalten. Das ist aber nichts anders als der wichtigste Theil der Cameral-Wissenschafft, welcher das grosse und ächte Finantz-Wesen lehret." [1]

Aus solcher Sicht wurde Kameralwissenschaft weitgehend mit Finanzwissenschaft gleichgesetzt. Freilich faßte man den Begriff "Kameralwissenschaften" nicht selten allgemeiner, indem sie als "die Praxis und nähere Anwendung der gantzen Gelehrsamkeit auf das zeitliche Wohl der Menschen insgemein" definiert wurden. [2]

Zinckes Auffassung von der Polizei deckte sich ungefähr mit dem modernen Begriff Wirtschaftspolitik. [3] Oberstes Ziel der Polizei war für ihn die Erlangung eines "ordentlichen, nothdürfftigen, beqvemen, reichlichen und schönen Nahrungs Zustandes". [4] In erster Linie war ihr eine regulierende, ordnende Funktion zugedacht.

---

1) "Eingang zum 6. Band der Sammlungen", ~~61.St.~~, S.4
2) 8.Bd. 89. St., S.386
3) Vgl. auch: Roscher, a.a.O., S.433. Auf Unklarheiten, die beim früheren Gebrauch unterlaufen waren, deutete Zincke in dem Aufsatz über "Policey und Policey-Wissenschafft insgemein" hin: "Denn, wenn man in den ehemaligen Zeiten von der Policey hörete, so machte man sich bald zu eingeschränckte, bald zu weite Begriffe davon." 5.Bd. 59. St., S.1015.
4) 1.Bd. 1.St., S.35

Wie andere Zeitgenossen setzte sich Zincke mit dem Begriff "Politicus" auseinander.[1] Er erinnerte seine Leser daran, daß das Wort vor nicht allzu langer Zeit in abschätzigem Sinne gebraucht worden war. Man hatte es vorgezogen, stattdessen von "Staats-Mann" zu sprechen und hatte einen Politicus häufig mit einem arglistigen Menschen gleichgesetzt. Erst allmählich bildete sich ein reinerer Begriff heraus. Zincke verstand nunmehr unter einem solchen Politicus denjenigen,

> "welcher gerechte Absichten und Mittel nach denen besondern Umständen einer Sache, ja das nützlichere und schöne vor dem, was nicht so nützlich und angenehm ist, denen Regeln der Klugheit gemäß zu erwählen, zu erlangen, zu brauchen, und also die in seinem Leben vorfallende Geschäfte glücklich auszuführen geschickt ist." [2]

Doch erschien dieser Begriff damit noch nicht erschöpfend bestimmt. Zincke verlangte von einem Politicus nicht nur die Fähigkeit, "in seinem Privat-Stande" nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und Klugheit zu leben und zu handeln. Ebenso erwartete er diese Eigenschaften "in Ansehung des gemeinen Bestens". Höchste Pflicht eines Politicus war es demnach, die Interessen der Gemeinschaft allen privaten Erwägungen vorzuziehen. Bei Zincke deutete sich die im 19. Jahrhundert und in späterer Zeit gültige Auffassung von den Pflichten eines Politikers an.

Auch in Beiträgen zu Fragen der oeconomica practica unterließ es Zinckes Fachzeitschrift nicht, einzelne entscheidende Grundbegriffe der Wirtschaft zu erläutern. In derartigen Bemühungen, bei denen der Herausgeber von vielen seiner Mitarbeiter unterstützt wurde, zeigte sich das in jenen Jahrzehnten wachsende Interesse an einer

1) Besonders in den "Gedancken ... von einem ... einzurichtenden Collegio Statuum Europae Camerali"; 3.Bd. 34.St., S.941 ff.
2) ebenda, S.942-943

stärker wissenschaftlichen Behandlung der Wirtschaftslehre. Hierzu hatte nicht zuletzt die Errichtung der Lehrstühle für Kameralistik in Halle und Frankfurt/Oder im Jahre 1727 Anstoß gegeben, die die vorwissenschaftliche Periode abschloß. [1]

Im Sinne einer wissenschaftlichen Betrachtungsweise setzten sich zahlreiche Mitarbeiter der "Leipziger Sammlungen" zum Ziel, Ursachen und Hintergründe ökonomischer Entwicklungen aufzuspüren. Man war nicht länger geneigt, bei vordergründigen Situationsschilderungen stehenzubleiben.

Ein anonym gebliebener Wirtschaftler urteilte im siebten Band über den Nutzen, den solche Versuche nach sich ziehen müßten:

> "Allein es ist auch zugleich im studio Camerali eine höchst nützliche Betrachtung, wenn man dabey auf die entferneten und nähern Causas secundas siehet, und solche zu erforschen suchet... Es entdecken sich dadurch dem Verstande unzehlige, nützliche Grund-Sätze, Regeln, Maximen, Warnungen und Rathschläge, die man hernach in der Verwaltung der Geschäffte bey Policey- und Cammer-Sachen anbringen und brauchen kan." [2]

---

1) Vgl.: Wilhelm Abel, Geschichte der deutschen Landwirtschaft, Stuttgart 1962, S.258

2) In:"Kurze Betrachtung der Veränderung des Zustandes der Länder und insonderheit der entferneten Ursachen des Aufnehmens einiger Brandenburgischer Länder." 78.St.,S.485-486. Ein anschauliches Beispiel für das Suchen nach Klärung der Begriffe bieten die zahlreichen Aufsätze über die Preisgestaltung und Preispolitik. Die Erkenntnis von der Funktion des Geldes in der kameralistischen Wirtschaftslehre führte zu einer regen Diskussion um das Schwanken der Preise. In einem mit "A.C.S." gezeichneten Aufsatz aus dem 5.Band: "Gedancken über die Vermin-der- und Vermehrung der pretiorum rerum" definierte der Verfasser einleitend das Wesen des Preises: "Der Preis oder Werth einer Sache, mit Gelde verglichen, ist eine im gemeinen Leben durch Handel und Wandel angenommene Meinung, vermöge welcher die mehresten zum Unterhalt, zur Lust, Pracht etc. erforderlichen Dinge gewissen Geld-Summen gleich geachtet werden, und die sich, bald in langer bald in kurtzer Zeit verändert." 53.St.,S.422-423. Im weiteren Verlauf dieser Ausführungen zur Preisentwicklung wurden die ständigen Preissteigerungen auf den unaufhörlichen Gold- und Silberzufluß aus Amerika zurückgeführt. Solche Auffassungen sind von den Zeitgenossen nicht einhellig geteilt worden, vgl. hierzu: Abel, Ge-

Aus der Retrospektive ergibt sich, daß es sich keine der sonstigen Wirtschaftszeitschriften des 18. Jahrhunderts in derart intensiver Weise zur Aufgabe gestellt hat, die Grundbegriffe des Wirtschafts- und Staatslebens zu klären. Hinter den Bemühungen um größere Einheitlichkeit der Auffassungen und der Terminologie stand die Erkenntnis, daß unklare Abgrenzungen zwischen den einzelnen Begriffen der Anerkennung der Wirtschaftsdisziplinen im Reiche damaliger Gelehrsamkeit hinderlich sein könnten.

Dank seinem Zweckmäßigkeitsstandpunkte und seiner Eignung zu nicht - spekulativem, praktischem Denken fand Zincke Definitionen, die von einer allzu starren Ausrichtung auf merkantilistische Ideen frei waren. Ebensowenig tendierten seine Vorstellungen zur physiokratischen Lehre [1]. Als Eklektiker ging Zincke einen Mittelweg, der ihm gestattete, in seiner Zeitschrift Wirtschaftspublizisten mit von einander durchaus abweichenden Auffassungen zu Worte kommen zu lassen. Eine solche Themenbreite mußte den "Leipziger Sammlungen" eine ansehnliche Öffentlichkeit sichern.

Das Verhältnis der Kameralwissenschaft zu den anderen Disziplinen

Von Beginn an hatte Zincke sein Periodikon als ein Organ konzipiert, das Gespräche zwischen Theoretikern und Praktikern veranlassen sollte. Für ihn waren die Wirtschaftspraxis, die Fähigkeit, ökonomische Techniken zu handhaben und zu meistern, ein wesentliches Ziel seiner Tätigkeit als Wirtschaftspublizist. Stets von neuem begründete er seine Ansicht, daß praktische Erfahrungen Voraussetzung

---

1) Vgl. hierzu: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 2. Aufl., 7. Bd., Jena 1901, S.941. Ferner: Roscher, a.a.O., S.438-439.

zum Verständnis der Wissenschaften seien. So formulierte er beispielsweise:

"Ohne gründliche Einsicht in die Wirtschafft ist der Fleiß in der Policey-Wissenschafft seichtes und elendes Stückwerck." [1]

Das Problem Wissenschaft und Praxis, insbesondere die Stellung der einzelnen Wissenschaften zueinander, sind am ausführlichsten in einer Abhandlung aus dem achten Band der "Leipziger Sammlungen" behandelt worden.[2] Für die Entwicklung der Wissenschaften im 18. Jahrhundert erweisen sich diese Ausführungen des Herausgebers als äußerst aufschlußreich. Sie belegen, wie sehr sich die Einstellung der Gelehrten zu einzelnen Sparten der damaligen Gelehrsamkeit gewandelt hatte und Zeugen von dem im Zeitalter der Aufklärung ständig wachsenden Verständnis für die Wirtschaftswissenschaften. Sie lassen erkennen, daß sich die Abneigung gegen ein auf reiner Spekulation beruhendes Urteilen durchsetzte. Hatte nicht Dithmar bereits in seiner Einleitung zur "Oeconomischen Fama" Einflüsse der aristotelischen Moralphilosophie auf die Wirtschaftslehre strikt abgelehnt? In wachsendem Maße neigte man zu der Überzeugung, daß sich die Wirtschaftswissenschaften allein auf fundierte und die praktische Anwendbarkeit berücksichtigende Ergebnisse zu gründen hätten. "Spekulatives" Denken fand immer weniger Zustimmung.

Zincke war überzeugt, daß Ökonomie-, Polizei- und Kameralwissenschaften von der weiteren Vervollkommnung der anderen Wissenschaften profitieren würden. Die früher übliche Vernachlässigung einer "eigenen gelehrten und practischen" Wirtschaftswissenschaft war nach seiner Ansicht eine derjenigen Ursachen, warum die Gelehrten anderer Disziplinen bei ihren Forschungen einst kaum auf ~~den~~ deren Nutzen für die Kameralwissenschaften und ihre Teilbezirke geachtet haben. Doch konstatierte Zincke einen offenkundigen

1) "Gedancken von der Policey und Policey-Wissenschaft", Einleitung zum 6.Bd., S.13
2) 90.St., S.503 ff.

Sinneswandel:

"Allein alles dieses hat sich nun zu unsern Zeiten geändert ... Denn wir sehen nunmehro schon das glückliche Schicksal der Cameral-Wissenschafften immer mehr eintreten, da die Gelehrten in ihren Abhandlungen anderer Wissenschafften ... auf den Nutzen und Gebrauch derselben in der Oeconomie, dem Policey- und Cammerwesen mehr, und zum öfftern hauptsächlich sehen, ja so gar die besonders darinne nützlichen aussuchen und gründlich zum Vortheil dieser gemeinnützlichen Sache ausführen."

Das Wirtschaftsprogramm der Kameralisten

Die "Leipziger Sammlungen" verkörperten den Typus der frühen Wirtschaftszeitschrift, der einen Überblick über sämtliche Gebiete des zeitgenössischen Wirtschaftslebens zu vermitteln trachtete und sich nicht auf Teilbereiche beschränkte.

Im Rahmen der vielfältigen Beiträge sind Probleme des kameralistischen Wirtschaftsprogramms des öfteren abgehandelt worden. Wirtschaftspolitische, gesellschaftliche, soziale (jedoch kaum militärische) Vorstellungen und Ziele wurden immer wieder verkündet. Vielfach hat man derartige programmatische Äußerungen als Einleitung zu speziellen Themen der Land- oder Stadtökonomie gedruckt. Solche an das breite Publikum gerichteten Erklärungen zeigen am deutlichsten die aufklärerischen Absichten Zinckes. Mit seiner Zeitschrift versuchte er nicht nur, den Lesern in Einzelfragen zu größerem Verständnis zu verhelfen und sie über neue Erkenntnisse und Entwicklungen zu unterrichten. Vielmehr sah er sein Anliegen auch darin, den Blick des Lesers für die Gesamtordnung des Wirtschaftslebens zu schärfen und die wechselseitigen Beziehungen verschiedener Wirtschaftsabläufe sowie deren Ursachen aufzudecken.

Die einführenden Abschnitte aus einem "Sendschreiben von öconomischen Kunst-Schulen" seien als Beispiel zitiert:

"Das Wohl eines Staats bestehet ausser einer rechten Regierungsform im Reichthum, das ist, in einem Überfluße all dessen, was zur Nothwendigkeit, Bequemlichkeit und Wohlstand des Lebens erfordert wird. Dieses wird erhalten, wenn man dasjenige, was das Land selbst hervorbringet, vermehret, verbessert und so zurichtet, daß nicht nur kein Glied des Staats daran einen Mangel hat, sondern daß auch noch Fremde damit reichlich könnet versorget werden, ja selbst suchen. Ferner, wenn man die rohen Waaren anderer Länder so zurichtet, daß sie wieder mit Vortheil an Fremde können verhandelt werden. Dadurch entstehen Manufacturen und Fabriquen; dadurch bekömmt jederman zu arbeiten; dadurch wirds möglich, daß kein Geld aus dem Lande, wohl aber aus andern in dasselbige gebracht wird; dadurch werden die eintzelnen Glieder des Staats reich, aus deren Reichthum aber bestehet der Reichthum des Staats selbst; dadurch vermehren sich die Unterthanen, und dadurch vermehren sich die obrigkeitlichen Einkünffte, Steuern, Zölle, Accise etc. ...". [1]

Entsprechend der kameralistischen Wirtschaftslehre wurde argumentiert, daß der Wohlstand eines Staatswesens entscheidend von der Entwicklung der (vorindustriellen) Unternehmungen und des Handels abhing. In vielen Heften der Zeitschrift wurden diese Thesen - teils aus der Feder des Herausgebers selbst, teils aus der seiner zahlreichen Mitarbeiter - vertreten, um für den Ausbau des Fabrik- und Manufakturwesens zu werben. Zincke nahm in einer "Betrachtung vom Manufacturwesen" [2] persönlich zur frühen Industrialisierung Stellung:

"Und ich glaube, daß es nunmehro als ein unstreitiger Satz angenommen werden könne: Es sey das Manufactur-Fabriqven- und Handwercks-Wesen ein sehr fester Grund vieler zeitlicher Wohlfahrt... ... Daß es daher

1) 2.Bd. 21.St., S.810-811
2) 6.Bd. 66.St., S.551 ff.

höchst nöthig und nützlich sey, und alle Weise die Erkenntniß, das Erlernen, Treiben und Blühen der Manufacturen und Handwercker durch alle ersinnliche Mittel und Anstalten und durch unermüdeten Fleiß in einem Staate zu besorgen und zu befördern."

Nachdruck legte er auf die Widerlegung der offenbar noch recht verbreiteten Ansicht, daß der Reichtum eines Landes in der vorhandenen Menge von Rohstoffen bestehe. Die Verarbeitung der einheimischen wie aus dem Ausland importierten Rohstoffe betrachtete er allein als Grundlage des Reichtums. Zur Stärkung des nationalen Wohlstandes trage überdies der Handel mit den Fertigfabrikaten zwischen dem In- und Auslande bei.[1] Gemäß solcher Auffassungen erklärte ein Mitarbeiter im zweiten Jahrgang der Zeitschrift:

"Manufacturen und Fabriquen sind das eintzige Mittel, ein Land in florisanten Nahrungs-Zustand zu setzen und die Commercien, den Umlauf des Lebens-Saffts eines Staats-Cörpers, recht in Schwang zu bringen."[2]

Die "Leipziger Sammlungen" zeichneten sich dadurch aus, daß sie keinen einseitig festgelegten Standpunkt einnahmen. Im Sinne ihres Herausgebers, der einen umfassenden Überblick über Stadt- und Landwirtschaft zu geben bemüht war, wurden voneinander abweichende Ansichten veröffentlicht. Dieses liberale und undoktrinäre Redaktionsprinzip erlaubte es, selbst solchen Einsendern, die ganz und gar unübliche Meinungen hervorbrachten, Platz einzuräumen. Die verschiedensten Standpunkte wurden zur Diskussion gestellt. Dieses Streben nach fachlicher Universalität mußte bei der einsetzenden Spezialisierung der nachfolgenden Wirtschaftszeitschriften verlorengehen.

Waren in dem oben zitierten Beitrag Manufakturen und Fabriken als Basis des Wohlstandes genannt worden, so verriet ein anonym verfaßter Aufsatz aus dem ersten Band Skepsis hinsichtlich der einseitigen Bevorzugung

1) Vgl. z.B.: 5.Bd. 51.St., S.195-196
2) 16.St., S.378

des Manufakturwesen. In dieser Auseinandersetzung ging der Autor zunächst auf die herrschende Zeitmeinung ein:

> "Man ist heut zu Tage mehr als sonst in unsern Vaterlande teutscher Nation überzeuget, daß die Manufacturen ... der vornehmste Grund der Commercien seyn... Und niemand zweiffelt mehr daran, daß die Manufacturen ein Land Volckreich, voll Nahrung und Reichthum, mächtig und florisant machen, die Einkünffte derer Printzen und Regenten aber durch die Glückseligkeit und Nahrung der Unterthanen unvermerckt, und also gründlich oder nachhaltend, vermehren. Alles dringet daher darauf. Alles fraget darnach, und alles scheinet darauf bedacht zu seyn, Manufacturen einzuführen." [1]

Vor einem allzu starren Festhalten an diesem Wirtschaftsprinzip warnte der Einsender jedoch mit Nachdruck:

> "Man findet auch offt genugsame Ursachen, dafür zu halten, daß es vor die Wohlfahrt der Unterthanen besser, wenn sie sich an stat der Manufacturen auf den Ackerbau, Viehzucht, die Bergwercke, die Commercien etc. legen, das Vortreffliche aber in den Manufacturen nicht suchen, ob sie gleich das Gemeine, und vor sich selbst Höchstnothwendige nicht gantz und gar verabsäumen dürffen." [2]

Doch nicht allein in der Frage, ob man dem Ausbau des Manufakturwesens oder aber der Förderung der Landwirtschaft als Voraussetzung für den Staatsreichtum den Vorzug einräumen solle, ließ der Herausgeber der "Leipziger Sammlungen" unterschiedliche Standpunkte gelten. Nicht minder spiegelte die Zeitschrift die auseinandergehenden Auffassungen über die Export- und Importpolitik wider. War es richtig, der Einfuhr uneingeschränkt Vorrang vor der Ausfuhr zu geben? In Zinckes periodischer Schrift wurde zuweilen heftig dagegen argumentiert, in doktrinärer Weise

---

1) 1.Bd. 1.St., S.231-232
2) ebenda, S.234-235

auf dieser Maxime zu beharren.

In einem im 17. Heft abgedruckten "Sendschreiben wegen der Coffee-Häußer" bezweifelte der unter dem barocken Pseudonym "Semnotophilus" auftretende Mitarbeiter, daß ein Verbot oder eine Beschränkung des in Mode gekommenen Kaffeetrinkens richtig sei. Derartige Maßnahmen waren gedacht, um den Geldabfluß ins Ausland einzudämmen. Doch plädierte der Verfasser des"Sendschreibens" für eine Berücksichtigung der ausländischen Interessen:

> "Es ist ohnedem eine übertriebene lieblose und ungesellige Application der Regul: Man muß die Einfuhre fremder Waaren gegen ausgehendes Geld einschräncken. Denn so gut sie ist, wenn sie mit Verstand angebracht wird, so schädlich ist auch der ausschweiffende Gebrauch derselben. Dieser aber gehet dahin, die gesellige Verknüpfung derer Völcker aufzuheben, ein Volck in den Stand zu setzen, das es aller andern entbehren, andere aber nöthigen könne, seine Hülffe zu suchen, und ~~mit~~ ihm ihre Schätze dafür zuzuführen. Das heißt aber die ~~wirkliche~~ göttliche Ordnung der geselligen Hülffe aufheben, und sich einen unerträglichen Hochmuth und Eigennutz überlassen, ja alle Freundschafft und alle Gefälligkeit unter Ländern und Völckern zerreissen wollen." [1]

Gegenüber engstirnigem Autarkiedenken wurde in diesem Beitrag der Wert internationaler Zusammenarbeit hervorgehoben. Alle die Autarkie als obersten Grundsatz der Wirtschaftspolitik anpreisenden Thesen galten als "übertriebene und lieblose Policey-Maximen." Solche Prinzipien würden - nach Meinung des Autors - kaum "lange Stich halten, sondern zuletzt ... die Seele der Commercien, nemlich eine vernünfftige Freyheit ersticken." [2]

Lange vor dem Auftauchen eines Klassenbewußtseins wurde das Kaffeetrinken im Sinne eines Abbaues der Schranken zwischen den einzelnen Ständen verteidigt. Wenn man sich für den Grundsatz der Gleichheit und Gleichberechtigung

1) 2.Bd. 17.St., S.395
2) ebenda, S.396

unter den Völkern einsetze, so hätte er gleichermaßen unter den Angehörigen der gleichen Nation zu gelten:

> "Denn es scheinet gar deutlich den Neid und die Verachtung anderer Menschen zu verrathen, wenn nur Reiche und Vornehme Coffee trinken sollen. Allein warum sollen die Geringen und Armen nicht auch Coffee trincken?" [1]

Zu dem Programm Zinckes und seiner Mitarbeiter gehörte es, den einzelnen Staatsbürger an seine Funktion in Staat und Wirtschaft zu erinnern. Aus diesem Grunde wurden die "Leipziger Sammlungen" ein Mittel, um verschiedene Stände und Berufsgruppen einander zu nähern. Vornehmlich wandten sich Zinckes Mahnungen und Appelle an das gebildete Bürgertum als dem Hauptträger der "Öffentlichen Meinung" im 18. Jahrhundert.[2] Jene Kreise führten noch fast ausschließlich das Zeitgespräch. Unverkennbar waren jedoch in Zinckes Zeitschrift Ansätze vorhanden, auch solche Schichten zur Teilnahme an der öffentlichen Diskussion heranzuziehen, die bislang dessen für unwürdig gehalten wurden. Hier lag ein Schwerpunkt in der wirtschaftlichen, aber auch politisch-gesellschaftlichen Aufklärungsarbeit der "Leipziger Sammlungen". Die im Zeitalter des Rationalismus übliche Abneigung gegen die unteren Volksklassen, die ausdrückliche Distanzierung vom "Pöbel" wurden von der Redaktion dieses Fachperiodikons und seinem Herausgeber nicht geteilt. [3]

Zinckes erklärtes Ziel war es, alle Stände anzusprechen, sie öffentlich zu Worte kommen zu lassen und ihnen dadurch zu größerem Selbstverständnis zu verhelfen. Da sein Beispiel eine ansehnliche Zahl von Nachahmern fand, war es ein Verdienst der Wirtschaftspublizistik des 18. Jahrhunderts, Vorurteile und Schranken zu überwinden. Die Einsicht, daß alle Staatsbürger zur gemeinsamen Wohlfahrt beitrügen, daß sich niemand abseits stellen dürfe, wurde

---

1) 2.Bd. 17.St., S.396
2) Vgl.: Franz Schneider, Pressefreiheit und politische Öffentlichkeit, Neuwied/Berlin, 1966, S.178
3) Im Gegensatz dazu stand u.a. Justi, der - auch in seinen Zeitschriften - offen Mißtrauen gegenüber dem "Pöbel" äußerte.

Richtschnur und Leitgedanke der Wirtschaftspolitik.

In den "Vorschlägen von einem Collegio Statuum Europae Camerali", die der Herausgeber im dritten Jahrgang der Zeitschrift seinem Publikum unterbreitete, ist die Überzeugung, daß sich alle Tätigkeiten in Staat und Wirtschaft dem Prinzip der allgemeinen Wohlfahrt unterzuordnen hätten, bekräftigt worden:

"Denn eine iede grosse und kleine politische und Staats-Bedienung hat auch, oder soll doch wenigstens in allen dazu gehörigen Geschäfften ein genaues Verhältniß zur Wohlfahrt und Glückseligkeit eines Staats überhaupt haben. Alle diejenigen also, welche darinnen dienen wollen, müssen die Geschicklichkeit besitzen, ihre Geschäffte in dieses Verhältniß zu setzen. Diese Glückseligkeit begreifft aber in sich ein ruhiges Leben derer in der bürgerlichen Gesellschafft unter ein herrschendes Haupt vereinigten Glieder." 1)

Schul- und Ausbildungsfragen

Das hohe Interesse vieler Kameralisten an der gesellschaftlichen und sozialen Entwicklung bekundete sich in der regen Anteilnahme an der Förderung des Schul- und Erziehungswesens. Als Herausgeber hatte Zincke bereits im ersten Bande seiner "Leipziger Sammlungen" auf die Bedeutung dieser Frage aufmerksam gemacht:

"Es ist in denen Leipziger Sammlungen verschiedene mahl der Satz behauptet worden: Daß die gute Zucht und der kluge Unterricht der Kinder in einem Staat der vornehmste und Betrachtungs-würdigste Gegenstand kluger und Weiser Policey-Anstalten sey." 2)

Über das Erziehungs- und Bildungsproblem äußerten sich in der Zeitschrift nur selten Pädagogen. In viel stärkerem Maße zog man Wirtschaftsfachleute zu Rate. Die Erörterung allgemeiner Erziehungsgrundsätze trat zurück gegenüber Erwägungen darüber, wie der heranwachsenden

1) 3. Bd. 34. St., S.948
2) 1.Bd. 10. St., S.910

Generation eine bessere fachliche Vorbereitung auf den späteren Beruf gesichert werden könnte. In Ansätzen sind in diesem Programm Ideen erkennbar, die man in einer späteren Epoche mit dem Begriff "polytechnisch" umschrieb.

Sorge bereitete vor allem die schulische Ausbildung derjenigen Jugendlichen, die dem Staate einst als Offiziere, Hofbedienstete (Kammer-) Beamte, Bankiers, Kaufleute, Künstler, Ingenieure, Buchhändler oder Buchdrucker dienen wollten. Am eingehendsten wurde deren Situation in dem "Entwurf eines mit leichten Kosten zu errichtenden Seminarii oeconomico-politici" [1] erörtert. Der Verfasser untergliederte die Jugend in drei soziologisch voneinander getrennte Gruppen: erstens, in die studierende, also akademische Jugend; zweitens, in die nicht studierende oder "politische" Jugend; drittens, in die gemeine deutsche Jugend, worunter er "die schlechten Bürger und Bauren-Kinder" verstand. Kritik rief insbesondere das Fehlen von geeigneten Schulanstalten für die nicht studierende politische Jugend hervor; für die erste und letztgenannte Gruppe glaubte man hingegen genügend lateinische beziehungsweise deutsche Schulen zur Verfügung zu haben. Den Lesern wurde die Frage gestellt:

> "Wo sollen diejenigen in die Schule gehen, die zwar keine Lateiner, aber auch keine blosse Handwercker, Musqvetiers, Bauern und Tagelöhner werden sollen?" [2]

Für die nicht akademische, später aber überwiegend im staatlichen oder öffentlichen Dienst stehende Jugend wäre es nötig, öffentliche Ausbildungsstätten zu schaffen, in denen "nichts als Realitäten und brauchbare Welt-Sachen. .. gelehret würden." Dringend notwendig erschien ein wirklichkeitsnaher Unterricht:

> "Wirtschafften lernen ist heutiges Tages eines der allernöthigsten Dinge; Allein wo soll ein junger Mensch etwas davon zu lernen bekommen, wenn er den

1) 1.Bd. 4. bis 6. St., S.338 ff. (Verfasser ist der Erlanger Professor Groß.)
2) ebenda, S.344

gantzen Tag über seine lateinische Grammatic in Händen haben muß?" [1]

In das Lehrprogramm sollten unbedingt Besichtigungen von Manufakturen aufgenommen werden. Auf diese Weise wollte man die Verbindung zur Wirtschaftspraxis gewährleisten. Als oberste Maxime stellte der Autor des "Entwurfs" die Forderung auf, daß der Unterricht "einem künfftigen Welt-Mann Zeit Lebens zu wissen entweder nöthig, oder nützlich, oder doch wohl anständig sey."

In den Diskussionen um Schul- und Ausbildungsprobleme wurde erneut ein bezeichnender Zug der "Leipziger Sammlungen" sichtbar, der bereits bei der Behandlung anderer Fragen hervorgetreten war: das Bemühen um einen sinnvollen Ausgleich zwischen Theorie und Praxis.

---

1) 1. Bd. 4.~~-6.St.~~, S.349

g) Probleme der zeitgenössischen Publizistik

Der Artikel über das Pressewesen im "Allgemeinen Oeconomischen Lexicon"[1] sowie die "Vollständige Nachricht von der Einrichtung, Absicht, Nutzen und Mitteln dieser Sammlungen"[2] hatten die erstaunliche Aufgeschlossenheit Zinckes gegenüber Fragen der Kommunikationsmittel bekundet. Seine Überlegungen galten hier speziell den Möglichkeiten intensiverer Information im Bereich der Wirtschaft, da die seinerzeit vorhandenen Medien, vor allem die Intelligenzblätter, ihre Aufgabe in dieser Hinsicht nur mangelhaft erfüllten und dringend einer Neugestaltung sowie der Anpassung an die Erfordernisse der Zeit bedurften.

Verteidigung der Journale

In der "Vollständigen Nachricht", der Einleitung zum ersten Heft der "Leipziger Sammlungen", war der Herausgeber zunächst auf die Bedeutung des Zeitschriftenwesens und die in seiner Epoche sich rasch vollziehenden Fortschritte in der Ausbildung der wissenschaftlichen Fachjournalistik eingegangen. Die Entwicklung der Zeitschrift war von manchen Beobachtern zu Beginn des 18. Jahrhunderts mit Argwohn oder gar unverkennbarer Ablehnung verfolgt worden.[3] Zincke schloß sich den Skeptikern nicht an, sondern fand sehr beifällige Worte über den Wert des neuen Mediums:

> "Es ist nichts bekannter, als die zu diesen Zeiten gewöhnlichen Monaths=Schrifften und Tage=Bücher (Journale) derer Gelehrten. Viele haben bereits ihre Klagen über derselben Menge und andere über allerhand unanständige Dinge, einiger solcher Schrifften, welche bald diese, bald jene Pflichten verletzen, ausgeschüttet. Allein dem ohnerachtet, und ob auch gleich

1) 2.Aufl., Sp. 3339-3341 (Stichwort: Zeitungen)
2) 1.Bd. 1.St., S.3-51
3) Erinnert sei u.a. an die sehr kritischen "Aufrichtigen und Unpartheyischen Gedancken über die Journale, Extracte und Monaths-Schrifften", herausgegeben von "Einem Liebhaber Vernünfftiger Freyheit" (Freiburg 1715-1717).

ein grosses Theil derselben aufgehöret hat, einige aber von so schlechten Werth gewesen, daß die Verleger nunmehro Maculatur daraus machen müssen; So hat es dennoch sowohl an Vertheidigern als an Neuen und endlich auch an solchen Monaths=Schrifften in denen Buchläden nicht gefehlet, welche ihren Werth beständig behalten haben. Und wer auch eine rechte Einrichtung dieser Schrifften, ihre Beqvemlichkeit, ihren Unterschied und Nutzen betrachtet, und bey seinem Urtheil zum Grunde setzet, der wird den Geschmack und den Beyfall, den dieselben gefunden haben, und noch finden, verhoffentlich nicht tadeln. Es ist wahr, man klaget über viele nicht unbillig, daß sie Schauplätze menschlicher Thorheiten, Zänkereyen, partheyischer, liebloser, ehrenrühriger, eigennütziger und ungegründeter Urtheile, ja vielen andern Mißbräuchen unterworffen wären."

Zincke war allerdings zu einsichtig, als daß er - ungeachtet der nicht zu leugnenden Mängel - nach Zensurmaßnahmen oder gar nach einem Verbot gerufen hätte. Die gleiche Toleranz, die ihm unterschiedliche fachliche Ansichten in seinem Organ veröffentlichen ließ, bestimmte seine Haltung auch in der Diskussion um Wert und Nachteile der periodischen Presse. In seinen Augen überwog ihr Nutzen die Auswüchse:

"Allein es ist auch dieses eine bekannte Wahrheit: Man muß um des Mißbrauches willen ein an sich gutes, nöthiges, beqvemes und vortreffliches Mittel, die Wissenschafften und Künste zu befördern, nicht verwerffen, woferne sonst der Mißbrauch nicht untertrennlich davon ist. Dieses letzte aber wird vielleicht niemand anders, von allen Monaths=Schrifften, als in so ferne sich unvorsätzliche Schwachheiten und Fehler bey allen menschlichen Handlungen befinden müssen, behaupten."

Da sich unter die Gelehrten immer wieder arglistige Gemüter mischen würden, wäre ein vorsätzlicher Mißbrauch

der Journale niemals gänzlich zu verhindern.[1] Doch gab Zincke dem Publikum seiner eigenen Zeitschrift sehr früh zu verstehen, wo die Grenzen der Toleranz lagen: die Presse hatte keineswegs die Aufgabe, die Öffentlichkeit auf fundamentale Mißstände im staatlich-politischen Leben aufmerksam zu machen. In einer derart rigorosen Beschränkung auf den fachlichen Bereich und in der Unterdrückung grundsätzlicher Kritik an der Staatsführung ahnt der spätere Leser der "Leipziger Sammlungen" die Distanz zu Schlözers "Stats-Anzeigen" (1782-1795).

Worin sah Zincke den Vorzug der Journale vor Buchpublikationen? In einigen wenigen Sätzen gelang es ihm, die Überlegenheit des Mediums Zeitschrift vor anderen Presseerzeugnissen glaubhaft darzustellen:

> "Denn es können auch viele bekannte und unbekannte dazu aber aufgemunterte Gelehrte und in einer Wissenschafft oder Kunst erfahrne Leute allesammt das Ihrige zu solchen Schrifften solchergestalt beytragen, daß sie ihre Anmerckungen und Betrachtungen, sie mögen Historisch seyn, oder zur Lehre und zur Ausübung dienen, ohne daß sie eben in besonderer öffentlichen Verbindung deswegen stehen solten, bey dem Verleger oder bey denenjenigen Gelehrten einschicken, die diese Sammlung und Herausgabe zum Besten einer Wissenschafft übernommen haben. Es erscheinen demnach solche Sammlungen Monathlich/ Vierteljährig oder Jährlich in kleinen wohlfelen Theilen, darzu die Verleger weder auf einmahl so vielen Verlag und einen auf eine ziemliche Zeit zu entbehrenden Vorschuß ohne Gewinn, wie bey grossen Büchern, noch auch die Käuffer so grosse Ausgaben nöthig haben. Dadurch aber wird vermittelst einer geselligen Hülffe und eines mannigfaltigen Beytrags vieler geschickter und erfahrner Leute, die sich zu erkennen geben oder ihren Nahmen verschweigen, in einer Wissenschafft, in einer Kunst und in allerhand Geschäften, derselben Aufnehmen und Vollkommenheit

1) a.a.O., S.3-5

vielmehr, viel leichter, und viel gewisser gesuchet und endlich würcklich befördert."[1]

Neben den wirtschaftlichen Vorteilen gegenüber Buchediti-onen, die dem Journalwesen im 18. Jahrhundert fraglos mit zum Aufschwung verhalfen, sah Zincke berechtigterweise den hauptsächlichen Wert der Zeitschriften in der Anbahnung von Kontakten zwischen Herausgeber und Redaktion auf der einen Seite und einem fachlich interessierten Leserkreis auf der anderen. Dieses Spezifikum des neuen Kommunikationsmittels wußte er besonders im Hinblick auf Wirtschaftsperiodika zu schätzen.[2]

Das Kalenderwesen

In den "Leipziger Sammlungen" sind mehrfach Aufsätze verschiedener Mitarbeiter über das Kalenderwesen abgedruckt worden. Der Kalender zählte zu den Vorläufern der Zeitschrift. Ebenso wie diese unterschied er sich von Buchpublikationen durch eine jahreszeitlich bedingte Periodizität.[3] Während des 17., 18. und 19. Jahrhunderts diente er nicht nur als Mittel der Unterhaltung, sondern auch der nützlichen Information gerade einfacher Volkskreise. Er war gleichzeitig "Arsenal der Belehrung und Magazin der Unterhaltung."[4]

Einen frühen und umfangreichen Aufsatz über die Erscheinung Kalender brachten die "Leipziger Sammlungen" im Jahre 1745.[5] In der gesamten Zeitschriftenpublizistik des 18. Jahrhunderts läßt sich sonst kaum eine derart fundierte Auseinandersetzung mit diesem Thema anführen.

---

1) a.a.O., S.6-7
2) Zu Zinckes Gedanken über die Möglichkeiten von Wirtschaftszeitschriften vgl. Kap. 3b) (S.57ff) und Kap. 3e) (S.68).
3) Vgl.: Frid Muth: Kalender. In: Handbuch der Zeitungswissenschaft, Teil II, Leipzig 1942, Sp. 2203-2220; besonders: Sp. 2212 ff.
4) Vgl.: Wilmont Haacke, Die Geschichte unseres Kalenders. In: Die Feder, 14. Jg. 1966, H.2, S.14-15
5) "Erinnerungen wegen der Calender", 3.Bd. 28.St., S.346-350; Forts.: 29.St., S.383-411.

Die Rolle des Kalenders neben den anderen Kommunikationsmitteln darf nicht unterschätzt werden. Die Pressegeschichte hat ~~vielfach~~ seine Bedeutung als Vorläufer anderer periodischer Veröffentlichungen nicht immer gebührend gewürdigt.

Der Verfasser der "Erinnerungen" - vermutlich Zincke selbst - konstatierte die Verbreitung der Kalender, deutete aber auch Möglichkeiten an, sie mehr als bisher entsprechend den Erfordernissen der "Polizei" umzugestalten:

> "CAlender sind bey uns schon längstens solche Bücher, welche nicht nur voll Nachrichten, sind so in dem Kirchen- und Regierungs-Staat überhaupt, sowohl an sich, als in Ansehung dieses und jenen eintzelnen Gliedes deßelben einen großen Einfluß haben, sondern es sind auch in der That nunmehro allgemeine Haußja zur Policey theils würcklich gehörige theils noch viel nützlicher zu derselben Verbesserung einzurichtende Bücher." [1]

Sie wurden dann als "allgemeine Lehrbücher in weltlichen und solchen Wahrheiten, die niemand entbehren kann" bezeichnet.[2] Innerhalb der periodischen Publizistik wären sie in besonderem Maße zur Aufklärung für die in Stadt- und Landwirtschaft arbeitenden Menschen geeignet:

> "Calender können daher in diesem Betracht vor ein allgemeines Intelligenz-Mittel eines jeden Landes angesehen werden, durch welches die Menschen von vielen Dingen auf ein Jahr lang zu ihrem Vortheil, zu ihrer Nahrung, zu ihrer Warnung etc. vorerst, hiernächst aber auch viele Jahre hinaus verständiget werden können."[3]

Die Tatsache, daß sie für das Polizeiwesen und die Wirtschaft nützlich werden könnten, andererseits gerade hier durch falsche Darstellungen leicht Gefahr brächten, berechtigte - nach Ansicht des Autors - die "Leipziger Sammlungen", sich des Kalenderproblems anzunehmen.

1) a.a.O., S.346
2) a.a.O., S.349
3) a.a.O., S.350

Kritisiert wurde die Nachlässigkeit, mit der die Obrigkeit mancherorts unwissenden und verantwortungslosen Scribenten die Redaktion und den Verkauf von Kalendern überließ. Die energisch betriebenen, teilweise erfolgreichen Versuche zur Behebung solcher Mißstände stritt man nicht ab. Lobende Erwähnung fand Friedrich Wilhelm I. in dem Bericht der Zeitschrift für seine Bemühungen um Besserung des Kalenderwesens. Dessen ungeachtet waren die Ergebnisse offenbar dürftig. Statt aus nutzbringenden Beiträgen bestanden viele derartige Jahrespublikationen aus "nichtswürdiger Possen-Reisserey und lächerlichen Calender-Historigen";

> "... dagegen aber ist man im geringsten nicht bedacht an statt solcher Sachen vielen andern und höchst nützlichen und nöthigen Unterricht von Wirthschaffts- und Policey-Sachen in denen Calendern zu veranstalten." [1]

Es fällt auf, wie sehr in der Monatsschrift Zinckes immer wieder versucht wurde, sämtliche derzeit zur Verfügung stehenden Medien der wirtschaftlichen Aufklärung dienstbar zu machen. Dies war der übergeordnete Gesichtspunkt, unter dem alle Kommunikationsmittel betrachtet wurden.

Der Referent wandte sich mit scharfer Sprache gegen das belustigende Element des Kalenders. Es berührt merkwürdig, daß er keinen Sinn für die feuilletonistischen Reize des Unterhaltens bewies und völlig übersah, daß es - neben der Belehrung - gerade der unterhaltende Teil war, der dem Kalender über Jahrhunderte hinweg Popularität und Verbreitung eingebracht hatte, wie sie sonst nur Zeitschrift und Zeitung besaßen.[2]

Als erlaubtes Mittel zur Hebung des Absatzes der Kalender wollte es der Referent gelten lassen, wenn in ihnen jährlich fortgesetzte Geschichtserzählungen erschienen,

---

1) a.a.O., S.386

2) Vgl.: Haacke: Genesis des Kalenders. In: Verlagspraxis, 9. Jg./1962 H.1, S. 6-7; insbesondere die ebenda zitierten Äußerungen Johann Peter Hebels über das Redigieren von Kalendern.

um die Kontinuität der einzelnen Jahrgänge zu sichern.

Einen ähnlichen Weg hielt er zur Verbreitung wirtschaftlicher Informationen für denkbar. Überdies bedauerte es der Verfasser des Kalenderartikels mit Recht, daß es dem einzelnen Staatsbürger allenthalben an der nötigen Kenntnis der gesetzlichen Polizeiverordnungen mangelte.

> "Die an einigen Orten eingeführten Intelligenz-Blätter und wöchentliche Anzeigen können zwar zu diesem Zweck unter andern schönen Absichten auch gebrauchet werden, wenn der Inhalt dieser Gesetze von Zeit zu Zeit denen Leuten dadurch in die Hände gebracht, ja wohl gar erläutert wird, wie in denen Hällischen Anzeigen geschicht. Allein es gehören dazu besondere Anstalten, daß dergleichen Blätter nicht allein denen meisten in die Hände kommen, sondern auch gesammlet und aufgehoben werden müssen." 1)

Abhilfe wäre allein von einer Verbesserung des Kalenderwesens zu erwarten. Es wurde die Ansicht vertreten, daß der Abdruck von Gesetzessammlungen zu einem intensiveren Nachrichtenaustausch auf diesem Gebiet beizutragen vermöchte. Die Veröffentlichung von Berichten über Polizeianstalten aus verschiedenen Landesteilen war als ein Mittel zur besseren Übereinstimmung in der sich oft widersprechenden "Polizei" in Deutschland gedacht. Man erhoffte sich Fortschritte im gegenseitigen Erfahrungsaustausch.

Kalender hatten also die Aufgabe, eine straffere staatliche Ordnung zu erwirken. Auf diese Weise konnten sie dem allen Kameralisten so wichtigen Ziel einer größeren nationalen Einheitlichkeit dienen.

Die Bemühungen um Änderung der Zustände im Kalenderwesen scheinen in der Tat nicht immer ohne Erfolg geblieben zu sein. Wir erfahren aus den "Leipziger Sammlungen" selbst,

---

1) a.a.O., S.408. In solchen Bemerkungen scheint sich die von Hubert Max geäußerte These, daß den Intelligenzblättern eine größere öffentliche Wirkung versagt blieb, zu bestätigen. Vgl. Stichwort: Intelligenzblatt - Intelligenzwesen. In: Handbuch der Zeitungswissenschaft, Teil II, Sp. 1819.

"daß man eines und andere gebessert hat. Wenigstens wird das arme gemeine Volck in einigen Teutschen Ländern nunmehro mit bessern und nützlichen Calendern versehen, und man ist überhaupt aufmercksamer auf das Calender-Wesen." [1]

Dennoch kam der Herausgeber im vierzehnten Band seiner Zeitschrift nicht umhin, das Weiterbestehen vieler Mißstände und Mängel zuzugeben:

"Die Calenderschreiberey ist an vielen Orten noch immer denen alten Fehlern unterworfen, die wir schon mehrmalen in unsern Sammlungen gezeiget haben, und man verbindet noch selten allerhand gemeinnützliche Nachrichten mit diesen Schriften, die in allen Händen herum laufen, und so bequem dazu sind, selbige auszubreiten." [2]

Wie lassen sich die unbefriedigenden Fortschritte in der Verbesserung dieses Kommunikationsmittels erklären?

Zincke und seine Mitarbeiter, die sich mit diesem Thema befaßten, unterschätzten den hemmenden Einfluß der Tradition auf eine radikale Umgestaltung. Allzu eng waren die Kalender mit dem Wunsch des Publikums nach Unterhaltung verbunden und mußten sich - um nicht an Beliebtheit zu verlieren - diesem Geschmack fügen. Die Umstellung von einem vorwiegend dem Unterhaltungsbedürfnis nachkommenden Medium zu einem "Lehrbuch" hieß, völlig mit der Geschichte und dem Wesen des Kalenders zu brechen. Zwar war um die Wende vom sechszehnten zum siebzehnten Jahrhundert ein neuer Kalendertyp entstanden: der "Calendarium Historicum". Er enthielt Berichte über die wichtigsten Ereignisse des jeweils abgelaufenen Jahres. An Aktualität gewann er durch gelegentliche Ausnutzung von Zeitungsmeldungen. Außerdem wagten es einzelne Publizisten, politische Ansichten vorzubringen, wodurch sich der Übergang vom rein referierenden zum raisonnierenden Medium anbahnte. [3]

---

1) 115.St. (1754), „Fortsetzung der Gedancken von Finantz-Sachen", S.582
2) 168.St., „Nachricht von einigen cameralistischen neuen Schriften", S.1024
3) Vgl.: Handbuch der Zeitungswissenschaft, Teil II, Sp. 220/33

Trotz dieses Wandels gab der historische Kalender nicht das Prinzip der "Meinungsbildung durch Unterhaltung" auf.[1] Es ist offenkundig, daß jener Grundsatz nur schwer auf die Wirtschaftsberichterstattung anzuwenden war.

Das Intelligenz- und Zeitungswesen

Dem Intelligenz- und Zeitungswesen wurde in den "Leipziger Sammlungen" gleiche Aufmerksamkeit wie dem Kalenderwesen gezollt. Hier ging es ebenfalls nicht um eine unkritische Schilderung bestehender Zustände, sondern um die Erörterung neuer Möglichkeiten besserer Information über Fragen der Wirtschaft.

Bereits in der Stellungnahme zu den Kalenderpublikationen hatte man die Wirksamkeit der staatlich-privilegierten Intelligenzblätter angezweifelt.[2] Derartige Bedenken sind auch anderenorts in Zinckes Zeitschrift nicht verhehlt worden.

Auf die Bitte des Herausgebers sandte ein Mitarbeiter - unter dem bezeichnenden Pseudonym "Philanthropus" - einige "Gedancken vom Intelligentz-Wesen und sonderlich denen wöchentlichen Anzeigen" ein.[3]

Bezeichnend für die Haltung dieses Referenten ist eine neuartige Auffassung vom Intelligenzwesen. Es wurde die Forderung erhoben, die Kommunikationsmöglichkeiten im Rahmen des Intelligenzwesens zu erweitern. Daß man hierzu fast nur "wöchentliche Polizei- und oekonomische Gazetten, Nachrichten, Anzeigen, Anfragen und Antworten oder Intelligenzblätter" rechnete, beurteilte der Kritiker skeptisch. Er schlug vor, die genannten Veröffentlichungen einheitlich als "Policey- und oeconomische Zeitungen" zu klassifizieren. Sinn dieser Zusammenfassung war eine klare Abgrenzung gegen die "historisch-politischen Zeitungen."

---

1) Hierzu vgl.: Wilmont Haacke, Meinungsbildung durch Unterhaltung. In: Publizistik 6.Jg. 1961, H.5/6, S.338-354, insbes. S.341

2) Vgl.: 3.Bd. 28.St., S.408

3) 3.Bd. 34.St., S.879 ff. Der Einsender eröffnete seinen Artikel sehr aufschlußreich: "SIe verlangen meine Gedancken von einer Sache, welche heut zu Tage an verschiedenen Orten mehr als sonst ihren Beyfall findet. Ihr Name ist das Intelligenz-Wesen." a.a.O. S.879

Um die Publizität zu erhöhen und zu einem Ausbau des Intelligenzwesens zu gelangen, genügten dem Verfasser die üblichen "öffentlichen und gedruckten Anzeige-Blätter" nicht mehr. Es wäre zu begrüßen, so argumentierte er, wenn die Obrigkeit sich entschließen könnte,

> "solche Sachen bekannt zu machen und zu erfahren, welche zum Wohlstand der Nahrung und des gemeinen Wesens sonderlich vor den gemeinen Mann erfordert werden, wenn er nicht länger in unzehlichen Sachen mit einer höchstschädlichen Unwissenheit oder denen elendsten Vorurtheilen und Nachläßigkeiten... gedrucket werden soll." [1]

Wenn in einem Staate wöchentlich oder wenigstens monatlich alle Menschen, gleich welchen Gewerbes " in eine angenehme Correspondenz und ein freundliches Vernehmen treten", wenn die Polizei selbst helfen, raten, warnen und verbessern würde, wenn sie "die Nahrungs-Geschäffte unvermerckt und nicht lauter gesetzlichen Zwang" dirigierte, dann könnte dies ein wohleingerichtetes Intelligenzwesen genannt werden.

In der Forderung, alle jene Personen, welche "im Staat ein öffentliches Amt haben, wenn es nur einigermaßen Betrachtungswürdig ist", zu zwingen, derartige Intelligenzblätter zu halten und sich um den Inhalt im Interesse "des gemeinen Besten" zu kümmern, gipfelten die Vorschläge des "Philanthropus".[2] Die im Kameralismus nicht selten zutage tretende Neigung nach Eingriffen in das Privatleben äußerte sich hier in dem Verlangen nach einer Pflichtlektüre der Wirtschaftspublizistik.

Andererseits fehlte es nicht an Plänen, um das Lesen der Intelligenzblätter durch breitere Volkskreise zu fördern. Käufe, Verkäufe, Verpachtungen und dergleichen in diesen Blättern zwangsweise zu publizieren, sah man als ein brauchbares Mittel an.

---

1) a.a.O., S.879-880
2) a.a.O., S.885

Der mit "Philanthropus" zeichnende Einsender sparte nicht mit Seitenhieben gegen die Befürworter einer privaten Lenkung der Intelligenzblätter. Vehement verteidigte er die staatliche Privilegierung und Kontrolle dieser Publikationen. Argwöhnisch sah er auf alle Versuche, daraus "eine Privat-Sache oder Gewerbe eines Buchführers oder Buchdruckers, oder solcher Leute, die von Zeitungs- und Novitäten-Schreiberey gerne leben wollen", zu machen. Dort, wo sich solche privaten Interessen eingemischt hätten, seien infolge des nutzlosen Inhalts zahlreiche Leser vom Bezug der Intelligenzblätter abgehalten worden. Das Intelligenzwesen hatte nach diesen Auffassungen unbedingt eine Polizeianstalt zu bleiben.
Mit gleicher Schärfe verurteilte der Autor des Artikels die nicht seltene Umwandlung der Intelligenzblätter in "nichts als gelehrte Lehr-Anzeigen". Gelehrten Gesellschaften in diesen Veröffentlichungen die Möglichkeit zu gewähren, einen sich nur für ein spezielles Thema interessierenden Leserkreis anzusprechen, wurde als Geringschätzung einer staatsnotwendigen Einrichtung betrachtet. Nur dann wären gelehrte Aufsätze am Platze, wenn sie sich auf die Politik und Ökonomie bezogen. In diesem Zusammenhang formulierte der Verfasser eine treffliche Begriffsbestimmung des Intelligenzblattes des 18. Jahrhunderts:

> "Allein dem allen ungeachtet, so sind doch Intelligentz-Blätter überhaupt keine denen gelehrten Wissenschafften und folglich auch keiner gründlichen Rechts-Gelahrsamkeit eigentlich gewidmete Blätter, um dadurch den Ungelehrten oder Gelehrten gelehrte Sachen gründlich verstehen zu lernen. Ich weiß zwar, daß man das Wort nach der Grammatique so weitläufftig nehmen könne. Allein der Sprach-Gebrauch hat schon längst dessen Bedeutung auf zeitige Nachrichten und Anzeigen eingeschränckt, die auf eine vulgaire und allen oder doch denen meisten nöthigen, ja zu ihrer Nahrung, Handel und Wandel und zur zeitlichen Ruhe nützlichen und faßlichen Erkänntniß zielen." [1]

1) a.a.O., S.897-898

Rückschauend muß diesem zeitgenössischen Kritiker Recht gegeben werden. Wollte der absolutistische Staat die mit der Gründung der Intelligenzblätter beabsichtigte Steigerung der Publizität für den Bereich der Wirtschaft erreichen[1], so mußte er bestrebt sein, den Leserkreis dieser Blätter auszuweiten. Durch eine einseitige Ausrichtung auf die Wünsche der gelehrten und vorgebildeten Bürgerschicht wären seine Bemühungen mit Sicherheit verhindert worden.

Wirtschaftspublizistisch interessant sind die Vorbehalte gegen eine wöchentliche Bekanntgabe von Preisen und Taxen der Lebensmittel und anderer Bedarfsgüter bei allgemein unverändertem Preisniveau. Ebenso wenig wurde ein Sinn darin gesehen, die Taxen aus solchen Orten anzuführen, die bei der Bildung der Landespreise keinen Ausschlag gaben. Offensichtlich wollte man mit dieser Kritik zu größerer Kontinuität in der Wirtschaftsberichterstattung anregen, um dem wirtschaftlich interessierten Teil des Publikums genaueren Überblick über die Preisverhältnisse zu geben. Eine wahllos aufzählende und geographisch unrepräsentative Marktinformation erschien dem damaligen Betrachter als ungenügend und überholt.

Die "Gedancken" des "Philanthropus" stellen die in der periodischen Wirtschaftsfachpresse frühest auffindbare Auseinandersetzung mit dem Problem des Intelligenzwesens und der "Anzeigeblätter" dar. Die "Leipziger Sammlungen" nahmen noch mehrmals zu diesem Thema Stellung.

Im Jahre 1756 druckte Zincke in seiner Zeitschrift ein "Sendschreiben an den Verfasser der Sammlungen, von allerhand hieher gehörigen neuen Nachrichten, denen Fehlern der Anzeigeblätter" ab.[2] In diesem umfangreichen Beitrag stimmte der unbekannte Einsender all jenen Zeitgenossen zu, die es als gravierenden Mißstand ansahen, daß eine stattliche Zahl neuer periodischer Publikationen allein "denen gelehrten und etwas gescheitern ... Leuten" dienten, "denen

1) Vgl.: Handbuch der Zeitungswissenschaft, Teil II, Sp. 1841
2) 12.Bd. 140.St., S.656 ff.

Einfältigen, sonderlich denen Bauern und gemeinen Bürgern" hingegen wenig nützten. In erster Linie betraf dieser Mangel die "wöchentlichen Anzeigen".[1)]

Ein Jahrzehnt nach Veröffentlichung der ersten kritischen Bemerkungen über die Intelligenzblätter in den "Leipziger Sammlungen" waren es die gleichen Fehler, die man jenen Periodika zur Last legte:

> "Allein, es haben sich eine Zeither auch bey diesen Blättern, ich weis nicht, aus was für einem Triebe, manche Mißbräuche eingeschlichen, die diese Absicht bey nahe vereiteln. Denn es werden darinne eine Menge an sich guter und gelehrter, hier aber ganz unnützer Anmerkungen ... so häufig eingemenget, daß kein Raum zu demjenigen, was dem gemeinen Manne nützet und verständlich ist, oder ihn in seinen Nahrungsgeschäfften besonders und insgemein unterrichtet, übrig bleibet." [2)]

Die Forderung nach einer besseren Verteilung der Intelligenzblätter, die auch in diesem Beitrag laut wurde, war allein kaum geeignet, die dargelegten Mängel zu beheben. In der Tat müssen viele Zeitgenossen die Schwächen des staatlich kontrollierten Intelligenzwesens mit Sorge betrachtet haben. Nicht zuletzt gaben diese Bedenken den Anstoß zur Gründung von Wirtschaftszeitschriften. So hatte Zincke seine Absicht, die "Leipziger Sammlungen" ins Leben zu rufen, nicht zuletzt damit motiviert, daß die Intelligenzblätter ihre Aufgabe nur unzureichend erfüllen konnten.[3)] Eine Reihe von Herausgebern "ökonomischer Journale" erklärten es zu ihrem Hauptanliegen, all jene Leser anzusprechen, die vom Intelligenzwesen nicht erfaßt wurden. Daneben ließ die mangelnde Eignung der Intelligenzblätter, engen Kontakt zum Publikum herzustellen und auf diesem Wege die gegenseitige fachliche Kommunikation zu intensivieren, die Gründung von Wirtschaftszeitschriften ratsam erscheinen. Die Wirtschaftsberichterstattung sollte zu Beginn

---

1) Ebenda, S.660-661
2) ebenda
3) Vgl.: Allgemeines Oeconomisches Lexicon, 2.Aufl. Sp.3340

Beginn des 19. Jahrhunderts in stets wachsendem Maße von diesen übernommen werden. Das Intelligenzblatt wurde allmählich zum Amtsanzeiger degradiert.[1)]

Das Buch- und Verlagswesen

In dem zitierten "Sendschreiben an den Verfasser der Sammlungen, von allerhand hieher gehörigen neuen Nachrichten, denen Fehlern der Anzeigeblätter"[2)] machte der unbekannte Mitarbeiter nicht nur das Intelligenzwesen zur Zielscheibe seiner Angriffe. Weit heftiger noch prangerte er die Mißstände im Buch- und Verlagswesen seiner Zeit an und bedauerte insbesondere, daß die Verantwortlichen "fast gar nicht auf die Beförderung der gemeinnützlichen Erkenntniß vieler nöthiger Wahrheiten, und des Unterrichts ... sehen." Aufklärung der einfachen Schichten - das war der entscheidende Gesichtspunkt, unter dem hier die zeitgenössische Publizistik betrachtet und bewertet wurde. Aus welchen Gründen war diese Aufgabe bislang nicht gelöst worden? Die Ursache erkannte der Kritiker darin, daß im Buchwesen

> "alles nur privat-eigennützig und bloß kaufmännisch darinne angestellet wird: ohnerachtet (es) ein ganz besonders, auf die gemeine Wohlfahrt einzurichtendes und zu dirigirendes Geschäffte ist."[3)]

Die Frage, ob eine Verstaatlichung oder staatliche Kontrolle des Buchgewerbes Abhilfe schaffen könne, fand keine eindeutige Antwort. Unbestritten bleibt jedoch, daß man in der Epoche des Kameralismus einer staatlichen Lenkung des Presse- und Buchwesens nicht abgeneigt gegenüberstand.

Wenn der Autor des erwähnten Aufsatzes auch einer klärenden Beantwortung der Frage nach staatlicher Intervention auswich, so hat er der Zeitschrift Zinckes doch Anregung zu weiteren Diskussionen gegeben.

Die ausführlichste Erörterung über das Buchwesen in den "Leipziger Sammlungen" findet sich - aus anonymer Feder

1) Vgl.: Handbuch der Zeitungswissenschaft, Teil II, Sp. 1841
2) 12. Bd. 140.St., S.656 ff.
3) ebenda, S.670

in einem Beitrag aus dem Jahre 1749: "Sendschreiben an den Verfasser der Samml. die Holtz-Wirtschafft, und das Bücherwesen... betreffend."[1] Den Zuständen im Buchgewerbe hatte man bis dahin offensichtlich wenig Aufmerksamkeit zuteil werden lassen. Der Gewährsmann beklagte das schwache Interesse an dieser Frage:

> "Das Bücher-Wesen verdient wohl, daß man es einer gründlichen öconomischen Betrachtung würdigte, und man möchte wohl fragen, was die Ursach ist, daß bishero nicht daran gedacht worden? Vielleicht bestehet sie darinne, weil man sich einbildet, es gienge alles ehrlich und aufrichtig dabey zu, und weil von solchen Leuten, wie die Gelehrte sind, kein Falsch, keine Arglist, und kein Betrug zu gewarten." [2]

Das Medium Zeitschrift erweist sich hier wiederum als dasjenige Kommunikationsmittel, welches Zeitgenossen und Nachwelt über Probleme unterrichtete, die sich bis dahin größerer Beachtung seitens der Öffentlichkeit entzogen.

Gegenüber den Fachwissenschaftlern schlug der Einsender einen scharfen Ton an:

> "Indem sie bauen und wiederum zerbrechen, was haben sie und andere davon, denn Arbeit?" [3]

Welches waren die Gründe für seine ablehnende Einstellung? Er glaubte in dem Streben vieler Gelehrter, ihre Veröffentlichungen stets auf den neuesten Stand ihrer Erkenntnisse zu bringen, lediglich den Versuch zu sehen, eben publizierte Werke durch geringfügig veränderte Neuauflagen zu entwerten. Durch ähnliche Kunstgriffe hoffte man in seinen Augen, die Leser zum Erwerb der Neuerscheinungen anzureizen.

Bei aller Berechtigung zur Kritik scheint dieser Zeitgenosse das Bemühen vieler Wissenschaftler um fundiertere Ergebnisse in ihren Forschungen und deren Publizierung verkannt zu haben. Sein rigoroser Standpunkt läßt sich überdies

---

1) 6.Bd. 62.St., S.136 ff.
2) Ebenda, S.140
3) Ebenda, S.141

in dem Ruf nach einer Zensur und strengerer staatlicher Kontrolle erkennen:

> "Da nun alles, was in dem gemeinen Wesen vorgehet, der Aufsicht der hohen Obrigkeit unterworffen ist, so erhält sie auch bey dem Buchhandel eine rechtliche Befugniß, sich über die dem Handel übergebene Gedancken der Gelehrten einer Erkenntniß anzumaßen. Sie ist also befugt, unter andern eine Untersuchung anzustellen ob solche dem Staat, der Religion und den Wohlstand nicht zuwider sind, welches man insgeheim das Recht zu censiren nennet... Warum solte sie auch nicht die Befugniß haben, zu sorgen, daß diejenige, die nothwendig sich Bücher anschaffen müssen, nicht muthwilliger Weise um das ihrige gebracht würden?" [1]

Ein derartiges Verlangen dürfte kaum die uneingeschränkte Billigung des Herausgebers der "Leipziger Sammlungen" gefunden haben. Zincke nahm eine weit liberalere und tolerantere Haltung zur Publikationsfreiheit ein, wie seine Einleitung zum ersten Heft seiner Zeitschrift bewiesen hatte [2] Auch sonst hatte er nirgends den Ruf erhoben, den Gelehrten oder Verlegern Schranken zu setzen - es sei denn, sie verletzten durch ihre Äußerungen die Obrigkeit. Stets sprach er sich nachdrücklich gegen eine Zensierung wissenschaftlicher Arbeit aus.

Ein im zwölften Band (1756) veröffentlichter Aufsatz über den"Verfall des Buchhandels" zeichnet sich durch eine sachlichere Note aus.[3] Ein Einsender - im Stile der Zeit nannte er sich Mirmidon - befürwortete eine staatliche Anstalt zur Erteilung der Druckprivilegien. Um Ordnung in die "Buch-Manufakturen" zu bringen, sollte die fachliche Qualifikation bei der Vergabe der Konzession als ausschlaggebende Kriterium gelten.

Zensurmaßnahmen hielt dieser Mirmidon nicht für ein Heilmittel. Vielmehr schien er an das Verantwortungsbewußt-

---

1) Ebenda, S.143-144
2) Vgl.: "Vollständige Nachricht", 1.Bd.1.St., insbesondere S.3-5
3) 135. St.

sein von Verlegern wie die Gelehrten zu appellieren:

"Der Buchhändler participiret etwas von der Freyheit der gelehrten Republique, wie er damit ohnedem sehr genau zusammenhänget: allein er hat auch etwas von der Zärtlichkeit der Gelehrten an sich, und viel von der unter diesen oft sehr ausschweifenden Misgunst und dem Mistrauen unter sich angenommen; damit aber hat sich oft ein gewisser rasender und grober Handwercksneid vermenget, welchen sich öfters auch hinwiederum Gelehrte Preis geben, solches aber entweder fast thun müssen, oder doch aus eigenen Leidenschaften freywillig thun. Es ist daher in solchen Sachen eine große Behutsamkeit zu beobachten." 1)

Kaum jemals ist in der Zeitschriftenpublizistik des 18. Jahrhunderts die wissenschaftliche Meinungs- und Lehrfreiheit derart eindrucksvoll verteidigt worden, wie in diesem Aufsatz über das Buchverlagswesen:

"Allein das Reich der Wissenschaften ist gleichsam eine Democratie. Es muß allezeit eine gewisse äusserliche Freyheit, öffentlich zu dencken und zu schreiben behaupten, wenn es nicht unter das Joch der Barbarey kommen, und gar zerstöret werden soll; und da man die innerliche wahre Freyheit zu dencken, so die Weisheit und Tugend von der Sclaverey der Unwissenheit und Laster schrecket, nicht gleichzu durch äußerliche Anstalten in allen einführen kann." 2)

Bei aller Respektierung des engen Freiheitsraumes unter absolutistischer Herrschaft sprach der Autor klar aus, daß sich wissenschaftlicher Fortschritt und rigorose Zensur der Meinungsäußerung wie Publikationsfreiheit ausschlossen.

Im Verlaufe des 18. Jahrhunderts ist in allen Zeitschriftengattungen das Räsonnement immer stärker hervorgetreten. Dieser Prozeß spiegelte sich auch in der jungen

---

1) Ebenda, S.196
2) ebenda, S.198

periodischen Wirtschaftsfachpresse wider. Die Auseinandersetzungen zwischen absolutistischem Staat und räsonierender bürgerlicher Öffentlichkeit wurden zu Ausgangspunkten der später vom Liberalismus durchgesetzten politischen Freiheit des Denkens.[1] Sie ließen sich auch in denjenigen Zweigen der zeitgenössischen Publizistik nicht unterdrücken, die am ehesten der Stärkung des Staates und der Wirtschaft dienten und somit zur Konsolidierung des Regimes beitrugen.

h) Die Wirkung der Zeitschrift auf die zeitgenössische Öffentlichkeit

Zahlreiche Äußerungen lassen sich anführen, um die Wirkung und den Erfolg der "Leipziger Sammlungen" in ihrer Epoche zu belegen. Zwar ist stets Vorsicht geboten, wenn eine Zeitschrift Leserzuschriften abdruckt, die ihre Vorzüge preisen. Ursprünglich wurden solche Stellungnahmen aus Kreisen der Leserschaft seitens der Redaktion "nur dann für dienlich erachtet, wenn die Korrektur inhaltlich oder formal das Ansehen des widerlegten Publikationsorgans nicht allzu heftig antastet."[2] So läuft der spätere Betrachter leicht Gefahr, sein Urteil über eine Zeitschrift auf allzu einseitig ausgewählte Einsendungen an Herausgeber und Mitarbeiter zu gründen. Auch gewissenhafte Gelehrte erlagen nicht selten der Versuchung, Beifall aus dem Publikum ohne Scheu zum Selbstlob und zur Eigenwerbung zu mißbrauchen. Die Pressegeschichte ist an entsprechenden Beispielen keineswegs arm.

Solche Verzerrungen können auf zweierlei Weise wirksam korrigiert werden. Einmal deuten Auflage und Lebensdauer eines Organs auf Erfolg oder Mißerfolg hin. Lassen sich auch keine exakten Angaben über die Auflagenhöhe der "Leipziger Sammlungen" anführen, so unterstreicht das fünfundzwanzigjährige Bestehen dieser Zeitschrift unbestreitbar das Ansehen, daß sie sich erworben hatte. Das Gelingen

1) Vgl.: Schneider, a.a.O., S.87
2) Hanns Braun, Der Leserbrief im Lichte zeitungswissenschaftlicher Theorie. In: Publizistik, 5.Jg. 1960, H.6, S.12

des Unternehmens ist überdies umso mehr zu würdigen, als Zincke und seine Mitarbeiter der Idee der ökonomischen Fachzeitschrift erst den Weg bahnen mußten und - außer dem tastenden Versuch Dithmars - auf keine Vorbilder zurückgreifen konnten.

Wichtiger noch sind Äußerungen aus konkurrierenden Organen. Wie sahen andere Wirtschaftsperiodika den Wert der "Leipziger Sammlungen"? Wo erblickten sie Mängel oder gar Irrtümer? Solche Stimmen auszuwerten, stellt eine unerläßliche Vorbedingung für ein sachlich gerechtfertigtes Urteil über eine Publikation dar.

Sofern sämtliche auffindbaren zeitgenössischen Belege über die "Leipziger Sammlungen" ausgewertet werden, ist es möglich, die Wirkung dieser Monatsschrift auf die Öffentlichkeit ihrer Epoche abzuschätzen.

Äußerungen aus den "Leipziger Sammlungen"

Die frühest belegbare Reaktion eines Lesers dieses Journals ist aus dem siebten Heft des ersten Jahrgangs zu ermitteln. Ein namentlich nicht genannter Einsender sprach den Bemühungen Zinckes Anerkennung aus:

> "Die obligante Art, womit Dieselben so Gelehrten als Ungelehrte zu einem Beytrag der nun bis zu 4)Stücken angewachsenen monathlichen Sammlungen einladen, machet mich so dreiste, daß mit diesem Aufwarten und das Vergnügen bekennen wollen, die diese Sammlungen mir und vielen andern in hiesiger Gegend machen. Ich nebst diesen wünsche Ihnen langes und gesundes Leben, damit dieses gute und nützliche Werck mit eben dem Fleiß, Sorgfalt und Mühe, als es angefangen, fortgeführet werden möge. Die Ungelehrten und diejenigen, die in diese Classe gehören, haben Ursache, Denenselben immerwährend Denckmahl zu stiften, weil durch Sie in diesen Sammlungen derselben auf eine Art erwehnt worden, welche glaubend macht, wie ein von GOtt mit gesunder Vernunfft begabter u. derselben sich zu Nutz machender unstudirter auch in der Welt zu brauchen und dergleichen Leute von allerhand Stand und Wesen

dem moralischen Leibe einer jeden Republique eben so nütz und nothwendig als die Gelehrten seyn."[1)]

Der Herausgeber hatte es offenkundig erreicht, einfache Leserkreise anzusprechen. Ihm war es tatsächlich gelungen, seine Zeitschrift nicht mehr nur auf das fachliche Gespräch kundiger und bereits erfahrener Teilnehmer zu beschränken. So gestatteten jene Äußerungen die Schlußfolgerung, daß - im Gegensatz zur "Oeconomischen Fama" Dithmars, in der ähnliche Zeugnisse aus Leserkreisen gänzlich fehlten - die "Leipziger Sammlungen" schon früh zu einem Kommunikationsmittel im Dienste der Aufklärung ungebildeter Schichten geworden sind.

Einige Jahre später (1752) veröffentlichte Zincke ein Lob seiner Schrift, das ihr Universalität in der Wirtschaftsberichterstattung bescheinigte:

"EW. etc. schöne Oeconomische Sammlungen haben durch ihr Reitzendes soviel Beyfall gefunden, daß dieselben fast von keinem Oeconomo ungelesen bleiben können, zumal da deren Campus nicht so wohl auf die eigentlich so genannte Oeconomie, als vielmehr auf dieselbe in gantz weitem Verstande gerichtet ist, und deshalb bishero vielen Vortheil gestifftet haben, insonderheit da durch viele darinne befindliche Sachen, so vorhero wenig bekannt gewesen, grosser Schaden verhütet, oder neuer und wichtiger Vortheil gestifftet worden." [2)]

Gewürdigt wurde hier der Verzicht der "Leipziger Sammlungen" auf eine Spezialisierung auf einzelne Teilbereiche der Land- oder Stadtwirtschaft. Die Allumfassenheit war es, welche diesem Fachjournal bei einem breitgestreuten Publikum Popularität einbrachte.

Dieser Erfolg galt nicht nur in soziologischer Hinsicht. Ebenso gelang es Zincke, seiner Publikation eine räumlich weite Verbreitung zu sichern. Persönlich teilte er seinen Lesern mit:

---

1) a.a.O., S.642-643
2) 8. Bd. 95. St., S.959

"UNsere Sammlungen haben auch das Glück, in Nieder-Sachsen und sogar in denen gegen Abend und Norden zu an der See und denen Niederlanden, z.E. in Ost-Frießland und sonst liegenden Gegenden gütigen Beyfall zu finden, durch die damit unter so vielerley Gegenden unsers geliebten Vaterlandes veranlassete öffentliche Correspondenz, in withschafftlichen Dingen aber ihren gleich anfangs geäußerten Absichten immer näher zu kommen, und insonderheit Gelegenheit zu geben, daß verschiedene Landsleute einander von denen unterschiedenen Anstalten ihrer Wirthschafft gesellig und ohne sonderliche Mühe und Kosten unterrichten, mithin zu allerhand Verbesserung in der einen oder andern Gegend ... die Hand am leichtesten biethen könne." [1]

Durch das öffentliche Gespräch, das Zinckes "Leipziger Sammlungen" vermittelten, wurden nicht allein neue Leser gewonnen. Ein Schreiben aus dem Jahre 1754 beweist, daß hierdurch sogar die Gründung ökonomischer Gesellschaften veranlaßt wurde:

"Ihre uns bisher sehr nützlichen Sammlungen sind uns nach und nach angenehm und wir dadurch ermuntert worden, andere gute Freunde an uns zu ziehen, welche sich theils nur Theoretisch, theils Theoretico-Practisch, theils nur bloß Empirisch auf die Land-Oeconomie legen, und darinne immer mehr zu erforschen trachten. Wir gestehen, daß uns Ihre Sammlungen dazu erwecket. Wir leugnen auch nicht, daß wir eben dadurch bewogen werden, eine Art von Gesellschafftlicher Verbindung aufzurichten, und zum Stande zu bringen..." [2]

Diente diese Gesellschaft dem gemeinsamen Gedanken- und Erfahrungsaustausch ihrer Mitglieder anhand des von den "Leipziger Sammlungen" gedruckten Materials, so fühlten sich andere Publikumskreise durch die Beiträge in dieser Zeitschrift zur Verwirklichung gemeinsamer Pläne aufgerufen. Zincke begrüßte solche Anstrengungen lebhaft:

1) 2. Bd. 15. St., S.252
2) 10. Bd. 115. St., S.669-670

"... Wir erfahren immer mehr, daß diese Schrifft ... als ein Mittel gebrauchet werde, manche gute Anstalten zu veranlassen oder zu verbessern, nicht weniger verderblichen Dingen des menschlichen Wohl entgegen zu gehen." [1]

Die gemeinschaftsstiftende und -fördernde Wirkung, die Soziabilität, die sich in der frühen periodischen Wirtschaftspublizistik auszubilden begann, sicherte dem Kommunikationsmittel Zeitschrift den Vorrang vor den anderen Medien im 18. und 19. Jahrhundert. Die Bildung von Leserkreisen gab darüberhinaus häufig Anstoß zur Gründung ähnlicher Periodika. Die "Leipziger Sammlungen" sind hierfür ein markanter Beweis. In der Vorrede zum sechsten Band verkündete ihr Herausgeber nicht ohne Stolz:

"Es haben uns andere Tage-Bücher (=Journale) zum Theil in eben solchen Sachen nachgeahmet." [2]

Die Wirkung auf die zeitgenössische Öffentlichkeit ist ferner daran abzulesen, daß die Leserschaft an der Frage einer möglichen Umgestaltung der "Leipziger Sammlungen" regen Anteil nahm. Mannigfache Änderungsvorschläge sind nach Auskunft Zinckes an die Redaktion gerichtet worden. Doch sträubte er sich als Editor gegen eine vorschnelle Korrektur seiner Zeitschrift. Er hatte Bedenken,

"ob es schicklich sey, diese Schrifft entweder noch mit einigen Bänden fortzusetzen, oder denenjenigen zu Gefallen, welchen ein starckes Buch, das in seinen Theilen gewisser massen zusammen hänget, gantz anzuschaffen, beschwerlich fallen möchte, ein neues und von diesem abgesondertes Tagebuch, iedoch von gleichem Inhalt, unter etwa einem andern Titel und in einer etwas veränderten Gestalt anzufangen. Vor itzo können wir hierüber noch keinen Entschluß fassen, zumahl uns viele Gönner und Freunde dieser Sammlungen beständig anliegen, solche fortzusetzen." [3]

---

1) Vorrede zum 3. Bd., S.X
2) a.a.O., S.I
3) Vorrede zum 5. Bd., S.II

Den Rat aller seiner Freunde und Gönner wollte er sich ausbitten, bevor er über eine Umwandlung zu entscheiden bereit war. Die Begründung für seine abwartende Haltung belegte erneut die ungewöhnliche Publikumsnähe seiner Zeitschrift:

> "Denn da in diesem Buche gleichsam eine beständige Correspondentz unter vielen gelehrten und erfahrnen Leuten in Wirthschaffts-Policey und Cammer-Sachen errichtet worden, und daher diejenigen, die sich in diese Correspondentz bishero einzulassen beliebet haben, einen nicht geringen Antheil an unserm Bemühen haben; so ist es billig, daß wir an der bisherigen Einrichtung ... ohne ihren Beyrath und abermahligen Beyfall keine Veränderung nach unsern blossen und einseitigen Einfällen machen." [1]

In dem "Sendschreiben an den Verfasser der Sammlungen, von ... denen Fehlern der Anzeigeblätter" [2], in dem die unzureichende Berücksichtigung der "gemeinnützlichen Erkenntniß vieler nöthiger Wahrheiten, und des Unterrichts" im Presse- und Verlagswesen getadelt worden war, hatte der Einsender - im Gegensatz dazu - das Verdienst Zinckes gepriesen. Die Leistung der "Leipziger Sammlungen" als Schrittmacherin des in den vierziger und fünfziger Jahren des 18. Jahrhunderts aufblühenden periodischen Wirtschaftsschrifttums ist unbestreitbar:

> "Es ist nämlich bekannt, wieviel schönes, gründliches und nützliches heut zu Tage, zum Unterricht in Wirtschaffts- und Policey-Sachen, fast an allen Orten gedruckt und verlegt werde, nachdem Sie, mein Herr, die deutsche Welt durch ihre Sammlungen und viele andere Schrifften hierinne von 1742 an, als theils der sel.Herr von Rohr, theils der sel. Hofrath Dittmar, nur einen kleinen Anfang dazu gemacht hatten, erwecket und ermundert haben. Man siehet daher immer eine schöne Monats- oder Wochen-Schrifft dererjenigen, welche auf die in der Oeconomie so nöthige Naturkunde gehen, nicht zu gedencken,

1) Ebenda, S.II-III
2) 12. Bd. 140.St., S.656 ff.

wie auch eine nützliche besondere Abhandlung davon ein gemeines Wirtschafftsbuch vor Ungelehrte, und ein systematisches Lehrbuch von den Cameralwissenschafften, nachdem sie die Bahn dazu mit ihrem Grundriß und ihren Anfangsgründen gebrochen, nach einander an das Licht treten." [1]

Äußerungen aus konkurrierenden Organen

Das Verdienst der Zinckeschen Publikation wird in anerkennenden Äußerungen aus anderen Wirtschaftsperiodika der Zeit bestätigt.

In der Vorrede zur ökonomischen und moralischen Wochenschrift "Der Wirt und die Wirtin" aus dem Jahre 1756 erinnerte deren Herausgeber an die einst übliche Geringschätzung der einfachen Volksklassen. Es hätten sich jedoch Gelehrte gefunden, die diesen Fehler einsahen und sich deshalb bemühten,

"ihn zu heben, deshalb aber in monatlichen Journalen, die besten Auszüge weitläufftiger Schrifften, und die nützlichsten Abhandlungen zum Aufnehmen der Wirtschafft in den Hütten der Niedern, zu liefern. Die Leipziger Sammlungen machten den Anfang, und ihn sind verschiedene andere ... gefolget... Es ist andem, kein Jahrhundert ist so fruchtbar an ökonomischen Schrifften und Journalen gewesen, wie das jezige." [2]

Die "Göttingischen Anzeigen von gelehrten Sachen" erwähnen in ihren Rezensionen Zinckes Monatsschrift im Jahre 1747, fünf Jahre nach deren Gründung:

"Die Patriotische Absicht unsers Verfassers ist alles Ruhms und Beyhülfe würdig. Er sucht die Mittel bekannt zu machen, wodurch die Völker glüklich und zugleich ihre Herren groß werden können. Alles was dahin gehört hat er in Betracht gezogen; den Ackerbau, die Bergwerk

1) Ebenda, S.658-659
2) Der Wirt und die Wirtin, 1.St., 1756, S.2 ff.

die Manufacturen, die Zuchthäuser, die Pflanzschulen der Wissenschafften, die Handlung, und die eigentliche und einzig wahre Cameral-Kunst. Alle diese wichtige Vorwürfe sind ... theils von Hrn.Z. theils aber durch seine geschikten Correspondenten ausgeführt worden..."[1)]

Natürlich hat es an vereinzelten kritischen Stimmen nicht gefehlt. Beispielsweise leitete eine anonyme Einsenderin ihre Zuschrift an die "Oeconomischen Nachrichten" über den Nutzen der Schweinezucht mit den überraschenden Bemerkungen ein:

"Es ist wahr, wir haben zwar zeithero in denen Leipziger Sammlungen unterschiedenes landwirthschafftliche gefunden, allein zu geschweigen, daß solche Materien sparsam vorkamen, so ware doch die Schreib-Arth, Abhandlungen, ja Druck und Pappier lange nicht so schön als in ihren Oeconomischen Nachrichten." [2)]

Fundierter hingegen wirkt eine Kritik an den "Leipziger Sammlungen", die aus der Feder Johann Jakob Mosers stammt. Er hat sie in seinen "Schwäbischen Nachrichten" veröffentlicht:

"Bey so vilen Personen, welche etwas darzu einsenden, kan es unmöglich anderst seyn, als daß sie sehr ungleich ausfallen, und zuweilen seynd in der That die Stücke ziemlich schlecht ... auch beobachtet man indes Herrn Hof-Raths eigenen Aufsäzen, eine große Weitläufftigkeit und vilerley Ausschweiffungen, u.s.w. So thun auch die bey einem solchen gemischten Werck unentbehrliche Register nicht allemahl die behörige Dienste." [3)]

Jenes skeptische Urteil verdient umso mehr Beachtung, als es von einem angesehenen Kameralisten und Zeitschriftenpublizisten gefällt wurde. Moser hat seine Zweifel nicht verhehlt, ob es richtig sei, ein solches Periodikon als Gemeinschaftsleistung verschiedener Mitarbeiter herauszu-

---

1) Göttingische Anzeigen von gelehrten Sachen, 1747, 125.St., S.198
2) Oeconomische Nachrichten, 1.Bd. 10.St. 1749, S.777
3) Schwäbische Nachrichten von Oeconomie - Cameral - Policey - Handlungs - Manufactur - Mechanischen - und Bergwerck - Sachen, 2.St. 1756, S.109.

geben. Aus seinen Einwendungen werden nachträglich die Schwierigkeiten sichtbar, die in der Anfangsphase der kameralistischen Fachzeitschrift jedem Gründer und Herausgeber entgegengetreten sind. Schließlich galt es zunächst einen Kreis "schriftstellernder Fachmänner" zu gewinnen.[1] Solange sie nicht aufzufinden waren, konnte es nicht ausbleiben, daß qualitativ weniger anspruchsvolle Beiträge aufgenommen wurden.

Dennoch hat ein so kompetenter Beurteiler wie Johann Jakob Moser der Zeitschrift Zinckes neidlos die Rolle als Initiatorin des weiteren Aufschwungs der periodischen Wirtschaftspublizistik bescheinigt:

> "Indessen ist doch überaus vil gutes in diser Sammlung enthalten, so ohne dieselbe verborgen geblieben und verlohren gegangen wäre; Dahero sie auch mit solchem billigen allgemeinen Beyfall aufgenommen worden ist, daß manche Stücke der ohne Zweifel ohnehin nicht klein gemachten Auflage von neuem haben gedruckt werden müssen; und sie ist eine fruchtbare Mutter viler anderer dergleichen Schrifften worden: Ja es hat in der Oeconomischen Wissenschafft gleichsam ein ganz neuer Zeitlauff angefangen...".

i) Die Zeitschrift im Urteil der Nachwelt

In seiner "Geschichte der National-Oekonomik in Deutschland "widmete Wilhelm Roscher den "Leipziger Sammlungen" einige Abschnitte.[2] In jeder Hinsicht hielt er diese Zeitschrift für ungleich bedeutsamer als die "Oeconomische Fama" Dithmars. Er verwies auf die weite Auslegung des Begriffes Ökonomie, Polizei- und Kameralwissenschaft durch Zincke, ebenso auf dessen Kritik an der allzu fiskalischen Richtung der damaligen Volkswirtschaftslehre. Vorbehalte hatte Roscher hinsichtlich der Sorgfalt urkundlicher Forschungen bei der Behandlung wirtschaftsgeschichtlicher Themen. Außerdem rügte er die mangelnde Beachtung der allge-

1) Vgl.: Roscher, a.a.O., S.430
2) ~~ebenda~~ u.a.O., S.432-441

meinen Grundsätze der Nationalökonomie.

In seinem Überblick über die Geschichte des deutschen Zeitschriftenwesens hat Joachim Kirchner die "Leipziger Sammlungen" kurz gestreift. Indessen hat er sich einer Beurteilung weitgehend enthalten, obwohl er dem Inhalt dieser Zeitschrift größeren Wert als dem ihrer Vorgängerin beimaß.[1)]

Kirchner hat die Bedeutung der "Leipziger Sammlungen" speziell für die Pressegeschichte völlig übersehen. Die in ihnen publizierten Auseinandersetzungen um die zeitgenössischen ~~Publik~~ Kommunikationsmittel scheinen seiner Aufmerksamkeit entgangen zu sein.

"Zeitschriften sind in noch stärkerer Weise als Zeitungen das echte Spiegelbild des Geistes der jeweiligen Epoche, aus der sie hervorgegangen sind."[2)] Spätere Leser, so selten sie sein mögen, führen sie in die Geistes-, Kultur-, Staats- und Wirtschaftsgeschichte vergangener Jahrhunderte zurück. Im Gegensatz dazu waren sie dem damaligen Leser nicht selten das Medium, mit dessen Hilfe sich Gespräche und Verständigung anbahnten.

Die fachlich spezialisierte Zeitschrift erfaßte überdies Schichten der Bevölkerung, denen in den gelehrten allgemeinwissenschaftlichen und historisch-politischen Periodika kaum Beachtung geschenkt wurde. Hier liegt die Bedeutung der "Leipziger Sammlungen". "Zincke hat ... das Streben zu erkennen gegeben, der staatsökonomischen Wissenschaft weitere Kreise, als die von dem zünftigen Gelehrtentum gezogenen, zu eröffnen."[3)]

---

1) Vgl.: Teil I, S.86-87
2) Haacke, Die Zeitschrift, S.244
3) Lippert; G.H.Zincke. In: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 2.Aufl., 7.Bd., 1901, S.941

4). Peter Freiherr von Hohenthals "Oeconomische Nachrichten". (1749-1763).

a) Der Herausgeber und sein Werk

Peter Freiherr (Graf) von Hohenthal (1726-1794) war Kurfürstlicher Sächsischer Vizepräsident des Oberkonsistoriums in Dresden, ferner Vize-Direktor der Landes- Ökonomie- Manufaktur- und Commercien-Deputation. Sein Studium hatte er in Leipzig absolviert (die Studienfächer sind im einzelnen nicht zu ermitteln).

Obwohl sich Hohenthal an wissenschaftlichem Rang nicht mit Dithmar oder Zincke messen konnte, hatte er sich unter seinen Zeitgenossen einen Namen gemacht. Nicht allein in Sachsen, wo er beheimatet war (Falkenberg), ist man bald auf ihn aufmerksam geworden.

Zincke nannte Hohenthal einen "rühmlichst, gründlich, lebhaft und werkthätig um das gemeine Beste bemüheten" "Mann, dem man "die schönen öconomischen Nachrichten, und sehr viele andere nützliche Werke zu danken habe." Er lobte besonders dessen Verdienste um den Wasserbau.[1] Mehrfach würdigte er Hohenthal als hervorragenden Ökonomen, "den wir sonderlich wegen seiner Einsichten in Landwirtschafftlichen Sachen, und auch aus andern Ursachen besonders verehren und hochachten."[2] Eine ähnlich positive Ansicht von Hohenthal äußerte Johann Jakob Moser, der Hohenthal als "ein rares Exempel einer Standes-Person" bezeichnete, "die ein schönes zeitliches Vermögen, wahres Christenthum, ungemeine Liebe, dem Neben-Menschen zu dienen, Fähigkeit in der Land-Wirthschafft und in Führung der Feder etc. beysammen besitzet..."[3].

Neben den "Oeconomischen Nachrichten"(und dem Nachfolgeorgan "Neue oeconomische Nachrichten", 60 Hefte = 5 Bände, Leipzig 1753 - 1773) edierte Hohenthal ein weiteres Periodikon: die Nova Agenda scholastica (Leipzig 1765-1774),

1) Leipziger Sammlungen, 12.Bd. 138 St., S.538 (Nachricht vom Wasserbau)
2) Ebenda, 6. Bd. 68.St., S.709
3) Schwäbische Nachrichten, 1.St. 1756, S.25

eine pädagogische Schrift.[1)]

Abgesehen von seiner Tätigkeit als Zeitschriftenpublizist trat Hohenthal als Verfasser verschiedener nichtperiodischer Fachpublikationen hervor. Zu den wichtigsten zählen die "Ökonomisch-physikalischen Abhandlungen" (20 Teile, Leipzig 1757) und Übersetzungen aus dem Französischen über den Ackerbau (Leipzig 1759) sowie aus dem Englischen über die Haushaltungs- und Landwirtschaftswissenschaft (Hamburg 1759 - 1768).[2)]

b) Die Struktur der "Oeconomischen Nachrichten"

Die bei Johann Wendler in Leipzig verlegten "Oeconomischen Nachrichten" erschienen von 1749 bis 1763 in insgesamt 180 Einzelheften im Oktavformat. Im Durchschnitt wurden je zwölf Hefte zu einem Band - insgesamt fünfzehn- zusammengefaßt. Allgemein wiesen die Hefte einen Umfang von 78 Seiten auf. Angaben über die Höhe der Auflage sind nicht ermittelbar. Der Preis wurde mit zwei guten Groschen (ggr) angegeben.[3)] Ein kurzes Register schloß jeden Band ab; ein Generalregister ist jedoch nicht angelegt worden.

Lediglich dem ersten Band schickte der Herausgeber eine Widmung voraus. Sie galt Friedrich Christian, dem Herzog von Sachsen. Hingegen blieb die Einleitung zu einem gesammelten Jahrgang durch eine ausführliche Vorrede bis zum siebten Band üblich. Von höchstem publizistischen Interesse ist die Vorrede zum ersten Band, in der das Problem, welcher Sprachstil ~~ist~~ sich am besten für die Wirtschaftsberichterstattung ~~geeignet~~ eignete, zur Diskussion stand. In den anderen wurden Themen aus der Wirtschaft, hauptsächlich der Landwirtschaft und der Haushaltsführung gewählt.

---

1) Vgl.: Kirchner, Geschichte I, S.90
2) Zu Hohenthals Biographie vgl.: Allgemeine Deutsche Biographie 12.Bd., Leipzig 1880, S.695; ferner: Friedrich August Weiz: Das gelehrte Sachsen oder Verzeichniß derer in den Churfürstl. Sächs. und incorporierten Ländern jetztlebenden Schriftsteller und ihrer Schriften. Leipzig 1780, S.117
3) 24 gute Groschen = 1 Thaler

Die "Oeconomischen Nachrichten" sind aus einem Briefwechsel über Fachfragen entstanden.[1] So erklärt es sich, daß die meisten Abhandlungen in dieser periodischen Schrift sachkundige und in der Praxis erfahrene Mitarbeiter zu Verfassern haben. Es war Hohenthal geglückt, einen Kreis "schriftstellernder Fachmänner" um sich zu scharen.

Der Titel der Zeitschrift deutete bereits darauf hin, daß vorwiegend oder ausschließlich Nachrichten und Abhandlungen aus der Landwirtschaft veröffentlicht werden sollten. Ökonomie wurde von Hohenthal - im Gegensatz zu Zincke - nur auf diesen Bereich bezogen. Hier folgte er allerdings dem vorherrschenden Sprachgebrauch der Zeit.[2] Der Abdruck von Aufsätzen aus allen Bereichen der Landbau-, Forst- und Viehwirtschaft machte den Hauptteil des Inhalts der einzelnen Hefte aus. Aufgelockert wurde die Zeitschrift durch Anfragen der Redaktion an die Leserschaft, durch Einsendung wohldurchdachter Vorschläge zur Lösung sachlicher Schwierigkeiten beizutragen.

c) Die Kennzeichnung der "Oeconomischen Nachrichten" als Zeitschrift durch die publizistikwissenschaftlichen Grundbegriffe

Die Periodizität der "Oeconomischen Nachrichten" war durch das Erscheinen einer im allgemeinen gleichbleibenden Zahl von Heften pro Jahr gekennzeichnet. Da es Hohenthal fast immer gelang, zwölf "Stücke" in einem alljährlich herauskommenden Band zusammenzufassen, stellte seine Publikation eine echte Monatsschrift dar.[3]

Die Periodizität dieser Zeitschrift war auch dann gewährleistet, wenn der Herausgeber zu Beginn des ersten Heftes feste Erscheinenstermine ausdrücklich ablehnte. Er war entschlossen, seine Sammlung ökonomischer Neuigkeiten

1) Hohenthal berief sich in der Vorrede zum 1. Heft (1749) auf seine "Korrespondenten" und deren Zusage, weiterhin ihre Ausarbeitungen zuzusenden: "als welche ohnedem zu allererst Gelegenheit zu dieser Schrift gegeben haben." A.a.O., S.5
2) Vgl.: Abel, Die drei Epochen, S.61
3) Zur Bedeutung der Periodizität vgl.: Groth, die unerkannte Kulturmacht, Bd. 1, S.119

"dem Leser, nicht sowohl durch eine Anzahl, und auf eine gewisse Zeit erzwungene Ausgabe derer Stücken, als vielmehr durch die Güte und Wichtigkeit, derer einzurückenden Ausarbeitungen nutzbar zu machen, und dadurch den Beyfall einigermassen zu verdienen." [1]

Die rege Mitarbeit der Korrespondenten ermöglichte es ihm jedoch, bei der Ausgabe der Einzelnummern längere Intervalle zu vermeiden.

Den Wunsch nach Kontinuität bewies die Absicht, "eine ziemliche Anzahl Stücke, in einem Jahre liefern zu können." [2] Der gleiche Wille zum kontinuierlichen Erscheinen war ferner der an die Leser gerichteten Bitte um "eine ununterbrochene Fortdauer ihres geneigten Wohlwollens" zu entnehmen. [3]

Publizität, als ein weiteres Kriterium des Mediums Zeitschrift, galt für die "Oeconomischen Nachrichten" in gleichem Maße wie für die "Leipziger Sammlungen". Hohenthal konzipierte sein Organ nicht für einen eingeweihten, exklusiven Kreis von Lesern, sondern suchte nach einem weiteren Publikum unter verschiedenen Volksschichten. Er ermunterte "alle Stände zu einer Mitbewirkung" an seinem Periodikon. [4] Eine Einengung des Leserkreises auf eine schmale Gruppe von Experten entsprach nicht seinen Vorstellungen.

Die Kollektivität dieser Zeitschrift ergab sich aus dem Plan, Fragen des Ackerbaus, der Viehzucht, des Forst-, Teich- und Brauwesens, ferner des Garten-, Hopfen- und Weinbaues zu behandeln, [5] und aus dem Versprechen, innerhalb des so abgesteckten Themenkreises Mannigfaltigkeit und Gründlichkeit zu bieten.

Das Beispiel der "Leipziger Sammlungen" Zinckes hatte bewiesen, daß die gemeinschaftsstiftende Wirkung, die Soziabilität einer Zeitschrift Voraussetzung für einen

1) Vorrede zum 1.St., S.5
2) Ebenda
3) Vgl.: Vorrede zum 4.Bd. (1752)
4) Vorrede zum 7.Bd. (1755)
5) Vgl.: Vorrede zum 1.Heft, S.4

dauerhaften Erfolg bei ihrem Publikum war. Der interessierte Leser erhielt Anregungen zu eigener kritischer Auseinandersetzung mit dem dargebotenen Stoff und zur Überprüfung der Erfahrungen anderer. Durch die Teilnahme der Leserschaft an dem durch die Zeitschrift vermittelten Fachgespräch entwickelten sich solche Journale kaum je zu Kompendien allzu gelehrter theoretischer Abhandlungen, denen es an Nähe zur Praxis fehlte. Dank dieser Reziprozität wurden sie dagegen Organe gemeinsamer Diskussion.

Ein derartig enges Verhältnis zum Publikum hat auch die "Oeconomischen Nachrichten" ausgezeichnet. In dem "Sendschreiben eines sich nicht genannten Hannöverischen Cavalliers, den Verfall der meisten Land-Wirthschaften betreffend" aus dem Jahre 1751 wurde über die Wirkung der Zeitschrift auf einen größeren Leserkreis berichtet:

> "Wir sind in hiesigen Gegenden mit ihren Nachrichten vollkommen zufrieden, und meiner, und meiner Herren Nachbarn angenehmster Zeit-Vertreib ist bey unsern Zusammenkünfften ihre Nachrichten zu lesen, Anmerkungen drüber zu machen, und wenn wir einmal fertig sind, und noch kein neues Stück noch raus ist, von forn wieder anzufangen." [1]

Mit den Periodika Zinckes und Hohenthals hatte sich die Wirtschaftszeitschrift als anerkanntes Kommunikationsmittel durchgesetzt. Sie übernahm Funktionen, die von den anderen Medien der Epoche nicht in gleichem Maße wahrgenommen werden konnten.

d) Das Programm der Zeitschrift

In der Kritik an den "Leipziger Sammlungen" hatte Johann Jakob Moser Zweifel angemeldet, ob nicht ein thematisch allzu weit gesteckter Rahmen einer Zeitschrift zu Lasten der Gründlichkeit und Sorgfalt gehen müsse. Wäre es nicht angebrachter, sich auf einen speziellen Sektor der Gesamtwirtschaft

1) 3.Bd. 35. St., S.826

zu beschränken? Bei der einsetzenden Flut von Fachzeitschriftengründungen erhoben sich bald Stimmen, die eine solche Spezialisierung forderten.[1)]

Die Aufgliederung in Teilbereiche eines Wissenschaftszweiges hatte sich zuerst innerhalb der Jurisprudenz angebahnt und dann[2)] auf die übrige periodische Fachpublizistik übergegriffen. Dem Leser genügte um die Mitte des 18. Jahrhunderts eine lediglich informierende Übersicht nicht mehr. Vielmehr verlangte er nach vertieftem Einblick und nach gründlicher, alle Aspekte eines Problems erfassender Darstellung. Solchen Wünschen konnten allein spezialisierte Fachorgane entsprechen. Die Begrenzung der Materie gestattete weit eher eine Berücksichtigung des Details, als das im allgemein wirtschaftlichen Journalen der Fall sein konnte.

In der Begrenzung auf einen bestimmten Fachbereich, die Landwirtschaft,[3)] und in einer erschöpfenden Beschäftigung mit den Ökonomiewissenschaften sah Hohenthal den

---

1) Vgl. z.B.: die im 8.Bd. 95. St., S.1018 der "Leipziger Sammlungen" eingerückte Zuschrift eines Lesers an den Herausgeber betreffs der Wirtschafts-Journale: "Ich kann auch nicht leugnen, daß mir ungemein gefällt, wenn man nunmehro in den wirtschafftlichen Journalen anfängt, gantze Geschäffte der Wirtschafft, nach den allgemeinen und besondern Grund-Sätzen der Oeconomie und der Policey-Wissenschafft, allein und mit Vorsatz vollständig abzuhandeln, die allerbesondersten Anmerckungen aber mit einzustreuen, nicht aber nur allein bald von diesem, bald von jenem Geschäffte eintzelne Anmerckungen ohne vollständige Betrachtungen des gantzen Geschäffts, bekannt machet. Wir haben ohnedem wenig Bücher, welche die Betrachtung eines eintzigen gantzen Wirtschaffts-Geschäffts, besonders zum Vorwurff haben...".

2) Vgl.: Kirchner, Geschichte I, S.85-86

3) Vgl. den Hinweis des Herausgebers in der Vorrede zum 1.Stück (1749), S.4: "Wir haben ... so enge Gränzen als möglich gesetzet, indem der Inhalt dieses Journals einzig und allein die Landwirthschaft betreffen soll..."

Hauptzweck seiner "Oeconomischen Nachrichten". Die Begründung für seinen Plan gab er in der Einleitung zum dritten Band seiner Zeitschrift:

"So billig es aber ist, daß iede Wissenschaft gründlich ausgeführet werde, so billig ist es auch, iedwede derselben in ihre eigene Gränzen einzuschränken."

Mißtrauisch beurteilte er die Wirtschaftsjournale seiner Zeit. Die Vermengung verschiedener Wissenschaften betrachtete er als ein Übel. War die nachstehende Äußerung aus der gleichen Vorrede als eine gezielte Kritik an den "Leipziger Sammlungen" gedacht?

"Die wenigsten (erg. der Wirtschaftsjournale) tragen dasjenige, was eigentlich zur Sache gehöret, mit anständiger Gründlichkeit vor, dahingegen sie sich viel lieber um andere Sachen kümmern, die gar nicht ihres Fori sind."

Alle nicht zur Ökonomie zählenden Themen wollte Hohenthal folglich von einer Betrachtung in seinem Organ ausgeschlossen wissen.

Der Schritt von der allgemein wirtschaftlichen zur spezialisierten Fachzeitschrift, den Hohenthal mit der Herausgabe seiner "Oeconomischen Nachrichten" als erster Vollzog, stellte eine weitere Stufe in der Entwicklung der modernen periodischen Fachpresse dar. Später erfolgte dann innerhalb des jeweiligen Sektors eine strenge Differenzierung nach Sachgebieten (so beispielsweise in den "Oeconomischen Heften", 1792-1800).

Durch die Begrenzung auf einen überschaubaren Bereich der Wissenschaft konnte nach Hohenthals Auffassung die von verschiedenen Autoren veröffentlichten Vorschläge und Gedanken leichter auf ihre Verwertbarkeit in der Praxis geprüft werden.

Zu dem Programm der "Oeconomischen Nachrichten" gehörte ferner die Heranziehung kundiger, an praktischen Erfahrungen reicher Fachleute als Mitarbeiter.[1] Auf diese Weise

1) Zu den Problemen der spezialisierten "kollektiven" Zeitschriften vgl.: Groth, Die unerkannte Kulturmacht, Bd.1, S.410

wollte der Herausgeber ein Abgleiten seiner Publikation zu einem rein theoretisierenden Organ verhindern.

Hauptziel Hohenthals war es, das Ansehen der Landwirtschaft in der Öffentlichkeit zu heben. So sehr die ökonomischen Wissenschaften einst als Disziplin verachtet worden wären, wie er formulierte, so zahlreich seien die Bemühungen geworden, "die Oeconomie aus dem Staube zu ziehen." [1] Er war überzeugt, mit seiner Zeitschrift diese Anstrengungen nachhaltig unterstützen zu können.

Das Beispiel Zinckes ist auf Hohenthal nicht ohne Wirkung geblieben. Die aufmerksame Berücksichtigung der Unterschichten des Volkes durch die "Leipziger Sammlungen" war ihm Vorbild. Auch er war entschlossen, mit den überkommenen Gepflogenheiten der damaligen Journalliteratur zu brechen und zu neuen, bislang von der Öffentlichkeit unbeachteten Leserkreisen vorzudringen.[2] In der Vorrede zum zweiten Bande präzisierte der Herausgeber noch einmal sein Programm in diesem Sinne:

> "so will der uns noch immer im Feuer erhaltende patriotische Trieb, zu Cultivirung dieser Wissenschaft, und den damit so genau verknüpften gemeinen Besten, von uns erfordern, daß wir nun auch auf die verschiedenen Stände derer Unterthanen, nach und nach, herunter/steigen, und dieselben, durch unsere wohlgemeinte Erinnerungen, zu mehrer Vermehrung und eyfrigerer Betreibung der so edlen, so angenehmen, und so allgemeinen nuzbaren Oeconomie, aufzumuntern suchen."

Die "Oeconomischen Nachrichten" sollten nach dem Wunsche Hohenthals niemals dazu mißbraucht werden, sachlich begründete Meinungen herabzusetzen oder gar Gegner zu verunglimpfen. Diese Monatsschrift müsse sich allen polemischen Streites enthalten, durch den die Suche nach der Wahrheit nur erschwert werden könnte. Toleranz gegenüber Andersdenkenden

1) Vorrede zum 1.Heft
2) Vgl. zu dieser in der Pressegeschichte bedeutsamen Entwicklung: Groth, Die unerkannte Kulturmacht, Bd.1, S.206

und deren Ansichten war stets das Motto, unter dem die "Oeconomischen Nachrichten" publiziert wurden.[1]

e) Die Landwirtschaft in der Darstellung der "Oeconomischen Nachrichten"

In der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts begann die Landwirtschaft in Deutschland, sich von dem Niedergang, der durch die Folgen des dreißigjährigen Krieges verursacht worden war, zu erholen. Die wachsende Bevölkerungszahl und die Teuerung führten um die Jahrhundertmitte zu erhöhtem Interesse an diesem Wirtschaftszweig.[2] Fragen der ökonomischen Wissenschaften beschäftigten bald auch höfische Kreise, die ehedem kaum geneigt waren, gerade diesen Wissenschaften Beachtung zu schenken.

Den Umschwung in der Einstellung seiner Zeitgenossen und die beginnende Wertschätzung bestätigte Hohenthal, als er in der Vorrede seines ersten Heftes schrieb:

> "So sehr auch ehedem die Oeconomischen Wissenschaften bey uns in Verachtung gewesen, eben so sehr beginnen solche anjetzo ihren wahren Werth in den Augen unserer Mitbürger zu erhalten." [3]

Den hervorragenden Leistungen all jener Persönlichkeiten, die sich um den Aufschwung dieser Wissenschaften verdient gemacht hatten, war es nach seinen Worten zu danken, wenn "andere von niedrigern Stande" die Bereitschaft bewiesen, mit noch größerem Eifer die Ökonomie zu fördern.

Dennoch sah der Herausgeber dieser Zeitschrift noch mannigfache Hindernisse für ein höheres Ansehen der Agrarwissenschaften in der Öffentlichkeit. Einmal führte er die Geringschätzung der Landwirtschaft auf den moralischen Verfall der Landwirte zurück:

---

1) Vgl. z.B.: 1.Bd. 10.St., S.780 (Anmerkg.)
2) Vgl.: Abel, Geschichte, S.253-254
3) a.a.O., S.3

"Ein Freund täuschet den andern, und ein Bruder lauret darauf, wie er den andern recht hintergehen und vervortheilen möge." [1]

Ein solcher Verfall hatte zum anderen die immer noch bestehende Abneigung vieler Angehöriger der gesellschaftlichen Oberschicht gegen die Landwirte und deren Tätigkeit zur Folge. Mit bissigem Humor karikierte Hohenthal dieses Unverständnis:

"Jedermann schüttelt sich bey Hofe, wenn ihm etwa ein halb geröstetes öconomisches Gesichte von ungefähr unter die Augen kömmt." [2]

Der dem Kameralismus eigenen Bevorzugung des Handels und Gewerbes und der damit oft verbundenen Mißachtung der Arbeit des Landmannes stand er äußerst abweisend gegenüber:

"fast in allen Landen und Gegenden ist man auf nichts so sehr als auf die Emporhebung des Commercii bedacht, und man steht dabey in der Einbildung, daß kein sicherer Mittel, darzu zu gelangen, sey, als wenn man Handel und Wandel nur allein in seine Gränzen einschränke, allen benachbarten Völkern aber die Wege darzu schlechterdings verbaue; wer bedenket aber dabey, daß dieses ein nach der gesunden Politik so schlechter Grundsatz, als eine nach dem Natur- und Völkerrecht unbillige und unanständige Maaßregel sey, und daß im Gegentheil ein ieder Regent in seinem Lande gleichsam einen Felsen an der Landwirthschaft habe, auf den er mit weit mehrerer Gewißheit, und ohne Verletzung der natürlichen Billigkeit durch Bedrückung und Verdrengung seiner Nachbarn, ein wenig dauerndes Gebäude des Commercii aufbauen könne, wenn er nur diese Felsen zuvor wohl abspitzen und eben machen, das ist, die zu besserer Betreibung der Landwirthschaft sich gemeiniglich vorfindende Hinderniße aus dem Wege räumen lassen wolle?" [3]

---

1) Vorrede zum 7. Bd. 2) ebenda
3) ebenda

In diesen Sätzen klangen bereits Gedanken an, wie sie später von den Anhängern der physiokratischen Lehre propagiert wurden.[1] Noch mehrfach griff Hohenthal in seiner Zeitschrift jene Merkantilisten an, die nicht an die schöpferische Kraft der Landarbeit glaubten. Die Mächtigen im Staate erinnerte er daran, daß ohne die Mühen des Landmannes die "Herrlichkeit des Hofes" und der Wohlstand des ganzen Landes undenkbar wären. Das Desinteresse der Obrigkeit wie der Öffentlichkeit sei daher völlig unverständlich.[2] Handel und Manufakturwesen allein als einzige Quelle des Reichtums anzusehen, war in seinen Augen nichts als ein gefährliches Vorurteil.

Beim Auswählen der Abhandlungen und beim Redigieren der verschiedenen Beiträge ist vom Herausgeber der "Oeconomischen Nachrichten" darauf geachtet worden, dem Leser hauptsächlich solchen Stoff darzubieten, den er in seiner praktischen Alltagsarbeit nutzbringend anwenden konnte. Eben deshalb wurden Erfahrungsberichte, Aufzeichnungen oder Tabellen aus den einzelnen Zweigen der Landwirtschaft in großer Zahl veröffentlicht, um Vergleiche und Nachahmungen zu ermöglichen. Die auffallend häufige Heranziehung von empirischem Material unterscheidet die Hohenthalsche Zeitschrift von den "Leipziger Sammlungen", die darin entschieden sparsamer waren. Beispielsweise wurden ausführlich "Neue Vergleichungs-Tabellen der Münzen, Maaße und Gewichte" abgedruckt, die zweifellos auch das Interesse eines weiteren Leserkreises gefunden haben dürften.[3]

Einer Reihe von Mitarbeitern der Zeitschrift bereitete der in manchen Gegenden festzustellende Niedergang der Landwirtschaft Sorge - ungeachtet des nicht zu leugnenden allgemeinen Aufschwungs. Im "Sendschreiben eines Hannöverischen Cavalliers, den Verfall der meisten Land-Wirthschaften betreffend" verglich man den geringen Ertrag

1) Vgl.: Galin, a.a.O., S.62
2) Nicht nur in der Vorrede zum ersten Heft prangerte Hohenthal die Mißachtung der Landwirtschaft und der in ihr Tätigen an. Ähnlich äußerte er sich in der Vorrede zum 6.Bd. (1759): "Man glaubt nämlich, es sey keine schlechtere, niederträchtigere und verachtungswürdigere Profeßion in der Welt, als die Landwirthschaft, und ein Mann, der selbiger seine Lebenstage widme, sey nichts anders als ein privilegirter Müßiggänger, oder sonst noch was ärgers."
3) 13.Bd. 150.-152 St., S.363-434

vieler Güter mit demjenigen früherer Jahre. Es wurde ein düsteres Bild der Situation entworfen:

> "Ich habe in Schlesien, Sachsen, einigen Brandenburgischen und hiesigen Landen angemerkt, und bin auch völlig davon überzeugt worden, daß auf den meisten Güthern nicht mehr so viel Getraide erbauet werde, wie sonst." [1]

Die Ursachen dieser Fehlentwicklung erblickte er in "Pracht und Wollust unter dem so genannten Namen des Wohlstandes." Bei nicht wenigen Gütern täuschte der äußere Schein über den schlechten Zustand hinweg.

Ähnlich wie in den "Leipziger Sammlungen" versuchten verschiedene Einsender anderen Lesern ihre Ansichten über die Getreidepreise und deren Steigen mitzuteilen.[2] Im gemeinsamen, von der Zeitschrift vermittelten Fachgespräch wollte man vor allem den Ursachen der Getreidepreiserhöhungen nachgehen. Den eingehendsten Beitrag zu diesem Thema enthielten die anonym verfaßten "Gedanken über die Ursachen: Warum in guten Jahren das Getreyde dennoch im Preiße aufschlage?" [3] Hierin wurde davor gewarnt, jede Änderung des Getreidepreises mit einem allgemeinen Preisanstieg bzw. Preisrückgang gleichzusetzen, sofern das frühere Preisniveau sich wieder einpendelte. Die Getreideausfuhr lehnte der Autor des Aufsatzes als schädlich ab. Als noch nachteiliger für die Bildung des Getreidepreises sah er eine Drosselung oder gar Sperrung des Getreideimports aus dem Auslande an.

Nicht nur in den verfehlten handelspolitischen Maßnahmen seitens der Obrigkeit erblickte dieser Zeitgenosse eine wesentliche Ursache des Preisanstiegs. Ebenso machte er dafür die mangelnde Harmonie zwischen den einzelnen Berufszweigen, zwischen Stadt und Land verantwortlich:

---

1) 3.Bd. 35. St., S.826-827
2) Zu diesem Problem vgl.: Abel, Agrarkrisen und Agrarkonjunktur, S.186 ff.
3) 1.Bd. 8.St., S.608-620

"Der Ackerbau ernähret Stadt und Land. Beyde müssen aber auch einander die Hand biethen, um denselben, und durch ihn, sich selbst, aufrecht zu erhalten. Fänget aber der Kaufmann an, seine Waare theuerer zu geben als sonst, so muß der Handwerksmann mit seiner Arbeit auch aufschlagen, und der Landmann, der sie beyde nicht entbehren kann, bedienet sich, zu seiner Selbst-Erhaltung, des Juris Repressaliorum. Hier finden wir den Grund, wie ein Stand den andern in die Höhe treibet; wir finden aber auch den Grund, durch welchen sie endlich, unter der gemeinschaftlichen Last, mit einander zu Grunde gehen." [1]

Ein Mitarbeiter der "Oeconomischen Nachrichten" hielt im siebten Band nicht mit Kritik an diesen Äußerungen zurück. Er gab zu bedenken, daß nach einer reichlichen Ernte sich jeder zunächst selbst ausreichend versorgen müsse. Erst, wenn man sich einer weiteren ausreichenden Ertragsmenge sicher sei, würde der eigene Überschuß verkauft. Zwei aufeinanderfolgende gute Erntejahre hätten stets das Sinken des Getreidepreises zur Folge.

Solche sachlichen Auseinandersetzungen zeigten den Lesern der "Oeconomischen Nachrichten" die durch eine Fachzeitschrift gegebenen Möglichkeiten fachlicher Kommunikation auch auf dem Gebiete der Landwirtschaft. Dem interessierten Publikum stand ein Forum zur Verfügung, auf dem - trotz räumlicher Distanz - die verschiedensten Standpunkte gegeneinander abgewogen werden konnten und die besten Lösungen einer breiten Öffentlichkeit empfohlen wurden.

In den einzelnen Heften seiner Schrift räumte Hohenthal verständlicherweise Fragen der ökonomischen Technik sowie der Verbesserung und der Viehzucht weiten Raum ein.[2] Darüberhinaus interessierten Einzelheiten der landwirtschaftlichen Betriebsführung, auf die in einer Reihe von Abhand-

1) Ebenda, S.620.
2) Vgl. z.B.: "Des Herrn Hofraths von Griesheim problematischer Aufsatz zur Verbesserung der Schafzucht", 12.Bd. 137.St., S.299-308.

lungen eingegangen wurde.[1] Die Ausführung ist vielfach durch exakte Belege und durch reiches statistisches Material ergänzt worden.[2]

Ein Spezifikum der "Oeconomischen Nachrichten" waren die häufig abgedruckten Reiseberichte, die wirtschaftliche Einrichtungen und Entwicklungen in verschiedenen Landesteilen schilderten.[3]

Als eine Besonderheit dieser Zeitschrift ist es anzusehen, daß der erste Band von einem sachkundigen Leser kommentiert wurde. In den "Anmerkungen über den ersten Band dieser ökonomischen Nachrichten"[4] - sie stammen aus der Feder eines Amtmanns Leopold - wurden die zuvor abgedruckten Nachrichten und Aufsätze fachmännisch beurteilt, empfohlen, verworfen oder ergänzt. Mit diesen Mitteln trug die Redaktion dazu bei, die Leserschaft zu eigenem Nachdenken und selbständigen Versuchen anzuregen. Die bislang gesammelten Erkenntnisse sollten gewissenhaft überprüft werden. Hohenthal, als Herausgeber, bewies durch derartige liberale Grundsätze die Redlichkeit, die er seinem Publikum im Programm seines Organs versprochen hatte.

In der periodischen Wirtschaftspresse des 18. Jahrhunderts haben solche Versuche zur Selbstüberprüfung - soweit übersehbar - allerdings keine Nachahmung gefunden.

f) Probleme der Publizistik

In voller Absicht konzipierte Hohenthal seine "Oeconomischen Nachrichten" als ein Fachorgan, das auf die Interessen eines eingeschränkten Leserkreises zugeschnitten war. Er hatte sich als Gegner von Zeitschriften ausgesprochen, in denen der Gesamtbereich der Wirtschaft abgehandelt wurde. Durch Spezialisierung wollte er deren Mangel an Gründlichkeit ausgleichen. Das bedingte naturgemäß den

1) Vgl. z.B.: "Abhandlung Vom Nutzen der Buchhalterey in der Landwirthschaft," 7.Bd. 79. St., S.512-551
2) Vgl. z.B.: Completirung einer zwölfjährigen Nutzung-Rechnung vom Weinbau, samt Gegen-Rechnung," 6.Bd. 69.St., S.600-620
3) Vgl.z.B.: "Oeconomisches Journal einer Reise aus Oberdurch Nieder-Sachsen," 4.Bd. 47.St., S.783-832
4) 7.Bd. 76.St., S.272 ff.

Verzicht auf Erörterungen aller Fragen, die in keinem Zusammenhang mit der Landwirtschaftspraxis standen.

Zwei Beiträge über Probleme der Publizistik scheinen hier eine Ausnahme zu bilden. Tatsächlich berührten sie jedoch Themen, die durchaus für die Ökonomie Bedeutung hatten. Es handelt sich zunächst um die Vorrede zum ersten Band (1750), in der sich ein Mitarbeiter der Zeitschrift mit den Schwierigkeiten einer rechten "öconomischen Schreibart" auseinandersetzte. Hohenthal räumte - wie er anmerkte - dem Verfasser dieses Traktats nur deshalb Platz ein, weil bislang niemand dieses Thema aufgegriffen hatte, obwohl dessen Aktualität unbestreitbar war.[1)]

Der Autor des Aufsatzes leitete seine Ausführungen mit der Bemerkung ein, ~~daß~~ man habe verschiedentlich wahrgenommen ~~habe~~, daß wie viele Landwirte zwar gut ökonomisch denken, ökonomisch handeln, auch wohl gut ökonomisch reden konnten, daß sie es aber an der Fähigkeit fehlen ließen, sich schriftlich über ökonomische Gegenstände zu äußern.

Unter einer vorbildlichen "öconomischen Schreibart" verstand er

> "diejenige, vermittelst welcher man seine bey der Landwirthschaft gemachten Anmerkungen zu Verbesserung derselben, und folglich auch der gemeinen Wohlfahrt, deutlich und auf eine unter gesitteten Leuten gewöhnliche Weise öffentlich bekannt zu machen suchet."

Dem Leser erteilte er den Rat, sich vor allzu vorschnellen Äußerungen in Acht zu nehmen. Schreiben hieß für ihn vor allem, die eigenen Gedanken "der ganzen Welt gemein zu machen." Das für das Medium Zeitschrift so kennzeichnende Suchen nach Publizität, nach Durchbrechen der dem Buche oft anhaftenden Exklusivität ist in dieser

1) Vgl. hierzu: Abel, Geschichte, S.256: "Der 'gemeine Landwirt' verlangte eine andere Ansprache als 'der denkende und forschende'. Das war seit langem bekannt, doch im Zeitalter der Aufklärung ging man auch dieser Frage weiter nach und leistete dabei einen ersten Beitrag zu den Aufgaben des 'Extension Service'."

Abhandlung als Sinn des Schreibens überhaupt formuliert worden. Viele Menschen, so warnte der Autor, verkennen den Unterschied zwischen dem Denken und dem Schreiben. Während man die Gedanken "nur gleichsam in die Luft" äußere, nur wenigen mitteile, würden sie durch eine Veröffentlichung in geschriebener Form "auf ewig, publici iuris" gemacht, "das ist, ich gebe sie vermittelst des Druckes jedermann zu wissen, zu erwegen, und zu beurtheilen...". Daher wäre es wünschenswert, wenn man seine Ideen erst nach gründlicher Überlegung schriftlich niederlegte und sie zuvor mit sachverständigen Freunden durchspreche. Durch eine Veröffentlichung würde "die ganze Welt unwiderruflich vor meinen Richter" erklärt.

Solche Mahnungen werden verständlich, wenn das damals weitverbreitete Vorurteil gegen die Tageszeitungen in Rechnung gestellt wird. Dem Publikum gestand man in dieser Vorrede ausdrücklich das Recht auf vollständige und sachlich einwandfreie Information zu und verwarf Oberflächlichkeit als publizistische Unredlichkeit. Die Zeitung des 18. Jahrhunderts war hingegen allzu häufig wegen unzuverlässiger Berichterstattung Ziel scharfer Angriffe gewesen. So haben Johann Heinrich Gottlob von Justi und noch Georg Christoph Lichtenberg abfällige Urteile über dieses Kommunikationsmittel gefällt. Die Zeitschrift suchte diese Schwächen durch Gründlichkeit der Darstellung auszugleichen.

In der Vorrede zum ersten Band der "Oeconomischen Nachrichten" wurden dann drei Forderungen erhoben, die eine rechte "öconomische Schreibart" zu erfüllen hätte. Erstens wurde verlangt,

> "daß der Vortrag deutlich seyn solle. Deutlichkeit erheischet eben keine erhobene Ausdrückung seiner Gedanken, keine weit aufgeblasene Perioden, keine schwülstige Redensarten, keine hochtrabende anderthalb-schuhige Worte, sie will aber etwas haben, das fast noch kunstreicher zu seyn scheinet, nämlich die Geschicklichkeit das, was wir denken, einem andern so verständlich und begreiflich zu machen, als ob er es selbst zuerst gedacht hätte."

Charakterlich - menschliche Eignung wurde als zweites Postulat aufgestellt:

"Ferner hat man sein Augenmerk auch darauf zu richten, daß man mit seinem Leser aufrichtig umgehe, und nicht etwa bey Abhandlung einer Materie und Anzeigung dieser oder jener gemachten Anmerkung entweder aus Vorsatz das beste vor sich behalte, oder aus Unachtsamkeit die nöthigsten Umstände verschweige."

Der Verzicht auf billige Polemik, auf unsachliche Argumentation galt als weitere Vorbedingung:

"Was würden wir also durch dergleichen Vortrag endlich mehr gewinnen, als daß wir unvermerkt durch unser Hohnsprechen in eine Marktschreyerey, durch unsere beissende Satyre in bittere Feindschaften, und durch unsere unmanierliche Schreibart, die wir so artig mit dem Namen der alten deutschen Redlichkeit zu bemänteln wissen, aus dem oeconomico ins rusticum verfallen, und dadurch vernünftigen und gesitteten Lesern lächerlich, ekelhaft und verächtlich werden würden."

Diese grundsätzlichen Schreib- und Stilregeln hatte Hohenthal vor allem deshalb publiziert, um für die "Oeconomischen Nachrichten", die als eine Sammlung von Beiträgen aus der Praxis gedacht waren, auch oder gerade schreibunerfahrene Mitarbeiter zu gewinnen.

Der zweite Beitrag, der Probleme der Publizistik zum Thema hat, ist ein "Sendschreiben über mehrere Vortheile derer Oeconomischen Nachrichten", als dessen Verfasser Hofrat Christian Ludwig von Griesheim zeichnete. [1]

Das "Sendschreiben" befaßte sich mit den Schwierigkeiten, die einer größeren Verbreitung ökonomischer Publikationen unter den einfachen Volksschichten, besonders unter den Landleuten, im Wege standen. Von den "Leipziger Sammlungen" an hatten sich die Wirtschaftszeitschriften - in offensichtlichem Gegensatz zu den anderen periodischen Kommunikationsmitteln der Epoche - mit diesen Hindernissen auseinandergesetzt.

1) 12. Bd. 137.St.,S.285-298

Griesheim würdigte zwar die Verdienste der "Oeconomischen Nachrichten", bemängelte jedoch, daß zu wenig Menschen solche Schriften erwarben:

"Aber wer kauft sie? Einzelne Büchersäle derer, die solche mit verschiedenen Wissenschaftsabtheilungen zum Zierathe ausschmücken; Handbibliotheken ächter Cameralisten, und practischer Landwirthe. Die erste Gattung hat keinen wesentlichen Nutzen; wohl aber die andere. Wieviel sind derer? Man halte Umfrage. Sachsen hat ihrer, Gottlob! noch eine ziemliche Anzahl; dennoch lassen sie sich einzeln zählen. Dorfgemeinden, Wirthe mit geringem Vermögen, kennen die Aufgabe entweder nicht, oder sie sind zu dürftig, sich solche anzuschaffen." [1]

Derartige Veröffentlichungen mit den einfachen Landleuten durchzusprechen, sah Griesheim als lobenswerte Hilfe an, bezweifelte indes den Erfolg. Aus diesem Grunde schlug er die Herausgabe von verständlichen Auszügen aus Büchern über das Tier- und Pflanzenreich sowie über Landökonomiefabriken vor, zugleich die Einrichtung einer Polizeianstalt zur Verteilung derartiger praktischer Auszüge.

Die von den absolutistischen Landesherren gegründeten Intelligenzbüros und -blätter konnte Griesheim dabei nicht übergehen. Hatten doch derartige Büros die Aufgabe, allgemein verständliche Schriften zu verbreiten, um die Publizität in allen Bereichen der Wirtschaft zu erhöhen. Dieses Kommunikationsmittel wollte er in seine Pläne mit einbeziehen:

"Intelligenzcontoirs in der Hauptstadt einer jeden Provinz, welche Wochenblätter nach Art der politischen Zeitungen um billigen Preis ausgeben, und Materien nach obigem Vorschlag ausarbeiten, worinn nichts, als was practisch zum Landbau gehöret, vorkäme, dürften den Endzweck zu Friedenszeiten verschaffen; und damit der Bürger in Städten auch was lehrreiches habe , so müßte das Contoir zweyerley Blätter wöchentlich ausgeben. Das eine hätte die Stadt- das andere

1) a.a.O., S.290-291

die Landöconomie zum alleinigen Gegenstande."[1)]

Johann Peter von Ludewig hatte als Kanzler der Universität Halle bereits seit 1729 neben den "Intelligentien" seinen "Wöchentlichen Hallischen Anzeigen" einen gelehrten Artikel beigefügt. Die staatlichen Behörden hatten diese Erweiterung dankbar begrüßt und fortan Gelehrte gebeten, popularwissenschaftliche Aufsätze für verschiedene Intelligenzblätter beizusteuern.[2)] Die Äußerungen in den "Leipziger Sammlungen" und in Hohenthals Zeitschrift zeigen jedoch, daß diesen Versuchen ein durchschlagender Erfolg nicht beschieden war, zumindest nicht bis zur Jahrhundertmitte.

Griesheims Forderung nach Untergliederung seiner Blätter in Stadt- und Landökonomie hat als Beweis für die wachsende Tendenz ~~für die~~ zur Spezialisierung zu gelten. Er lag somit ganz auf der Linie des Hohenthalschen Programms.

Da die Einrichtung der vorgeschlagenen ökonomischen Intelligenzblätter nach seiner Ansicht einige Zeit dauern würde, sich außerdem erst ein geeigneter Kreis von Wirtschaftspublizisten bilden müßte, konnte nach Griesheims Überzeugung die Einführung von drei Kalendern, 1.) dem Provinz-Staats-Calender, 2.) dem Provinz-Stadt-Oeconomie-Calender, 3.) dem Provinz-Land-Oeconomie-Calender, zunächst Abhilfe schaffen. Bereits um die Mitte des Jahrhunderts hat Bedarf an Wirtschaftskalendern bestanden, wie aus Hohenthals Kritik am Fehlen solcher Publikationen ersichtlich ist:

> "Ein vernünftig Reisender, jeder Cameralist und Landwirth von Einsicht würde solche Calender fleißig sammeln, und nutzbarer, als manches kostbares Werk der gelehrten Stadt= und Landöconomie gebrauchen. Mich wundert, daß ich noch nirgends einen solchen Calender erblicke, der doch den Staat und den Verleger, seiner Natur nach bereichert, und ein Denkmahl abgiebet: daß unsere Zeiten wirklich aufgekläret sind.

1) a.a.O., S.293-294
2) Vgl. Aubert Max: Intelligenzblatt - Intelligenzwesen. In: Handbuch der Zeitungswissenschaft, Teil II, Sp.1817.

Sollte nicht die Ursache darinn stehen, daß man Calenderprivilegien oft ganz unverständigen Leuten ertheilet, die zu denken ungeübt sind?" [1]

Erst gegen Ende des 18. Jahrhunderts besannen sich die Publizisten auf das Kalenderwesen als einer höchst wirksamen publizistischen Form, um aufzuklären und zu belehren.[2]

Ähnlich wie Zinckes Zeitschrift regte sich in Griesheims Kritik der Argwohn gegen die Drucker und Verleger, deren Qualifikation für das Publizieren von Fachzeitschriften angezweifelt wurde. Sie hätten erst einmal zu lernen, staatspolitisch-aufklärerische Notwendigkeiten und kommerzielle Interessen zu trennen.[3]

---

1) a.a.O., S.296-297. Griesheim gibt im übrigen zu, daß er die Idee zu Ökonomiekalendern dem IX. Band der "Leipziger Sammlungen" entnommen hat.

2) Vgl.: Handbuch der Zeitungswissenschaft, Teil II, Sp. 2211.

3) Pressegeschichtlich und publizistikwissenschaftlich bedeutsam ist, daß auch Hohenthals"Oeconomischen Nachrichten" die frühesten Belege für das Wort "Zeitschrift" (=Periodikon) zu ermitteln sind. Bisher galt als erster Nachweis Gottfried August Bürgers Vorbericht zur Übersetzung von Homers Ilias in Goeckingks "Journal von und für Deutschland" (1784). Zum ersten Male verwandte Hohenthal diesen Ausdruck in der Vorrede zum 3. Band (1751), als er über die "Nutzbarkeit derer Zeit Schriften" sprach. In der gleichen Vorrede versprach er, "in einer besondern periodischen Zeit-Schrift"ökonomisch-physikalische Abhandlungen herauszugeben. Den dritten Nachweis enthält die Vorrede des 4. Bandes (1752), als sich Hohenthal über den "schleunigen Abgang eines Werks, sonderlich einer Zeitschrift" äußerte. Zum Abschluß des letzten Bandes (1763) versicherte er den "alten Freunden dieser Zeitschrift" die Fortsetzung der "Oeconomischen Nachrichten". Jedoch bürgerte sich diese Bezeichnung erst um die Wende des 19. Jahrhunderts ein.

g) Die Wirkung der Zeitschrift auf die zeitgenössische Öffentlichkeit

Äußerungen aus den "Oeconomischen Nachrichten"

Dem Herausgeber der "Oeconomischen Nachrichten" wurde von seinen Lesern bereits im ersten Jahrgang bestätigt, daß er mit der Herausgabe eines ausschließlich landwirtschaftlichen Themen gewidmeten Periodikons eine Lücke in der Fachjournalistik geschlossen hatte.

Naturgemäß verglich man seine Zeitschrift zunächst mit der prominentesten periodischen Schrift jener Jahre, den "Leipziger Sammlungen". Im zehnten Heft der "Oeconomischen Nachrichten" rühmte eine adlige Mitarbeiterin die Vorzüge des Hohenthalschen Organs:

> "Es ist wahr, wir haben zwar zeithero in denen Leipziger Sammlungen unterschiedenes landwirthschafftliche gefunden, allein zu geschweigen, daß solche Materien sparsam vorkamen, so ware doch die Schreib-Arth, Abhandlungen, ja Druck und Pappier lange nicht so schön als in ihren Oeconomischen Nachrichten."[1)]

Ähnliche Äußerungen weisen darauf hin, daß sich interessierte Menschen in der Frühzeit der Fachzeitschrift nicht nur aus einer einzigen Publikation zu informieren suchten, sondern verschiedene Fachorgane auswerteten. Dieses Differenzieren führte zu Gesprächen zwischen verschiedenen Zeitschriften weiter.

Wirkung auf das Publikum haben die "Oeconomischen Nachrichten"in erster Linie durch die Veröffentlichung solchen Materials erreichen können, ~~als~~ das den in der Praxis tätigen Landwirten nutzbringende Anregungen und Anleitungen zu eigener Nachahmung an die Hand gab. Ein "Hannöverischer Cavallier" zollte dem Herausgeber für seine Leistung beim

1) 1. Bd. 10.St., S.777-778. Zur Frage der Mitarbeit von Leserinnen an Zeitschriften im 18. Jahrhundert vgl.: Edith Krull, Das Wirken der Frau im frühen deutschen Zeitschriftenwesen, Charlottenburg 1939 (=Beiträge zur Erforschung der deutschen Zeitschrift, herausgegeben von Ernst Herbert Lehmann, Bd. V), insbesondere S.11-25.

Redigieren der Zeitschrift hohe Anerkennung:

"Man findet immer etwas neues, etwas unerwartetes darinnen, und vor allen Dingen meist applicable Dinge. Sie verhüten sorgfältig, in ein projectierendes Wesen zu verfallen, und soviel ich noch gelesen, ist alles auf gegründete Erfahrungen gebauet... Wir sind in hiesigen Gegenden mit ihren Nachrichten vollkommen zufrieden." [1]

Griesheim hatte es nicht versäumt, seinen Vorschlägen zur Förderung der Lektüre der"Oeconomischen Nachrichten" unter den einfachen Volksschichten ein Lob dieser Publikation beizufügen:

"Sie ist in reinem Deutschen geschrieben; sie enthält sich von allen Ausschweifungen des Haberechts, der feindseligen Antastungen, und des schwülstigen Vortrages; und seit dem hierinne auch trefliche Stücke der Landpolicey eingeschaltet werden, so sind sie einem Cameralisten, der im Zusammenhange bey einem solchen Herrschaftsdienste sich practisch beschäftiget, worinn die innern Kräfte zu Stärkung eines Staates erwogen und munter eingeführet werden, fast unentbehrlich." [2]

Dieses Urteil läßt vermuten, daß die meisten Mitarbeiter die Bemerkungen über die Notwendigkeit eines angemessenen "ökonomischen" Stils (Vorrede zum ersten Band) beim Abfassen ihrer Beiträge beherzigt haben. Des weiteren scheint es die Toleranz Hohenthals gegenüber den Ansichten anderer Zeitschriften zu bestätigen.[3]

Äußerungen aus konkurrierenden Organen

Zincke teilte den Lesern seiner "Leipziger Sammlungen" bereits kurz nach Vollendung des ersten Jahrgangs der "Oeconomischen Nachrichten" mit, welch hohe Meinung er sich

1) 3. Bd. 35.St., S.825-826
2) 12. Bd. 137. St., S.287
3) Vgl. ferner das Lob der Zeitschrift aus Kreisen des Publikums: 1.Bd. 9. St., S.707

von diesem Fachjournal gebildet hatte. Unter ausdrücklicher Erwähnung und Empfehlung der Vorrede zum ersten Band legte er den Mitarbeitern seiner eigenen Zeitschrift ans Herz, sich die dort gegebenen sprachlich stilistischen Anregungen selbst zu eigen zu machen. Ein deutlicher Beweis, daß Hohenthal mit dem Abdruck dieser Vorrede wesentlich zur Verbesserung der Fachsprache beigetragen hatte:

> "Die Vorrede sonderlich wird den Beyfall eines ieden vernünfftigen und ehrlichen Mannes, unter Gelehrten und Ungelehrten, wie den unsern finden, da sie von der geziemenden und guten öconomischen Schreibart die schönsten und gründlichsten Regeln und Erinnerungen vorträget, welche zu unsern Zeiten, in öconomischen, wie in andern Schrifften, nicht eben allemal beobachtet werden. Wir wollen sie demnach denen, welche in unsern Sammlungen künfftig etwas einzusenden belieben, gantz geflissendlich empfehlen." [1]

Im 95. Heft der "Leipziger Sammlungen" begrüßte Zincke die stetig wachsende Beachtung von Wirtschaftsproblemen in den Fachzeitschriften; er erkannte öffentlich die Leistung der "Oeconomischen Nachrichten" an und sprach sich beifällig über die Sorgfalt ihrer Redaktion aus:

> "Um so viel nützlicher und nothwendiger aber, werden solche Abhandlungen, wenn sie solche Geschäffte betreffen, welche noch nicht sonderlich bekannt sind, sehr vernachläßiget werden, und worinne sich grosse Fehler, Unachtsamkeiten und Vorurtheile hin und wieder äussern." [2]

Diese Stimmen aus einem konkurrierenden Organ unterstreichen das Verdienst Hohenthals, mit seiner Publikation die Entwicklung des ökonomischen Fachzeitschriftenwesens entscheidend gefördert zu haben. Die Pressegeschichte sollte erkennen, daß es in nicht geringem Maße den "Oeconomischen Nachrichten" zu verdanken war, wenn die spezialisierte

1) 7. Bd. 76. St., S.322-323
2) 8.Bd. 95.St., S.1019

Fachjournalistik in den fünfziger und sechsziger Jahren des 18. Jahrhunderts einen solch erstaunlichen Aufschwung erlebte. Die Zeitgenossen wußten diesen Erfolg zu schätzen, ebenso wie sie die Sorge Hohenthals um die einfachen Volksschichten würdigten:

"Die Leipziger Sammlungen machten den Anfang, und ihn sind verschiedene andere, dahin wir sonderlich die schönen oekonomischen Nachrichten ... rechnen, gefolget." [1]

Johann Jakob Mosers Urteil über die "Oeconomischen Nachrichten" ließ erneut Vorbehalte gegen den Wert einer redaktionellen Gemeinschaftsarbeit erkennen. Auch wenn er offenkundig nicht gerade ein Freund einer solchen redaktionellen Multiplizität war, so gestand er der Schrift Hohenthals dennoch einen schätzenswerten Rang zu:

"Ob gleich, da der Verfassere mehrere seynd, die Einsichten und Ausarbeitungen ebenfalls nicht von einerley Art seyn können; so ist unstreitig dises eine dererjenigen Schrifften von oeconomischen Sachen, welche unter denen neuesten und besten einen derer ersten Pläze verdienet." [2]

Bezeichnend für die Schwierigkeiten der fachlichen Kommunikation aufgrund sprachlich-terminologischer Abweichungen zwischen verschiedenen Landesregionen sind Mosers Hinweise darauf, daß selbst Gelehrte Mühe hätten, "die Benennungen derer wirthschafftlichen Dinge" zu verstehen. Im übrigen, so gab Moser zu bedenken, wären die "Oeconomischen Nachrichten" in Württemberg nur bedingt zur Lektüre zu empfehlen, da sich hier die ökonomischen Gegebenheiten von denen Sachsens unterscheiden. [3] Dies könne ihren wissenschaftlichen Wert jedoch nicht mindern.

Auch die "Göttingischen Anzeigen von gelehrten Sachen", auf deren Seiten über das gesamte wissenschaftliche Schrifttum der Zeit Auskunft erteilt wurde, erwähnten Hohenthals

1) Der Wirt und die Wirtin, eine ökonomische und moralische Wochenschrift, 1.St.1756, S.6-7.
2) Schwäbische Nachrichten, 1.St. 1756, S.29
3) ebenda

Journal. Nach der Durchsicht zweier Jahrgänge sah der Rezensent die Vorzüge der "Oeconomischen Nachrichten" darin, daß "sie fast lauter ursprüngliche und eigenthümliche Aufsätze in sich fassen." Nicht nur der Leser in Sachsen würde aus ihrer Lektüre Nutzen ziehen.[1)]

Drei Merkmale der "Oeconomischen Nachrichten" sind es also gewesen, die die Zeitgenossen beonders beeindruckten: die Veröffentlichung neuer, bislang der Öffentlichkeit nicht zugänglicher Materialien; die Möglichkeit, die in den meisten Beiträgen vermittelten Anregungen in der Praxis auszuwerten und anzuwenden und das Bemühen um eine sachbetonte Auseinandersetzung.

Durch die ernsthafte Suche nach geeigneten publizistischen Ausdrucksformen ist die Wirkung dieser Zeitschrift auf das fachlich interessierte Publikum erhöht worden.

Der rege Kontakt zwischen Herausgeber und Leserschaft machte die "Oeconomischen Nachrichten" überdies zu einem Vorbild für andere Organe.

---

1) 94. St. 1755, S.873

5.) Der Beginn des Fachgesprächs zwischen den Wirtschaftszeitschriften ("Leipziger Sammlungen" und "Oeconomische Nachrichten").

Bereits in den vierziger Jahren des 18. Jahrhunderts begann in der periodischen Wirtschaftsfachpresse das Gespräch zwischen einzelnen Zeitschriften. Der einsetzende Gedankenaustausch brachte eine spürbare Belebung dieser Journale mit sich. Zumeist bewegte sich der fachliche Dialog in sachlichen Bahnen; für polemisch geführte Auseinandersetzungen hatte man lange Zeit nichts übrig.

Das Gespräch von Zeitschrift zu Zeitschrift entwickelte sich in der Wirtschaftspublizistik früher als in der sonstigen Journalistik. Die politischen Zeitschriften haben erst gegen Ende des Jahrhunderts begonnen, den Meinungsaustausch untereinander und den Meinungsstreit zu pflegen.[1)]

Hier entbrannte naturgemäß der Kampf schärfer als in den Wirtschaftsjournalen, auf deren Seiten es zunächst um Detailfragen der ökonomischen Praxis ging. Erst in späteren Jahrzehnten haben in ihnen härtere Auseinandersetzungen um und prinzipielle Probleme des Wirtschaftssystems stattgefunden.

Die Ansicht, daß sich das Gespräch von Zeitschrift zu Zeitschrift überhaupt erst im 19. Jahrhundert entsponnen habe, als eine Vielheit von Organen erschien, darf als überholt zurückgewiesen werden.[2)]

Zwischen den zwei repräsentativen Wirtschaftszeitschriften der vierziger bis sechziger Jahre des 18. Jahrhunderts, den "Leipziger Sammlungen" und den "Oeconomischen Nachrichten", wurde ein heftiger Streit über Vorzüge und Nachteile der Schweinezucht geführt. Es handelte sich um den "bekannten Schweine-Streit", wie Hohenthal formuliert hat.[3)] Ausgelöst wurde er durch die im Jahre 1747 in den "Leipziger Sammlungen" veröffentlichten "Erinnerungen, bey der auf vielen Land-Gütern zum Nachtheil der Rind-Vieh-Nutzung unnützlich

1) Vgl.: Hubert Max, Wesen und Gestalt der politischen Zeitschrift, S.198
2) Diese Ansicht wird beispielsweise von Gerhard Menz vertreten, der das Entstehen dieses Dialogs in die "liberalistische"Epoche datiert. Vgl.: Die Zeitschrift als Führungsmittel, Leipzig 1935, S.28
3) Vgl.: Oeconomische Nachrichten, 1.Bd.9.St. 1749, S.685, Anmerkg.

eingeführten starken Schwein-Zucht."[1] Die Schweinehaltung war um die Jahrhundertmitte Anlaß zu einer Reihe von Streitschriften gewesen.[2] In dem Aufsatz, dessen namentlich nicht genannter Verfasser von Zincke als "Sächsischer Patriot" bezeichnet wurde, ging es zunächst um den Schaden, den die übrige Wirtschaftsführung durch übertriebene Bevorzugung der Schweinehaltung erleide:

> "Viele Hauswirte unseres Landes machen ihre Rechnung nur nach denen Einnahmen, welche sie gewinnen, und überlegen selten, welcher Abgang nützlicherer Wirtschafft ihnen durch mancherley geringe Einnahme entstehet. Es wird dergestalt auf vielen Gütern als ein erheblich= und unentbehrlicher Nutzen angesehen, wenn jährlich 50, 100 und mehr Thaler unter dem Titel von der Schwein-=Zucht und Mast etc. in Rechnung gebracht, und gewonnen werden kan. Keineswegs aber, oder doch nicht hinlänglich genug wird derjenige Schaden oder der entbehrte Nutzen ponderiret und eingesehen, welcher der übrigen Wirtschafft durch das Schweinviehhalten zugezogen wird."[3]

Zur Begründung führte der Schreiber an, daß auf den Getreidestoppeln die zurückgebliebenen Ähren von den Schweinen aufgelesen würden, so daß für die Schafe nichts übrig bleibe; ferner beschädigten Schweineherden leicht die angrenzenden Felder und Gärten; außerdem würden die Schweine die beste Spreu zum Schaden des anderen Viehs verbrauchen; nicht zu vergessen sei überdies, daß Schweine die besten Ställe benötigten... Sich jedoch nur gegen Übertreibungen richtend, stellte der Berichterstatter schließlich fest, daß "alle wirtschafftlichen Vorschläge der Philosophischen Wahrheit unterworffen bleiben müssen: Nulla regula sine exceptione."[4]

Zwei Jahre nach dem Abdruck dieser "Erinnerungen" griff ein Leser das Thema in Hohenthals "Oeconomischen Nachrichten" auf und eröffnete damit die Fachdiskussion.[5]

---

1) 4. Bd. 44. St., S.708-723
2) Vgl.: Abel, Geschichte, S.218-219
3) Leipziger Sammlungen, 4.Bd. 44.St., S.709
4) Ebenda, S.723
5) "Kurze und unmaßgebliche Gedanken vom Nutzen der Schwein-Zucht, bey wohleingerichteten Wirthschaften bey Land-Güthern", 1.Bd. 2.St. 1749, S.128-135

Ausdrücklich bezog er sich in seiner kritischen Stellungnahme auf den in Zinckes Zeitschrift publizierten Aufsatz. In seiner Verteidigung der Schweinehaltung hielt er dem Kontrahenten aus den "Leipziger Sammlungen" entgegen, daß bei einer ordentlichen Wirtschaftsführung zuerst Rind- und Schafvieh auf die Getreidestoppeln getrieben würden, daß das Wühlen der Schweine das Wachstum der Weide fördere und daß Beschädigungen lediglich von der Unachtsamkeit der Hirten herrühre. Hinsichtlich der Spreu und des Futters für Schweine und anderes Vieh sei eben sorgfältige Einteilung nötig. Auch hingen die Kosten des Stallbaus von genauer Kalkulation ab. Der Einsender schloß seinen Beitrag:

> "Und hiermit hoffe doch soviel gezeigt zu haben, daß die Schwein-Zucht, wo nicht unter die stärksten, doch gewiß auch nicht unter die schlechtesten Nutzungen zu rechnen." [1]

Kurz nach Erscheinen dieser Entgegnung in den "Oeconomischen Nachrichten" meldete sich der Verfasser der "Erinnerungen" erneut in den "Leipziger Sammlungen" zu Worte.[2] Nunmehr wollte er den eigenen Standpunkt bekräftigen und die Zweifel an seiner Darstellung zurückweisen. Nachdem er sich als Autor der "Erinnerungen" zu erkennen gegeben hatte, teilte er den Lesern seinen Entschluß mit,

> "wider die in den öconomischen Nachrichten pag.131 von dem Nutzen der Schweinzucht abgefaßten Gedanken hierbey liegend (sein) ohnmasgebliches Bedencken zu (seiner) Vertheidigung entgegenzusetzen, und hierauf weitere Uiberführung und Belehrung der in den öconomischen Nachrichten bemerkten Meinung zu gewarten."[3]

Punkt für Punkt versuchte dieser Ökonom nun, die Ansichten des Gegners zu widerlegen. Die in seinem ersten Beitrag in Zinckes Zeitschrift angeführten Gründe gegen übermäßiges Schweinehalten unterstrich er mit Nachdruck.

---

1) Ebenda, S.135
2) "Schreiben an den Verfasser der Sammlungen wegen der öconomischen Nachrichten, und der darinne enthaltenen Gedancken vom Nutzen der Schweine-Zucht", 6.Bd. 70.St., S.867-888
3) Ebenda, S.868

Da ihm der Bau billiger Schweineställe nicht bekannt sei, rate er den "Oeconomischen Nachrichten", gelegentlich einen Kostenanschlag zu veröffentlichen.

Trotz solcher Meinungsverschiedenheiten artete die Fachdiskussion nicht in eine gehässige Auseinandersetzung aus. Die Redaktion beider Zeitschriften war von dem Willen bestimmt, in sachlichem Gespräch nach den geeignetsten Wirtschaftsmaßnahmen zu suchen.

Ein weiterer Leser der "Oeconomischen Nachrichten" fühlte sich veranlaßt, dem Konkurrenzorgan in einer "Abgenöthigten Vertheidigung" zu antworten.[1] Dieser Einsender gab seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß der Verfasser der beiden Beiträge in den "Leipziger Sammlungen" die Entgegnungen offenbar als eine "Personal-Anfechtung seiner gegenseitigen Meynungen" ausgelegt habe. Er wäre im Irrtum zu glauben, die "Leipziger Sammlungen" und die "Oeconomischen Nachrichten" wären geneigt, sich "in eine lächerliche Controvers" einzulassen.

> "Diese beyden angenehmen Werke haben die Verbesserung der Oeconomie zum Zweck, dahero darbey ein jedweder seyne Meynung, mit Genehmhaltung derer Herren Autorum mit Bescheidenheit entwerfen, dieselbe aber gewiß niemanden aufdringen kann, und dieses um so viel mehr, da besonders bey der Oeconomie keine Regul ohne Ausnahme ist, folglich hat niemand Ursach disjustirt zu werden, wenn die Gedanken über eine Sache nicht einerley ausfallen, ein jeder Wirth hat vielmehr die Gelegenheit und Umstände seines Bodens und Orthes zu observiren, und sich darnach zu richten, die herausgekommene Meynungen zu prüfen, und das gute und seinen Umständen nach convenabelste, sich zu Nutz zu machen."[2]

Dieser Mahnung schloß sich im gleichen (neunten) Heft der "Oeconomischen Nachrichten" ein weiteres "Gründliches Bedenken eines alten und erfahrnen Landwirths" an.[3] Er

1) Oeconomische Nachrichten, 1.Bd. 9. St., S.685-694
2) Ebenda, S.687
3) Ebenda, S.695-706

trat konsequent allen Einwänden gegen die Förderung der Schweinezucht entgegen. In undogmatischer Weise erklärte er sich jedoch bereit, Gegenansichten ernsthaft zu prüfen.

Der Disput wurde beendet durch eine temperamentvolle Äußerung zu den aufgeworfenen Fragen in den "Oeconomischen Nachrichten".[1] Nach einem Lob des Hohenthalschen Journals und einer Kritik an den "Leipziger Sammlungen" glaubte die Verfasserin sich für ihre Wortmeldung entschuldigen zu müssen Offenbar wurde ein Beitrag aus weiblicher Feder noch als ungewöhnlich empfunden:

> "Ich weiß zwar nicht, ob ihnen dasselbe angenehm seyn wird, zumahl da sie nicht wissen, ob diejenige, so dieses an ihnen schreibet, jung oder alt, schön oder garstig ist. Allein wie verirre ich mich, wie schweiffe ich aus, und mit vielen Wiederwillen lerne ich nun aus der Erfahrung einsehen, daß ein Frauenzimmer zu nichts weniger geschickt ist, als Bücher zu schreiben."[2]

Sich auf die im 70. Heft der "Leipziger Sammlungen" erschienene Ablehnung der Schweinehaltung beziehend, gab die Schreiberin ihren Ärger über die dort geäußerten Ansichten kund:

> "Mein Zorn ist binnen einigen Tagen so vergrößert worden, daß ich sogar die Feder ergreiffe, um ihm öffentlich meinen Widerwillen bekannt zu machen. Wie groß muß die Bosheit eines Frauenzimmers nicht seyn, wenn sie, um ihren Feind zu beschämen, alle Schamhafftigkeit selbst bey seite setzet, und ihre Widerlegungen drucken läst. Und diß war abermahls eine Ausschweiffung. Sind wir vier Personen, des so genannten schönen Geschlechts denn gar nicht vermögend unsern Mund nicht eher zu öffnen, als bis es nöthig ist."[3]

---

1) "Der Frau von S***. eingeschicktes Schreiben, welches von dem Nutzen der Schwein-Zucht kürzlich handelt", 1.Bd. 10.Stück, S.777-780.- Der Herausgeber vermerkte hierzu in einer Fußnote: "wir erfreuen uns herzlich, daß Personen vom schönen Geschlechte an unserer Schrift nicht allein Vergnügen finden, sondern auch so gar selbst mit beyzutragen Gefallen haben."
2) Ebenda, S.778
3) Ebenda, S.779

Es bliebe ihr kein anderer Rat übrig, "als gerade auf die Schweine loszugehen." Ihrer Erfahrung nach lohne es sich durchaus, die Schweinezucht zu pflegen, da anderes Vieh weit mehr Wartung benötige.

Zincke und Hohenthal waren sich in dem Wunsche nach sachlichen Auseinandersetzungen und Diskussionen einig. Die Sorge um das "gemeine Beste"erforderte in ihren Augen das Zusammenarbeiten der einzelnen Fachperiodika. Jene Herausgeber waren bereit, Gedanken konkurrierender Organe den Lesern der eigenen Zeitschrift mitzuteilen und Vorschläge aus anderen Publikationen zu prüfen.

Zum Abschluß einer Rezension der "Oeconomischen Nachrichten" erklärte Zincke in Anspielung auf frühere Auseinandersetzungen und unterschiedliche Standpunkte:

> "Man halte beyde zusammen, so wird endlich vielleicht ein Gantzes von einer gründlichen Wirtschafftlichen Wahrheit heraus kommen. Wenn es in der Wirtschafft auf das τὸ consultius unter 2 oder mehrern Dingen ankommt, da muß man mehrentheils aus vielen Köpffen, und aus seinen gantz besondern Umständen klug werden." 1)

---

1) Leipziger Sammlungen, 6.Bd. 68. St., S.715

6). Johann Heinrich Gottlob von Justis "Neue Wahrheiten". (1754-1758)

a) Der Herausgeber und sein Werk

Johann Heinrich Gottlob von Justi wurde im Jahre 1720 in Brücken/Thüringen geboren. Seine Studien begann er an der juristischen Fakultät der Universität Wittenberg. Nach kurzer Soldatenzeit bezog er die Universität in Jena, später in Leipzig. Im Anschluß an seine wissenschaftliche Ausbildung nahm er 1747 die Stellung eines Wittumsrates in Sangerhausen an. Während dieser Jahre begann er seine äußerst intensive schriftstellerische Tätigkeit.

Um 1750 erhielt Justi am Wiener Collegium Theresianum eine Professur für Kameralwissenschaften; später übertrug man ihm dort außerdem das Lehramt für deutsche Beredsamkeit. Neben seiner wissenschaftlichen Arbeit und Lehrtätigkeit war er Mitglied der Wiener Zensurhofkommission.

1755 erhielt Justi die Stellung eines Bergrats und Oberpolizeikommissars in Göttingen und hielt an der Universität Vorlesungen über Staatsökonomie und Naturgeschichte. Auch wurde er in die Göttinger Gelehrte Societät berufen.

Nach zweijährigem Aufenthalt verließ er Göttingen wieder und siedelte bald nach Dänemark über. Seit 1760 lebte er hauptsächlich in Berlin, wo ihm vom Preußischen König eine Stellung im Staatsdienst in Aussicht gestellt worden war. Erst 1766 wurde er zum königlichen Berghauptmann ernannt.

Durch Krankheit und Schicksalsschläge verbittert starb er 1771 in Küstrin.

Zu Justis Hauptwerken zählen "Staatswirthschaft, oder Systematische Abhandlung aller ökonomischen und Cameralwissenschaften" (1755), in dem die Staats-, Polizei- und Kameralwissenschaft systematisiert wurde; 1756 folgten die "Grundsätze der Polizeiwissenschaft." Während seines Aufenthaltes in Dänemark verfaßte er eine "Vollständige Abhandlung von den Manufakturen und Fabriken" (Kopenhagen 1758-1761). Hervorhebung verdient insbesondere sein kameralistisches

Hauptwerk: "Die Grundfeste zu der Macht und Glückseligkeit der Staaten oder ausführliche Vorstellung der gesamten Polizeiwissenschaft." (1760-1761).

Justi galt als einer der führenden Kameralisten des 18. Jahrhunderts. Oft nannte man ihn gleichrangig mit Sonnenfels. Hervorgetreten ist besonders er als Systematiker der Kameralistik. Im Gegensatz zu anderen Kameralisten seiner Zeit setzte er sich für den Vorrang des Manufaktur- und Fabrikenwesens ein, ohne jedoch die Bedeutung einer vernünftigen Landwirtschaftspolitik zu unterschätzen.[1)]

Bereits frühzeitig war Justi seinen Zeitgenossen durch seine großartige Begabung aufgefallen; sein Ruf hatte hingegen infolge eines nicht immer bürgerlich zu nennenden Lebenswandels vielerorts gelitten. Man sah in ihm einen "Schriftsteller von vielen Fähigkeiten, aber auch von schlechten Sitten, und daher rührenden seltsamen Schicksalen."[2)]

Neben seinen umfangreichen Buchpublikationen hat Justi mehrere Zeitschriften herausgegeben. Mit Ausnahme der "Ergetzungen der Vernünftigen Seele" (1745-1749) waren es Periodika, die kameralistische und ökonomiekundliche Themen behandelten. Darüber hinaus beschäftigte er sich in diesen Periodika mit Presseproblemen, Fragen der Zensur, ferner mit der Informationspolitik der Obrigkeit und publizierte eine Reihe bemerkenswerter Vorschläge. Eingekleidet in eine Vielfalt fachlicher Artikel erschienen hier mehrfach kritische Ansichten über die Staatsführung des Absolutismus. Weniger als Dithmar, Zincke oder Hohenthal war Justi geneigt, sich widerspruchslos den politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten zu fügen. Seine Vorbehalte gegenüber Maßnahmen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft klangen entschiedener und waren nicht selten grundsätzlicher Natur. Stärker als die meisten anderen

1) Vgl. hierzu: Abel, Geschichte, S.259-260
2) Johann Christoph Adelung, Fortsetzung und Ergänzungen zu Christian Gottlieb Jöchers allgemeinem Gelehrten-Lexico, 2.Bd., Leipzig 1787, Sp. 2358

Wirtschaftspublizisten der Zeit engagierte sich Justi in der Politik und verstand es, in seinen Betrachtungen wirtschaftliche und politische Aspekte zu verbinden.[1)]

b) Die Struktur der Zeitschrift [2)]

Die "Neuen Wahrheiten" erschienen im Verlag von Bernhard Christoph Breitkopf in Leipzig. Die insgesamt zwölf Hefte bestanden aus je sechs Bogen und hatten das für Journale damals übliche Oktavformat. Der Jahrgang 1754 faßte die ersten sechs Stücke zusammen; er wies einen Umfang von 738 Seiten auf. Der zweite Band vereinigte die in den Jahren 1755 bis 1758 publizierten Hefte, wobei der Gesamtumfang unverändert blieb (734 Seiten). Beide Bände der Zeitschrift wurden durch eine Vorrede eingeleitet und schlossen mit einem sorgfältig redigierten Register ab.

Angaben über den Preis je Heft und die Höhe der Auflage können nicht mehr ermittelt werden.

Über die Erscheinensweise hat sich Justi in der Vorrede zum ersten Band geäußert. Er stellte die "Neuen Wahrheiten" seinen Lesern als Zweimonatsschrift in Aussicht und begründete die Wahl eines längeren Intervalls:

> "Da man die öfters unvermuthet vorfallenden Veränderungen nicht voraussehen kann, so habe ich lieber eine geraumere Zeit erwählen wollen, als daß hernach die Leser mit Verdruß darauf warten, wenn zu versprochener Zeit nicht inne gehalten wird. Binnen zwey Monaten aber findet sich schon so viel Zeit, zumal bey meinem gesammleten Vorrathe, daß man sich die richtige Mittheilung der Stücke, zu gesetzter Zeit unausbleiblich versprechen kann."

---

1) Zu Justis Biographie vgl.: F.Frensdorff, Über das Leben und die Schriften des Nationalökonomen J.H.G. von Justi, Göttingen 1903; Allgemeine Deutsche Biographie, 14.Bd., 1881, S.747-753; Justus Remer, Johann Heinrich Gottlob Justi - Ein deutscher Volkswirt des 18. Jahrhunderts, Stuttgart-Berlin 1938; auch Roscher, a.a.O., S.444.

2) Zur Frage der strukturellen Gliederungsmerkmale von Zeitschriften vgl.: Günter Kieslich und Walter J. Schütz: Zur Methodik und Statistik der Zeitschriftenuntersuchung. In: Walter Hagemann (Herausgeber), Die Deutsche Zeitschrift der Gegenwart, Münster 1957, S.13-26

Im ersten Jahrgang gelang es Justi, das angekündigte zweimonatige Erscheinen strikt einzuhalten. Im folgenden Jahre (1755) veröffentlichte er nur drei Hefte (siebtes bis neuntes Stück). In einer "Nachschrift" zum neunten Heft entschuldigte er sich für die Verzögerung. Seine "Geschäffte und eine Menge von andern Arbeiten" hätten ihn daran gehindert, die geplante Periodizität des Journals zu wahren. Er versicherte, "diese periodische Schrift ununterbrochen" fortzusetzen und wenigstens alle drei Monate ein Heft herauszubringen.[1] Doch erst 1757 erschien das zehnte Heft, während die letzten zwei Stücke der "Neuen Wahrheiten" im Jahre 1758 der Öffentlichkeit übergeben wurden. Unregelmäßiges Erscheinen war im 18. Jahrhundert allein aus technischen Gründen sehr häufig undurchführbar. Hingegen scheint Justi hauptsächlich durch umfangreiche Buchpublikationen und die Redaktion des von ihm in Göttingen gleichzeitig edierten Intelligenzblattes, den "Göttingischen Policey-Amts Nachrichten", zusätzlich davon abgehalten worden zu sein, sich den "Neuen Wahrheiten" stärker zu widmen.

Die Kollektivität dieser Zeitschrift wurde angestrebt und erreicht durch die im Titel gegebene nähere Spezifizierung. Neben naturkundlichen wurden politisch-wirtschaftliche Fragen behandelt. Eine Untergliederung der Inhalte der einzelnen Hefte nach Themengruppen ist vom Herausgeber nicht vorgenommen worden.

Anhaltspunkte für die Soziabilität der "Neuen Wahrheiten" lassen sich nicht entdecken. Eine gemeinschaftsstiftende Funktion ist offenbar - im Gegensatz zu Zinckes "Leipziger Sammlungen" und Hohenthals "Oeconomischen Nachrichten" - von Justis erstem Wirtschaftsperiodikon nicht ausgegangen.

---

1) 9.St., S.354

c) Das Programm der Zeitschrift

Zur Gründung seiner ersten Wirtschaftszeitschrift, den "Neuen ~~Wirtschaften~~ Wahrheiten zum Vortheil der Naturkunde und des gesellschaftlichen Lebens der Menschen", ist Justi durch den Erfolg seiner ersten, historische, politische, philosophische und naturwissenschaftliche Themen behandelnde, Monatsschrift, den "Ergetzungen", angeregt worden. In der Vorrede zum ersten Heft der "Neuen Wahrheiten" (1754) bezog er sich ausdrücklich auf jenes Journal und sprach die Erwartung aus, daß seine neue Publikation den Lesern "nicht weniger zum Vergnügen und Nutzen gereichen wird". Hiermit hatte er angedeutet, was er als eines seiner vornehmsten publizistischen Ziele betrachtete: das Publikum einerseits durch Abdruck unterhaltsamer Abhandlungen zur Lektüre der Zeitschrift anzuregen, dadurch in ihm andererseits das Interesse an aufklärenden Beiträgen zu wecken. Derartige Methoden waren nun keineswegs ein Novum in der periodischen wie nicht periodischen Literatur.

"Seit Menschen versuchen, mit publizistischen Instrumenten auf andere einzuwirken, haben sie sich als ersten Hilfsmittels der Unterhaltung bedient... In den ältesten Regeln der Rhetorik und in den neuesten Ratschlägen für Werbung wird gleichermaßen verlangt, daß zuerst gefallen müsse, wer überzeugen wolle."[1] Die Verbindung von Nachricht und Meinung geschah in der Publizistik nie zufällig. Stets griff man in voller Absicht zu diesem Redaktionsprinzip. Die Journale lernten es bereits in den ersten Jahrzehnten ihres Bestehens; die "Monatsgespräche" von Christian Thomasius (1638-1690) waren für viele Zeitschriften der Lehrmeister gewesen.[2]

Auffällig ist, daß dieser Grundsatz erst mit Justi Eingang in die periodische Wirtschaftspresse fand. Dithmar, Zincke und Hohenthal hatten dem unterhaltenden Element keinerlei Raum in ihren Periodika gegönnt.

1) Haacke, Publizistik - Elemente und Probleme, S.188
2) Vgl.: Kirchner, Geschichte I, S.23

In der Vorrede zum ersten Band der "Neuen Wahrheiten" faßte Justi das Programm der Zeitschrift zusammen:

> "Ich habe mir in dieser Schrift zwey große Endzwecke vorgesetzet, nämlich zur Erweiterung der Naturkunde, und zum Vortheile des gesellschaftlichen Lebens der Menschen, zu arbeiten."

Zur Naturkunde zählte er hauptsächlich das "mineralische Reich", ferner die Tier- und Pflanzenwelt, aus der er jedoch nur für die Ökonomiewissenschaft und das Gesellschaftsleben Nützliches auswählen wollte. Eingestandenermaßen schränkte Justi den im Titel seiner Zeitschrift angekündigten Rahmen ein. Den zweiten Begriff, das gesellschaftliche Leben der Menschen, faßte er weit. Alle zur Regierung und Staatswirtschaft nötigen Wissenschaften, die Polizei, das Handels- und Gewerbewesen, des weiteren die Kameral- und Finanzwissenschaften wurden einbegriffen. Besondere Beachtung verdienten diejenigen Bereiche, in denen gegenseitige Verbindungen sichtbar gemacht werden konnten.

Im Unterschied zu anderen Periodika sollte der Leser nicht mit den unterschiedlichsten Einzelproblemen konfrontiert werden, ohne gleichzeitig einen Begriff von dem übergeordneten Zusammenhang zu erhalten, dem das jeweilige Detail zugehörte. Als Justi diesen Programmpunkt aufstellte, konnte er sich auf keinerlei Vorbilder berufen:

> "Die periodischen Schriften leisten zwar viel Bequemlichkeit und Nutzen. Allein, wenn sie nicht bloß aus Versuchen und Abhandlungen aus den schönen Wissenschaften bestehen: so will fast unumgänglich nöthig seyn, daß man zu Anfange einer solchen periodischen Schrift seinen Lesern eine kurze zusammenhängende Vorstellung von denjenigen Wissenschaften macht, von welchen man darinnen hauptsächlich handeln will. Die wenigsten Leser haben bereits einen allgemeinen zusammenhängenden Begriff davon, und die einzelnen Abhandlungen können ihnen also nicht vollkommen verständlich seyn." [1]

1) 1.Bd. 2.St., S.147-148

Da Justi seine Wirtschaftsjournale vorwiegend mit Hilfe eigenen Materials redigierte, war es ihm möglich, eher auf eine systematische Konzeption zu achten, als es bei Zeitschriftenherausgebern der Fall sein konnte, die sich auf die Mitarbeit eines größeren Kreises aus der Leserschaft verließen. Justi hatte die Absicht, durch theoretische Abhandlungen spätere Ausführungen zu Detailfragen der Wirtschaftspraxis vorzubereiten, um die Verständlichkeit zu fördern.[1)]

Ein solcher Plan bedeutete - seine Verwirklichung vorausgesetzt - einen weiteren Schritt auf dem Wege zu einer systematisch gestalteten Wirtschaftsfachzeitschrift.

Welche Absichten verfolgte der Herausgeber mit der Wahl des ungewöhnlichen Titels "Neue Wahrheiten"? Die zu erwartenden Einwände gegen diese Bezeichnung nahm er klug vorweg, da sich - nach seinen eigenen Äußerungen - mancher Leser schwerlich vorstellen könne, stets nur echte Neuheiten in der Zeitschrift zu entdecken:

> "Allein meines Erachtens ist es die Pflicht eines jeden Schriftstellers, daß er neue Wahrheiten saget: und jedermann, indem er eine Schrift der Welt mittheilet, verspricht gleichsam stillschweigend, daß er etwas Neues vorbringen wolle, wenigstens in so weit, daß er neue Beweise, neue Lehrarten, neue Lehrgebäude, neue Ordnungen in den Wissenschaften vorzutragen gedenket... In demjenigen also, was die Pflicht eines jeden Schriftstellers ist, kann weder eine Prahlerey verborgen liegen, noch eine Unmöglichkeit es zu leisten, vorhanden seyn." [2)]

In diesen Sätzen hatte Justi seinem Publikum mitgeteilt, was er ihm ehrlicherweise zu bieten vorhatte. Dieser so schöpferische Publizist beabsichtigte, seine Zeitschrift von den Schwächen vieler zeitgenössischer Journale

1) So schrieb er beispielsweise im 6.Heft, S.627-628: "Ich kann mich auch nunmehr in den einzeln Materien auf den Zusammenhang des Ganzen berufen... Ich werde demnach ... nach und nach die wichtigsten Gegenstände in diesen Wissenschaften ausführlich zu erörtern suchen, besonders wenn ich dabey im Stande bin, neue Vorschläge und Maaßregeln an die Hand zu geben, die zum Aufnehmen der Staaten und zum wahren Besten der menschlichen Gesellschaften etwas beytragen können."

2) Vorrede zum 1.Band

freizuhalten: dem uferlosen Publizieren altbekannten Materials in einer lediglich neu anmutenden Verkleidung. Konnte er solche Ziele tatsächlich verwirklichen? Merkwürdigerweise fehlen weitgehend gültige zeitgenössische Aussagen darüber, inwieweit Justi mit der Veröffentlichung gerade der naturkundlichen Beiträge in dieser Zeitschrift Erfolg hatte.

d) Wirtschaft, Staat und Gesellschaft in der Darstellung der "Neuen Wahrheiten"

Ein großer Teil der einzelnen Hefte der "Neuen Wahrheiten" ist dazu bestimmt gewesen, dem Publikum einen Eindruck von neuen, meist naturkundlichen Forschungen (vorwiegend des Herausgebers) zu geben. Ein Blick auf den Inhalt des ersten Heftes (1754) der Zeitschrift belehrt darüber, daß Justi die verschiedensten Themen aufgriff: er unterrichtete seine Leser über bislang unbekannte Metalle (II.Kapitel), das Entstehen des Eisens (III.Kapitel) oder über die Seidenzucht (IV. Kapitel). Fragen der Landwirtschaft berührte das VIII. Kapitel, in dem untersucht wurde, inwieweit die Einteilung in Felder und die Triftgerechtigkeit von Vorteil seien. Fast in keinem Heft seiner Publikation überging der Herausgeber Probleme der Ökonomie.

Der politische Schriftsteller Justi trat in dem Entwurf einer neuen Kriegsverfassung (VII. Kapitel) hervor. Fast scheint es überdies, als lasse sich in diesem ersten Heft der Einfluß der moralischen Wochenschriften des 18. Jahrhunderts spüren. Eine Abhandlung, betitelt: "Die Lust Schaden zu thun, bey Gelegenheit einer neuen schädlichen Erfindung betrachtet" (V. Kapitel), erinnerte an die Neigung jener Periodika zum Moralisieren und zum Propagieren bürgerlicher Lebenstugenden.

Die inhaltliche Gliederung der übrigen Hefte entsprach im wesentlichen der des "ersten" Stückes.

Für die Nachwelt - wahrscheinlich auch für die Zeitgenossen selbst - sind die Ansichten Justis zu Fragen der

Wirtschaft sowie des staatlich-gesellschaftlichen Lebens von höherem Interesse geblieben als die naturkundlichen Beiträge. Seine Fähigkeiten als Nationalökonom und Staatsdenker haben auch in späteren Generationen den Ruf Justis begründet. Ihm war ein "eminent staatlicher Sinn" eigen. All seine zahlreichen Projekte und Betrachtungen richteten sich stets nach dem übergeordneten Prinzip der "Beförderung der gemeinschaftlichen Glückseligkeit." Dieser Gedanke durchzog leitmotivisch sein gesamtes Werk.[1)]

Bereits das zweite Heft der "Neuen Wahrheiten" brachte die erste wirtschaftstheoretische Abhandlung:"Kurzer systematischer Grundriß aller öconomischen und cameral Wissenschaften." [2)]

An den Anfang stellte Justi sein Bedauern über das Fehlen einer systematischen Darstellung der Staatswissenschaften:

> "Ob nun zwar diejenigen Wissenschaften, welche zu der Regierung eines Staats gehören, besonders die eigentlich sogenannten Cameralwissenschaften, zeither in keinem einzigen Buche aus allgemeinen Grundsätzen im Zusammenhange hergeleitet, und vorgetragen worden sind: So ist doch gar leicht einzusehen, daß ein solcher Vortrag bey diesen Wissenschaften ... gar wohl möglich sein muß." [3)]

Wiederum hob er die überragende Bedeutung der "gemeinschaftlichen Glückseligkeit" als oberstes Staatsziel hervor und folgerte aus diesem Postulat den ersten Grundsatz seiner Lehre:

> "Daß alle Regierungsgeschäffte eines Staats solchergestalt eingerichtet werden müssen, daß dadurch die Glückseligkeit desselben befördert werde."

---

1) Vgl. Frensdorff, a.a.O., S.469; ferner Gerloff, a.a.O., S.40 ff.
2) a.a.O., S.147 ff. Dieser Abdruck stellt ein„Vorgriff auf das 1755 erschienene Werk: "Staatswirthschaft oder Systematische Abhandlung aller oekonomischen und Cameralwissenschaften" dar.
3) a.a.O., S.148

Ein weiteres Prinzip durfte nach Justis Forderung niemals aus den Augen verloren werden:

"Der Wohlstand der Regenten, und die Glückseligkeit der Unterthanen, können niemals voneinander getrennet werden; und eines ohne das andere kann niemals auf eine dauerhaftige Art vorhanden seyn."

Versteckte sich in diesen Äußerungen sanfte Kritik am herrschenden Absolutismus?

Eine Reihe von Maßnahmen wurde anschließend beschrieben, die von den Fürsten zu beachten waren, um die Zufriedenheit der Untertanen und das Wohl des Staates zu garantieren. An erster Stelle stand die Aufrechterhaltung der Sicherheit. Für eine Pflicht des Regenten hielt es Justi, ein Auge auf den Lebenswandel der Landeskinder zu haben. Trotzdem verwahrte er sich gegen eine Einengung des individuellen Freiheitsraumes. Als Pflichten der Untertanen andererseits wurden Gehorsam, Treue und Mithilfe bei der Aufbringung der zu dem Staatsaufwande nötigen Kosten angesehen. Neben diesen unmittelbaren Pflichten standen die mittelbaren, vornehmlich die "Schuldigkeit, mit (dem) Vermögen wohl zu wirthschaften." [1]

Die publizistisch so ungemein wirkungsvolle Darstellungsweise Justis läßt sich anhand seiner Ausführungen über die "Haushaltungskunst" in der genannten Abhandlung veranschaulichen. Einer Besprechung oder Empfehlung konkreter Maßnahmen, die in bestimmten Wirtschaftsbereichen vorzunehmen wären, schickte er gern historische Exkurse voraus. Überdies erläuterte er die theoretischen Voraussetzungen solcher Entscheidungen. Im Mittelpunkt seiner Erörterungen stand die Funktion des Vermögens. Justi versuchte, eine wissenschaftliche Definition zu geben und umschrieb es als einen

"zureichenden Besitz solcher Sachen, die zur Nothdurft, Bequemlichkeit und dem Wohlstande dieses Lebens gehören; und weil das Geld ein allgemeines Vergleichungsmittel von dem Werthe aller Dinge ist, so muß das Vermögen in Geld oder Geldes werth bestehen." [2]

1) a.a.O., S.256
2) a.a.O., S.257

Der Begriffsbestimmung folgte ein historischer Rückblick. Da die Menschen sehr frühzeitig die beim Tauschhandel auftretenden Schwierigkeiten erkannt hätten, wären sie gezwungen, auf Abhilfe zu sinnen.

"Sie haben demnach auf ein Mittel denken müssen, einer Sache einen allgemeinen und vorzüglichen Werth beizulegen, die nicht häufig vorhanden, leicht fortzubringen, und doch dem Untergange oder der Verderbung nicht unterworfen war. Dieses haben sie in Gold und Silber gefunden...".

Die Nachwelt hat Justi oft zu einseitig als kameralistischen Wirtschaftstheoretiker gesehen. Seine Bedeutung als politischer Schriftsteller ist zumeist unterschätzt worden oder gänzlich unbeachtet geblieben. "Das Staatsrecht hatte ihn schon früher beschäftigt; die Staatsklugkeit und die Handelspolitik hingen mit der cameralistischen Wissenschaft in dem weiten Sinn, wie man sie damals verstand, nahe zusammen. Von diesen Grenzgebieten aus in die Arena der praktischen Staatenpolitik hinabzusteigen, wurde dem kenntnißreichen, alle Bewegungen der Gegenwart aufmerksam verfolgenden, federfertigen Manne nicht schwer. Hatte seine Arbeit bisher wissenschaftlichen Zwecken gedient, so mischt er sich jetzt um politischer Tendenzen willen in die Tageskämpfe." [1]

Bereits das erste Heft der "Neuen Wahrheiten" benutzte Justi, um seine Ansichten über ein politisches Tagesthema vorzutragen. In dem Aufsatz über eine "neue vortheilhafte Kriegsverfassung" [2] bekräftigte er den Grundsatz: si vis pacem para bellum. Er erblickte den Nutzen eines Heeres in außenpolitischen Vorteilen. Da die Abhängigkeit von ausländischen Bundesgenossen die politische Handlungsfähigkeit erheblich einschränkte, müsse ein Staat danach trachten, sich aus eigener Kraft zu behaupten. Diese Fähigkeit sah Justi nicht zuletzt in ihren wirtschaftlichen Auswirkungen:

---

1) Frensdorff, a.a.O., S.417
2) 1.St., S.75-100

"Er kann frey alle Maaßregeln ergreifen, die er zur Glückseligkeit seiner Unterthanen und der wahren Aufnahme seiner Länder, für dienlich erachtet, ohne daß er befürchten darf, daß man ihm Hinderungen in den Weg legen werde." [1]

Um die Schwierigkeiten beim Unterhalt eines Heeres zu meistern, schlug Justi vor, die Söldner durch Wehrpflichtige zu ersetzen. Jeder junge Mann sollte nach seinen Vorstellungen eine achtjährige Militärzeit ableisten. Im Stile der Popular-Philosophie und der moralischen Wochenschriften ließ es Justi nicht an Hinweisen auf den sittlich-moralischen Nutzen einer derartigen Maßnahme fehlen. Es galt, das Niveau des Landvolks zu heben und dem jungen Rekruten Disziplin zu lehren.

Eine erstaunliche Folgerung war es, daß Justi die Abschwächung von Standesunterschieden als Hauptziel seines Entwurfes hinstellte:

"Der Hauptnutzen aber meines Vorschlages, ist die vollkommene und gerechte Gleichheit, welche dadurch bey allen Unterthanen in Ansehung ihres Beytrags zu der Wohlfahrt des Staats eingeführet wird." [2]

In der Wehrfrage ging es Justi um das Binden des Bürgers an Staat und Gesellschaft. Die res publica und ihr übergeordnetes Anliegen hatten für ihn Vorrang vor dem privaten Lebensbereich des Individuums.

Mit der Forderung nach einem stehenden Heer befand sich Justi durchaus nicht in Einklang mit seiner Zeit. Das 18. Jahrhundert stand ähnlichen Ideen skeptisch, oft ablehnend gegenüber. Die Abneigung gegen Armeen, die sich aus Wehrpflichtigen rekrutierten, hatte verschiedene Wurzeln. "Sie hängt zunächst noch nicht mit liberalen Regungen, sondern mit bevölkerungspolitischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten der Aufklärung zusammen, der der Krieg mit seinen irrationalen Momenten überhaupt unheimlich

1) a.a.O., S.81
2) a.a.O., S.93

war." [1] Zuweilen regten sich Zweifel an der moralischen Berechtigung zum Unterhalt von Armeen überhaupt.

Justis Anregung eines gleichbemessenen Beitrages aller Staatsbürger für das nationale Verteidigungswesen war originell und konnte in der Tat als Ansatzpunkt für spätere Neuerungen angesehen werden.

Auf Fragen der Militärpolitik ging Justi nochmals im dritten Heft (1754) der Zeitschrift ein. In der Abhandlung über die "Nützlichkeit der Casernen vor die Soldaten"[2] belehrte er seine Leser über die Vorteile einer gemeinsamen Unterbringung der Soldaten. Unannehmlichkeiten im Umgang mit der Zivilbevölkerung wären somit leichter zu umgehen, denn auch dem Militär hätte das Wohl des Volkes oberstes Gebot zu sein.

Doch beansprucht dieser Aufsatz aus einem anderen Grunde das Interesse des Lesers. Ohne ersichtlichen Zusammenhang mit dem militärpolitischen Thema behandelte Justi hier ausführlich Vorteile und Nutzen eines freien, ungehinderten Reiseverkehrs. Nach einer Warnung an die Fürsten, auf die eigene Unfehlbarkeit zu bauen und der Mahnung, auf Unvollkommenheiten ihres Regierungssystems zu achten, zielte er auf konkrete Mißstände:

> "In diesem Betracht haben vielleicht die Alten das Reisen in fremde Länder vor einen jungen Menschen vom Stande für nützlich gehalten; und diejenigen Monarchen, welche heute zu Tage, wider das Reisen junger Leute so sehr eingenommen sind, daß sie es fast gar nicht mehr erlauben wollen, sollten nicht das Nützliche daran mit samt dem Misbrauche verwerfen."

Den Einwand, daß sich Reisen und das damit verbundene Kennenlernen fremder Sitten schädlich auswirkten, wies Justi scharf zurück. Im Gegenteil, vielfach wachsen nach seiner Ansicht während eines Auslandsaufenthaltes oft Einsicht und Erfahrung. Als Vorbedingung für die Erlaubnis zu Auslandsreisen wurde von ihm gründliche wissenschaftliche Bildung betrachtet.

---

1) Valjavec, a.a.O., S.405-406
2) a.a.O., S.353-364

Justi gab sich in diesen Ausführungen als Gegner eines engstirnigen Nationalismus zu erkennen und wandte sich gegen eine Abkapselung gegenüber anderen Ländern.

Im elften Heft der "Neuen Wahrheiten" griff Justi nochmals ein gewichtiges staatspolitisches Problem auf: "Ob die Kraft der Gesetze und die innerliche Sicherheit in den Republiken auf die Furcht ankömmt." 1)

Hier ~~verlangte er~~ wurde für eine höhere Gesellschaftsmoral des Staatsbürgers plädiert. Nicht aus Furcht vor Bestrafung sollte dieser die Gesetze achten, wie es bisher stets üblich gewesen wäre. Dieser Standpunkt, den auch Montesquieu vertreten hatte, wurde als rückschrittlich abgelehnt. ~~Er~~ Der Verfasser erblickte im bürgerlichen Ehrgefühl ein wesentliches Motiv zur Befolgung der Gesetze:

> "Wenn die Menschen mit den Grundsätzen der Ehre erfüllet sind; so werden die allerleichtesten Strafen mehr Eindruck machen, als die härtesten Drohungen, welche die Gesetze in sich enthalten." 2)

Erneut appellierte er an die Leser, im Dienst am allgemeinen Wohl der Gesellschaft die höchste Staatspflicht zu sehen. Jegliche Achtung vor dem Gesetz war in dieser Überzeugung begründet.

e) Die Wirkung der Zeitschrift auf die zeitgenössische Öffentlichkeit

Äußerungen aus den "Neuen Wahrheiten"

Im Programm der "Neuen Wahrheiten" äußerte sich Justi nirgends detailliert über das Publikum, für das seine Zeitschrift gedacht war. Er gab keine Hinweise, welches Bild er von seiner künftigen Leserschaft hatte oder an welche Berufs- oder Standesgruppen er sich wenden wollte.

Die für Zinckes und Hohenthals Monatsschriften charakteristischen Bemühungen um ein erstes Ansprechen der

1) 11. St., S.577-600
2) a.a.O., S.590

Unterschichten im Volke, um stärkeres Beachten des "Pöbels", fanden bei Justi keine Fortsetzung. Im Gegenteil, Justis Urteil über diese Schicht war stets abfällig. Das hohe Niveau zahlreicher theoretischer Abhandlungen, die beachtlichen Anforderungen an die Leser hinsichtlich naturkundlicher Vorkenntnisse legten die Annahme nahe, daß Justi Publizität nur in den fachlich und wissenschaftlich vorgebildeten Leserkreisen gesucht hat. Bestätigt wird diese Vermutung durch Justi selbst:

> "Die Gelehrten scheinen meine Bemühungen in dieser periodischen Schrift nicht ungeneigt aufgenommen zu haben." [1]

Ohne Frage hat Justi es vermocht, im wesentlichen sein Programm zu realisieren. Stolz gab er in seiner Zeitschrift Auskunft darüber, welche Resonanz ihr in der gelehrten Welt zuteil geworden war:

> "Man hat in allen öffentlichen gelehrten Nachrichten gütig davon geurtheilet, und die häufig an mich eingelaufenen Briefe, geben zu erkennen, daß meine übrigen Leser gleichfalls nicht unzufrieden mit mir seyn." [2]

Äußerungen aus konkurrierenden Organen

Zincke hielt nicht mit Anerkennung zurück, als er von den "Neuen Wahrheiten" in seinem Wirtschaftsjournal berichtete. Er lobte, daß Justi "mit einer gründlichen Einsicht, und einem unermüdeten Fleisse zum Aufnehmen der öconomischen und Cameral-Wissenschaften" wirke.[3] Dem Inhalt seiner Zeitschrift stellte er ein achtbares Zeugnis aus:

> "Ueberhaupt sind die Abhandlungen mit vieler Deutlichkeit geschrieben, und werden bey den Liebhabern der Oeconomie den verdienten Beyfall finden."[4]

---

1) Vorrede zum 2.Bd.
2) Ebenda
3) Leipziger Sammlungen, 12.Bd. 135.St., S.210-211
4) Ebenda, S.213

Eine anonym verfaßte Zuschrift an die "Leipziger Sammlungen" ließ keinen Zweifel daran, daß man trotz der Qualität vieler Beiträge bei der Bewertung Bedenken wegen des begrenzten Publikums hegte:

> "In des Herrn von Justi neuen Wahrheiten kommen zwar nicht wenige gründliche und nützliche Anmerckungen auch für die Wirthschafter vor...allein ich fürchte, daß diese Monathschrift nur von einigen Gelehrten einer oder andern Claße, von wenig andern Gelehrten aber, und noch vielweniger ungelehrten Haußwirthen gelesen werde." [1]

Die "Göttingischen Anzeigen von gelehrten Sachen" besprachen bereits das erste Heft der Zeitschrift Justis. Der Rezensent erwähnte alle Gebiete, die nach dem Programm des Herausgebers behandelt werden sollten, und urteilte nicht ohne Kritik:

> "Er hat hievon hier verschiedene Proben geliefert, die Aufmerksamkeit verdienen, wenn man auch Ursache finden sollte, von seinen Meinungen bisweilen abzugehen." [2]

Zwei Jahre nach dem Ende der "Neuen Wahrheiten" erinnerte sich die gleiche Rezensionszeitschrift an dieses Periodikon:

> "Man wird überall einen aufgeweckten Geist, und eigene Gedanken finden..." [3].

Aus den zeitgenössischen Urteilen ist zu ersehen, daß Justi mit seiner Absicht, dem Titel seiner Zeitschrift gerecht zu werden, Erfolg hatte. Nicht Aufklärung der ungebildeten Volkskreise, hingegen Vermittlung neuer Erkenntnisse an Fachkundige war beabsichtigt und - wie die Wirkung auf die Öffentlichkeit bestätigt - erreicht worden. Für die weitere Entwicklung der Wirtschftsfachzeitschrift können die "Neuen Wahrheiten" jedoch keine Bedeutung beanspruchen. Ihre eingeschränkte Publizität und ihr Ausgerichtetsein auf eine speziell vorgebildete Leserschaft verhinderten, daß von diesem Journal Anregungen zu Neugründungen

1) Leipziger Sammlungen, 14. Bd. 166.St., S.842
2) 66.St. 1754, S.523
3) 9.St. 1760, S.75

ausgingen. Ähnlich wie die historisch-politischen Zeitschriften des 18. Jahrhunderts verharrten die "Neuen Wahrheiten" im Bereich fachlicher Exklusivität.

7) Justis "Fortgesetzte Bemühungen" (1759-1761)
a) Die Struktur der Zeitschrift

Die "Fortgesetzten Bemühungen zum Vortheil der Naturkunde und des Gesellschaftlichen Lebens der Menschen" waren als Nachfolgeschrift der "Neuen Wahrheiten" gedacht. Sie erschienen von 1759 bis 1761 in insgesamt vier Heften in Berlin und Stettin im Verlage Johann Heinrich Rüdigers. Wie die "Neuen Wahrheiten" wurden die "Fortgesetzten Bemühungen" im Oktavformat herausgegeben. Der Umfang des Einzelheftes betrug zehn Bogen (=148 Seiten), bei Zufügung eines Kupfers neuen Bogen. Eine Vorrede leitete lediglich das erste Stück ein. Preis und Auflage der Zeitschrift sind nicht ermittelbar.

Jedes Heft gliederte sich in zwei Teile: A) Abhandlungen B) Rezensionen. Ähnlich den "Neuen Wahrheiten" fehlte eine Disposition nach Sachgebieten. So wurden auch in dem zweiten Wirtschaftsperiodikon Justis wirtschaftstechnische, ökonomiekundliche und kameralistische sowie allgemein politische Themen nebeneinander veröffentlicht. Zudem machte sich der Einfluß der moralischen Wochenschriften und der zeitgenössischen Unterhaltungsjournalistik stärker als in der ersten Schrift bemerkbar. Der Inhalt des ersten Heftes brachte beispielsweise unter anderem eine Abhandlung über noch unbekanntes Silbererz (I.Kap.), eine naturwissenschaftliche Beobachtung über Meeresströmungen (II.Kap.), einen kameralwissenschaftlichen Aufsatz über obrigkeitliche Maßnahmen zur Einteilung des Privatvermögens (IV.Kap.), eine politische Erörterung über das Verhalten eines siegreichen Monarchen (VI. Kapitel), ferner einen Beitrag zur Frage einer nationalen Flotte (V.Kap.), der jedoch wirtschaftspolitische Aspekte enthielt. Eine allegorische Erzählung (VII.Kap.) schloß das erste Heft ab.

Zum Problem der Periodizität nahm Justi in der Vorrede des ersten Heftes Stellung:

"Ich will mich nicht zu einer genauen Zeit verbindlich machen, in welcher allemal ein Stück erfolgen soll. Die Erfahrung hat mich allzuwohl gelehret, daß man nicht allemal hierinnen pünctlich seyn kann."

Er versprach jedoch seinen Lesern, nicht länger als drei Monate zwischen der Veröffentlichung der einzelnen Hefte verstreichen zu lassen. Die kürzeste Frist sollte sechs Wochen betragen. Im Jahre 1759 brachte Justi zwei Stücke heraus, 1760 erschien hingegen nur ein Heft. In einem "Avertissement" zu Beginn des vierten Heftes (1761) machte er hierfür "Kriegs-Unruhen und andere Umstände" verantwortlich. Er versicherte, die "Fortgesetzten Bemühungen" in Zukunft als Zweimonatsschrift zu publizieren. Die Zeitschrift endete jedoch mit dem vierten Stück ohne Angabe von Gründen, obwohl Justi sich ohne Zweifel um Kontinuierung des Journals bemüht hatte.

Die Kollektivität ergab sich aus der Zusage an das Publikum, die "Fortgesetzten Bemühungen" in gleicher Weise zu gestalten wie die Vorgängerin.

Publizität ist für dieses Periodikon fraglos nur unter Fachleuten angestrebt worden. Im "Avertissement" zum vierten Heft (1761) bezog sich Justi ausdrücklich auf "ansehnliche Gelehrte" als Leser.

Die Frage nach der Soziabilität der "Fortgesetzten Bemühungen" muß verneint werden.

b) Das Programm der Zeitschrift

Justi beabsichtigte, die "Fortgesetzten Bemühungen" in ähnlicher Weise wie die "Neuen Wahrheiten" zu redigieren. Damit war das Programm dieser Publikation abgesteckt:

"Ich werde die zwey großen Gegenstände, die Naturkunde und das gesellschaftliche Leben der Menschen, die ich dort zum Augenmerk gehabt habe, auch hier zum Endzweck behalten; und ich werde mir Mühe geben, daß dasjenige, was ich in dieser periodischen Schrift der Welt mittheile, der Aufmerksamkeit meiner Leser würdig ist, und diesen zwey Gegen-

ständen wirklich zum Vortheil gereichet." [1]

Doch erweiterte der Herausgeber den Rahmen der Zeitschrift in zweierlei Hinsicht. Angesichts der zeitgenössischen Presse war er sich darüber klar geworden, daß eine unterhaltende Note die Wirkung des neuen Wirtschaftsperiodikons auf das Publikum erhöhen und die Verbreitung des Blattes steigern würde. Zudem mochte ihn der Erfolg seines satirischen und moralischen Journals, den "Ergetzungen einer vernünftigen Seele", bewogen haben, die gelehrt-wissenschaftliche Kost mit amüsant-erbaulichen Beiträgen zu würzen.

> "Jedoch werde ich nicht allemal die Wahrheit, wie sie ist, vortragen. Ich werde sie zuweilen in eine scherzhafte Gestalt einkleiden; und ich hoffe dadurch sehr wenigen von meinen Lesern zu mißfallen." [2]

Eine weitere Neuerung im Programm der "Fortgesetzten Bemühungen" betraf die Rezensionen. Bereits in den "Neuen Wahrheiten" hatte Justi seinen Lesern versprochen, Buchbesprechungen einzurücken.[3] Doch hatte er hiervon zunächst abgesehen. Sein Vorhaben hatte er nach eigenem Eingeständnis aufgegeben, da er "allerley Bedenklichkeiten gefunden habe." Er verschmähte Rezensionen, die nichts als einen "mageren Auszug aus dem Inhalte" wiedergaben. Zudem bedrückte ihn (auch) die Angst vor Unannehmlichkeiten nach einer freimütigen Bewertung neuer Schriften. Unterdessen hatte er diese Besorgnis aufgegeben und hielt es für verfehlt, "wenn man Menschen von einer üblichen Gemüthsbeschaffenheit zu schonen gedenket." Die Schwierigkeiten des Kritikers in seiner Zeit verhehlte Justi nicht:

> "Ich wenigstens habe den Haß und die Feindschaft solcher Leute erfahren, die ich nie beleidiget, mit denen ich nie einigen Umgang oder Zusammenhang gehabt habe, ja, die mich kaum, oder gar nicht von Persohn gekennet haben. Allemal aber sind es Leuthe gewesen,

1) Vorrede zum 1.Heft
2) Ebenda. Zum Problem Meinungsbildung durch Unterhaltung vgl.: Haacke in: Publizistik 6.Jg. 1961,H.5/6,S.338-354
3) Vgl.: Kirchner, Geschichte I, S.87

die bey aller Schwäche und Kleinheit ihres Geistes, und bey ihren sehr eingeschränckten Wissen, etwas rechtes in der gelehrten Welt vorzustellen geglaubt, und mithin bloß aus denen Beweggründen eines niederträchtigen Neides gehandelt haben." [1]

Von wahrsten Gelehrten erwartete er eine sachliche Reaktion. Sie wüßten sehr wohl, "wie leicht der eingeschränkte menschliche Verstand denen Fehlern und Irrthümern unterworfen ist."

Durch das ganze 18. Jahrhundert zogen sich die Auseinandersetzungen um das Rezensionswesen.[2] Bereits Bernhard Julius von Rohr hatte in seiner "Einleitung zur Staats-Klugheit" (1718) mancherlei Mißstände gerügt. Er gab zu, daß die Rezensenten all denen, die aus Bequemlichkeit oder Zeitmangel nicht zu eigener Lektüre kämen, einen Eindruck von einer neu herausgekommenen Schrift vermittelte. Sie böten somit einen Ausschnitt der "Polyhistorie in nuce". Ein Teil der Besprechungen - so tadelte Rohr - taugte wenig oder nichts: "ihre Autores sind mehr vor Pasquillanten zu achten, die andere ehrliche Leute durchziehen, denn glimpfflich von den Schrifften raisoniren." [3] Häufig beruhten ihre Urteile nicht auf gewissenhafter Prüfung der Wahrheit. Vielmehr treibe sie ihr Neid dazu, "einen Autori, deßen Schrifften, ihrer üblen Vorstellungen ungeachtet, dennoch Approbation gefunden, Thort zu thun." [4] Der Vorteil der Anonymität der Journale verleitete sie umso eher zur Verleumdung.

Ebenso wie Rohr und anderen Zeitgenossen ging es Justi um aufrichtige Beratung des Lesers. Buchkritik als Mittel polemischer Auseinandersetzung lehnte er ab. Entschieden forderte er hingegen eine ausreichende Qualifikation des Kritikers:

---

1) Vorrede zum 1. Heft.
2) Zur Entwicklung der Kritik vgl.: Groth, Die unerkannte Kulturmacht, Bd. 4, S.313 ff.
3) a.a.O., S.456
4) a.a.O., S.457

"die große Menge mittelmäßiger und schlechter Schriften, die in denen Wissenschaften zum Vorschein kommen, die ich hier zu Gegenständen erwählet habe, und die dem ohngeachtet an dem größten Theil der Journalisten und gelehrten Zeitungsschreibern, deren Erkenntniß in diesen Wissenschaften nicht selten eben so gering ist, ihre Ausrufer finden. Der Fehler liegt wohl ohne Zweifel daran, daß es zeither fast zur Gewohnheit geworden ist, daß sich Leuthe zu Journalisten aufwerfen, die gleichsam ihren ersten Auftritt in der gelehrten Welt mit dem Amte eines Kunstrichters machen; da sich doch die Sache ganz umgekehrt verhalten, und sich vernünftiger Weise niemand unterstehen solte, andre Gelehrte zu beurtheilen, bis er nicht in allen Wissenschaften, worinnen er seine critische Weisheit auszukramen gedenket, von seiner eignen Fähigkeit und genugsame Proben abgelegt hätte." 1)

Ehrlichkeit und fachliches Können seien überdies nicht nur für Zeitschriftenpublizisten unabdingbar. In gleichem Maße müßten diese Qualitäten für die Journalisten der Zeitungen gelten, deren niedriges Niveau oft Ziel seiner Angriffe war.

Justis Urteil über das Rezensionswesen seiner Zeit wirkte indes allzu pauschal. Die beanstandeten Mängel konnten hauptsächlich den politischen und historischen Journalen zur Last gelegt werden. In den Wirtschaftszeitschriften hatte man sich frühzeitig in sachlichen Besprechungen und Beurteilungen geübt. Zincke und Moser waren hier Vorbilder.

Seinen Lesern gab Justi zum Schluß seines Programms das Versprechen:

"ich werde niemals urtheilen ohne mein Urtheil durch die deutlichsten und überzeugendesten Gründe zu bestärken. Nichts als die Wahrheit, die Erweiterung der menschlichen Erkenntniß und das Beste der menschlichen Gesellschaft sollen meine Triebfedern seyn." 2)

1) Vorrede zum 1. Heft
2) Ebenda

c) Wirtschaft, Staat und Gesellschaft in der Darstellung der "Fortgesetzten Bemühungen"

In den "Fortgesetzten Bemühungen" nahmen Abhandlungen über Probleme der Wirtschaftspolitik größeren Raum ein als Aufsätze über Fragen der praktischen Ökonomie oder der Mineralogie. Sie haben in dieser Zeitschrift das Übergewicht.

Justi benutzte diese Zeitschrift häufig, um seine Leser vor einseitigen und doktrinären Auffassungen mancher Zeitgenossen zu warnen. So legte er in den "Betrachtungen über das Verboth der Einführe fremder Waaren" [1] dar, aus welchen Gründen er ein striktes Importverbot für schädlich hielt. Vielmehr befürwortete er ein behutsames Vorgehen bei Einfuhrbeschränkungen. Schon aus rein wirtschaftlichen Gründen sprach er sich gegen rigorose Maßnahmen aus. Außerdem hielt er eine völlige Unterbindung des Schleichhandels für illusorisch. Deshalb riet er, einen gewissen Zoll zu erheben, statt dem Import gänzlich zu unterbinden:

> "Solche gewaltsame Maaßreguln wirken heimliche Feindschaften, die sich manchmal zu großen Nachtheil des Staates äußern; und ziehen nichts gewissers als Repressalien nach sich, wo durch wir unsern Landeswaaren den Eingang in fremde Länder versperret sehen." [2]

Durch seine wirtschaftliche Konzeption gab er seinem Publikum zu verstehen, daß ein Denken in engen nationalen Grenzen letzlich ein Schnitt ins eigene Fleisch bedeutete. Weit mehr als mancher doktrinär eingestellte Zeitgenosse begriff Justi, daß die Wirtschaft eines Landes nur in dem Gefüge der Vielfalt und Vielheit der einzelnen Staatswirtschaften und in einem sinnvollen Zusammenwirken mit diesen aufblühen könnte. Er gab ohne Umschweife zu, einst selbst einem verbreiteten Irrtum über die Richtigkeit einer wirtschaftspolitischen Maßnahme erlegen zu sein:

---

1) 3.St., S.323-347
2) ebenda, S.346

"Da ich ehedem in meinen Schriften das Verboth der Einfuhre der fremden Waaren, davon wir die nämlichen im Lande gewinnen, gebilliget, ja! vor nothwendig gehalten habe; so habe ich es vor eine gewisse Pflicht angesehen, die Gründe meiner geänderten Meinung der Welt ausführlich vor Augen zu legen. Ich würde mir selbst Vorwürfe gemacht haben, eine bessere Erkenntnis zu verschweigen." 1)

Im Unterschied zu den "Neuen Wahrheiten" schnitt Justi in deren Nachfolgeschrift ausführlich Themen der Preispolitik an. In der "Abhandlung von den Policey-Taxen" 2) lenkte er die Aufmerksamkeit auf die Bedeutung der Preisbildung bei wichtigen Bedarfsgütern:

"Wenn je eine Sache die Aufmerksamkeit der Regierung verdienet, so ist es der wohlfeile Preis der Lebensmittel und anderer unentbehrlichen Dinge." 3)

Das Preisniveau bei Nahrungsmitteln sah er in seiner Auswirkung auf den Außenhandel: da sich der Arbeitslohn nach den Lebenshaltungskosten richtete, wären bei mäßigen Preisen geringere Produktionskosten zu veranschlagen. Das komme unmittelbar dem Export zugute. Die Rolle des Exports aber schätzte der Kameralist Justi hoch ein:

"Der auswärtige Absatz der Landeswaaren aber ist der vornehmste Grund des gesamten Nahrungsstandes, worauf dessen Thätigkeit und Lebhaftigkeit am meisten ankommt." 4)

Das Niveau der Lebensmittelpreise, so argumentierte er weiter, wäre von größtem Gewicht für solche Personenkreise, die nicht mehr im Erwerbsleben stünden. Eine Teuerung schädigte vornehmlich all jene, die von Renten lebten. Mit dieser Begründung verlangte Justi vom Staat intensive Bemühungen, die Nahrungsmittelpreise auf annehmbarer Höhe zu halten. Hierzu sah er die Polizei-Taxe als geeignetes Mittel an. Nur durch sie war es nach seiner

1) Ebenda, S.347
2) J.St., S.357-380
3) Ebenda, S.357
4) Ebenda, S.358

Auffassung möglich, übertriebenes Profitstreben wirksam einzudämmen und somit einen Ausgleich zwischen dem Gewinnstreben des einzelnen und dem Interesse der Allgemeinheit zu erzielen.

Eine staatlich gelenkte Preispolitik war für Justi umso dringender, als die Festsetzung der Polizeitaxen nur an wenigen Orten nach einheitlichem Plan gehandhabt wurde. Er warnte vor der Annahme, Lebensmittelpreise könnten ohne Schwierigkeiten auf einem niedrigen Stand gehalten werden. Um die ständige Teuerung zu bremsen, schlug er vor, alle "Materialien zu denen Lebensmitteln", die Grundstoffe also, von Taxen freizuhalten.

Sehr wohl erkannte Justi die Abhängigkeit des Preises von der Relation zwischen Angebot und Nachfrage:

> "Eigentlich beruhet der Preis einer jeden Waare auf zweyerley Umständen, auf ihrer Unentbehrlichkeit und auf ihrer Seltenheit. Die Unentbehrlichkeit nöthiget die Menschen zum Kaufe; und die Seltenheit verursachet eine große Concurrenz von Käufern, davon einer immer mehr zu geben bereit ist, als der andere, um den Vorzug zu haben." [1]

Im Anschluß an eine Aufzählung derjenigen Waren, die mit einer Taxe zu belegen seien[2], gab er zu bedenken, daß energische Strafen für Verstöße gegen die Polizeigesetze allein nicht ausreichten.

> "Das beste und wirksamste Mittel zu Aufrechterhaltung der Policey-Taxen, ist der Flohr des Nahrungsstandes, und eine große Concurrenz und Zusammenfluß von Verkäufern und Arbeitern, die mit einander um den Vorzug des Absatzes und der Arbeit eifern. Denn alsdenn werden sie von selbst billig seyn, sich mit einem mäßigen Gewinnst ~~zu~~ begnügen, und ihren hauptsächlichsten Vortheil in der Menge des Absatzes suchen." [3]

---

1) Ebenda, S.361-362
2) Beim Großhandel riet er von einer Belegung mit Taxen vollständig ab, da "die Freyheit sein wesentlicher Charakter" sei.
3) a.a.O., S.380

Das Verhältnis von Angebot und Nachfrage hätte demnach in der Preisbildung eine regulierende Funktion.

Der Stärkung des Staates galt auch in den "Fortgesetzten Bemühungen", ebenso wie in den "Neuen Wahrheiten", Justis Aufmerksamkeit.

Als erster kameralistischer Zeitschriftenpublizist war Justi für die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht eingetreten. Bei diesem Vorschlag spielte der Gedanke an einen rein militärischen Machtzuwachs eine nebensächliche Rolle. Ziel der Maßnahme sollte die Konsolidierung der staatlichen Unabhängigkeit sein. Aus ähnlichen Motiven forderte Justi nun den Aufbau einer Kriegsflotte. In der Betrachtung über "Das Vorurtheil Von denen großen Kosten einer Seemacht" [1] versuchte er seinen Lesern die These glaubhaft zu machen, daß ein Staat ohne Seemacht nicht darauf rechnen könne, einen nennenswerten Außenhandel und eine beachtenswerte Schiffahrt zu entwickeln. Voraussetzung für den Aufbau einer Flotte jedoch war nach Justis Überzeugung die vernünftige Lenkung der Staatswirtschaft.

So waren seine militärpolitischen Überlegungen stets wirtschaftspolitisch motiviert. Niemals trat er dafür ein, das militärische Potential eines Staates in den Dienst machtpolitischer Expansion zu stellen. Auch fehlte bei ihm die Vorstellung, ein Heer oder eine Kriegsflotte habe ausschließlich der Stärkung des absolutistischen Systems zu dienen.

Die Idee eines gerechten Friedens, die Justi in mehreren Traktaten öffentlich propagiert hatte, und deren Aufrichtigkeit - bei allen Vorbehalten gegenüber seinen menschlichen Eigenarten - nicht anzuzweifeln ist, klang auch in den "Fortgesetzten Bemühungen" durch. In der Erzählung "Die Räuber von verschiedenen Arten" [2] polemisierte Justi gegen die Unsinnigkeit der Völkerkriege. Die Staatsführung so lautete sein Credo, dürfe die Landesarmee niemals zu Gewalttätigkeiten gegenüber anderen Völkern mißbrauchen:

1) 1.St., S.57-64
2) 4.St., S.468-476

"Würden wohl die Völker einander bekriegen, wenn sie wahrhaftig vernünftig wären? Würden sie nicht einsehen, daß sie im Grunde nichts anders thun, als Raubereyen ausüben, und daß sie dadurch ihren Feind aufmuntern, eben dergleichen Raubereyen gegen sie vorzunehmen?" [1]

Es sind Leitgedanken der Aufklärung, die solchen Äußerungen zugrunde liegen: der Glaube an die Fähigkeit des Menschen, sich in seinem Handeln den Grundsätzen der Vernunft zu unterwerfen; letzlich die Hoffnung auf die Einsicht der Völker, nationale Emotionen rationalen Überlegungen unterzuordnen.

"Die Maaßreguln in dem gesellschaftlichen Leben sein Glück zu machen, sind vor diese periodische Schrift gar kein fremder Gegenstand." [2] Justi verstand es sehr geschickt, sein Talent zu satirischer Darstellung insbesondere beim Angreifen korrupter Erscheinungen in der Gesellschaft zu entfalten. Christian Thomasius mit den "Monatsgesprächen" muß zu seinen Lehrmeistern in der Kunst der Satire gerechnet werden.[3] "Der kluge Beförderer seiner Angelegenheiten, oder die Begebenheiten des Herrn Schnöders" [4] stellen eine der offensten gesellschaftskritischen Äußerungen Justis dar. Die Leichtigkeit, mit der sich beruflich unbegabte und charakterlich wenig ersprießliche Emporkömmlinge durch Heuchelei und Betrug bei hochgestellten Persönlichkeiten in Staat und Gesellschaft einzuschmeicheln vermochten und Einfluß gewönnen, ist Zielscheibe des beißenden Spottes Justis.

---

1) Ebenda, S.468
2) 2.St., S.173, Anmerkung
3) Vgl.: Haacke, Die politische Zeitschrift, 1.Band, Stuttgart 1968
4) 2.St., S.173-190

d) Probleme der Publizistik

Im Rahmen der "Fortgesetzten Bemühungen" äußerte sich Justi wiederholt zu aktuellen Fragen der zeitgenössischen Publizistik. Hatte er in seiner Vorrede bereits die Mißstände im Rezensionswesen angegriffen, so nahm er in der Abhandlung "Von der Aufnahme des Buchhandels und des Druckerey-Wesens" [1] kritisch zu Zensurproblemen Stellung.

Nach Justis Ansicht verdiente das Druckereigewerbe gleiche Beachtung wie alle anderen Manufakturen, da es einer stattlichen Zahl von Personen Arbeitsplätze gab und den Geldabfluß ins Ausland verhindern half. Er sah jedoch zunächst das Buch in seiner gesellschaftlichen Funktion als Medium zwischenmenschlicher Kommunikation:

> "... die Erfindung der Buchdruckerkunst, und die daraus entstandene Leichtigkeit, die Ausgeburthen des Verstandes gemein zu machen, vervielfältiget die Bücher auf eine unglaubliche Art, die immer ihre Käufer finden, theils aus Eitelkeit grosse Bibliothecken zu besitzen, theils aus einer gewissen Nothwendigkeit, welche gründliche Gelehrte vor sich sehen, daß ihnen dasjenige nicht unbekannt seyn darf, was in ihrer Hauptwissenschaft geschrieben ist, am meisten aber aus einem Verlangen, sich zu unterrichten, oder sich wenigstens die Zeit zu verkürzen."[2]

In den Mittelpunkt seiner Betrachtungen rückte Justi die verschiedenen Möglichkeiten, die Verbreitung dieses Kommunikationsmittel zu fördern. Trotz mancher Ähnlichkeiten verkannte er nicht die spezifische Sonderstellung des Buch- und Druckereiwesens im Vergleich zum übrigen Manufakturwesen. Fraglos spielte hier wie in anderen Betrieben das Streben nach minimalen Materialkosten, niedrigen Arbeitslöhnen und wohldurchdachter Organisation eine ausschlaggebende Rolle. Bei diesem Wirtschaftszweig müßte überdies noch die entscheidende Bedeutung der Korrektur

1) 4.St., S.477-498
2) Ebenda, S.478

berücksichtigt werden. Sie sei "das wesentliche von der innerlichen Güte eines Druckes." [1]

Als weitere Sonderbedingung bezeichnete Justi die Zensur. Ausländische Schriftsteller vermieden es tunlichst, ihre Schriften in einem Lande mit strengen Zensurverhältnissen zu publizieren. Aufgrund solcher Erfahrungen sahen Landeseinwohner häufig ebenfalls von einer Veröffentlichung ab. Justi machte die Willkür der Zensurbeamten für die Behinderung der Informationsfreiheit verantwortlich:

"Denn da der Schriftsteller nicht voraussehen kann, was vor sonderbare Grillen dem Censori bey Durchlesung des Manuscripts einfallen werden; so vermeidet er lieber in einem solchen Lande etwas drucken zu lassen; weil es genug andere Länder giebt, wo man einer unbilligen Censur halber die Nahrung der Druckereyen nicht hintert." [2]

Ohne Frage zielte er mit diesen allgemein gehaltenen Bemerkungen auf die jeweilige Zensurgesetzgebung in einzelnen deutschen Fürstentümern. Scharf ging er mit den Zensurverhältnissen in Halle ins Gericht, wo die Universität eine rigorose Überwachung aller Publikationen ausübte. Im Gegensatz zu Leipzig hätte Halle dadurch nicht zu einem Zentrum des Buchhandels werden können.

Grundsätzlich sprach sich Justi gegen die Ausübung der Zensur durch Universitätsbehörden aus, da es diesen an Überblick über die Gesamtheit des staatlich-politischen Lebens mangelte. Er vertrat die Auffassung, daß nur solche Persönlichkeiten zur Zensur befähigt wären, die über hinreichende Einsicht in alle Bereiche des Staatsorganismus verfügten. Justi faßte die Zensur als eine Polizei-Anstalt auf. Sie eignete sich nur für

"diejenigen, welche Einsicht in den Zusammenhang des Nahrungsstandes, und den Willen haben, dessen Aufnehmen zu befördern; eine Sache, welche viele Professoren ihrer Leidenschaften halber sehr wenig zu

---

1) Ebenda, S.495
2) Ebenda, S.497

Herzen nehmen. Dieses verstehet sich von der Censur über Bücher, so die Wissenschaften betreffen. Ein anderes ist es von Piecen, welche in die Staats-Angelegenheiten einschlagen. Diese Censur gehöret vor die Staats-Bedienten, weil dieselben am besten wissen, was nach der Lage der jedesmaligen Umstände des Staats zu drucken erlaubet werden kann, oder nicht." [1]

Ohne detaillierter auf Maßstäbe und Normen, nach denen sich eine Zensur zu richten habe, einzugehen, protestierte Justi energisch gegen jegliche willkürliche Überwachung herauskommender Schriften.

Für die Abhandlung "Von der Aufnahme des Buchhandels und des Druckerey-Wesens" ist die Verkoppelung wirtschaftlicher und publizistischer Aspekte bezeichnend. Justi setzte sich in dieser Betrachtung dafür ein, dem Kommunikationsmittel Buch weiteste und ungehinderte Verbreitungsmöglichkeiten zu sichern. Aus diesen Erwägungen protestierte er entschieden gegen ein Verbot des Buchimports. Eine Einteilung in Qualitätsgruppen beim Einführen ausländischer Schriften hielt er für sinnlos. Er zweifelte vor allem an dem Vorhandensein kompetenter Richter,um eine solche Bewertung vorzunehmen.

Andererseits wandte er sich dagegen, daß sich manche Buchhändler nur auf den Import zu legen schienen. Dadurch gingen dem Staate erhebliche Geldsummen verloren. Nur im Druck und Verlag einheimischer Publikationen erblickte er die Grundlage für einen gewinnbringenden Buchhandel.

Als weitere Voraussetzung hierfür nannte er die Güte der Bücher, da Qualitätsmängel den Absatz hemmten.

Als Vorbild stellte Justi dem Buchhandel und das Druckereiwesen in Leipzig hin, was nicht nur auf eine liberale Handhabung der Zensur zurückzuführen sei. [2]

---

1) Ebenda, S.498

2) Justi gab an, daß hier vier bis fünf Buchhandlungen einen jährlichen Reingewinn von 9000 bis 12000 Reichstalern erzielten; a.a.O., S.480

Ausgehend von einer Schilderung der Leipziger Verhältnisse forderte er:

"Der Handel muß mit Büchern getrieben werden, die im Lande gedruckt und verlegt sind, diese Bücher müssen gut seyn, und sie müssen wohlfeilen Preißes gegeben werden." [1]

In der periodischen Wirtschaftspresse der Zeit ist das Thema der Zensur - wenn überhaupt - nur sehr vorsichtig angeschnitten worden. Publizisten wie Zincke und Hohenthal identifizierten sich zu sehr mit dem Regime des Absolutismus, als daß sie das Recht der Obrigkeit auf Zensur in Frage gestellt hätten. Die Unfehlbarkeit des Monarchen wurde besonders von Zincke niemals in Zweifel gezogen. Justi hingegen hatte mehrfach mahnend auf Schwächen des Systems und seiner Träger hingewiesen. [2] Doch hütete er sich verständlicherweise, in Bezug auf Presse- und Publikationsfreiheiten gegenüber der Staatsautorität ähnlich mutige Forderungen zu erheben, wie es einige Jahrzehnte später August Ludwig von Schlözer gewagt hat.

e) Die Wirkung der Zeitschrift auf die zeitgenössische Öffentlichkeit

Die unmittelbare Wirkung der "Fortgesetzten Bemühungen" auf die Zeitgenossen ist schwer abzuschätzen. Offenbar hat niemand die vier Hefte dieser Zeitschrift in anderen Periodika besprochen. Bei Justi selbst sind keinerlei Angaben über die Resonanz in Kreisen der Leserschaft nachzuweisen. Ebenso wie die "Neuen Wahrheiten" richtete sich dieses Nachfolgejournal überwiegend an ein akademisch gebildetes und gelehrtes Publikum. Es war nicht als Organ der wirtschaftlichen Aufklärung breiterer Volksschichten gedacht.

1) Ebenda
2) Vgl. hierzu: Schneider, a.a.O., S.89

- Für die weitere Entwicklung des wirtschaftswissenschaftlichen Fachzeitschriftenwesens sind die "Neuen Wahrheiten" und die "Fortgesetzten Bemühungen" ohne Bedeutung geblieben. Ebenso wenig wie diese beiden Periodika es vermochten, eine gemeinschaftsbildende Wirkung auszuüben, waren sie Ausgangspunkt neuer Zeitschriftengründungen. Während pressehistorische Quellen immer wieder belegen können, welch eminente Rolle den "Leipziger Sammlungen" Zinckes einst als Initiator zu ähnlich gestalteten Publikationen zukam, fehlen jegliche Hinweise dieser Art hinsichtlich der beiden ersten periodischen Wirtschaftsschriften Justis.

Eine solche Feststellung schmälert nicht den Wert dieser Zeitschriften für einzelne Fachdisziplinen.

8.) Justis "Göttingische Policey-Amts Nachrichten" (1755 - 1757)

a) Zur Vorgeschichte der "Göttingischen Policey-Amts Nachrichten"

Justi gebührt das Verdienst, die erste Wirtschaftszeitschrift - in Form eines Intelligenzblattes - in Göttingen herausgegeben zu haben.

Wissenschaftliche Periodika konnten sich in dieser Stadt naturgemäß in nennenswertem Umfang erst nach der Gründung der Universität (1737) herausbilden. Führende Zeitschriftenstandorte in der ersten Jahrhunderthälfte waren die Messestädte Leipzig und Frankfurt/Main, daneben hatten sich Hamburg, Jena und Halle einen beachtlichen Ruf erworben. Neben Berlin trat dann im vierten Jahrzehnt Göttingen unter denjenigen Städten, in den Zeitschriften erschienen, hervor.[1)]

Das erste Journal wurde hier von 1732 bis 1733 unter dem Titel "Der Bürger Oder Zufällige Gedanken über allerhand bürgerliche Pflichten" von Friedrich Christian Neubur herausgegeben. Es handelte sich um eine unterhaltende und moralische Sittenschrift, wie es der herrschenden Zeitmode entsprach. Ebenso kurzlebig waren die folgenden Zeitschriftengründungen in dieser Stadt. Die von Samuel Christian Hollmann im Jahre 1735 gegründeten unterhaltenden und belehrenden "Wöchentlichen Nachrichten", ebenso die von Johann Ernst Philippi 1736 edierte Unterhaltungsschrift: "Der Freydenker" konnten sich kein langes Erscheinen sichern.

In der Spanne von 1732 bis 1739 wurden in Göttingen zehn Zeitschriften inauguriert [2)], darunter das erste theologische Fachorgan ("Göttingische Nebenstunden", 1738-40). Die für die Nachwelt bedeutendste Gründung waren die "Göttingischen Zeitungen von gelehrten Sachen", die 1739

1) Vgl.: Kirchner, Geschichte I, S.61
2) ebenda Vgl.: Kirchner, Grundlagen I, S.34

erstmals veröffentlicht wurden (ab 1752 unter dem Titel: "Göttingische Anzeigen von gelehrten Sachen").

All jenen Journale, ob allgemeinwissenschaftlichen, unterhaltenden oder theologischen Inhalts, war es nicht beschieden, den Ruf Göttingens als Editionsort in die Welt zu tragen. Das sollte erst August Ludwig von Schlözer mit seinem "Briefwechsel" (1775-1782) und seinen "Staats-Anzeigen" (1782-1795) gelingen.

In keinem Falle konnte Justi in Göttingen auf eine Tradition zurückgreifen, als er ein Intelligenzblatt ins Leben rief. Periodika kameralistischer oder ökonomiewissenschaftlicher Richtung hatte es hier vor ihm noch nicht gegeben. Wurden derartige Themen bis dahin überhaupt in den Journalen der Universitätsstadt aufgegriffen, so fanden sich entsprechende Beiträge nur ganz vereinzelt in den allgemeinwissenschaftlichen Organen, die zudem auf einen exklusiven Leserkreis begrenzt blieben.

Als Justi im Jahre 1755 als Oberpolizeikommissar nach Göttingen berufen wurde und die Erlaubnis zu Kollegs über Kameralwissenschaften und über die Stadt- und Landökonomie erhielt, schnitt er in seiner Antrittsvorlesung: "Abhandlung von den Mitteln die Erkenntniß in den oeconomischen und Cameral-Wissenschaften dem gemeinen Wesen recht nützlich zu machen" [1] die Frage des Intelligenzwesens und der Intelligenzblätter an. Er nannte das Intelligenzwesen "eine sehr glückliche Erfindung unserer Zeiten." [2] Doch schienen ihm die "Materien, die gemeiniglich ... abgehandelt werden, gänzlich wieder den Endzweck zu sein." [3] Er sah keinerlei Sinn in der Veröffentlichung von Abhandlungen über historische Themen, von Aufsätzen über das Münzwesen, die Rechtgelehrsamkeit, die Philosophie oder Religion.

---

1) in gedruckter Fassung erschienen im gleichen Jahre in Göttingen.- Zincke berichtete darüber in seinen "Leipziger Sammlungen", 12.Bd. 135.St., S.210-213("Neue Intelligenzblätter")
2) a.a.O., S.16
3) a.a.O., S.17

"Hier solten keine andere Abhandlungen Platz finden, als die zum Vortheil der Commercien, der Manufacturen, der Fabriken, der Handwerke, des Ackerbaues, der Viehzucht und andrer Stadt- und Landnahrungsgeschäfte gereichen, oder die sonst zum Besten des Nahrungsstandes und des bürgerlichen Lebens etwas beytragen können." [1)]

Justi forderte von den Publizisten der Intelligenzblätter berufliche Qualifikation, was vor allem Erfahrungen in den "oeconomischen Wissenschaften" voraussetzte. Den Vorteil dieses Kommunikationsmittels sah er nicht in der Möglichkeit zur Propagierung rein theoretischen Wissens. Das Intelligenzblatt war für ihn ein Mittel um das Interesse der Untertanen an Handel und Gewerbe sowie am Manufakturwesen zu wecken. Es war nach seiner Vorstellung in der Hauptsache ein Medium zur Vermittlung praktischer Kenntnisse.

Diese in der Antrittsvorlesung von 1755 geäußerten Gedanken Justis zur Gestaltung und Redaktion der Intelligenzblätter waren wegweisend für die im gleichen Jahre neu erscheinenden "Göttingischen Policey-Amts-Nachrichten."

b) Die Struktur des Intelligenzblattes

Die "Göttingischen Policey-Amts-Nachrichten" erschienen vom 4. Juli 1755 bis zum 11. Juli 1757. Gedruckt wurden sie bei Johann Friedrich Hager, den Verlag übernahm die Vandenhöksche Buchhandlung.

Ausgegeben wurde das Intelligenzblatt jeden Montag und Freitag. Der Umfang pro Woche betrug zwei halbe Bogen. Für einen halben Bogen (das heißt für eine Ausgabe des Blattes) waren laut Ankündigung auf Druckpapier 4 Pf., auf Schreibpapier sechs Pf. zu zahlen. Ein kompletter Jahrgang einschließlich Register sollte vierteljährlich im voraus zahlenden Abonnenten auf Druckpapier zwei Gulden, auf Schreibpapier einen Reichstaler und vierundzwanzig Mariengroschen kosten. Dieser Preis ist als relativ niedrig zu bezeichnen.

1) a.a.O., S.17

Über die Höhe der Auflage dieses Intelligenzblattes läßt sich lediglich anhand eines "Avertissements" vom 4. April 1757 (Nr. XXVII) Aufschluß gewinnen. Hierin wurde mitgeteilt: "Da die Zahl der 200 Subscribenten auf dem ersten und zweyten Theil dieser Intelligenz-Blätter ... noch nicht völlig erfüllet ist; so wird hiermit die Subscriptions-Zeit bis auf den 16ten April prolongieret." [1)]

Jede Ausgabe der "Göttingischen Policey-Amts Nachrichten" war in vier, die Kollektivität des Blattes in hohem Maße gewährleistende Abteilungen gegliedert:

I.) Gelehrte Abhandlungen zum Vortheil des Nahrungsstandes
II.) Policey-Amts Verordnungen
III.) Policey-Taxen und Markt-Preise
IV.) Nachrichten für Privatpersonen im Interesse des Nahrungsstandes.

In der vierten Abteilung wurde Inserenten die Möglichkeiten gegeben, Anzeigen aufzugeben. Kurze Nachrichten (bis sechs Zeilen) kosteten drei Mariengroschen, längere Nachrichten sechs Mariengroschen.[2)]

Die in der ersten Nummer vom 4. Juli 1755 vom Herausgeber in Aussicht gestellte Periodizität des Intelligenzblattes wurde strikt gewahrt. In der letzten Ausgabe vom 11. Juli 1757 (Nr. LIV) kündigte Justi eine zeitweilige Unterbrechung der Publikation an, als Grund wurde eine bevorstehende Reise angegeben. Doch kehrte Justi nicht mehr nach Göttingen zurück. Die "Göttingischen Policey-Amts Nachrichten" hatten damit ihr Ende gefunden.

---

1) Zur Entwicklung der Auflage der Intelligenzblätter vgl.: Handbuch der Zeitungswissenschaft, Teil II, Sp. 1821-1823

2) Der Anzeigenpreis war bei den Intelligenzblättern im 18. Jahrhundert erheblichen Schwankungen ausgesetzt. Erst in der zweiten Jahrhunderthälfte begann sich ein einheitlicher Zeilenpreis - seitdem Grundlage der Anzeigenpreisberechnung überhaupt - herauszubilden. Vgl.: Handbuch der Zeitungswissenschaft, Teil II, sp. 1823 - 1824.

c) Das Programm des Intelligenzblattes

Die Themenkreise, die Justi in seinem Intelligenzblatt anzuschneiden gedachte, waren durch die Untergliederung in die vier verschiedenen "Abteilungen" angedeutet. Nähere Einzelheiten des Programms der "Policey-Amts Nachrichten" erläuterte er in dem einleitenden Artikel "Von der Absicht und Einrichtung dieser Blätter." [1] Hier hat der Herausgeber zunächst seine in der Antrittsvorlesung vorgetragenen Ideen über die Aufgaben des Intelligenzwesens wiederholt. Handel und Gewerbe erforderten, so meinte er, in besonderem Maße rege Korrespondenz miteinander, was glücklicherweise von der Öffentlichkeit eingesehen worden sei:

> "Teutschland ist so glücklich, daß nunmehro in den meisten Landen ein der gleichen Intelligenzwesen mit großen Nutzen und Gefallen des gemeinen Wesens sich veranstaltet befindet." [2]

Ohne daß Justi in diesem Zusammenhang die "Leipziger Sammlungen" oder die "Oeconomischen Nachrichten", in denen Ziele und inhaltliche Gestaltung der Intelligenzblätter sowie Möglichkeiten zu ihrer Popularisierung debattiert worden waren, ausdrücklich erwähnte, stellte er ganz ähnliche Überlegungen hinsichtlich einer zeitgemäßeren Redaktion dieser Periodika an. Ebenso glichen seine Bedenken über deren Entwicklung denen Zinckes:

> "Es ist überall eingeführet, daß man gelehrte Abhandlungen in die Intelligenzbogen einrücket; und hierdurch eben sind diese Blätter denen Gelehrten am beliebtesten geworden ..."

So riet er auch hier, auf die Erörterung historischer oder juristischer Probleme zu verzichten.

> "Denn wenn dergleichen Abhandlungen allein vor die Gelehrten bestimmt sind; so könnten sie ihnen in Journalen und anderen Schriften auf eine viel schicklichere Art mitgetheilet werden." [3]

---

1) Nr. I v. 4.7.1757, S.1-3
2) a.a.O., S.2
3) Diese Bemerkung macht verständlich, weshalb sich die "Neuen Wahrheiten" und die "Fortgesetzten Bemühungen" ausschließlich an einen wissenschaftlich gebildeten Leserkreis richteten. Monatsschriften waren in Justis

Solche Erwägungen führten zur Formulierung des Programms der "Policey-Amts Nachrichten":

"Meines Erachtens solte man also die in denen Intelligenzblättern abzuhandelnden Materien hauptsächlich aus den Oeconomischen und andern dem Nahrungsstande unmittelbar zum Vortheil gereichenden Wißenschaften erwehlen; und in diesem Betracht hat man beschloßen in diese Blätter keine Abhandlung einzurücken, woraus nicht die Commercien und Gewerbetreibenden Persohnen einen wesentlichen Nutzen ziehen können."

Der Handel, die Manufakturen und Fabriken, das Handwerk, Brauereiwesen, der Gartenbau, die Land- und Stadtwirtschaft - auf all jene Gebiete beabsichtigte Justi, seine Aufmerksamkeit zu lenken. Er hoffte, den "mit diesen Nahrungsarten beschäftigten Persohnen allerley Vortheile an die Hand zu geben" und ihnen gründliches Wissen zu vermitteln.

Jedoch ging Justi in der Gestaltung seines Intelligenzblattes eigene Wege. Im Gegensatz zu den in Zinckes und Hohenthals Zeitschriften vertretenen Ansichten genügte es ihm offenbar nicht, diese periodischen Publikationen allein auf die Bedürfnisse breiter Bevölkerungskreise zuzuschneiden. In gleicher Weise wünschte er, Fachleute zu interessieren:

"Unterdeßen werden doch diese Abhandlungen solchergestalt ausgearbeitet werden, daß sie vielleicht auch von den Gelehrten mit einigen Vergnügen und Nutzen gelesen werden können."

Kennzeichnend für das Justische Programm war es demnach, populäre und gelehrte Abhandlungen zu verkoppeln. Doch hatte er längst erkannt, daß Belehrung, Vermittlung von Wissen und von Erfahrungen kaum genügen würden, um das Publikumsinteresse wachzuhalten. Aus diesen Gründen entschloß er sich von Nr. LXXXIX des Jahrganges 1756 an,

---

se geeignet. Ihren Zweck sah er im Ansprechen eines fachlich ausgewählten Publikums.

den Stil des Blattes zu ändern. Nachdem er Ziel und Aufgabe der "Policey-Amts Nachrichten" abermals präzisiert und seine Leser auf die Bedeutung einer gründlichen Darstellungsweise verwiesen hatte, gab er kund, in welcher Form er den Rahmen zu erweitern suchte:

> "Allein wir erwägen, daß diese durchaus ernsthaftige Vorstellung der Oeconomischen Gegenstände vielleicht nicht nach dem Geschmacke aller unserer Leser ist. Es wird eine besondere Begierde zu Oeconomischen Dingen erfordert, wenn sich ein Leser an solchen Abhandlungen vergnügen soll. Diese Begierde ist in Teutschland noch nicht sehr ausgebreitet. In der That bestehet auch die gröste Kunst eines Schriftstellers darinnen, daß er so wohl zu unterrichten als auch zu ergetzen suchet. Wir haben uns demnach vorgesetzet künftig das Angenehme etwas mehr mit dem Nützlichen zu verbinden; und wir hoffen dieses zu leisten, ohne uns allzu sehr von unsern Endzwecke zu entfernen..." [1].

Es war eine wesentliche Neuerung des Intelligenzblattes, auf offenkundige Leserwünsche nach unterhaltenden Beiträgen einzugehen. Diese Rücksichtnahme auf Anregungen aus Publikumskreisen ist als Versuch anzusehen, die Wirkung dieser Periodika in der Öffentlichkeit zu erhöhen.[2] Daß derartigen Experimenten im Endergebnis kein Erfolg beschieden war und die allmählich fortschreitende Abwertung des Intelligenzblattes nicht aufgehalten werden konnte, mag auf zwei Gründe zurückzuführen sein: den Charakter

---

1) "Der Krieg der Bienen, eine oeconomische Erzählung", a.a.O., S.353

2) Die von Hubert Max im Handbuch der Zeitungswissenschaft, Teil II, Sp. 1816 vertretene These, daß erst Friedrich Daniel Schubert 1775 in seinem "Ulmischen Intelligenzblatt" unterhaltsame und belehrende Beiträge in leicht lesbarer Form abzudrucken begann, bedarf der Korrektur. Eine solche Auflockerung hatte Justi ein Jahrzehnt zuvor eingeleitet.
Zu Verbindung von Belehrung und Unterhaltung in der Publizistik vgl.:Haacke, Publizistik-Elemente und Probleme, S.187 ff. Ferner: Everth, a.a.O., S.272.

dieser Publikationen als staatlich kontrollierte Kommunikationsmittel, der die Initiative jedes Herausgebers einengen mußte; ferner auf das sich immer stärker differenzierende und aufblühende Fachzeitschriftenwesen.

Als gewandter und neuen Ideen stets aufgeschlossener Publizist war Justi nie abgeneigt, sein Intelligenzblatt für Anregungen seitens der Leserschaft offen zu halten. Einige Zuhörer seiner Vorlesungen über Ökonomische und Kameralwissenschaften an der Universität Göttingen hatten ihn ersucht, diese Kollegs in den "Policey-Amts Nachrichten" anzuzeigen. Gern entsprach er diesem Wunsche, erklärte sich jedoch bereit, seinen Universitätskollegen das gleiche Recht zu gewähren, denn:

> "wenn diese Blätter solche Nachrichten in sich halten sollen, an welchem dem Publico etwas gelegen seyn kann; so kann man die Anzeige der Academischen Vorlesungen nicht davon ausschliessen; zumal, wenn solche Blätter in der Wohnung der Musen selbst zum Vorschein kommen." [1]

Das Programm der "Göttingischen Policey-Amts Nachrichten" versprach einen hohen Grad an Kollektivität, an Mannigfaltigkeit der Themen. Ihre Aufgabe lag in der Hauptsache nicht in der Publizierung rein lokaler Nachrichten und Tagesaktualitäten. Justis Vorsatz zielte auf die Darbietung eines umfassenderen Überblickes über das Wirtschaftsleben der Zeit. Er wollte das Intelligenzblatt somit über das Niveau eines Amtsanzeigers hinausheben.[2]

---

1) Nr. XXXII vom 19.4.1756, S.125

2) Der Ansicht Otto Groths (Geschichte, S.32, dagegen jedoch S.59), der die Intelligenzblätter den Zeitungen zuordnet, kann ich nicht zustimmen. Durch das Überwiegen von Abhandlungen, die den Tagesaktualitäten enthoben sind und eine Darstellung größerer Zusammenhänge anstreben, müssen die Intelligenzblätter meines Erachtens den Zeitschriften zugeordnet werden.

d) Wirtschaft, Staat und Gesellschaft in der Darstellung der "Göttingischen Policey-Amts Nachrichten"

Den Lesern tieferen Einblick in die vielfältigen Probleme der Kameralistik und der ökonomischen Praxis zu geben; neue vornehmlich der Praxis dienende Erkenntnisse und Vorschläge einem größeren Publikum zugänglich zu machen, das waren die wesentlichen Programmpunkte des von Justi edierten und redigierten Göttinger Intelligenzblattes.

Sein kameralistisches Wirtschaftsprogramm hat der Herausgeber mehrfach zu Beginn einzelner Abhandlungen über den Nahrungsstand, die Polizei oder die Ökonomie erläutert. Aus der Tatsache, daß er manche speziellen Themen der ökonomischen oder technischen Praxis durch ausführliche Darlegungen über das Wesen und die Zielsetzungen dieses Programms einleitete, ist der Wunsch nach Popularisierung abzulesen.

Justi legte erheblichen Wert auf größeres Verständnis der Prinzipien kameralistischer Import- und Exportpolitik. Den Artikel "Von dem Bau des süßen Holzes" [1] eröffnete er mit der Bekräftigung der damals als unumstößlich anerkannten Wahrheiten:

> "Der große Grundsatz der allgemeinen Landes-Wirthschaft ist, daß man so viel nur immer möglich zu verhüten suchet, daß kein Geld außer Landes gehet. Die unmittelbare Folge aus diesem Grundsatze ist, daß man alles was im Lande selbst erzeuget, und gewonnen werden kann, darinnen bauen und verfertigen muß."

Im Interesse einer wachsenden Verbreitung und intensiveren Wirkung des Intelligenzblattes spielte Justi bei derartigen Darstellungen seine Meisterschaft als Stilist aus und bevorzugte klar gegliederte und übersichtliche Satzkonstruktionen. Hierdurch gelang es ihm, seine Ideen den zum Teil akademisch oder wissenschaftlich nicht vorgebildeten Lesern näher zu bringen. Seine Argumente drohten niemals in einem Übermaß gelehrter Diktion zu ersticken.

1) Nr. XLI, 1757, S.161-163

Es ist nicht zu leugnen, daß das Intelligenzblatt auf diese Weise ein Mittel wurde, um weitere Kreise der bürgerlichen Öffentlichkeit mit drängenden Problemen des wirtschaftlichen und politischen Lebens der Zeit vertraut zu machen. Die "Policey-Amts Nachrichten" sind dank solcher Qualitäten auch außerhalb Göttingens bekannt geworden und erfreuten sich bald der Wertschätzung namhafter Fachgelehrter. So hielt es Johann Jakob Moser für angebracht, die einleitenden Abschnitte einer "Untersuchung, ob es rathsam sey, denen Manufacturiers und Fabricanten den einzeln Verkauf ihrer Waaren zu verstatten," [1] in seinen Stuttgarter "Schwäbischen Nachrichten" nachzudrukken.[2] Er tat dies unter ausdrücklichem Hinweis auf die Verfasserschaft Justis: "Laßt uns etwas ... von der Gedenckens-Art dises berühmten Mannes anführen!".

Justi eröffnete seine "Untersuchung" mit einigen knapp formulierten Thesen über die Grundlage des Wohlstandes:

> "Es ist wohl keinen Zweifel unterworfen, daß die Glückseeligkeit eines Staats auf einen blühenden Nahrungsstand großen Theils beruhet. Dieser blühende Nahrungsstand entstehet vornämlich aus zwey großen Quellen, aus der Arbeitsamkeit des Volkes und aus der vernünftigen Direction und Leitung aller Nahrungsarten und Gewerbe durch die oberste Gewalt. Beyde Quellen müssen nebeneinander vorhanden seyn. Die weisesten Policeygesetze helfen nichts, wenn das Volk nicht arbeitsam ist; und die Arbeitsamkeit des Volkes ist ohne Wirkung, ja sie wird so fort darnieder geschlagen, wenn in der Direction und Leitung des Nahrungsstandes allerley Fehler und Gebrechen statt finden."

Da der Nahrungsstand, den Justi als "das Triebwerk in der großen Maschine des Staats" bezeichnete, aufmerksamste Beachtung verdiente, wäre es Pflicht der Landespolizei, besonders das harmonische Zusammenwirken aller Gewerbe im Auge zu behalten. Von diesem Zusammenspiel der einzelnen

1) "Göttingische Policey-Amts Nachrichten" Nr. XXIII, 1756, S.89-91

2) 4.St. 1756, S.309-311

Bereiche des Nahrungsstandes untereinander und ihrem vereinten Beitrag zum Wohl der Allgemeinheit hing letzlich zu einem entscheidenden Teil der Aufschwung der Gesamtwirtschaft ab.

In seinem Intelligenzblatt hat es Justi nie versäumt, die Bedeutung der Polizeiwissenschaft zu betonen. Ihre Problematik legte er in dem gleichen Artikel dar:

"Um diesen so nöthigen Zusammenhang des Nahrungsstandes zu erhalten, sind eine Menge von Gesetzen und Anordnungen nöthig; und diese Gesetze sind der hauptsächlichste Gegenstand der Policey. Die Policey ist demnach eine Wissenschaft, worauf das Wohl der Staaten gar sehr ankomt. Es ist gewiß, daß diese Wissenschaft auf unstreitigen Grundsätzen beruhet, die aus dem Wesen und dem Endzwecke der Republiken und aus der Beschaffenheit des Landes abgeleitet und durch die Erfahrung blühender Reiche und Staaten bestätiget werden. Allein so unwandelbar die Grundsätze der Policeywissenschaft sind; so findet man dennoch, daß diese oder jene besondern Grundsätze zuweilen einigen Zweifel unterworfen werden. Diese Wissenschaft ist in allen ihren Theilen noch nicht genugsam ausgearbeitet; und vielleicht haben wir Teutsche hierauf noch weniger Fleiß verwendet, als unsere Nachbarn, die starke Handlung treiben."

In der Forderung nach einer ordnenden Lenkung des Wirtschaftsablaufs durch die staatliche Obrigkeit war ein wesentlicher Leitgedanke vieler Kameralisten angeklungen. Doch warnte Justi seine Leser vor der Annahme, staatliches Eingreifen gewährleistete allein den Wohlstand der Untertanen. In gleichem Maße forderte er die Entfaltung eigener Initiative und die Bereitschaft zu selbständigem Handeln als Voraussetzung allgemeiner Wohlfahrt; es sei unerläßlich, daß

"fleißige Bürger, die ihre und des Landes Wohlfarth lieb haben, von selbst dahin bedacht seyn müssen, solche ermangelnde Gewerbe, wobey sie keine besondere Unterstützung der Regierung nöthig haben, von selbst zu unternehmen." [1]

1) Nr.V, 1755, S.17

So nachdrücklich Justi auf die Notwendigkeit guten Einvernehmens der einzelnen Berufsgruppen untereinander hinwies, ebenso entschieden wandte er sich gegen eine Nivellierung zwischen den verschiedenen Ständen. Unmißverständlich vertrat er in der Abhandlung "Von der Ueppigkeit" [1] den Standpunkt, daß sowohl Einzelpersonen als auch einzelnen Bevölkerungsteilen die Chance eingeräumt werden sollte, sich vor anderen herauszuheben. Er verlangte von der politischen und sozialen Gesetzgebung, darauf Rücksicht zu nehmen.

> "Wenn man die Ueppigkeit gar nicht zulassen oder sehr genau einschränken wolte; so würde aller Fleiß darnieder geschlagen werden. Dieser Fleiß gründet sich auf den Eifer, sich vor andern hervor zu thun und Vermögen zu erwerben. Wenn man dieses erworbene Vermögen nicht gebrauchen kann, um sich größere Bequehmlichkeiten und Annehmlichkeiten des Lebens zu verschaffen; so wird man entweder ein solches Land verlassen, wo man von seinen Vermögen keinen Gebrauch machen kann, oder wenn dieses nicht möglich ist; so wird man nicht mehr arbeiten, als zu der Nothdurft und den erlaubten Bequehmlichkeiten des Lebens erfordert wird. Der Nahrungsstand wird sich also auf den Ackerbau und die gemeinsten und unentbehrlichsten Handthierungen einschränken; und ein Land wird mithin kaum die Helfte von Menschen haben, die es bey der Ueppigkeit hat; folglich wird auch seine Macht, die auf der Menge der Menschen beruhet, gar sehr vermindert werden."

Eine kritische Betrachtung dieser Ausführungen kann nicht verschweigen, daß Justi allzu einseitig auf die Auswirkungen des Luxus auf das Anwachsen des Staatsreichtums geachtet hat. Vor allem sah er die Folgen auf die Bevölkerungsentwicklung, einem zentralen Thema kameralistischer Wirtschaftspolitik. Konsequenzen politischer

1) Nr. XXVII, 1756, S.105-107

oder sozialer Art blieben unberücksichtigt. Andererseits ist zu bedenken, daß das 18. Jahrhundert eine "soziale Frage" im modernen Sinne noch nicht kannte[1], die Erhöhung der Produktivität der Volkswirtschaft war das ausschlaggebende Kriterium in der Auseinandersetzung mit den sich neu stellenden Problemen.

Die "Göttingischen Policey-Amts Nachrichten" griffen nicht selten Themen auf, die in der sonstigen periodischen Wirtschaftsfachpresse der Zeit nicht berührt wurden. Beispielsweise haben sich Zeitschriftenpublizisten auffälligerweise kaum jemals mit der Monopolfrage befaßt, obwohl dieses Problem bereits vor dem dreißigjährigen Krieg aktuell war. Im Kameralismus kam dann der Monopolpolitik erhebliche Bedeutung zu. Die Monopolisierung erfolgte kraft staatlicher Autorität, um durch diese Art "negativer Privilegierung" das Staatsinteresse zu fördern.[2] Ferner trachteten die kameralistischen Politiker auf dem Gebiete des Handels nicht selten nach Bildung von Monopolpreisen.[3] Auf dem gewerblichen Sektor bestanden desgleichen als monopolistisch zu bezeichnende Organisationsstrukturen. Insbesondere traf dies für den Bereich des Handwerks zu.[4]

Wiederum benutzte Justi sein Intelligenzblatt, um seine Anschauungen vorzutragen. In den "Betrachtungen über die Frage: sind die Monopolia einem Staate zuträglich"[5] versuchte er, seinem Publikum die Vorzüge und Nachteile dieser Marktform für die Gesamtwirtschaft auseinanderzusetzen. Entsprechend seiner oft geübten Gewohnheit gab er zu Beginn eine Definition des Gegenstandes, auf den er dann im folgenden Abschnitt ausführlich einging:

> "Monopolium heisset der Alleinhandel, oder vielmehr diejenige Befugnis, da einer mit Ausschliessung aller

1) Vgl. die Bemerkungen Friedrich Lütges zur "sozialen Frage" im Zeitalter des Merkantilismus, a.a.O., S.367
2) Vgl.: Sombart, a.a.O., S.376, ferner S.379 ff.
3) Vgl.: Heckscher, a.a.O., S.88 f.
4) Vgl.: Haussherr, a.a.O., S.153
5) Nr. XV, 1755, S.57-59

andern ganz allein mit dieser oder jenen Sache handeln, oder dieselbe verfertigen oder zubereiten darf."

Der Begriffsbestimmung schloß Justi die Fragestellung an: ob von solchen Vergünstigungen positive oder negative Auswirkungen auf die Allgemeinheit zu erwarten waren. Die Beantwortung dieser Frage leitete er charakteristischerweise mit einem Argument für die Existenz von Monopolen ein:

"Der Monopolist kann sich bei seinem Alleinhandel besser in den Stand setzen, dem Publico gute Waaren zu liefern; er kann wohlfeilere Preiße halten, als andere."

Ähnliche Kunstgriffe in seinen Darstellungen wählte Justi sehr gern, wußte er doch dadurch den Effekt seiner nachfolgenden Äußerungen eindringlich zu steigern. Sehr emphatisch hat er dann jedoch den Wert von Monopolen bestritten:

"Gerade, als ob sich der Geiz, der Eigennutz, der Betrug, die Chicane und alles Unheil nicht auch unter die Herren Monopolisten mengete! Gerade, als wenn gar keine Exempel vorhanden wären, daß auch ein Alleinhändler, oder ein Alleinpachter, Bankerott gespielet, und viele Leute durch sein Verfahren nach und nach, und viele durch seinen Bankerott auf einmal unglücklich gemachet hätte! Gerade! als wenn man in Landen, wo eine uneingeschränkte Freiheit der Commercien herrschet, nicht unzählige Beyspiele fände, daß Kaufleute und Manufacturiers zu grossen Reichthume gelangen."

Als größte Gefahr einer Monopolisierung betrachtete Justi die Möglichkeit des Monopolisten, Preise und Qualität der Waren zu diktieren. Ebenso fürchtete er das Erlahmen einer gesunden Konkurrenz - "Es ist nichts als Zwang da" -, auf deren Wichtigkeit er in zahlreichen Schriften hingewiesen hatte. Immer wieder zeigte er sich als Befürworter wirtschaftlichen Wettbewerbs:

"Je mehr in einer Sache zugleich handeln oder arbeiten, je mehr Beeiferung wird man finden, je bessere Waaren, je wohlfeilere Preiße. Diesen Satz lehret sowohl die gesunde Vernunft, als die Erfahrung."

Dementsprechend lehnte Justi Privilegien oder wirtschaftliche Benachteiligung einzelner Berufsgruppen strikt ab. Er erkannte, daß der Hauptnachteil der Monopole in dem schädlichen Einfluß auf die Initiative des Bürgers lag. Seine Aktivität in Handel und Gewerbe drohe leicht zu erlahmen, wenn ihm die Aussicht auf Gewinn genommen werde. "Wie oft", so fragte Justi seine Leser, "wird ein gar kleiner Anfang in den Manufacturen und Fabriken mit der Zeit ein gar wichtiges Werk?" In einer Beschneidung der "Freiheit der Commercien" konnte er nur eine für den Aufschwung der gesamten Wirtschaft verderbliche Maßnahme erblicken.

Ausnahmen ließ Justi lediglich dann gelten, wenn ein Hersteller neue, für die Gemeinschaft nutzbringende Erzeugnisse auszuprobieren beabsichtigte. Zur Ausreifung solcher Pläne wurde eine Regelung gutgeheißen, die ihm provisorisch das Recht auf Alleinhandel einräumte. Hier ist das Risiko einkalkuliert worden, das jeder Neuerer auf sich zu nehmen gezwungen war.[1)]

Bei der Behandlung von Problemen des Staatswesens in den "Göttingischen Policey-Amts Nachrichten" stand die Bevölkerungspolitik im Vordergrund. Ensprechend der kameralistischen Lehre wurde auf die eminente Bedeutung einer raschen Zunahme der Einwohnerzahl eines Staates verwiesen:

"Es kann einem Staate gar nicht gleichgültig seyn, ob er wohl oder übel bevölkert ist. Seine Wohlfahrth Komt nächst einer weisen Beherrschung am meisten darauf an. Nicht der grosse Umfang von Wäldern und Wüsteneyen die ein Staat zu seinen Besitzungen rechnen kann, sondern die Menge von Einwohnern machen

1) Vgl. auch: Sombart , a.a.O., S.375 f.

die Macht und Stärke desselben aus." [1]

Mit gleichem Nachdruck wurden die Leser des Justischen Intelligenzblattes auf die Dringlichkeit einer straffen und ordnenden Staatsführung aufmerksam gemacht:

> "Die oberste Gewalt im Staate hat nach ihrem Wesen ein genugsam gegründetes und in einem gewissen Umfange ein sehr weit gehendes Recht, auf alle Handlungen und auf die gesamte Verfassung der Unterthanen ein beständig wachsames Auge richten zu können." [2]

Sollte die Lebensführung eines Bürgers nicht mit dem Interesse der Gesamtheit in Einklang stehen, so wurde dem Staat das Recht auf Intervention in den privaten Bereich - auch bei geringstem Anlaß - zugestanden. Die "öffentliche Gewalt" hatte überdies die Befugnis, über alle Bedürfnisse und Annehmlichkeiten der Untertanen zu entscheiden. Aus diesem Grunde führte die Staatsführung schließlich die Anlage von Manufakturen und Fabriken durch und unterband die Einfuhr, sobald die neuen Unternehmungen einen Aufschwung verzeichnen konnten;

> "und ein jeder weiser und gütiger Regent suchet daher aus seinem Lande gleichsam eine neue und vor sich selbst bestehende Welt zu bilden, die gar nicht nöthig hat, von einer andern Nahrungs- und Erquikkungs-Säfte zu entlehnen." [3]

Betrachtungen über die Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft stellte Justi stets unter das Leitwort der gegenseitigen Hilfe:

> "Der gemeinschaftliche Beystand, den die Menschen einander leisten, ist der Grund des gesellschaftlichen Lebens." [4]

---

1) "Von dem grossen Einflusse der Ehegesetze in die Bevölkerung und in die Glückseeligkeit des Staats", Nr. XX, 1757, S.77.
2) "Betrachtungen über die Einschränkung der Ueppigkeit", Nr. XVIII, 1757, S.69.
3) Ebenda.
4) "Von der Schädlichkeit des Hausirengehens", Nr.XIX, 1755, S.73.

Jeder brauchte die Unterstützung der Mitmenschen; viele Bürger ernährten sich allein davon, daß sie ihre Dienste oder ihre Arbeitskraft anderen widmeten. Zu den Pflichten tätiger Hilfe der Allgemeinheit gegenüber gehörte es ferner, die "Handwerker und Arbeitsleute" fachlich soweit zu informieren, daß sie sich tieferen Einblick in die Ursachen und den Zweck ihrer jeweiligen Beschäftigungen zu verschaffen im Stande wären und sich selbst unnötige und zeitraubende Umwege ersparten.[1] In fast allen Berufszweigen ließen sich - nach Aussage Justis - die wesentlichen Fähigkeiten auf festgesetzte Grundsätze zurückführen, die man bei anderen Gelegenheiten stets nutzbringend anwenden könne. Eine solche Erkenntnis hing jedoch von der weiteren Entwicklung der Wissenschaften ab. In jedem Falle sollte die Öffentlichkeit - nach Maßgabe ihres eigenen Wissens - um Unterrichtung einzelner Berufsangehöriger besorgt sein.

Welche Haltung nahmen die "Göttingischen Policey-Amts Nachrichten" zum Judenproblem ein?

Die Integration der Juden in die Gesellschaft warf auch im 18. Jahrhundert die Frage nach ihrer Gleichberechtigung mit anderen Bevölkerungsgruppen auf. Die Toleranzidee der Aufklärung - wesentlich gefördert durch das Freimaurertum - hatte sich als sehr förderlich für die Ausbreitung des Judentums herausgestellt. Das im Jahre 1750 von Friedrich II. in Preußen erlassene Generaljudenreglement sah die Eingliederung der Juden in die Gesellschaft hauptsächlich unter wirtschaftlichen Aspekten vor. Die Möglichkeiten ihrer Einflußnahme auf das staatlich-wirtschaftliche Leben wurden in bestimmten Grenzen gehalten.[2]

Die Kameralisten - in ihrer Mehrzahl eher Staatspolitiker als nur "Fiskalisten" - gingen der Judenfrage und den Schwierigkeiten bei ~~ihrer~~ der Einordnung der Juden in Staat und

1) "Einige Anmerkungen von Bierbrauen", Nr. III, 1755, S.9
2) Vgl.: Just, Der aufgeklärte Absolutismus. In: Handbuch der deutschen Geschichte, Band II, S.51-52

Gesellschaft nicht aus dem Wege. Jedoch erstaunt, daß Justi als einziger Publizist innerhalb der periodischen Wirtschaftsfachpresse dem Problem der sich ankündigenden Judenemanzipation nachgegangen ist. Er hat dieses Thema vornehmlich unter religiösen und ökonomischen Gesichtspunkten betrachtet, rassische Elemente sind in seinen Erörterungen schwerlich zu entdecken.[1)]

Wie intensiv sich die damalige Epoche dieser Fragestellung annahm, illustrieren die einleitenden Sätze der Abhandlung: "Ob die Juden einem Lande nützlich sind":[2)]

> "Wenn jemals in einer Sache getheilte Meinungen geherrschet sind; so ist es über die Frage, ob die Juden einem Lande nützlich sind. Von denen Policeyverständigen Gelehrten, die hierüber ihre Gedanken geäussert haben, halten einige die Juden einem Staate vor sehr schädlich, andere hingegen finden sie vor nützlich, weil sie der Bevölkerung zu statten kommen und ein fleißiges Volk sind, und wieder andere halten sie wenigstens vor unschädlich, wenn sie durch die Gesetze in Schranken gehalten werden. Die Regierungen selbst beweisen durch die Ausübung, daß sie gar nicht einerley Grundsätze in der Sache haben. Wenn die Juden in dem einen Reiche oder Lande ohne alle Schwierigkeit aufgenommen und geduldet werden; so schließet man sie aus dem andern gänzlich aus, und suchet sie gleichsam als die Pest der Commercien von den Gränzen des Staats abzuhalten."

Justi wandte sich unmißverständlich gegen die Verurteilung und unbedachte Geringschätzung eines Teils der Gesellschaft durch einen anderen. Vor allem griff er all diejenigen Zeitgenossen an, welche die öffentliche Meinung zu vergiften trachteten und Haß gegen die Juden sähten. Er verwarf die Vorstellung, daß sich Juden durch schlechtere Charakteranlagen auszeichneten als Christen.

---

1) Vgl. dazu Ernst Walb in: Kölner Universitäts-Reden 1933, Köln 1936, S.16
2) Nr. XXVI, 1757, S.61-63 u. Nr. XXVII.1757, S.65-67

Doch besaß seine Toleranz Grenzen. Er sprach sich gegen die Beteiligung der Juden im Handel und Gewerbe aus. Als Grund gab er an, daß sie stets Fremdlinge in einer Nation blieben und sich der gesellschaftlichen Integration entzögen. Die Folge sei,

> "daß sie niemals eine solche Verbindlichkeit, Eifer und Zuneigung gegen das Land haben, worinnen sie leben, als ein andrer Eingebohrner."

Daraus resultierte für Justi die Unmöglichkeit, ihnen im Ernstfall Unterstützung der Nation, in der sie lebten, zuzutrauen. Stets würden die Juden private Interessen dem übergeordneten Prinzip des Dienstes an der Gesamtgesellschaft vorziehen. Da das Funktionieren einer Staatswirtschaft jedoch in hohem Grade vom politischen Engagement und Patriotismus der Bürger abhing, warnte Justi vor einer Beteiligung der Juden an wichtigen Positionen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens. Allenfalls wollte er ihnen die Leitung von Manufakturen zugestehen. Hier kämen ihre kaufmännischen Qualitäten am ehesten zum Tragen.

Das gesellschaftliche Denken Justis kreiste unentwegt um die Pflicht des einzelnen Bürgers zur Mitarbeit am Wohle der Gemeinschaft. Er legte hohen Wert auf die Bindung des Untertanen an die Nation - nicht durch Mittel des Zwanges, sondern weit eher durch ein selbständiges Entscheiden für das Allgemeinwohl. In der Erzählung "Die gütigen und die strengen Väter" ermahnte er seine Leser an ihre Verpflichtungen gegenüber der Gesellschaft:

> "Ihr Menschen! und vornämlich ihr Bediente des Staats! ihr seyd (der) kostbahren Güter der Freiheit und einer gütigen Regierung ganz unwürdig, wenn euch nicht ein wahrer Eifer belebet, an dem Besten des Staats und eurer Mitbürger ohne allen Eigennutz und Nebenabsichten zu arbeiten." [1)]

1) Nr. CI, 1756, S.401

e) Probleme der Publizistik

Fragen der zeitgenössischen Publizistik, insonderheit des Pressewesens, der Zensur und der staatlichen Information und Nachrichtenpolitik fanden in den "Göttingischen Policey-Amts Nachrichten" weit mehr Beachtung als in den "Neuen Wahrheiten" oder den "Fortgesetzten Bemühungen".

Das Intelligenzblatt Justis ist für die Pressegeschichte eine außerordentlich aufschlußreiche Quelle. Es lieferte den Beweis, wie sehr dieses Kommunikationsmittel in den Händen eines befähigten Publizisten geeignet war, die wesentlichen ökonomischen und politischen, für die damalige Öffentlichkeit bedeutungsvollen Probleme aufzugreifen und sie in einer wirkungsvollen, einem größeren Leserkreis verständlichen Form darzustellen. In gleicher Weise wie es ein Jahrzehnt später Justus Möser mit den "Wöchentlichen Osnabrückischen Intelligenzblättern" (1766-1782) gelang, verstand es Justi, dieses Medium über den Rahmen eines staatlich-lokalen Informationsorgans hinauszuheben. Für die weitere Entwicklung des Intelligenzwesens war es jedoch entscheidend, daß Justi und Möser keine ebenbürtigen Nachfolger hatten.

Das Pressewesen

Mit einem in mehreren Fortsetzungen publizierten "Vorschlag von einer Zeitung zu den Zeitungen" [1] trat Justi an die Öffentlichkeit, um die Mängel der gelehrten Journale seiner Zeit aufzudecken und Änderungen anzuregen.[2] Offenherzig zeichnete er ein Bild dieses für die damalige wissenschaftliche Kommunikation wichtigsten Mediums.

---

1) Nr. XLVI v. 13.6.1757, S.181-183; Nr. XLVII v.17.6.1757, S.185-187, Nr. XLVIII v.20.7.1757, S.189-191.- (Die Abhandlung erschien in der Rubrik über "Policey und Oeconomie".)

2) Dem Zeitgebrauch entsprechend wurde terminologisch hier zwischen Zeitung und Zeitschrift noch nicht getrennt; vgl. Kirchner, Grundlagen I, S.100: "Ohne Frage sind die "Gelehrten Zeitungen" des 18. Jahrhunderts im heutigen Sinne Zeitschriften...". Eine exakte Definition der beiden Begriffe Zeitung und Zeitschrift wurde vom 18. Jahrhundert noch nicht erarbeitet.

Zunächst unterteilte er die Zeitschriften in zwei Gruppen: erstens in die, welche Fragen der Wissenschaft zum Gegenstand hatten, und zweitens in solche, deren Themen die aktuellen Vorgänge in der Welt, vor allem aus dem Bereich der Politik, bildeten:

"Die Zeitungen, sowohl die von den gelehrten Sachen, als die von denen Weltbegebenheiten, gereichen allerdings zur großen Bequemlichkeit des Publici. Es liegt denen Gelehrten gar viel daran, von denen herauskommenden Schriften, von denen neuen Erfindungen, Entdeckungen und andern Bemühungen der Gelehrten, wie auch andern in dem Reiche der Wissenschaften sich ereignenden Begebenheiten zeitig Nachricht zu bekommen; und eben so wird so wohl unter den Gelehrten als Ungelehrten so leicht niemand seyn, der sich unter die denkenden Köpfe rechnet, und über den Pöbel erhaben zu seyn sich bedünket, welcher nicht wissen will, was auf dem großen Schauplatze der Welt, auf welchen er sich mit befindet, vorgehet; und dannenhero von denen Vorfällen in Staats- und Krieges-Sachen, und andern Weltbegebenheiten unterrichtet zu seyn wünschet. Die Zeitungen erfüllen diese Absichten und Wünsche, ohne große Mühe und Kosten; und wenn wir dergleichen Einrichtungen nicht hätten; so würden diese Endzwecke mit großen Aufwande nur in sehr geringer Maaße erreichet werden, und dennoch würde der Aberglaube und die Unwissenheit große Gelegenheit finden, sich auszubreiten."[1.)]

Justis pressehistorisch wertvolle Feststellungen illustrieren die hohe gesellschaftliche Funktion der Zeitschrift in der Epoche des Rationalismus. Damals schon war dies Medium zu einem unentbehrlichen Mittel der Information geworden. Wissenschaftliche Neuerungen ebenso wie entscheidende Ereignisse der Weltpolitik konnten auf diesem Wege an einen ständig wachsenden Leserkreis weitergegeben werden.

1) a.a.O., S.181

Andererseits gibt die zitierte Quelle zu erkennen, daß Zeitschriften noch immer vorwiegend das Privileg der soziologisch gehobenen Bevölkerungsgruppen gewesen sind. Die Distanzierung Justis vom "Pöbel" deutet den Unterschied zu der Haltung Zinckes oder Hohenthals an, die sich eine derart abschätzige Beurteilung der Unterschichten nicht zueigen machten, sondern bemüht waren, deren sozialen und ökonomischen Status zu heben. Als ein brauchbares Mittel dazu hatten sie Wirtschaftsperiodika betrachtet.

Ähnlich wie er es in den "Fortgesetzten Bemühungen" getan hatte, griff Justi hier das Rezensionswesen in den "gelehrten Zeitungen" an.[1] Den schlimmsten Fehler sah er in mangelnder Objektivität:

> "Die herausgekommenen Schriften werden nicht nach ihrer Wichtigkeit und Nützlichkeit recensiret, sondern nach der Maaße, wie die Verfasser der gelehrten Zeitungen mit denen Schriftstellern in Freundschaft und Bekanntschaft stehen, oder wie die Schriftsteller und Buchhändler ein Exemplar davon einsenden."

Jeder Rezension wäre es anzusehen, ob der Verfasser mit dem Schriftsteller befreundet sei. Auch könne man aus der Besprechung schließen, ob der Autor des rezensierten Werkes oder der Buchhändler dem Kritiker ein Exemplar seiner Schrift zugesandt oder dies unterlassen habe.

Gravierender - und zweifellos stichhaltiger - waren Justis Einwände gegen den Inhalt der Zeitschriften. Selten erregten Ereignisse jenseits der eigenen Universität oder Stadt das Interesse der Redaktionen. Kaum würden Versuche unternommen, um einen umfassenden Überblick über wichtige Vorgänge des politischen oder wissenschaftlichen Lebens zu geben.

---

1) Schottenhoher, a.a.O., S. 328
Zur Problematik des Rezensionswesens im 18. Jahrhundert vgl. Groth, Geschichte, S.59

"Kurz es werden schwerlich zwey gelehrte Zeitungen in Teutschland seyn, die eine solche Correspondenz führen, als zu ihren Vorhaben nöthig wäre, wenn sie ihren Endzweck erfüllen wolten. Die Recensionen, so ihre Freunde und Bekannte einsenden, die Bücher, so ihnen zur Recension eingeschicket werden, der Buchladen, so die Zeitungen drucken läßt, oder debitiret, und etwann der Meß-Catalogus, müssen die Stelle der Correspondenz und aller Hülfsmittel vertreten."

Justi warnte in seinem "Vorschlag von den Zeitungen zu den Zeitungen" vor dem Irrglauben, ein tadelsfrei eingerichtetes Rezensionswesen und eine gute Darbietung von Nachrichten aus dem Reiche der Gelehrsamkeit allein würden den Zweck der gelehrten Zeitschriften erfüllen. Er sah das eigentliche Ziel dieses Mediums in der Anbahnung der Kommunikation unter den Wissenschaftlern:

"Der wichtigste Nutzen kommt ohne Zweifel darauf an, daß man von denen Entdeckungen, Erfindungen und Bemühungen wahrer Gelehrten, und insonderheit der gelehrten Gesellschaften Nachricht erhält. Hierauf beruhet der Zusammenhang des Reichs der Wissenschaften, und die vereinigte und die gemeinschaftliche Bemühung der Gelehrten, die Wissenschaften zu erweitern." [1]

Der Nachdruck, mit dem Justi in seiner Abhandlung auf die Rolle der Zeitschrift als Hauptträgerin wissenschaftlich-gelehrter Information hinwies, wird verständlich, wenn die Mißstände im Zeitungswesen des 18. Jahrhunderts in Betracht gezogen werden. Die Tagespresse jener Zeit war das "Spiegelbild eines erstarrten, geistesarmen öffentlichen Lebens." [2] Sie war völlig ungeeignet, die dem Medium Zeitschrift zugedachte Aufgabe mit zu übernehmen.

Im Interesse eines regeren Informations- und Meinungsaustausches schlug Justi vor, in den "gelehrten Zeitungen" Nachrichten darüber zu veröffentlichen, welche Probleme

1) a.a.O., S.182
2) Schottenloher, a.a.O., S.328

die gelehrten Gesellschaften in führenden Geisteszentren Europas beschäftigten, welche Vorlesungen die Gelehrten hielten, welche Entdeckungen ihnen gelungen seien, welche Pläne sie auf ihrem jeweiligen Fachgebiet verfolgten. Falls man in den wissenschaftlichen Fachjournalen über die Bemühungen einzelner Gelehrter berichtete, so würden andere Fachleute hiervon erfahren und eigene Ratschläge und Erfahrungen beisteuern.

Den schwerwiegendsten Mangel der gelehrten Zeitschriften erblickte Justi in dem Unvermögen ihrer Herausgeber. Grimmig notierte er, daß die meisten von ihnen den geistigen Ansprüchen nicht genügten.

> "Eines der grösten Gebrechen aber bey den meisten gelehrten Zeitungen ist ohne Zweifel, daß die Verfasser derselben dem Unternehmen nicht gewachsen sind, dessen sie sich unterzogen haben. Diejenigen, die sich zu Richtern in der gelehrten Republik aufwerfen wolten, solten allemal gelehrte von ersten Range seyn, deren Einsicht durch einen bewährten Ruhm genugsam bekannt wäre und die durch ihre vortrefliche Schriften gezeiget hätten, daß sie von andrer Gelehrten Arbeit zu urtheilen sich im Stande befänden. Allein wenn dieses der gesunden Vernunft nothwendig scheinet, und wenn so gar die Handwerksleuthe davor halten, daß derjenige ein Meister seyn und selbst sein Meisterstück abgeleget haben müsse, der von andrer Arbeit urtheilen will; so ist es doch in der gelehrten Republik ganz anders. Hier urtheilen die Lehrlinge und Pfuscher über die Arbeiten der größten Meister ..." [1].

Abschätzig beurteilte Justi Hochmut und Dünkel vieler "Journalisten", die nicht aufhören wollten, die Welt mit elenden oder auch nur mittelmäßigen Schriften zu überschwemmen. Statt die Wissenschaften durch ihre publizistische Tätigkeit zu fördern, beschleunigten sie deren Verfall.

1) a.a.O., S.183

In Übereinstimmung mit den in Zinckes "Leipziger Sammlungen" geäußerten kritischen Ansichten zum Buch- und Verlagswesen griff Justi in seinem Intelligenzblatt die Buchhändler an und warf ihnen vor, kommerzielle Interessen vor alle anderen Erwägungen zu stellen. Sie scheuten sich nach Auffassung Justis nicht, eine Zeitschrift oder ein Buch selbst dann zu edieren, wenn sie über den geringen Wert solcher Publikationen nicht im Zweifel wären.

Da Justi keine schnelle Änderung in der Gestaltung der gelehrten Zeitschriften und auch nicht Behebung der Mißstände erwartete, trat er mit der Anregung,"eine gelehrte Zeitung von den gelehrten Zeitungen" einzurichten, vor seine Leserschaft. Früh tauchte die hier viel später verwirklichte Idee einer "Revue der Revuen" auf. Selbst wenn die Realisierung des Vorschlages nicht sämtliche Fehler abstellen würde, so gab Justi zu bedenken, könnte sie doch das Übel merklich mildern.

Es handelte sich hier um den Versuch, ein Eliteblatt zu schaffen, das allen anderen Journalen als Vorbild zu dienen hätte. Überdies ist in Justis Vorschlag das Bemühen zu sehen, der Tendenz einer Zersplitterung des Zeitschriftenwesens entgegenzuwirken. Zur Begründung seiner Thesen führte der Verfasser die große Zahl wissenschaftlicher Journale in Deutschland an, die es einem Gelehrten zeitlich wie finanziell unmöglich machte, sämtliche Publikationen zur Kenntnis zu nehmen. Offenbar fürchtete Justi ein Auseinanderfallen und Sichentfremden der einzelnen Wissenschaften.

Dem neu ins Leben zu rufenden Auswahlorgan stellte Justi die Aufgabe, Übersicht über alle Bereiche der damaligen Gelehrsamkeit zu geben:

> "Eine solche gelehrte Zeitung würde statt aller andern seyn können; und ein Gelehrter würde nichts mehr nöthig haben, als neben dieser Zeitung etwa noch eine andere zu halten, nemlich eine solche worinnen die Bücher ihren Inhalte nach weitläuftig recensiret würden. Der Nutzen aber einer solchen Zeitung vor das Aufnehmen der Wissenschaften würde

gewiß ausnehmend seyn. Wenn einige Umstände die Sache begünstigen; so habe ich bereits einige Nachricht, daß dieser Vorschlag nicht immer ein blosser Vorschlag bleiben wird; ob man gleich vermuthlich einen andern Titel erwählen möchte." [1]

Von den Mitarbeitern einer solchen Zeitschrift verlangte Justi den Nachweis wissenschaftlicher Befähigung, des weiteren Objektivität und Unabhängigkeit des Urteils.

Den Überlegungen über eine solche "gelehrte Zeitung" schloß sich eine Betrachtung der "Staats-Zeitungen", das heißt der politischen Zeitschriften, an. Die schwerwiegendsten Mängel dieser Periodika bestanden nach Justis Überzeugung in dem Fehlen einer neutralen, unparteiischen Berichterstattung. Auch in dieser Zeitschriftengattung gelte es, ein Auswahlorgan zu schaffen. Parteilichkeit und Einseitigkeit der Information könnten dadurch vermieden werden.

Justis Forderungen an die fachlichen Qualitäten des Journalisten einer solchen politischen Elitezeitschrift klingen allerdings recht merkwürdig und lassen den Abstand zu modernen Auffassungen deutlich hervortreten:

"Ein Zeitungsschreiber soll nichts thun, als die Begebenheiten aufrichtig und unpartheyisch mitzutheilen. Die Urtheile und Betrachtungen darüber muß er seinen Lesern überlassen." [2]

Demnach bedeutete jeglicher Versuch des Journalisten, eine Nachricht zu kommentieren, eine Bevormundung oder gar eine Beleidigung der Leserschaft. Er würde dadurch lediglich zu erkennen geben, daß er seinem Publikum keine selbständigen Urteile zutraute. Wer sich zu einer Kommentierung entschloß, hatte nach Justis Worten die Pflicht, anzuzeigen, daß er ein Blatt zum "Unterricht der Einfältigen" verfaßt habe.

In dieser Hinsicht erscheint Justis Ansicht auffallend anachronistisch. Sein Vorschlag zielte letzlich darauf, den Kommentar, das Räsonnement aus den Zeitschriften zu verban-

1) a.a.O., S.190
2) a.a.O., S.191

nen und sie einzig und allein in den Dienst der Berichterstattung zu stellen. Bereits im 18. Jahrhundert hatten sich jedoch Zeitschriften aller Richtungen das Recht selbständiger Stellungnahme zu den Ereignissen der Politik oder Wissenschaft erkämpft. Ja sogar in den Zeitungen war in jener Epoche der Übergang vom rein referierenden zum stellungbeziehenden und meinungsbildenden Organ zu spüren.[1] Auch in dieser Hinsicht war ein Wandel in dem Geschmack und in den Erwartungen des Publikums der periodischen Presse nicht zu verkennen. Neben sauberer Information verlangte man nach kompetenter Bewertung der Zeitereignisse.

Schwer zu verstehen ist die Abneigung Justis, der Zeitschrift - sein Urteil über Tageszeitungen war ja ohnehin äußerst abfällig - die Aufgabe zuzuerkennen, den noch ungebildeten Schichten der Bevölkerung Ursachen und Zusammenhänge neuer politischer oder wissenschaftlicher Entwicklungen zu erläutern und den Boden für ein selbständiges Urteilen zu bereiten. Gerade in denjenigen Jahrzehnten, als seine Zeitschriften und das Göttinger Intelligenzblatt erschienen, erweiterte sich allmählich die Öffentlichkeit der periodischen Publizistik.

Speziell die Zeitschrift trat aus der Enge der Exklusivität heraus. An dieser Wandlung hatten gerade die kameralistischen Wirtschaftspublizisten entscheidenden Anteil. Justis Auffassung vom Publikum der periodischen Presse war durch seine Vorbehalte gegenüber dem "Pöbel" geprägt.[2] Das Publikum grenzte er soziologisch noch weitgehend ein - im Unterschied zu Zincke oder Hohenthal, jedoch in Einklang mit der Haltung Schlözers. Es bestand für ihn aus der schmalen Schicht der Gelehrten, der fachlich gebildeten oder qualifizierten Gruppen der Gesellschaft, die Mitverantwortung im Staate trugen.

---

1) Vgl.: Groth, Geschichte, S.55

2) Zu Justis Einstellung zum "Pöbel" vgl. sein negatives Urteil aus zu den "Neuen Wahrheiten", 11.St.,1758, S.591: "Der Pöbel in allen Landen hat sehr wenig Tugend, und gar keine Begriffe von der wahren Ehre. Es ist wahr, die Religion des Pöbels erstrecket sich allenthalben eben so wenig auf das Wahre und Wesentliche der Religion; und es ist sehr zweifelhaftig, ob dasjenige, was der Pöbel in allen Landen von der Religion kennet, diesen Namen in der That verdienet."

Fragen der Zensur und Pressefreiheit

Unter dem Titel "Von der Censur der Bücher" [1] erschien im letzten Jahrgang der "Göttingischen Policey-Amts Nachrichten" ein Beitrag des Herausgebers zum Problem der Zensur. Der Aufsatz stellte eine der grundlegenden Äußerungen zu diesem, das 18. Jahrhundert in wachsendem Maße beschäftigenden Komplex dar. [2]

Bezeichnenderweise sind in der gesamten frühen periodischen Presse der Kameralisten Auseinandersetzungen zur Zensurfrage nur spärlich nachzuweisen. Männer wie Dithmar oder Zincke waren dem Thema geflissentlich aus dem Wege gegangen.

Justi leitete die Erörterungen "Von der Censur der Bücher" mit einer Definition der "Policey" ein. Der "Policey" im weiten Sinne des Wortes ordnete er alle Maßnahmen zum Nutzen des Allgemeinwohls zu, im engeren Wortsinn alle Regelungen in der Gesellschaft, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung dienten.[3] Hierzu gehörte die Zensur.

In systematischer Reihenfolge schritt er zur Begriffsbestimmung der Zensur weiter:

> "Man verstehet unter der Censur der Bücher die Aufsicht, daß so wohl im Lande keine gefährlichen und schädlichen Bücher gedrucket, als auch das dergleichen Bücher nicht aus andern Landen eingeführet und verkaufet werden; und beydes muß mit einander verknüpfet seyn, wenn die gute Ordnung hierinnen statt finden soll."

Für Justis publizistische Darstellungsweise war es kennzeichnend, daß er selbst die Gegengründe gegen das Vorhandensein einer Zensur aufführte: sie verhinderte nicht, daß die verbotenen Schriften im Ausland erhältlich seien. Bei einem Verbot und einer Konfiskation eingeführter Bücher zögen sich

---

1) Nr. XXVIII, 1757, S.109-111; Nr. XXVIX, S.113-116, veröffentlicht unter der Rubrik: " Abhandlungen zur Policey und Oeconomie."

2) Der gleiche Aufsatz erschien 1757 als namentlich nicht gezeichnete Streitschrift. Vgl.: Schneider, a.a.O., S.108, der ihr ebenfalls einen hohen dokumentarischen Wert beimißt.

3) a.a.O., S.109

die Buchhändler durch heimlichen Verkauf zu einem umso höheren Preise aus der Affaire. Am schwersten widerlegbar fand Justi den Einwand, daß die Zensur nicht nur den Buchhandel treffe, sondern die Entwicklung der Wissenschaft hemme:

> "Die Freiheit zu denken sey zur Erweiterung des Reiches der Wissenschaften so unentbehrlich, daß man sich ohne dieselbe auf den Wachsthum der menschlichen Erkenntniß gar keine Rechnung machen dürfe." [1)]

Freimütig gab er zu, daß er all jene Bedenken gegen die Zensur ernst nehme. Er zögerte nicht, sich als Gegner einer strengen Zensur zu bekennen. Auf seine einstige Tätigkeit in der Wiener Bücherkommission anspielend, gestand er, daß es ihm stets unangenehm gewesen sei, seinen eigenen Grundsätzen zuwiderzuhandeln.

Grundsätzlich bejahte er das Recht der Obrigkeit auf Ausübung einer Überwachung neu herauskommender Publikationen:

> "Wenn man eine ganz uneingeschränckte Freiheit der Presse und der Einfuhre der Bücher erlaubet; so kann dieses in dem Verderb der Religion und der Sitten einen sehr schädlichen Einfluß haben. Der Hunger, die Frechheit und die Schwärmerey der Schriftsteller, so wohl als die Gewinnsucht der Buchhändler kann sehr gefährliche und schädliche Schriften hervorbringen."

Justi begründete seine Auffassung von der Notwendigkeit bestimmter staatlicher Zensurmaßnahmen mit innen- und außenpolitischen Überlegungen:

> "Eben so schädlich ist es der Verfassung des Staats, wenn die Freiheit der Presse und die Einfuhre der Bücher ganz uneingeschränkt statt findet. Es ist keine Regierung so weise, unter welcher nicht Mißvergnügte seyn solten. Gebet diesen Mißvergnügten die vollkommene Freiheit der Presse oder die Einfuhre der Bücher ausser Landes; so werden sie die besten und nützlichen Anstalten der Regierung durch die wiedrigsten Auslegungen vergiften und den Saamen des Mißtrauens und der Zwietracht unter das Volk ausstreuen, die allemal die schädlichsten Folgen haben, weil das gemeinschaftliche Vertrauen und

1) a.a.O., S.110

> Liebe des Regenten und der Unterthanen gegen einander die hauptsächliche Stärke des Staats ausmacht. Zuweilen erfordert es auch die Freundschaft und Achtung gegen benachbarte Mächte, diese oder jene Schrift zu confisciren. Gesetzt daß der Verkauf solcher Schriften deshalb nicht nachbleibt; so war es doch nöthig das Mißfallen der Regierung an denenselben zu bezeugen. Ich kann also denen jenigen nicht beystimmen, die alle Censur der Bücher verwerfen." [1]

Der Unterschied zwischen einer milden und einer strengen Zensurhandhabung ist im Jahrhundert des Absolutismus wesentlicher Bestandteil der Erörterungen über die noch nicht existierende Pressefreiheit. Wurden rigorose Pressereglements fast ausschließlich von Anhängern des monarchischen Systems befürwortet, so verbarg sich hinter der Forderung nach milder Kontrolle sehr häufig der Wunsch nach ungehinderter Druckfreiheit.[2]

In Justis Einstellung zur Frage der Zensur verbargen sich nicht allein politische Aspekte. Als Kameralist, der stets das Verhältnis des eigenen Landes zu anderen Nationen im Auge hatte und (wirtschafts)politische Maßnahmen in ihrer Auswirkung auf das Ausland abzuwägen gewohnt war, richtete er - aufmerksamer als der einseitig politische Betrachter - seinen Blick über die eigenen Landesgrenzen hinaus. Ähnlich wie auf dem Gebiete der Ökonomie plädierte er im Bereich der zwischenstaatlichen Kommunikation für ein behutsames Abwägen von Entscheidungen. Als einzig gangbare Methode der Zensurpolitik dachte er an einen mittleren Weg zwischen den Extremen. Er hielt es für verfehlt, die Publikation solcher Schriften zu unterbinden, denen es an Niveau und Nützlichkeit für den Leser mangelte. Schon die Wahl der hierfür kompetenten Richter erschien ihm problematisch:

---

1) a.a.O., S.110-111

2) Vgl.: Schneider, a.a.O., S.128: "Das Urteil 'milde' oder 'strenge' Zensur bemißt sich ebenso wie der subjektive Wert 'Unfreiheit' nach der Differenz zwischen Freiheitsbedürfnis und Freiheitsgewährung. Diese Differenz bestand bereits am Anfang des 18. Jahrhunderts, vergrößerte sich aber besonders seit den 70er Jahren. Das Verlangen nach genereller Gedankenfreiheit ist ein Verlangen der Aufklärung; es ist beflügelt vom Wunsch nach Lösung des Geistes aus erstarrter Tradition."

"... vielleicht würde man an diesen Richtern soviel Tyrannen in der gelehrten Republik haben, welche den Aufnehmen der Wissenschaften äusserst nachtheilig seyn und welche vielmehr den gänzlichen Verfall der Gelehrsamkeit nach sich ziehen würden."

Zum Abschirmen wissenschaftlicher Veröffentlichungen wehrte sich Justi gegen voreilige Bewertungen:

"Man muß es demnach wohl bey der alten Richterin über die Güthe der Bücher, nämlich der Zeit, lassen. Sie ist noch allemal gerecht gewesen." [1)]

Eine vernünftige Zensur hatte sich - nach Justis Vorstellungen - vor einer Unterdrückung der Denkfreiheit zu hüten.

Drei Prinzipien stellte Justi auf, an die sich Zensurbehörden zu halten hätten:

"Meines Erachtens müßen die Bücher, welche im Lande gedruckt, oder einzuführen und zu verkaufen erlaubet werden sollen, nichts gefährliches vor die Religion, nichts zum offenbaren Verderb der Sitten und nichts wieder die Ruhe des Staats und wieder die, denen Regenten schuldige Ehrerbiethung in sich enthalten." [2)]

Begründete Kritik an der Religion und ihren Anhängern hielt Justi für ein unveräußerliches Recht. Aus der Publikation von Streitschriften sich befehdender Konfessionen konnte nach seiner Überzeugung keine Gefahr erwachsen:

"Eine Religion, welche das Licht scheuet und sich ihre Glaubenslehren nicht zu vertheidigen getrauet, giebt eine schlechte Vermuthung von sich; und das ist ein elender und armseeliger Glaube, der sich niemals unterstanden hat dasjenige der Untersuchung und Prüfung und folglich den Zweifeln zu unterwerfen, was er glaubet."

Was wäre überhaupt - so werden die Leser gefragt - die Folge eines radikalen Verbots solcher Schriften, die im Geruche stünden, dem Sittenverfall Vorschub zu leisten?

---

1) a.a.O., S.111
2) a.a.O., S.114

"Allein man würde zugleich eine Menge Menschen ihren beliebten Zeitvertreib entziehen, der sie von vielen andern Bösen abhält und wodurch sie einen Geschmack an den Lesen bekommen, der sie nach und nach zu nützlichen Schriften führen kann. Man muß zufrieden seyn, wenn solche Schriften nur etwas nützliches in sich enthalten, und wenn ein Verfasser die Tugendlehre aus dem Plan seiner Schrift nicht ganz und gar ausgemustert hat."

In einer Epoche, die alles andere als arm an politischen und religiösen Dogmatikern war, nehmen sich die Bemerkungen Justis nicht liberal aus. Prinzipiell bejahte er zudem das Recht der Untertanen auf Kritik an der Obrigkeit, sofern sie fundiert erschien und sich nicht in billiger Polemik erschöpfte. Im Gegensatz zu Zincke, der in seine "Leipziger Sammlungen" nur dann Beiträge aufzunehmen bereit war, "wann sie nur nichts wider den Staat und die Religion ... in sich halten",[1] nahm Justi eine weit aufgeklärtere Haltung ein. Für ihn war es ein staatlicher Mißgriff, solche Schriften zu unterdrücken,

"welche die Gerechtsame des Regenten und des Staats angreifen, oder welche allerley Erinnerungen und Vorschläge in sich halten, wie diese oder jene Maaßregeln und Anstalten des Staats besser eingerichtet werden könnten, wenn nämlich solche Schriften in ihren Schranken bleiben, und die gute patriotische Absicht des Verfassers daraus hervorleuchtet. Die Gerechtsame des Regenten und des Staats müssen durch Gründe und nicht durch die Confiscation vertheidiget werden; und eine weise Regierung, die über vernünftige und denkende Wesen herrschet und welche den Endzweck hat, die Glückseeligkeit dieser vernünftigen Geschöpfe zu befördern, kann es sich nicht zuwider seyn lassen, wenn sie Erinnerungen und Vorschläge thun, wie ihre

1) Vorwort zum 1.Heft, 1742, S.42

Glückseeligkeit besser befördert werden könte, wenn solche ohne giftigen Tadel und gehäßige Vorstellungen der zeitherigen Maaßregeln der Regierung geschiehet."[1]

Hat man Schlözer mit Recht als einen Aufklärer zwischen Absolutismus und Liberalismus bezeichnet und sein Eintreten für Publizistik und Pressefreiheit gerühmt, so ist gerade in dieser Frage auf die publizistische Vorarbeit Justis zu achten. Er hat mit der Tradition mancher Wirtschaftspublizisten gebrochen und das Anrecht zumindest der bürgerlichen Öffentlichkeit auf einen eigenständigen Standpunkt gegenüber Staat und Gesellschaft unterstrichen. Somit läßt sich abmessen, welch eminente Bedeutung ihm auch für die politische Publizistik des 18. Jahrhunderts zukam. Jenes Verdienst ist bislang nicht selten durch seinen Ruf als Kameralwissenschaftler verdeckt worden.

Die Nachrichtenpolitik der staatlichen Obrigkeit

Justi begnügte sich nicht damit, nur rhetorisch das Recht zum Urteil über politische Maßnahmen der Staatsführung zu fordern. Er scheute nicht davor zurück, selbst dieses Recht mit Entschiedenheit in Anspruch zu nehmen. "Die Freiheit, welche die Aufklärung für das Denken forderte und innerhalb deren sie das Räsonnement in die bürgerliche Kommunikation einbezog, schritt weiter zur Verwertung der Denkergebnisse in korrektiver Kritik."[2]

In diesem Sinne erteilte Justi den Herrschenden Ratschläge oder legte - oft in getarnter Form - die Fehler der Mächtigen bloß.

In seinem Intelligenzblatt nahm er die staatliche Nachrichtenpolitik zum Anlaß einer kritischen Betrachtung: "Ob es nach den Regeln der Staatskunst rathsam ist, den

1) a.a.O., S.115
2) Schneider, a.a.O., S.129

Verlust einer Schlacht zu läugnen, oder falsche Siege und Vortheile auszubreiten." [1] Ohne sich Zurückhaltung aufzuerlegen, verwarf Justi hier alle Bemühungen der Obrigkeit, angesichts einer drohenden Gefahr die Öffentlichkeit über die tatsächliche Situation im unklaren zu lassen. Eine gerechte Regierung sollte sich vielmehr verpflichtet fühlen, den Ausgleich zwischen Herrscher und Beherrschten zu erstreben. Beide Seiten wurden als zwei - im Grunde gleichwertige - Pole des gesellschaftlichen Lebens betrachtet. Voraussetzung für das Erreichen eines solchen Ausgleichs mußte nach Justis Postulat die Aufrichtigkeit der Souveraine gegenüber dem Volk sein, zumindest gegenüber dem als aufgeklärt angesehenen Teil der Öffentlichkeit. Unverfälschte, objektive Information der Bevölkerung war der Ausgangspunkt zur Beseitigung zahlreicher Mißverständnisse.

Seine Debatte eröffnete Justi mit dem Hinweis auf die in Kriegszeiten übliche Erfahrung, daß sich die Kontrahenten gleichzeitig den Sieg selbst zuschrieben.

Zu diesem Thema hatte sich der Franzose Pierre Bayle, einer der führenden französischen Aufklärer, in seinem viel beachteten "Dictionnaire historique et critique" (1695-1697) geäußert. Justi war geschickt genug, Bayles Ausführungen wörtlich zu zitieren. Der Verfasser des "Dictionnaire" vertrat die Ansicht, daß nicht alle anfallenden Nachrichten publiziert werden sollten. Da die List in einem Kriege ohnehin erlaubt sei, "so muß man die Kunstgriffe der Zeitungsschreiber entschuldigen." Ihre Blätter würden schließlich von einigen politischen Schriftstellern "unter die Waffen der Feder" gerechnet.

Die Äußerungen Bayles über die Presse fanden die volle Billigung Justis:

---

1) Nr. XXXV 1757, S.133-140. Zu Beginn dieses Beitrages bemerkte Justi: "Ein Verfasser periodischer Schriften muß die Gestalt der Zeiten nicht ganz ausser Augen setzen. Ich glaube, daß es den meisten meiner Leser angenehmer seyn wird, wenn ich ietzo den Endzweck meiner Blätter ein wenig ausdehne, und daß sie ietzo lieber Abhandlungen über verschiedene Fragen der Staatsklugheit ... lesen, als wenn ich ihnen Porcellan zu machen ... lerne."

"Ich glaube meine Leser werden seinem Urtheile von den Zeitungen gerne beytreten. Man siehet daraus, daß die Zeitungen vor 60. Jahren schon eben das waren, was sie ietzo sind, nämlich eine Mischung von Wahrheit und Lüge, ohne daß denen meisten Zeitungsschreibern selbst viel dabey zur Last geleget werden kann. Die wahren Nachrichten, sie kommen von dieser oder jener Seite, haben darinnen allemal eine gewisse Hülle um sich, indem auf der einen Seite zu wenig, auf der andern Seite zuviel gesagt wird. Man hat hier die Körner mit samt der Spreu. Ein vernünftiger Leser weiß die Körner schon davon abzusondern. Die leichte Spreu wird von dem Winde leicht weggetrieben. Man muß auf der einen Seite abziehen, und auf der andern zu legen ..... Die Ordnung der Zeitungen müßte nach der größten Proportion der Lügen gemacht werden." [1]

Justis Charakterisierung des Zeitungswesens im 18. Jahrhundert kann schwerlich als übertrieben bezeichnet werden. Doch - so will es scheinen - scheute er sich, die Ursachen der Mißstände zur Kenntnis zu nehmen. Der mangelhafte Zustand der damaligen Tagespresse war wesentlich auf das Streben des Staates zurückzuführen, den Zeitungen jegliches Urteil über die Politik der Obrigkeit zu untersagen. Erst allmählich gelang es diesem Kommunikationsmittel, das Recht zu erobern, neben dem referierenden Teil endlich das Räsonnement zu pflegen. [2]

In anderen Punkten stimmten Justis Auffassungen nicht mit denen Bayles überein. So hielt er es für eine unzutreffende Verallgemeinerung, das Volk bei Niederlagen oder

1) a.a.O., S.138
2) Vgl.: Groth, Geschichte, S.55 ff. - Ferner: Schottenloher, a.a.O., S.328: "Das deutsche Zeitungswesen des 18. Jahrhunderts bietet kein erfreuliches Bild, es ist das Spiegelbild eines erstarrten, geistesarmen öffentlichen Lebens. Die Wochen- und Tageszeitung blieb auf lange hinaus, was sie von Anfang an gewesen war, die Vermittlerin von dürftig zusammengeklaubten Nachrichten und Neuigkeiten. Die Obrigkeiten duldeten keine Betrachtungen über das öffentliche Leben, keine Bemängelung von Regierungsmaßnahmen. So war der Stoffkreis des Zeitungsunternehmers rasch erschöpft."

Unglücksfällen im Ungewissen über die tatsächliche Lage zu halten. Nur dann wollte er dieses Mittel der Verheimlichung gelten lassen, "wenn der Unglücksfall in dem Credit der Nation einen Einfluß hat, und wenn es nöthig ist, dem Volke und denen Bundesgenossen einen Muth zu machen, oder sie auf der Parthey standhaft zu erhalten."

Eine Verharmlosung war für Justi nur dann vertretbar, wenn infolge des negativen Eindruckes einer Niederlage oder Katastrophe auf das Ausland Wirtschaft und Handel des eigenen Landes leiden würden. Besonders in einem gefestigten Staatsgefüge, beispielsweise in absoluten Monarchien, hielt er eine verzerrende Information der Bürger eher für schädlich. Im Gegenteil, so argumentierte er, wäre es oft nützlicher, eine Gefahr zu übertreiben.

Justi verlangte in der Handhabung staatlicher Nachrichtenpolitik reife und ernsthafte Überlegung. Den Mächtigen stellte er gründliche Einsicht in die Staatsklugheit als unabdingbare Voraussetzung für eine aufrichtige Nachrichtenpolitik vor Augen. Sein Credo konnte als Mahnung an die Fürsten aufgefaßt werden:

> "Ich habe mich noch nicht überzeugen können, daß die rechte Staatsklugheit in List, Lügen und Mangel der Ehrlichkeit bestehet. Eine tiefe Einsicht in alle Umstände, Aufrichtigkeit, wohlüberlegte Rathschläge, die ein unverbrüchliches Geheimniß sind, und eine geschwinde Ausführung derselben, sind meines Erachtens die Hauptregeln der Staatsklugheit." [1]

Dank Justis entschieden formulierten Stellungnahmen zur Politik des Staates wurden die "Göttingischen Policey-Amts Nachrichten" zu einem Organ, das nicht nur dem Propagieren ökonomischer Neuerungen diente. Ihr Herausgeber ging über das von ihm selbst abgesteckte Programm in voller Absicht hinaus. Er erweiterte den Themenbereich insofern,

1) a.a.O., S.140

als er versuchte, politisch meinungsbildend auf seine Leser einzuwirken. Sofern Intelligenzblätter derartige Ziele verfolgten, "gewöhnten sie Staat und Publikum an das Räsonnement in Blättern, die gerade für breite Schichten bestimmt waren." [1]

f) Die Wirkung des Intelligenzblattes auf die zeitgenössische Öffentlichkeit

Mehr als die "Neuen Wahrheiten" und die "Fortgesetzten Bemühungen" haben die "Göttingischen Policey-Amts Nachrichten" den Beifall der Zeitgenossen gefunden. Weit stärker als seine übrigen Zeitschriften benutzte Justi das Intelligenzblatt, um zu politischen Tagesfragen öffentlich Stellung zu nehmen. [2] In diesem Organ ist der politische Schriftsteller Justi häufiger und nachdrücklicher zur Geltung gekommen als in seinen anderen Veröffentlichungen. Sein Ziel, einem größeren Leserpublikum tiefere Kenntnisse über die Vorgänge im Staats- und Wirtschaftsleben zu vermitteln, hat er durch dies Intelligenzblatt weitgehend erreicht. In populärer und anschaulicher, dagegen weniger gelehrter Form machte er seine Leser mit Problemen vertraut, die er in seinen größeren und umfangreicheren Werken mit wissenschaftlicher Gründlichkeit vorgetragen hatte. Manche Abhandlungen wurden nur hier publiziert, so beispielsweise der Beitrag zur Informations- und Nachrichtenpolitik oder der Vorschlag zu einer "Zeitung von den Zeitungen". Justi sah sein Intelligenzblatt als Forum des Propagierens neuer politischer Vorstellungen an.

Kurz nach dem Erscheinen der ersten Ausgaben der "Policey-Amts Nachrichten" vermerkten die "Göttingischen Anzeigen von gelehrten Sachen":

---

1) Groth, Geschichte, S.59
2) Vgl.: Remer, Joh. Heinrich Gottlob von Justi, S.20

"Es ist kein Zweifel, daß bei Fortsezung dieser periodischen Schrift durch die gute Wahl derer abzuhandelnden Materien der Herr Hofrath von Justi sich immer mehr und mehr um das Reich der Wissenschaften verdient machen werde." [1]

Fand in diesem Urteil die Eignung des dargebotenen Stoffes lobend Erwähnung, so galt eine weitere Besprechung des Justischen Intelligenzblattes in der gleichen Rezensionszeitschrift der Würdigung der stilistischen Form:

"Der Herr Hoffrath von Justi hat den Anfang gemacht, einen der Vorschläge, welche er in dem neulich erwähnten Programma [2] gethan hat, selbst zu erfüllen: indem er seit dem 4 Julii wöchentlich zweymal Göttingische Policey-Amts Nachrichten herausgiebet..."
"... diese Abhandlungen, die wir so leicht und verständlich geschrieben finden, daß auch der Ungelehrte sie fassen, und der, der kein Hauswirth ist, sie verstehen und mit Vergnügen lesen kann..." [3]

Besonderen Anklang fanden beim ungenannt gebliebenen Rezensenten die am Schluß jedes Heftes des Intelligenzblattes veröffentlichten Preistabellen:

"Dieser Anhang wird nicht blos den hiesigen Einwohnern, sondern auch denen benachbarten auf dem Lande, die eine grössere Hauswirthschaft treiben, nützlich seyn, indem sich daraus ergiebt, daß sie ihre Victualien mit Vortheil hieher versenden können: wie wir denn wohl bemerckt haben, daß ihnen die hier angegebenen Preise vorhin unbekannt gewesen, und fremd vorgekommen sind." [4]

---

1) 22.St. v. 20.2.1755, S.191-192
2) Gemeint ist die Einladungsschrift zu den in Göttingen gehaltenen Kameralvorlesungen ("Abhandlung von den Mitteln die Erkenntniß in den Oeconomischen und Cameral-Wissenschaften dem gemeinen Wesen recht nützlich zu machen," 1755).
3) 96.St. v. 11.8.1755, S.889-890
4) Ebenda

Dieser zeitgenössische Beleg bezeugt die Funktion des Justischen Intelligenzblattes als Organ intensiver Kommunikation auf dem Sektor der Preisbildung. Die "Göttingischen Anzeigen" erwähnten die "Policey-Amts Nachrichten" noch mehrfach. Meist ist das Intelligenzblatt Justis aufgrund seines reichhaltigen Materials gelobt worden. Über den ersten Jahrgang hieß es:

"Die nützliche Auswahl der Materien fällt von selbst in die Augen." [1]

Offensichtlich war es Justi gelungen, bis zum Ende der "Nachrichten" die Qualität der Beiträge nicht absinken zu lassen. Im letzten Jahrgang wurde in den "Göttingischen Anzeigen" geurteilt:

"Die Verschiedenheit der Materien macht sie angenehm, und wer auch nicht in allen Stücken einstimmig ist, wird ihnen nicht ableugnen, daß sie von sehr vielen Materien die besten Gedancken enthalten, und darunter auch solche, die in Deutschland nicht so gewöhnlich sind, als sie seyn sollen." [2]

Die Beliebtheit und Verbreitung dieses Periodikons in der Öffentlichkeit unterstreicht der folgende Hinweis in dem Göttinger Rezensionsorgan:

"Es sind von diesen Blättern nur noch wenige complette Exemplaria vorhanden." [3]

Neben den "Göttingischen Anzeigen" waren es besonders die von dem Kameralisten Johann Jakob Moser herausgegebenen "Schwäbischen Nachrichten", in denen den "Göttingischen Policey-Amts Nachrichten" aufmerksame Beachtung geschenkt wurde. Moser räumte der Besprechung des Göttinger Intelligenzblattes mehrere Seiten ein.[4] Im Anschluß an eine kurze Würdigung Justis machte Moser seine Leser mit der Anlage und Gestaltung der Publikation bekannt und zählte

1) 154.St. v. 25.12.1755, S.1413
2) 13.St. v. 29.1.1757, S.116-117
3) 24. St. v.24.2.1757, S.233
4) 4.St. 1756, S.308-312

die einzelnen Rubriken auf, die den Inhalt jeder Einzelnummer bildeten.

> "Ich und andere Ausländer aber bekümmern uns nur um die zu erst berührte Abhandlungen,[1] welche auch den meisten Plaz einnehmen, und den eigentlichen Werth diser Blätter ausmachen." [2]

In seiner Zeitschrift druckte Moser die einleitenden Abschnitte der von Justi negativ beantworteten Untersuchungen "Ob es rathsam sey, denen Manufacturiers und [3] Fabricanten den einzeln Verkauf ihrer Waare zu verstatten" ab. Über das Justische Intelligenzblatt allgemein urteilte er beifällig:

> "Diese Nachrichten haben schon solchen verdienten Beyfall gefunden, daß verschiedene Abhandlungen daraus auch in anderen Schrifften, z.E. der hiesigen real-Zeitung, denen Leipziger Sammlungen, etc. einverleibet worden sind. Sie seynd nützlich, gründlich, wohl geschriben, und ich wüßte nicht wohl etwas daran auszusetzen, als daß manchmal lange Vorreden gemacht werden, ehe man zur Haupt-Sache kommt: Nun ist zwar dieses eine Ausschweiffung: Da sie aber, wie das allererst angeführte Exempel bewähret, so vil gutes als die Abhandlungen selbst enthalten; so dörffte nur die Rubric solchen Falles etwas anderst gefasset werden, so wäre es gar kein Fehler mehr."[4]

Auch Zincke informierte in den "Leipziger Sammlungen" seine Leser ausführlich über Justis Blatt.[5] Er bekräftigte dessen Ansehen unter den Zeitgenossen:

---

1) gemeint sind die "Gelehrten Abhandlungen zum Vortheil des Nahrungsstandes."
2) a.a.O., S.309
3) veröffentlicht in den "Policey-Amts Nachrichten" Nr. XIII, 1756, S.89-91.
4) a.a.O., S.311
5) In den "Gesammleten Nachrichten aus öffentlichen Blättern", 12.Band 135.Stück 1756, S.201-223, besonders S.213.

"Ueberhaupt sind diese Abhandlungen mit vieler Deutlichkeit geschrieben, und werden bey den Liebhabern der Oeconomie den verdienten Beyfall finden."

Mit Ausnahme der seit 1729 von Johann Peter von Ludewig herausgegebenen "Wöchentlichen Hallischen Anzeigen" und des dort beigefügten gelehrten Artikels sowie den von Justus Möser geleiteten "Wöchentlichen Osnabrückischen Anzeigen" (1766-82) hat kaum ein Intelligenzblatt des 18. Jahrhunderts eine derart starke Beachtung in der zeitgenössischen Öffentlichkeit gefunden wie Justis "Göttingische Policey-Amts Nachrichten". Justis Geschick ist es zu verdanken, daß sich das Intelligenzblatt von einer hauptsächlich gelehrten Interessen dienenden periodischen Publikation zu einem Informationsmittel für die wirtschaftliche Aufklärung breiterer Volkskreise umwandelte.

Ein Jahrzehnt vor dem Erscheinen der "Göttingischen Policey-Amts Nachrichten" war in Zinckes "Leipziger Sammlungen" der Zustand des damaligen Intelligenzwesens heftig kritisiert worden. [1] Man hatte eine weitgehende Umgestaltung dieser Periodika gefordert und angeregt, das Intelligenzwesen auf die Wünsche und Erfordernisse des einfachen Bürgers abzustellen. Das Intelligenzblatt sollte seinen allzu gelehrt-wissenschaftlichen Charakter verlieren und stärker in den Dienst breiterer Bevölkerungsschichten gestellt werden. Es sollte zu einem Medium volksnaher und leicht verständlicher Belehrung über Wirtschaftsfragen werden. Erst Justi hat das Intelligenzblatt im Sinne dieser Kritik erneuert.

---

1) 3.Bd. 34.Stück 1746, S.879 ff.:"Gedancken vom Intelligentz-Wesen, und sonderlich denen wöchentlichen Anzeigen."

9). Justi als Publizist

Stärker als in den wissenschaftlichen Monographien äußerte sich die publizistische Begabung Justis in seinen Zeitschriften. In seinen Wirtschaftsperiodika, hauptsächlich in seinem Intelligenzblatt, zeichnete sich Justi durch eine weniger gelehrte Diktion aus, er bemühte sich um ein eindringliches und überzeugendes Ansprechen einer breiteren, nicht ausschließlich akademisch gebildeten Leserschaft.
In einer Zeit, deren schwerfälliger Sprachstil die Wirkung der Aussage allzu leicht beeinträchtigte und oft Gefahr lief, in erstarrenden Formen zu verharren, bedurfte es ausgewählter Begabungen, um die Kluft zwischen den bildungsmäßig getrennten Volksschichten zu überbrücken. "In jedem Jahrhundert hat die Publizistik mannigfache Persönlichkeiten hervorgebracht, welche die Sprache ihrer Epoche beim Schopf nahmen, sie säuberten und wendeten. Einem abgetragenen Worte durch das Einfügen in einen überraschenden Zusammenhang entweder seinen alten Sinn wiederzuschenken oder ihm eine ungeahnte Deutung zu verleihen, war nur ein Teil ihrer Wortkunst." [1]

Die Zeitgenossen würdigten Justis stilistische Fähigkeiten vorbehaltlos, auch wenn sie seine häufig allzu entschiedenen Äußerungen nicht immer widerspruchslos hinnahmen. "Justi pflegte seine Ansichten sehr bestimmt und unverblümt vorzutragen, was ihm manche Anfeindungen einbrachte. Dennoch mußten auch die Gegner seine Beredsamkeit und gewandte Darstellungsweise anerkennen; er wirkte auf die Zeitgenossen schon infolge seiner überragenden Vortragsweise und seines gefälligen, flüssigen Stiles." [2]

Unter den publizistischen Eigenarten Justis fällt zunächst sein polemischer Stil auf. In der Diskussion mit Gegnern seiner Auffassungen steigerte er sich oft bis zur Aggressivität. Dennoch schmälerten solche Schärfen und kompromißlosen Stellungnahmen - insbesondere bei politischen Auseinandersetzungen - seine Wahrheitsliebe und

1) Haacke, Sprache und publizistische Persönlichkeit. In: Publizistik - Elemente und Probleme, S.70
2) Remer, a.a.O., S.20

Aufrichtigkeit nicht. Justi hat es niemals unterlassen, die verschiedensten Gründe und Argumente gegeneinander abzuwägen, sobald es galt, sich für oder gegen eine Maßnahme zu entscheiden. Klarheit und Bestimmtheit in der Forderung nach Änderung als falsch erkannter Verhältnisse kennzeichneten seine Haltung.

Unter den Herausgebern der Wirtschaftszeitschriften jener Epoche ragte Justi durch seine Furchtlosigkeit im Angriff auf Mißstände und Fehlgriffe der Obrigkeit hervor. Mit großem Geschick verstand er es, Kritik an der Staatsführung in eine weniger provozierende und verfängliche Form zu kleiden.

Immer wieder überraschen seine präzis und überlegt formulierten Ratschläge und seine Meisterschaft, eingehenden Abhandlungen zu einem wirtschaftlichen oder politisch-gesellschaftlichen Problem wohldurchdachte Vorschläge folgen zu lassen.

Sprachlich-stilistisches Können paarte sich bei Justi mit schriftstellerischer Sauberkeit. Als Zeugnis nehme man die Vorrede zum zweiten Band der "Neuen Wahrheiten" (1755). Justi erkannte den Wert der Kritik grundsätzlich an; er bejahte sie insbesondere dann, wenn sie aus der Feder fachlich kompetenter Gutachter stammte, Kritik war für ihn ein Beweis für aufmerksames Würdigen der Leistungen eines Schriftstellers oder Publizisten:

> "und wenn er nicht von einem lächerlichen Stolze und der thörichten Einbildung einer Unbetrüglichkeit eingenommen ist: so wird er dadurch Gelegenheit erlangen, die Wahrheit weiter zu untersuchen. Diese Untersuchung wird ihn in den Stand setzen, entweder die Erinnerung gründlich abzulehnen, oder seinen Irrthum zu gestehen; und kann wohl ein vernünftiger und billiger Schriftsteller etwas anders als die Wahrheit suchen?" [1]

Gegen Justi kann nicht der Vorwurf erhoben werden, ähnliche Grundsätze nur für andere aufgestellt zu haben.

---

1) a.a.O., S.3

Unbestreitbar ist, daß er zu seinen eigenen Prinzipien stand. Seine wiederholt erhobenen Forderungen nach gewissenhaftem Überprüfen bisher gewonnener Erkenntnisse, nach ehrlichem Revidieren mancher Erfahrungen blieben nicht leere Worte. Sichtbares Zeichen dafür war die Offenheit, mit der er in den "Fortgesetzten Bemühungen" seine Ansichten über die Notwendigkeit von Importrestriktionen zu ändern bereit war.[1] Bei jener Frage handelte es sich schließlich um einen der wesentlichen Grundsätze kameralistischer Wirtschaftspolitik.

Die Wirtschaftsfachzeitschriften gaben Anstöße zu regen fachlichen Diskussionen. So hatten sich bereits Zinckes "Leipziger Sammlungen" zu einem Forum gemeinschaftlichen Gesprächs entwickelt, in dem Vertreter unterschiedlicher Auffassungen zu Worte kamen. Justi schätzte solche Fachgespräche in periodischen Schriften. Einem Andersgesinnten entgegnete er:

> " ... so wird er mich verbinden, wenn er zu erkennen giebt, ob er mit dieser Auflösung zufrieden ist, oder ob er ferner etwas darwider zu erinnern hat. Ich biethe ihm zu dem Ende gegenwärtige periodische Schrift an; und er kann mir sicher zutrauen; daß ich seine Gedanken ohne die geringste Aenderung eindrucken lassen werde. Es gereicht sehr zur Bequemlichkeit der Leser, wenn sie in solchen kleinen und geringfügigen Streitigkeiten die Gegenschriften mit ihrer Beantwortung in einerley Werke beyeinander finden." [2]

Den Titel seiner ersten Wirtschaftszeitschrift "Neue Wahrheiten" hat Justi stets als verpflichtendes Motto empfunden; ständig war er bestrebt, dem Publikum seine Ehrlichkeit zu beweisen. Als ihm von Lesern nahegelegt worden war, das Periodikon umzubenennen, hielt er an der ursprünglichen Bezeichnung fest:

---

1) 3.Stück, 1760, S.347
2) Vorrede zum 2.Band der "Neuen Wahrheiten", S.5-6

"Ich antworte darauf, daß mir die Titel der Magazine, der Sammlungen der Nachrichten, der Belustigungen, der Bemühungen und dergleichen ungemein abgenutzet schienen; .. Wenn ich einen andern Titel ausgesuchet hätte: so würde ich vielleicht viel gemächlicher und leichter arbeiten können, und ich würde eben so gut als andere allerley Sächelchen haben zusammen raffen können, die schon hundertmal gesagt sind ... Meine Leser können sich allerdings versichert halten ... daß ich ihnen keinen zehnmal gekochten Kohl wieder aufwärme." [1]

Justis polemische Diktion, seine sprachliche Formulierungskunst in der publizistischen Auseinandersetzung mit gegnerischen Auffassungen, die es zu widerlegen galt, demonstriert ein Aufsatz über die "Ursachen der Bevölkerung und Entvölkerung von Deutschland." [2]

Den Ausgangspunkt bildete ein von Justi selbst aus dem Französischen übersetzter Artikel aus dem "Journal Oeconomique" (Paris, Oktober 1754). Jenes Wirtschaftsblatt hatte im 18. Jahrhundert diesseits des Rheins weithin Resonanz in Fachkreisen gefunden, wie die häufig in deutschen Publikationen erscheinenden Übersetzungen aus dieser Zeitschrift beweisen.

Justi druckte die Ausführungen des französischen Autors ungekürzt ab, ohne sich mit einer eigenen Stellungnahme einzumischen. Erst danach kommentierte er einzelne Behauptungen der Gegenseite. [3] Er wollte zunächst seinen Landsleuten vor Augen führen, wie unsinnig man im Ausland Deutschland verunglimpfte und welche falschen Vorstellungen dort teilweise gängig waren:

"Entweder hundert große Männer deutsche Geschichtsschreiber sind mit uns Narren gewesen, oder der Verfasser (d.h. des französischen Aufsatzes) ist - wie die Folge lehren wird." [4]

Punkt für Punkt widerlegte er die Gedankengänge des Kontrahenten:

---

1) Vorrede zum 2.Band der "Neuen Wahrheiten",S.8-9
2) "Neue Wahrheiten", 2.Band, 8.Stück, S.140 ff.
3) Die gleiche publizistische Technik hatte er in der Auseinandersetzung mit der Abhandlung Bayles über die Nachrichtenpolitik angewandt.
4) a.a.O., S.150

"Die Deutschen errichteten nach dem Beyspiele der alten Römer eine Art von Republik.[1] Das ist offenbar falsch! Deutschland ist vor Carls des großen Zeiten niemals eine Republik gewesen. Jeder Staat hatte seine eigene Verfassungen."

Von der Überlegenheit Deutschlands behauptete Justi:

"Ferner so ist es falsch, daß die deutschen Fürsten ihre Vasallen in der Sclaverey erhielten. Die deutschen Vasallen sind viel freyer, als der Adel in Frankreich, und in andern Staaten ist. In Deutschland ist keine Sclaverey, außer in Ansehung der im Kriege bezwungenen Slaven und Wenden."

Den Einfluß der französischen Einwanderer auf die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland bestritt er entschieden:

"Nun hebt der Verfasser an, mit seinen französischen Colonien zu prahlen. Die haben das wüste Deutschland bevölkert! Allein man zähle doch alle Franzosen im Brandenburgischen."

Seiner Argumentation fehlte es nicht an Ironie und Schärfe:

"Ferner soll die Melancholie in Deutschland so gewöhnlich seyn, und ... von dem Elende der Einwohner herrühren. Das ist wahr! ich wundre mich über nichts mehr, als daß der Verfasser, der doch in Deutschland lebt, damals, als er dieses schrieb, nicht in eine Melancholie verfallen ist; noch mehr wundere ich mich, daß er noch am Leben ist, da sich in seiner kleinen Stadt zwanzig Leute, in Zeit von einem Jahre, das Leben genommen." [2]

Das Schwergewicht jenes Disputes lag indes auf der Frage des Volkreichtums, einem Grundanliegen der Kameralisten. Den Standpunkt der anderen Seite ließ Justi nicht unwidersprochen:

"Wenn das physisch unmöglich ist, daß die nördlichen Länder so volkreich seyn, sollten, als diejenigen, welche sich näher nach Mittage befinden, woher kamen denn die alten mitternächtlichen Völker, die nach des

1) Unterstrichenes erscheint im Original in Fettdruck.
2) a.a.O., S.159

Verfassers Vorgeben vormals Deutschland bevölkert haben?" -

Um auf seine Leser einzuwirken, um seinen Thesen Nachdruck zu geben oder als falsch angesehene Ansichten zu entwerten, griff Justi zu vielfältigen Mitteln rhetorischer Kunst. Bevorzugt wählte er syntaktische Umstellungen und exklamative Wendungen. Mit Suggestivfragen vermied er Gleichförmigkeit des Sprachflusses.

Vor anderen Zeitschriftenpublizisten seiner Epoche zeichnete sich Justis Stil durch emphatische Züge aus. Seine Sprache besaß Prägnanz, Schärfe, Eindringlichkeit. Sie war eher geeignet, die Leser zu beeindrucken als die überwiegend nüchtern-gelehrte Diktion Zinckes. Zudem beherrschte Justi ein überaus nuancenreiches Vokabular.

Markante Beispiele für Justis Stil bieten die einleitenden Abschnitte seiner Abhandlung "Von Erzeugung des Salpeters" in den "Göttingischen Policey-Amts Nachrichten".[1] Der Behandlung eines spezifisch ökonomischen Themas schickte er allgemeine Betrachtungen voraus. In die Einleitung flocht er kulturkritische Gedanken ein. Justi gab sich als pazifistisch eingestellter Kameralist zu erkennen. Nicht nur den materiellen Schaden kriegerischer Verwicklungen hielt er für beklagenswert. Die Kriegsführung bedeutete für ihn nicht allein eine Aufopferung der Landesschätze. Er sah in ihr eine Vergeudung wertvollen Blutes. Die Erfindung des Pulvers habe damals, so folgerte Justi, keinen Segen gebracht. Schonungslos brachte er seinen Lesern bei, daß es Widersinn wäre, durch Kriege alle früheren intensiven Bemühungen um größeren Reichtum zunichte zu machen.

"Wir hätten hier ein weites Feld zu Betrachtungen. Unsere Zeiten sind ungemein aufmerksam auf die Cultur und Bevölkerung der Länder. Wir ergreifen alle ersinnliche Maaßregeln Fremde in das Land zu ziehen und die Vermehrung der Einwohner durch die Zeugung und durch Verhütung des frühzeitigen Absterbens zu befördern. Wir machen Verzeichnisse der Gebohrnen

1) Nr. XCVII, 1756, S.385 ff. Dieser Aufsatz wurde in den "Leipziger Sammlungen", 14.Bd. 161. Stück, nachgedruckt.

und Gestorbenen; wir zählen das Volk und rechnen schon in voraus, wie die Bevölkerung des Landes zu nehmen wird. Der Krieg, der grausame Krieg vernichtet alle diese schönen Bemühungen. Ein Krieg nimmt uns mehr Volk hinweg, als wir durch zwanzigjährige Vorsorge an der Bevölkerung nicht gebessert haben.
Eben so gehet es mit der Ausführung des Geldes. Alle Staaten bemühen sich auf alle ersinnliche Art den Ausfluß des Geldes zu verhintern. Man leget Manufacturen und Fabriken an; man befleißiget sich alles mögliche selbst im Lande zu gewinnen ... Der Krieg, der schädliche Krieg vereitelt auch diese schönen Bemühungen. Ein einziger Krieg verursachet, daß das Geld zu Millionen außer Landes gehet; und was wir durch zwanzigjährige Vorsorge im Lande zurückgehalten haben, wird durch den reißenden Strohm des Krieges auf einmal ausgeführet ..." [1].

Die Parallelität des syntaktischen Gefüges, die Wiederholungen einzelner Worte und Satzteile fallen als gekonnt verwandte stilistisch-rhetorische Kunstgriffe auf.

Scharf und unversöhnlich setzte sich Justi mit seinen Gegnern auseinander, kompromißlos verteidigte er seine Anschauungen, doch niemals mißbrauchte er seine schriftstellerische Begabung und seine Meisterschaft als Stilist zu unbilliger Polemik und unsachlicher Kritik.

Seine glänzenden journalistischen Fähigkeiten, selbständig gewonnene Fachkenntnisse einem weiteren Publikumskreis in verständlicher Form zu vermitteln, ließen seine kameralistischen Zeitschriften - trotz ihrer begrenzten Kontinuität und eingeschränkten Öffentlichkeit - zu Organen wirtschaftlicher Aufklärung und Meinungsbildung werden.

---

1) a.a.O., S.386

10.) Die periodische Wirtschaftspresse
von Justi bis Schlözer im Überblick
a) Wirtschaft, Staat und Gesellschaft in der
Darstellung der Fachzeitschriften
←Probleme der Wirtschaftspolitik

Die Jahrzehnte zwischen dem Erscheinen des ersten Wirtschaftsperiodikons Justis, den "Neuen Wahrheiten" (1754) und dem Höhepunkt der Zeitschriftenpublizistik August Ludewig von Schlözers, den "Staats-Anzeigen" (1782-1795), leiteten einen Wandel im wirtschaftspolitischen Denken ein.

> "Um die Mitte des 18. Jahrhunderts stand die merkantilistische Staatspraxis auch in den fortgeschrittensten Ländern England und Frankreich immer noch scheinbar unerschüttert und erreichte weiter östlich, in Preußen, Österreich und Rußland, gerade ihren Höhepunkt. Aber es regten sich bereits die Kräfte, die ihre theoretischen Grundlagen untergruben und ihr neue Gedankengebäude entgegenstellten." [1]

Im Zeitalter des Kameralismus waren der Aufbau der Manufakturen, die Förderung des Handels- und Gewerbewesens oder das Streben nach aktiver Handelsbilanz Leitgedanken der Wirtschaftspolitik gewesen. Von den sechziger und siebziger Jahren des 18. Jahrhunderts an sah man immer mehr in der Landwirtschaft eine wesentliche Quelle des Reichtums und der Produktivität. Bereits die "Oeconomischen Nachrichten" Hohenthals hatten das allmähliche Umdenken, und die beginnende Wertschätzung der "Oeconomie" belegt. Jedoch räumte man in dieser Zeitschrift ein, daß, selbst wenn die Landwirtschaft als die wichtigste Grundlage des Wohlstandes der Gesellschaft zu betrachten sei, den Manufakturen und Gewerben als Produktionsfaktoren Bedeutung nicht abgesprochen werden könne. In späteren

1) Haussherr, a.a.O., S.277

Wirtschaftszeitschriften drangen dann immer stärker die Ideen der Physiokraten durch, die in der Landwirtschaft das einzige Mittel zur Steigerung des Reichtums erblickten.[1] Getreulich spiegelte die periodische Wirtschaftsfachpublizistik den sich in der Aufklärungsepoche vollziehenden Wandel in den Auffassungen über die Grundsätze der Volkswirtschaftslehre wider.

Die unterschiedlichen Ansichten über die Frage, ob dem Manufakturwesen oder der Landwirtschaft der Vorrang gebühre, offenbarten zwei Aufsätze aus den "Schlesischen oeconomischen Sammlungen" (1754-1762) und dem "Berlinischen Magazin" (1765-1769). In dem erstgenannten, in Breslau erschienenen Periodikon verteidigte ein namentlich nicht zeichnender Autor die Wertschätzung der Landwirtschaft. In der Abhandlung über die "Wohlfart des Landes aus der guten Verfassung der Landwirthschaft"[2] - aus dem Titel ist die Tendenz bereits ersichtlich - sprach er sich gegen all jene aus, die die Bedeutung der Landwirtschaft allein aus ihrer langen Geschichte zu erklären suchten. Vielmehr müsse ihr Beitrag zur Hebung der gesamten Staatswohlfahrt in Betracht gezogen werden, wenn man sich ein zutreffendes Urteil über ihr Verhältnis zum Manufaktur- und Gewerbewesen bilden wolle. Jener Ökonom betonte vor seinen Lesern nachdrücklich, daß sich sämtliche Handwerkszweige, Manufakturen und Fabriken auf die Landwirtschaft gründeten.

Er bemühte sich, die Abhängigkeit des Handwerks von der Landökonomie im einzelnen nachzuweisen. Auch die Verbesserung der Situation des Handwerks war nach seiner Erfahrung nur im Gefolge einer intensiveren Förderung der Landwirtschaft denkbar.

Bedenken äußerte dieser Wirtschaftspublizist über die Hindernisse und Vorurteile, auf welche die Landwirtschaft stets von neuem stieß. Trotz der unleugbaren, teilweise

1) Vgl.: Fritz Karl Mann: Physiokratie. In: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 8.Bd. Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1964, S.298

2) Schlesische oeconomische Sammlungen, 3.Bd. 17~~56~~ St., 1757, S.1-22

beachtlichen Fortschritte auf dem Agrarsektor befürchtete er, daß die anhaltende Misere soziale und soziologische, für die Gesellschaft als Ganzem abträgliche Konsequenzen nach sich ziehen könnte:

"Da die Landwirthschaft bishero fast verächtlicher als andere Beschäftigungen bey uns gehalten worden, und, ausser dem Adel, sich dazu nur die niedrigste Classe der Inwohner eines Staats gebrauchen lässet. Da die Arbeit und Mühe dabei, beschwerlich, und fast unaufhörlich fortdauret, folglich vor die Landleute weniger Ergötzlichkeit und Ruhe, als bey städtischen Handthierungen sich äusert; und da überhaupt der Gewinn klein und ungewisser als bey den bürgerlichen Nahrungen und bey dem Kaufhandel bleibet, so ist es dem verachteten, mühsamen und niedrigen Baurenstande nicht zu verargen, wenn sie aus ihrem Elend und Mühseligkeit sich und die Ihrigen nach und nach heraus zu reissen, und empor zu schwingen, auch in den Bürgerstand über zu gehen sich gelüsten lassen, zu malen wenn sie zeithero nicht ohne Bedruckung und mit Widerwillen das Land bauen müssen."

Da dem Verfasser der Abhandlung eine ausreichende Versorgung der Landwirtschaft mit Arbeitskräften auch für die Zukunft völlig ausgeschlossen erschien, warnte er vor den Folgen einer solchen soziologischen Umschichtung. Aus dem Übergang vieler Angehöriger des Bauernstandes in den Bürgerstand sah er in jeder Hinsicht nachteilige Auswirkungen auf das soziale Gefüge der Gesellschaft voraus.

Die Stagnation auf dem Agrarsektor führte er auf die unzulängliche Kultivierung des Bodens und das Sinken der Einkünfte, ferner auf den Mangel an tüchtigem Personal zurück:

"Je mehr also der Bauernstand an Vermögen und an Menschen abnimmt, desto mehr leidet die Landwirthschaft darunter, weil dadurch das zeithero bebauete Land weniger gepflüget werden kann und das unbebauete

noch gänzlich ohne Nutzen verbleiben muß, welchen Abgang das gemeine Wesen, und alle Stände des ganzen Landes sehr merklich empfinden müssen." [1]

Eine abweichende Auffassung vertrat der Autor des Beitrages "Vom Nuzen derer Fabriken und Manufakturen in Beziehung auf einen Staat und desselben Beherrscher", der im Jahre 1766 im "Berlinischen Magazin" veröffentlicht wurde.[2] In der Stellungnahme zu diesem in der Zeitschriftenpublizistik immer wieder aufgeworfenen Streit-Thema wurde der Reichtum des Staates in seiner Abhängigkeit von dem Zustand der Manufakturen und Fabriken beurteilt. Hier ist noch ganz aus der Sicht der kameralistischen Wirtschaftslehre argumentiert worden.

Seine Überlegungen begann dieser Wirtschaftler mit erneuten Hinweisen darauf, wie wertvoll der Reichtum als Quelle der Macht und der staatlichen, letzlich auch privaten Unabhängigkeit sei. Das ostentative Herausstellen der Herrscherpflichten, insbesondere der Dringlichkeit, dem Untertanen einen Teil des materiellen Überflusses zugute kommen zu lassen, mag verborgene Kritik am Eigennutz mancher Fürsten bedeutet haben. Da der Reichtum eines Souveräns in der Wohlfahrt des Volkes zu suchen wäre, sei die Folgerung statthaft, daß die Staatsbürger das "erste Kapital" eines Regenten darstellten. Sobald dieser auf notwendige Bedürfnisse des Volkes zurückgreife, beeinträchtige er unweigerlich das eigene Kapital.

Es scheint, daß derartige merkantilistische Vorstellungen nicht mehr unumstritten waren. Als Eingeständnis des Zweifelns ist der Satz aufzufassen:

"Diese Grundsäze sind sehr alt und beschäftigen, wenigstens zum Schein, noch immer alle Cameralisten und Staatsmänner."

---

1) ebenda, S.20
2) II.Bd. IV.St., S.353 ff.

In diesem Aufsatz aus dem "Berlinischen Magazin" wurde vor der leichtfertigen Annahme gewarnt, die Zahl der Einwohner mache allein den Reichtum eines Staates aus. Hingegen müsse man bei der Bemessung dieses Reichtums ausschließlich von dem Vorhandensein wohlhabender Untertanen ausgehen. War auch dieses Postulat als Mahnung an die fürstliche Obrigkeit, dem ~~xxx~~ Wohl der Bevölkerung stärkere Beachtung zu schenken, aufzufassen?

Neben der Wohlhabenheit des ganzen Volkes war der Fleiß der einzelnen Bürger eine weitere unerläßliche Bedingung für den Machtzuwachs des Herrschers:

"Fleißige Unterthanen sind also der einträglichste Theil des fürstlichen Kapitals."

Von diesem Grundsatz aus bewertete der Autor Nutzen und Vorzüge der Manufakturen und Fabriken:

"Ein Grundsaz, nach welchem ich unleugbar behaupten kann, daß Manufakturen und Fabriken die vornehmsten Quellen fürstlicher Reichthümer und die richtigsten Grundsäulen des blühenden Wohlstandes aller Staaten sind. Sie vermehren nicht nur das Kapital, sondern sie machen es auch wircksamer und einträglicher." [1)]

Noch andere Vorteile erwuchsen - gemäß dieser Darstellung - aus solchen Unternehmungen. Nicht allein, daß diese die Einwohnerzahl steigen ließen, wurde als bedeutsamer Faktor angesehen. Ebenso gelang es dank der Existenz von Manufaktur und Fabrik, alle Stände "in Bewegung zu setzen." Die am Wirtschaftsleben beteiligten Bevölkerungsgruppen, vom Kaufmann bis zum Fuhrmann, befanden sich somit in einem in sich verzahnten Arbeitskreislauf: "Alles arbeitet." Die Erziehung zur Arbeitsdisziplin brachte nach Aussage des Verfassers eine neue begrüßenswerte Begleiterscheinung mit sich: fremde, strebsame Untertanen strömten ins Land und konnten in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden.

---

1) ebenda, S.361

Nicht übersehen hat man in der Abhandlung die Rolle des Ackerbaues als einer wirtschaftlichen "Grundsäule". Man negierte keineswegs, daß er von der Entwicklung besonders das Fabrikwesens profitierte:

"Durch die Fabrick wird er erweitert, weil durch sie die Consumtion auf dem Lande vermehrt wird."

Fast alle Wirtschaftszeitschriften maßen der Bevölkerungspolitik erhebliche Bedeutung bei, gleichgültig, ob ihr Interesse stärker der Behandlung von Agrarproblemen zuneigte oder ob das Manufaktur- und Gewerbewesen den Schwerpunkt der Darstellungen bildete. Bis zum Ende des Jahrhunderts - speziell in der Wirtschaftspublizistik Schlözers - ist diesem Problem großzügig redaktioneller Raum gewährt worden. Stets ging man hier bei der Beschäftigung mit der Bevölkerungsentwicklung davon aus, wie sich steigende oder sinkende Einwohnerzahl auf die Gesamtlage des Staates auswirkte.

"Je mehr in einem Reiche ... Handlung, Ackerbau, Künste und Wissenschaften floriren, desto volkreicher wird es seyn, und je mehr diese vernachläßiger (!) werden, desto entvölkerter wird es werden, desto gewisser wird sein Fall nahe seyn."

Die Wirtschaftspublizisten wurden nicht müde, durch die Verbreitung ähnlicher Thesen bei ihren Lesern um Verständnis für die Zusammenhänge zwischen "Volkreichtum" und Landesprestige zu werben. Aus dem zitierten Satz, enthalten in dem Aufsatz: "Patriotische Gedanken über die Ursachen der Entvölkerung und Mitteln zur Bevölkerung" aus dem "Neuen allgemeinen Harzmagazin" (1768-1771),[1] leitete der Autor die Forderung an den Herrscher ab, all seine Anstrengungen auf die Kultivierung des Landes und auf das Gedeihen der Wissenschaften und Gewerbe zu richten. Dazu mußten notgedrungen weitere Maßnahmen getroffen werden:

"Erleichterungen der Abgaben des Landvolkes, Freiheiten und Begnadigungen derer die vorzüglich ihre Aecker cultiviren, derer die viele kinder zeugen, die wüste Plätze urbar machen, die große Handlung treiben...

1) 3.St. 1768, S.187 ff.; Forts.: 4. St. 1768, S.19[illegible] ff.

sind keine unbekannte Hülfsmittel ein Land zu bevölkern, weil eben durch viel Arbeiten in einem Lande auch fremde Arbeiter herein und im Lande nach und nach mehr gezogen werden."[1)]

Die Stellung der Manufakturen und Fabriken im Rahmen der gesamten Staatswirtschaft, die Rolle der Landwirtschaft, das Vordringen der Gewerbe, Maßnahmen zur Vermehrung der Bevölkerung - dies waren die vordringlichsten wirtschaftspolitischen Themen, mit denen man sich in den Fachperiodika auseinanderzusetzen pflegte. Daneben interessierte viele Publizisten die Förderung des Handels. Nicht allein der Binnenhandel war Gegenstand eingehender Untersuchungen; frühzeitig hat manche Redaktion versucht, sich einen Überblick über das internationale Handelswesen zu verschaffen. Als einer der ersten Beiträge von Gewicht ist die Abhandlung "Von des deutschen Handels Anwachs und Abnahme" aus den "Hannoverischen Gelehrten Anzeigen" zu zitieren.[2)]

Das Handwerksproblem und die heftigen Debatten über Abstellung der Mißbräuche, besonders im Zunftwesen, fanden ihren Niederschlag in den Zeitschriften. Solche Fragen waren bereits in Dithmars "Oeconomischer Fama" ausführlich abgehandelt worden. Die verschiedensten Vorschläge wurden den Lesern unterbreitet, um eine Regelung der anstehenden Schwierigkeiten zu erreichen. So setzten sich die "Schlesischen oeconomischen Sammlungen" (1754-1762) im Jahre 1755 in einer Untersuchung mit der Möglichkeit auseinander, "ob die Handwerker auf dem platten Lande abzuschaffen, und nur in denen Städten zu dulden sind."[3)]

---

1) 4.St., S.198-199
2) 46.St. 1750, S.207 ff.
3) 1.Bd. 4.St., S.328-340. Bezeichnend ist die Feststellung Daniel Gottfried Schrebers: "Man siehet es ein, wie viel Handwerksmißbräuche zurückgeblieben sind, die durch das Reichsconclusum vom Jahre 1731. nicht gehoben worden, und daß deren Abstellung ein neues Conclusum von großer Nothwendigkeit sey" (Sammlung verschiedener Schriften, 15.Teil 1765, S.111), ein Beweis dafür, daß die Zeitgenossen das Problem der Handwerksordnung als ungelöst empfanden.

Einzelne Probleme der Wirtschaftspolitik traten in den Wirtschaftsperiodika zuweilen in den Hintergrund. Auffällig ist, das teilweise nachlassende Interesse an Auseinandersetzungen über die Preispolitik. Zincke und Justi, auch Hohenthal hatten sich in ihren Periodika des Preisproblems (speziell bei Getreide) angenommen, es vor allem im Hinblick auf die Ursachen der allgemeinen Teuerung untersucht und in ihren Organen mehrfach verschiedene Stellungnahmen dazu vortragen lassen, um einer Klärung näher zu kommen.

In der Zeit nach Justi begann sich eine stärkere Differenzierung und Spezialisierung auf Teilbereiche der Volkswirtschaft herauszubilden. Notgedrungen führte eine solche Abgrenzung zur Ausklammerung mancher Themengruppen, sie ging nicht selten mit einer Konzentration auf Schwerpunkte einher. Am Beginn des national-ökonomischen Fachzeitschriftenwesens war man weit eher geneigt gewesen, allen Bereichen der Volkswirtschaft(slehre) gerecht zu werden.

Der Einbruch der physiokratischen Lehre in die Wirtschaftsfachzeitschriften vollzog sich mit Johann August Schlettweins "Archiv für den Menschen und Bürger in allen Verhältnissen" (1780-1784). Schlettwein hatte sowohl als Zeitschriftenpublizist als auch in seiner Tätigkeit als Professor in Gießen unentwegt für die ökonomischen Grundsätze der Physiokratie geworben. [1] Grund und Boden, nicht Manufakturen und Handel, galten als einzige Quelle der Produktivität und des Reichtums:

> "Es ist also der einzige wahre Weg und ewig=feste Plan einer weisen Regierung, die Länder glücklich zu bevölkern, der, daß die Grundstücke des Erdbodens aller Arten zur größtmöglichen Hervorbringung [illegible] der Nahrungs-Kleidungs- und Wohnungs-Materialien,

1) Vgl.: Archiv für den Menschen und Bürger, 6.Bd. 1783, S.497: "Nur die Physiokratie war Gegenstand, Grund und Zweck meiner akademischen-politischen-ökonomischen Vorlesungen... ich darf mir wohl ... die Ehre beylegen, daß ich in Europa der erste Hersteller und Ausführer der physiokratischen Ordnung bin."

und soweit es ohne Abbruch dieser Lebensnothwendigkeiten immer möglich ist, zur Vermehrung der zur Lust und Freude des menschlichen Geschlechts abzweckenden Materien auf das vollkommenste bearbeitet, gebauet und benutzet werden..." [1].

Mit dem Eindringen der physiokratischen Anschauungen und dem Zweifel an der Richtigkeit mancher Prinzipien merkantilistischer Wirtschaftspolitik wurden auch Bedenken darüber laut, welchen Einfluß die Entwicklung des einst so geförderten Manufakturwesens auf den sittlichen Zustand eines Volkes auszuüben vermochte. Derartige kritische Reflexionen und Unsicherheiten äußerten sich in der Zeitschriftenpublizistik der Nationalökonomen in der Aufklärung nicht vor Ausgang des Jahrhunderts. So lassen sich die Anzeichen eines Umdenkens erst aus dem letzten Jahrzehnt nachweisen. In den "Oekonomischen Heften" (1792-1800) wurde im Jahre 1794 ein anonym verfaßter Beitrag veröffentlicht, der eine deutlich skeptische Beurteilung der wirtschaftspolitischen, von den Kameralisten eingeleiteten Entwicklung verriet. Kulturkritische Gesichtspunkte, die den Periodika um die Jahrhundertmitte völlig fremd waren, mischten sich in die Bewertung der neuen Situation. Die Abhandlung: "Die Manufakturen, auf der moralischen Seite betrachtet" [2] war keineswegs frei von einem allzu moralisierenden Ton, offenbarte in ihrer Tendenz jedoch die Besorgnis des Autors vor den herannahenden sozialen Umwälzungen:

"Daß Manufakturen den Wohlstand eines Landes befördern, ist ein so allgemein angenommener Satz, daß einer es wagen muß für thöricht gehalten zu werden, wenn er etwa das Gegentheil behaupten will. Wenn nur von reichlicherm Erwerb, bequemern Leben, von Mitteln zu Befriedigung mehrerer Bedürfnisse, besonders aber von Vermehrung der landesherrlichen Einkünfte und von Zunahme der Bevölkerung die Rede ist, so werde ich das gerne zugeben; wenn es aber auf Sitten und wahren Wohlstand

1) ebenda, 1.Bd. 1780, S.9
2) 2.Bd. 4.H. 1794, S.101-102

abgesehen
seyn soll, muß ich daran zweifeln."

Unter Hinweis auf Beobachtungen im Schweizer Manufakturwesen warnte der Verfasser vor den schädlichen Konsequenzen des Reichtums:

"Es ist leider aus der Erfahrung bekannt, daß der Sittenverfall immer eine Folge des größern Wohlstandes sey...".

Einzelnen Wirtschaftlern schienen die Leitgedanken der Aufklärung in Frage gestellt zu sein. Der unbedingte Glaube an den naturwissenschaftlich-technischen Fortschritt wurde durch das Erkennen von Gefahren geschwächt, die man als Folge der Umschichtungen in den Lebensgewohnheiten voraussah.[1)]

Die "Polizei" und die Gesetze als Grundlage staatlichen und gesellschaftlichen Zusammenlebens

In der Mehrzahl der Wirtschaftsfachzeitschriften ist politischen Problemen nicht in gleicher Weise Beachtung geschenkt worden, wie dies in Zinckes "Leipziger Sammlungen" und besonders in Justis Organen der Fall gewesen war. Stärker als andere mitstrebende Publizisten waren Zincke und Justi um das Aufklären ihrer Leserschaft über grundlegende staatspolitische Angelegenheiten bemüht gewesen. Stets hatten sie Vorgänge im Bereich des Wirtschaftslebens in ihren Bedingtheiten von staatlich-politisch-gesellschaftlichen Gegebenheiten gesehen. Die später einsetzende Eingrenzung der Thematik hemmte nur allzu oft ein allseitiges intensives Erfassen und Erörtern der gesamtwirtschaftlichen und -staatlichen Zusammenhänge.

---

1) Vgl. hierzu Ralf Dahrendorf, Industrie- und Betriebssoziologie, Berlin 1965, S.20: "In den zwanziger und dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts fanden die ersten Anzeichen einer gewissen Skepsis hinsichtlich der sozialen Auswirkungen der industriellen Produktionsweise in der national-ökonomischen und sozialpolitischen Literatur ihren Ausdruck."

Unter denjenigen Publikationen, die einen fest umrissenen Bereich der Ökonomie behandelten, dennoch aber einen Beitrag zur Aufklärung der Leser über Staatsführung und Gesellschaft leisten wollten, sind die "Nützlichen Beyträge zu den Strelitzischen Anzeigen" (1765-1768) zu zählen. In ausdrücklicher Anlehnung an den Hallenser Kanzler Johann Peter von Ludewig und dessen gelehrten Artikel (seit 1729) [1] hatte der Herausgeber des Strelitz'schen Intelligenzblattes, J.W.F. von Krohne, den ersten Jahrgang mit einer Abhandlung "Von der Liebe der Unterthanen gegen ihr Vaterland, als der besten Stütze der Policey und der Wohlfahrt des Staats" abgeschlossen.[2]

Dieser Beitrag veranschaulicht, wie die meisten, ausnahmslos staatlich-privilegierten und kontrollierten Intelligenzblätter ihre politisch-publizistische Aufgabe wahrnahmen. Das Staatssystem wurde prinzipiell an keiner Stelle in Frage gestellt; niemals wurden die Herrschenden namentlich angegriffen. Dennoch scheute man nicht vor scharfer Kritik an einzelnen Mißständen, speziell in der Verwaltung, zurück.

Einleitend grenzte Krohne die Pflichten der Staatsbürger und der Regenten voneinander ab. Anschließend warnte er sein Publikum vor der hochmütigen Annahme, daß es jedem einzelnen gegeben sei, seine persönlichen Bedürfnisse ohne den Beistand der Mitbürger zu erreichen. Diese Bedürfnisse wären derart mannigfaltig, daß sie nur in Gesellschaft mit anderen Menschen erreicht werden könnten. Ganz im Sinne des Regenten betonte der Herausgeber die Unumgänglichkeit von Ordnung, Zucht und Gehorsam der Untertanen gegenüber dem Herrscher, um die Sicherheit des Staates zu gewährleisten. Er verlangte von allen freiwillige Unterwerfung unter die Gebote des Gesetzgebers.

---

1) Bandtitel: Sammlung Strelitzischer wöchentlicher Abhandlungen
2) 25.St. 1766, Sp.193 ff.- 27.St. Sp.209 ff.

Im Streben vieler Intelligenzblätter nach Propagierung solcher Leitsätze lag die Schwäche dieser Periodika und die Ursache häufig mangelnder Breitenwirkung. Die staatlichen Direktiven erschwerten die freie Entfaltung der Publizisten und setzten der Kritik an der Staatsautorität allzu enge Grenzen, die nur wenige zu durchbrechen vermochten (Justi, Möser). Politisch profilierte Schriftsteller, die im Prozeß der Meinungsbildung hätten nachhaltig wirken können, sahen sich gezwungen, andere Formen der Publizistik zu suchen, wenn sie ihre Anschauungen vorzutragen gedachten. Unter dem Fehlen größerer Resonanz mußte unweigerlich die eigentliche Aufgabe der Intelligenzblätter - Steigerung der Publizität im Bereiche der Wirtschaft - leiden.

Auch Krohne entzog sich nicht dem Zwang, die herrschende Ordnung als beste Garantie für die Wohlfahrt der Untertanen zu preisen, erinnerte jedoch ebenso die Regierenden an ihre Aufgaben:

> "Die Vergrösserung der allgemeinen Wohlfahrt ist ... die heiligste Pflicht des Landesherrn, sie ist seine angenehmste Beschäftigung."

Nicht verschwiegen wurde das oft ungenügende Vertrauen der Bürger in die Polizei. Die Gründe für die ablehnende Haltung vieler ihr gegenüber sah Krohne in dem Mißstand, daß

> "die Besorgung der Polizey Männern anvertrauet war, welche davon einen Mißbrauch gemacht, und nicht so sehr auf das Wohl der Unterthanen, als auf ihren Eigennutz gesehen haben."

Die Gesetze der Polizei erschienen in dem Strelitz'schen Intelligenzblatt gleichsam als ein Leitfaden zur Erreichung des Allgemeinwohls. Gewarnt wurde vor dem falschen Glauben, daß perfekte Gesetzeskonstruktionen und rigorose Gesetzesüberwachung patriotisches Verantwortungsgefühl im Volke zu ersetzen in der Lage wären. Hier wurde unermüdlich an das "Staatsgefühl" appelliert, auf das der Absolutismus zur Konsolidierung seiner Macht angewiesen war. Es sollte verstanden werden,"daß alle Unterthanen Glieder eines einzigen Staatskörpers sind."

Anerkennenswert ist der Nachdruck, mit dem für Gleichheit der Bürger gestritten und gegen Standesvorurteile und Hochmut der Verwaltung polemisiert wurde:

"Bedrückungen, Unrecht und Unbilligkeit, welche ein Unterthan von dem andern leidet, stöhren den Wohlstand der Leidenden, mithin ist es eine Schuldigkeit der Polizey, solche zu verhüten. Auch hierin muß ihr die Vaterlandesliebe der Unterthanen den besten Beystand leisten. Wer sein Vaterland liebet, der liebet auch einen jeden seiner Mitbürger, als ein Glied desselben, und macht sich ein Gewissen, auch den niedrigsten und geringsten zu drücken, und ihm Unrecht zu thun." [1]

Doch vermied es Krohne - wie die meisten Herausgeber von Intelligenzblättern - tunlichst, nach der Gleichheit von Regierenden und Regierten zu fragen. Diese Frage in voller Schärfe öffentlich ausgesprochen zu haben, blieb ein Verdienst der politischen Zeitschriften des 18. Jahrhunderts. [2]

Im Interesse der Gleichheit der Staatsbürger kam der Polizei im Leben der Gesellschaft höchste Bedeutung zu:

"Aus eben diesem Grunde, Gewalt und Unrecht in allen Ständen zu verhüten, hat das Unrecht leidende Gesinde wider ihre unbillige Herrschaft eine Zuflucht an der Polizey. Wie viel Erleichterung hat sie aber in diesem Artikel nicht an dem Patrioten, er sey Herr oder Dienstbothe? Beyde Theile kennen alsdenn die Pflichten, welche sie einander schuldig sind." [3]

Unbestreitbar bleibt, daß viele Intelligenzblätter gerade durch derartige, fraglos im Sinne der Staatsführung ausgesprochene Gedanken ihr Publikum an die Beschäftigung mit politischen Themen gewöhnten. Neben wirtschaftlicher Information wurden auf diesem Wege manchen Lesern Anregungen zur Besinnung auf staatliche und gesellschaftliche Probleme

1) Nützliche Beyträge, 27.St. 1766, Sp.211
2) Vgl. Haacke, Die politische Zeitschrift (1665-1965),Teil II
3) Nützliche Beyträge, 27.St. Sp.213

gegeben. Selten waren allerdings vor dem Ausgang des 18. Jahrhunderts Intelligenzblätter zu finden, die dem Räsonnement freizügig Raum boten. Allzu mißtrauisch verhielt sich die Obrigkeit einer solchen Entwicklung gegenüber. Sie ahnte, daß somit politischer Kritik leicht die Tür geöffnet wurde.[1] Ihr mußte weit mehr daran liegen, das Intelligenzwesen ausschließlich auf die Wirtschaftsberichterstattung einzuengen.

Ebenso wie es in den Strelitz'schen "Nützlichen Beyträgen" der Fall war, belehrten viele Zeitschriften ihr Publikum über die Unerläßlichkeit der Gesetze und die Notwendigkeit ihrer Befolgung. Es lag den Wirtschaftsperiodika naturgemäß nahe, die Bedeutung der Polizeigesetze insbesondere in ihrer Auswirkung auf die wirtschaftliche Entwicklung zu sehen, wie es im "Neuen allgemeinen Harzmagazin" (1768-1771) geschah:

> "Zum Flor eines Landes, und zum Aufnehmen ganzer Städte gehören sowohl den innern als äußern Zustände nach, gute Policeygesetze, Verordnungen und Anstalten. Dieses ist ein in der Cameralwißenschaft bekannter Satz. Soll Nahrung, sollen Gewerbe, sollen Commercia und Manufacturen blühen, so müßen gute Policeygesetze dazu die Hand bieten." [2]

Die staatlich nicht privilegierten Zeitschriften, die für sich allgemein bald einen größeren Freiheitsraum errungen hatten als die Intelligenzblätter, begnügten sich nicht immer nur damit, allein die Bürger vor einem Bruch der Gesetze zu warnen. Auch die staatliche Obrigkeit wurde von manchem Publizisten an die gleiche Pflicht gemahnt.

Am schärfsten hat Friedrich Karl von Moser seine Kritik an der immer stärker einreißenden Mißachtung der Gesetze formuliert. Als Forum seiner Angriffe wählte er die von ihm edierten "Wöchentlichen Franckfurtischen Abhandlungen" (1755-1756). Schonungslos stellte er seine Zeit bloß:

---

1) Vgl. hierzu: Schneider, a.a.O., S.88 und Groth, Geschichte, S.59
2) 10.St. 1770, S.565-566

"Gesetzlosigkeit, unerlaubte Selbsthülfe, Verspottung der rechtmäßigen höchsten Gewalt, Schändung des Rechts, Hinwegsetzung über Hand, Brief, Siegel und die heiligste Bande der menschlichen Gesellschaft, Gewaltthätigkeiten der Mächtigern gegen die Schwächere, ungeheure Grund-Sätze, Frechheit sie zu behaupten, Belohnungen, noch mehrere zu erfinden, lauter Zeichen böser Zeiten, nehmen in unsern Tagen so überhand, daß es an manchen Höfen eben so schmählig ist, sich als einen Verehrer der Gesetze zu bekennen, als an den meisten Höfen der Name eines wahren Christen eine Beschimpfung mit sich führet." [1]

Mit Ausnahme von Justi hat kein Wirtschaftspublizist der Zeit die Kühnheit besessen, Willkür und Eigenmächtigkeit der Herrschenden derart offen zu attackieren. Mit erstaunlichem Mut setzte sich Moser für das Recht des Untertanen ein und gab zu bedenken, daß rücksichtsloses Vorgehen einen Einzelnen Gefahr laufe, in Despotie zu münden. Ähnlich wie es der Staatsmann V.Ludwig von Seckendorff mit seiner Warnung vor dem "fürstlichen Ungehorsam" versucht hatte [2], appellierte Moser in seinem Frankfurter Organ an die Zeitgenossen, vor der Unterhöhlung der Staatsordnung auf der Hut zu sein:

"Gleichwie es nun in der Sache der Religion nur einen Spötter bedarf, um den Saamen des Unglaubens in einem Ort und Land auszubreiten; so bedarf es in Staats-Sachen nur einen Cromwells-Kopf zum Herrn und einem Machiavel zum Minister, um gewisse Plans und die zu ihrer Erreichung nöthiger Grund-Sätze allgemein beliebt zu machen. Es seynd zu gleicher Zeit immer etliche, die sich in einem ähnlichen Fall befinden. Wann nur derjenige, der die meiste Macht oder die meiste Dreistigkeit hat, vorangeht, und sein Wagen gelingt ihm, so seynd gleich zehen andere Helden da, die hinter ihm her nachhauen; und unglückselig ist der, so einmal

1) "Patriotische Gedancken von der Staats- Freygeisterey, 1.St. 1765, S.12 ff. - 4.St. S.55 ff.
2) Vgl. sein staatswirtschaftliches Werk:"Der deutsche Fürstenstaat", Gotha 1655.

unter ihnen zu liegen kommt." [1]

Die Unantastbarkeit der Gesetze betrachtete Moser als unabdingbar:

> "Die Grund-Festen des ganzen Staats werden unterminiret, wann die Gesetze ferner, wie bisher, mißdeutet, verdrehet, mißbraucht, verdunkelt, vergehöhnet und zu Boden getreten werden."

Wie sehr - nach Mosers Darstellung - die Staatsordnung durch die Mißachtung der Gesetze geschwächt worden sei, war aus dem Niedergang des Richterstandes abzulesen. In einem glänzenden Bilde beklagte dieser Publizist das sinkende Ansehen derjenigen, die über die Einhaltung der Gesetze zu wachen hatten:

> "Das Richter-Amt im Reich versinkt ... in Verachtung und offenbares Gespötte; die Justiz wird zwar noch mit einem Schwerdt gemahlt, sie hält es aber in die Höhe, als wolte sie es dem Himmel wieder geben, da sie es auf Erden nicht mehr gebrauchen könnte." [2]

Solche unnachsichtigen Angriffe auf die Zustände im staatlich-gesellschaftlichen Leben der Zeit dokumentierten den Fortschritt des Räsonnements in den damaligen Zeitschriften.

In einer Vielzahl kameralistischer Periodika nahmen die Herausgeber in eigener Person zu dem Problem: Polizei-Gesetz-Gesellschaft Stellung. Dies war im Strelitz'schen Intelligenzblatt und in Mosers Frankfurter Zeitschrift der Fall. Andere Herausgeber hielten sich mit einer Meinungsäußerung zu diesem Thema zurück, sie ließen stattdessen prominente Fachleute - auch aus dem Ausland - mit ihren Ansichten zu Worte kommen.

So gab Daniel Gottfried Schreber in seiner "Sammlung verschiedener Schriften, welche in die öconomischen Policey- und cameral- auch andere Wissenschaften einschlagen" (1755-1765) und in seinen "Neuen Cameralschriften" (1765-1769)

---

1) Wöchentliche Franckfurtische Abhandlungen, 4.St., S.59
2) Ebenda, S.63

mehrfach anerkannten Persönlichkeiten aus der Wirtschaftswissenschaft Gelegenheit, über die Grundlagen von Staat und Gesellschaft zu referieren. Zu diesem Kreis gehörte Johann Friedrich Kryger, Mitglied der schwedischen Akademie der Wissenschaften, der in mehreren deutschen Fachpublikationen Beiträge veröffentlicht hatte. [1] In den "Neuen Cameralschriften" publizierte Krüger eine Abhandlung "Vom Ab- und Zunehmen der Staaten" [2]. Er sah die Grundelemente der Gesellschaft als zwei Pole: eine hinreichende Zahl arbeitstüchtiger und den Gesetzen Folge leistender Bürger einerseits, die uneingeschränkte Macht der Gesetze andererseits. Der Kraft der Gesetze wurde von Krüger größere Geltung zugesprochen als der Macht einzelner Personen. Die Verteidigung rechtsstaatlicher Grundsätze paarte sich in seinem Staatsdenken mit der Abwehr gegen Forderungen eines überspitzten Absolutismus. Ihm erschienen das Staatswesen und die staatliche Ordnung nur dann gesichert, wenn Gesetze und Sitten das Fundament des Zusammenlebens der Bürger bildeten. Im krassen Gegensatz zu Zincke vertrat Krüger die Ansicht, daß christliche Weltanschauung keine Vorbedingung für den Bürger darstellte. Für ihn galt die Maxime:

1) Skandinavische Wirtschaftspraktiker und -wissenschaftler erfreuten sich im 18. Jahrhundert ~~eines~~ großen Ansehens in Deutschland. Reges Interesse herrschte offenkundig unter den Lesern deutscher Fachzeitschriften an Informationen aus Nordeuropa. Schon Zincke hatte häufig Nachrichten aus Schweden abgedruckt. In seinen "Leipziger Sammlungen" schrieb er 1744: "Nur ist es Schade, daß wir wegen geringer Correspondentz mit diesem Lande, wegen der Entfernung und endlich wegen der Sprache, darinne sie ihre Schrifften verfaßen, noch zu wenig zu unserm Unterricht und zum Vergnügen aller Freunde öconomischer, Policey-und Cameral-Sachen erfahren." (2.Bd. 13.St. S.4). Diesem Mangel an Kommunikation versuchte man durch vollständige Übersetzungen skandinavischer Wirtschaftszeitschriften entgegenzuwirken. Bekannt waren unter diesen das "Schwedische Oekonomische Wochen-Blatt" (Greifswald, 1.Teil 1765)und das "Kopenhagener Magazin" (Kopenhagen-Leipzig, 1.Bd. 1759).

2) 6.Teil 1766, S.495-522

"Man wird ein guter Bürger, wenn man nur gewisse politische Tugenden, nemlich solche, ohne welche ein gemeines Wesen nimmer mehr wohlhabend oder glücklich werden kann, ausübt." [1]

Ebenso wie von Justi sind auch von Kryger die Auswirkungen der Staatsgesetze auf das Zusammenleben mit anderen Völkern berücksichtigt worden. Die Idee des Friedens hatte Justi dazu geführt, der Zensurgesetzgebung der Obrigkeit das Recht auf Verbot all solcher Schriften einzuräumen, deren Tendenz das Verhältnis der Regierenden zu fremden Staatsführungen zu vergiften drohte. Kryger warnte dagegen vor dem Mißbrauch der Gesetze als Folge der Unmäßigkeit, des Luxus und der nationalistischen Überheblichkeit. Wer die eigenen Landesgesetze nicht achtete, würde keine Scheu empfinden, anderen Völkern Rechte und Freiheiten streitig zu machen. Er sah - im Gegensatz zu Justi - übersteigertes Verlangen einer Gesellschaft nach materiellen Gütern als die schwerwiegendste Gefahr für andere Nationen an. Die Frage einer allzu liberalen Publikations- und Zensurhandhabung im eigenen Lande ließ er bei diesen Erwägungen außer Acht.

Der schwedische Wirtschaftspublizist war weitsichtig genug, um nicht die schädlichen wirtschaftlichen Folgen eines übersteigerten Wohlstandstrebens der Gesellschaft als Konsequenz mangelnder Achtung vor den Gesetzen zu erkennen. Besonders eindringlich warnte er vor der unvermeidlichen Verschlechterung der Handelsbilanz, sobald sich eine Gesellschaft "aus den Schranken der Mäßigkeit" wage:

"Da aber bey so bewandten Umständen die Nachfrage grösser als der Zugang werden muß, wenn die Menge der Waaren nicht mit der Anzahl der Menschen in einerley Verhältniß zunimmt, oder wenn die circulirenden Capitale eines Landes grösser als die Waarenvorräthe werde; so folgt, daß alle Waaren über ihren vorigen Werth gesteigert werden müssen. Hierdurch werden sie

1) Ebenda, S.500.

nach und nach ausser Landes unverkaufbar, wovon das Untergewicht im Handel und die Abnahme der Geldsummen entsteht." [1]

Alle Überlegungen der Kameralisten zum Thema Staat-Gesetz - Gesellschaft führten somit letzlich zum Bereich der Wirtschaft zurück. Als bleibendes Verdienst vieler solcher Abhandlungen muß anerkannt werden, daß bei den Lesern der Wirtschaftszeitschriften nicht nur das Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge gefestigt, sondern darüberhinaus der Blick für die Verflechtung von Wirtschaft und Politik geschärft wurde.

Die Forderung nach sozialer Fürsorge

Bereits um die Mitte des 18. Jahrhunderts, in der Frühphase der Wirtschaftszeitschriften, gingen zahlreiche Publizisten in ihren Organen auf Fragen der Sozialpolitik ein. Die Einwirkungen der neuen Ideen des Aufklärungszeitalters zeigten sich in dem steigenden Interesse an sozialen Fürsorgemaßnahmen. Die von nationalistischen Vorstellungen geleitete Staatsführung, besonders im friderizianischen Preußen, folgte zwar noch weit über die Jahrhundertmitte hinaus im wesentlichen den Grundlagen merkantilistischer Wirtschaftspolitik. "Und doch sind Züge vorhanden, die als sehr charakteristisch für die neue Zeit gelten können, vor allem der Wohlfahrtsstandpunkt, der dem kleinen, bedrückten Staatsbürger helfen will und ihn gegen ausbeuterische Zwischeninstanzen in Schutz nimmt. Der Wohlfahrtsgedanke beginnt unter dem Einfluß der aufgeklärten Moral noch eine besondere Note gegenüber dem Bauern. Hier protestiert die philosophische Einsicht gegen die historisch gewordenen Zustände." [2]

In der kameralistischen Zeitschriftenpublizistik fand vor allem die Stiftung und Gründung von Versorgungskassen für Hinterbliebene lebhaftes Interesse. Über derartige Einrichtungen, in verschiedenen Landesteilen bislang gänzlich

1) Ebenda, S.508
2) Vgl.: Leo Just: Die Fortschritte der Aufklärung in der Jahrhundertmitte. In: Handbuch der Deutschen Geschichte, Bd. 2, IV.Abschnitt, S.60

unbekannt, wurde häufig berichtet, ihr Aufbau und ihre Organisation geschildert, sowie der zu erwartende Nutzen für die Betroffenen beurteilt. Rege Aufmerksamkeit schenkte man der Errichtung von Witwenkassen:

> "Unter den Anstalten, welche die Wohlfahrt eines Landes zum Augenmerk haben, verdienet die gewisse Versorgung armer Witwen ohnstreitig einen der ersten Plätze." [1]

Die Unzulänglichkeit vieler derartiger Institutionen wurde nicht abgestritten. Angesichts der unleugbaren Tatsache, daß die Mehrzahl der Hinterbliebenen sich aus eigener Kraft nicht zu ernähren vermochte, verlangte eine Reihe von Wirtschaftlern eine von der Allgemeinheit getragene Versorgung der Hinterbliebenen.

In den Fachzeitschriften machten sie vielfältige Anregungen und Pläne zur Verbesserung derartiger Einrichtungen einer breiten Öffentlichkeit bekannt. Beispielsweise wurde den Lesern der "Carlsruher nützlichen Sammlungen" (1758) der "Entwurf einer Witwen-Casse vor jedermann" vorgelegt.[2] Gleichermaßen schlug man vor, energische Mittel zu ergreifen, um die soziale Fürsorge auf die Waisen auszudehnen. Zu entnehmen ist solches Streben unter anderem Johan Jacob Reinhards "Vermischten Schriften" (1760-1769) mit der darin enthaltenen Abhandlung über "Witwencassen auf zweierlei Art, vor jedermann." [3]

Die Notwendigkeit, die materielle und soziale Situation der Landbevölkerung anzuheben, ist als eine der mit Vorrang zu lösenden Aufgaben nicht verkannt worden. Das Problem der notleidenden Bauern und Tagelöhner wurde vorwiegend unter christlich-karitativem Aspekt betrachtet. Bezeichnend hierfür sind die "Vorschläge zur verbeßerten Versorgung der Landarmen in den Dörfern" in den "Berlinischen Sammlungen." [4] Anregungen zu einer staatlichen Regelung sozialpolitischer Fragen fehlten hingegen gänzlich.

---

1) Hannoverische Gelehrte Anzeigen, 87.St. 1753, Sp.1281 ff.
2) XXIX. und XXX. St. 1758, S.225 ff.
3) 2.Teil, 15.St. 1760, S.272-278
4) IV.Bd. II.St. 1774, S.161-168

Die Förderung von Erziehung, Volksbildung und Wissenschaft

Die periodische Wirtschaftspublizistik des 18. Jahrhunderts lenkte ihre Aufmerksamkeit sehr frühzeitig auf den Stand des Erziehungs- und Bildungswesens. Stets war sie bereit, Versuche zur Hebung des Bildungsniveaus zu unterstützen. Bereits die erste führende Wirtschaftszeitschrift der Jahrhundertmitte, die "Leipziger Sammlungen" Georg Heinrich Zinckes, hatte nachdrücklich jeglichen Bemühungen um eine berufliche Fachausbildung der heranwachsenden Generation Beifall gespendet.

Gerade das Fachzeitschriftenwesen war geeignet, dem so oft beklagten Mangel an Möglichkeiten der Information und gegenseitiger Unterrichtung über neue Entwicklungen entgegenzuwirken. Die periodische Fachpresse berichtete ausführlich von neuartigen Einrichtungen auf dem Erziehungssektor. Sie empfahl der Leserschaft Maßnahmen zur Linderung der fühlbarsten Mißstände. Im Vordergrunde stand hier oft genug die Sorge um die einfachen Volksstände und deren Vorbereitung auf die spätere Berufsarbeit. Ähnlich wie in Zinckes Periodikon war meist der Gedanke maßgebend, daß das Vorhandensein einer zahlenmäßig nicht zu eng begrenzten Schicht qualifizierter Handarbeiter und in praktisch-technischen Fähigkeiten erfahrener Ökonomen die Voraussetzung zur Konsolidierung des in der Wirtschaft erreichten Leistungsstandes bildete. Volle Anerkennung fanden Versuche, die Unterweisung in technisch-handwerklichen Praktiken mit theoretischer Belehrung zu koppeln.

Die im Aufklärungszeitalter sich ausprägende Hochschätzung technischen und naturkundlichen Wissens traf sich hier mit dem nicht nur für das Fürsorgewesen kennzeichnenden Wohlfahrtsdenken. Hinter den vielfältigen Anstrengungen zur Verbesserung beruflicher Vorbereitung war das Bewußtsein zu spüren, daß die Gesellschaft verpflichtet sei, für die Erziehung der Untertanen Sorge zu tragen. Hinzu kam das in der Aufklärungsepoche erwachte Interesse an der Beachtung des menschlichen Seelenlebens.

Diese psychologisierende Strömung verband sich mit der überall sichtbar werdenden Neigung zum Empirismus.

Solche differenzierten zeitbedingten Tendenzen bekundeten sich augenfällig in einer Abhandlung aus den "Hannoverischen Gelehrten Anzeigen" (1750-1754), in der neue Wege zur Einrichtung des Landschulwesens erwogen wurden. Der Verfasser des Aufsatzes "Von der Verbesserung der Kinderzucht" [1] sah als Hauptziel neuer Maßnahmen eine Intensivierung der Ausbildung der Landjugend in praktischen Fertigkeiten an. Diese Qualifizierung begründete er nicht allein mit wirtschaftlichen Notwendigkeiten. Sofern man den tieferen Ursachen der Unwissenheit unter der Landbevölkerung nachgehen wollte, käme man nicht umhin, den mangelnden Bildungs- und Aufstiegswillen zahlreicher Landjugendlicher als größtes Hemmnis zu empfinden. Der unordentlichen Lebensweise wäre einzig durch Schulreformen Einhalt zu gebieten.

Doch blickte der Autor voller Sorge auf eine andere Wurzel des fehlenden Leistungswillens. Er sah, daß vielen Eltern ausschließlich das materielle Wohl der Kinder am Herzen lag. Die seelischen und geistigen Anlagen, die letztlich die entscheidenden Triebkräfte zum Sichweiterbilden waren, blieben ohne erzieherische Förderung.

Die Frage nach dem unzureichenden Bildungsgrad der unteren Schichten ist in den Wirtschaftsperiodika vielfach gestellt worden. Von soziologischem Interesse ist eine Auseinandersetzung mit den Auswirkungen der Schichtengegensätze auf die Schulerziehung. Sie ist in einem Aufsatz über die "Öffentlichen Schulen" im "Preußischen Sammler" (1773-1774) enthalten. Die Ursache des Verfalls besonders der Stadtschulen wurde in der Abkapselung der vermögenden und angesehenen Elternschichten gesehen. Deutlich ist hier die Überzeugung ausgesprochen worden, daß allein ein Zusammenführen der Kinder aller Klassen das Leistungsniveau der ärmeren Schüler zu heben imstande wäre, da sich das Vorbild

1) 80.St. 1751, S.707

der Kinder aus der Oberschicht auf das Verhalten der anderen förderlich auswirken müsse.

In dem Beitrag des "Preußischen Sammlers" zur Bildungspolitik waren in erster Linie nicht pragmatische Erwägungen, das Trachten nach dem Nutzen entsprechend den utilitaristischen Neigungen des Jahrhunderts, bestimmend. Vielmehr zeigten sich in dieser Wirtschaftszeitschrift auch soziale Beweggründe in der Beurteilung der Mißstände und Besserungsmöglichkeiten.

Die Fachschulen bildeten einen Schwerpunkt in der Behandlung des Erziehungswesens durch die Wirtschaftspresse. Manche Mitarbeiter erhoben sehr bald die Forderung nach Ergänzung der oft überwiegend theoretischen Ausbildung durch praxis-nahe Unterweisung. Vor allem in der Staatsverwaltung erschwerte ein Übermaß an theoretischem Wissen leicht die Bewältigung praktischer Aufgaben. Nur durch stärkeres Eingehen auf die später auszuübende Tätigkeit glaubte man, den Nachwuchs auf die ständig komplizierter werdenden Anforderungen - speziell im Staatsapparat und im Handelswesen - vorbereiten zu können.

Geradezu üblich wurden zeitweilig Klagen über die unzulängliche praktische Übung vieler Juristen. Um in dieser Hinsicht Besserung zu erreichen, stellte man Überlegungen an, wie den offensichtlichen Ausbildungsmängeln wirksam zu begegnen sei. So diente der in Johann Jacob Reinhards "Vermischten Schriften" (1760-1769) publizierte "Entwurf einer practischen Juristen-Schule" [1] dazu, die Leserschaft von der Notwendigkeit größerer Sicherheit in der Rechtspraxis zu überzeugen:

1) VIII.Teil, 42.St. 1769, S.1113 ff.- Reinhards "Vermischte Schriften" sind den Zeitschriften zuzuordnen, nicht den Fortsetzungswerken, obwohl Joachim Kirchner diese Publikation nicht in seine Gesamtbibliographie der deutschen Zeitschriften bis zum Jahre 1790 (Die Grundlagen des Deutschen Zeitschriftenwesens, 2.Teil, Leipzig 1931) aufgenommen hat. Im 18. Jahrhundert galten die "Vermischten Schriften" jedoch eindeutig als Zeitschrift, vgl.: "Policey- und Cameral-Magazin", Vorbericht zum 1.Bd. 1767: "Was haben wir nicht vor eine Menge von hieher gehörigen Monatsschriften erhalten; unter welchen sonderlich diejenigen einen grossen Vorzug verdienen, welche Herrn Hofrath Zincke und Herrn Berghauptmann von Justi, sodann den Herrn D.Schreber und Herrn Geheimenrath Reinhart zu Verfassern haben; denen auch die schönen und lehrreichen öconomischen Nachrichten... beygesellet werden müssen." - Dem Vorbericht Reinhards zu

"Das Mittel also, dergleichen allenthalben taugliche Rechtsgelehrte zu ziehen, bestehet einzig und allein darin, daß man sie gleichbald zu allen und jeden Gattungen derer juristischen Geschäfte anstellet."[1)]

Zu Beginn des 18. Jahrhunderts hatten zahlreiche Kameralisten das geringe Ansehen der Wirtschaftswissenschaften und deren Geringschätzung durch Gelehrte anderer Disziplinen bedauert. Um die Jahrhundertmitte war insofern ein Wandel eingetreten, als nunmehr eine Reihe von angesehenen Zeitschriftenpublizisten bemüht waren, den Wert kameralistischer Studien für die hohen Schulen darzulegen. Hinter solchen Vorschlägen stand die bemerkenswerte Absicht, die Wirtschaftswissenschaften auf den Universitäten hoffähig zu machen und sie dort einzubürgern. Ihnen sollte endlich ein gleichberechtigter Platz neben traditionellen Zweigen der Gelehrsamkeit zuerkannt werden.

Daneben tauchten die ersten Anregungen auf, spezielle Institutionen zur Ausbildung von Wirtschaftlern ins Leben zu rufen.

Daniel Gottfried Schreber unterbreitete der Öffentlichkeit als erster den Plan zu einer solchen Wirtschaftsakademie. Der in seiner "Sammlung verschiedener Schriften" (1755-1765) abgedruckte "Entwurf von einer zum Nutzen des Staats zu errichtenden Academie der öconomischen Wissenschaften" [2)] ging von dem Schaden aus, den die Mißachtung der Wirtschaftswissenschaften mit sich gebracht hatte:

"Man hat schon vorhin den Schaden eingesehen, der aus der gänzlichen Vernachläßigung einer gründlichen Erlernung der öconomischen Wissenschaften auf Universitäten den teutschen Staaten zugewachsen ist; dagegen aber auch, theils aus der Natur und Beschaffenheit der Sache an sich selbst, theils aus den Beyspielen fremder Reiche, insonderheit des Schwedischen, die Vortheile erkannt, welche ein Staat davon zu gewarten hat, wenn in selbigem Gelegenheit vorhanden ist, diese Wissenschaften practisch zu lehren und zu lernen."

---

den "Vermischten Schriften" v. 1760 ist der Wunsch nach Kontinuierung zu entnehmen, was für Serienpublikationen nicht charakteristisch war. Kollektivität ist der Schrift ebenfalls nicht abzusprechen.

1) a.a.O., S.1122. 2) 10.Teil 1763, S.417-436

Der von Kameralisten befürwortete Plan, den ökonomischen Unterricht auf den Universitäten zu intensivieren, schien dem Verfasser des Entwurfs nicht aussichtsreich zu sein. Dem Staate war nach seiner Ansicht am ehesten gedient, wenn es gelingen würde, eine selbständige Akademie der ökonomischen Wissenschaften zu stiften. Gefordert wurde von einer solchen Akademie, daß sie an einem geeigneten Ort errichtet werde, das nötige Lehr- und Verwaltungspersonal, sowie einen ständigen Etat in bestimmter Höhe zur Verfügung habe. Ferner sollte sie mit landesherrlichen Privilegien ausgestattet werden. Zu den Personen des Lehrkörpers müßte man ordentliche und außerordentliche Mitglieder zählen, des weiteren Ehrenmitglieder, die nützliche Aufsätze zu den Abhandlungen der Akademie beizusteuern vermochten. Die ordentlichen Mitglieder sollten sich aus einem Präsidenten, der ein Kenner und Förderer der Wirtschaftswissenschaften zu sein hätte, und den Professoren zusammensetzen. Auf Fachleute für Kameralwissenschaften, Mathematik, Physik und Mineralogie sowie für das Manufaktur- und Commercienwesen könnte im Lehrkörper nicht verzichtet werden. [1] Konkrete Vorstellungen hatte man in bezug auf die Konditionen der finanziellen Unterhaltung: die Akademie sollte aus den Überschüssen der Manufakturen und Fabriken finanziert werden.

Auf eine dergestalt angelegte Akademie wurden große Hoffnungen gesetzt:

> "Sie kann eine Pflanzschule werden, worinnen geschickte Leute zur Verwaltung der Land- und Stadtwirthschaftlichen Geschäften, nicht weniger geschickte Arbeiter in den Manufacturen und Fabriken fürs ganze Land gezogen, auch andere nützliche Glieder des gemeinen Wesens gebildet werden. Es kann darinne der Grund geleget werden zur Verbesserung des Acker- und Wiesenbaues, der Viehzucht, des Forstwesens und anderer Objecte der Landwirthschaft, sodann der Manufacturen und Fabriken des ganzen Landes, und zur Erweiterung und Beförderung des in- und ausländischen Handels." [2]

1) a.a.O., S.420-421
2) a.a.O., S.436

Dieser Akademie wurde die Aufgabe gestellt, theoretische und praktische Ausbildung zu vereinen. Sie sollte die Schwächen des allzu akademisch ausgerichteten Lehrbetriebes auf den Universitäten ausgleichen und die Erfordernisse der ökonomischen Praxis stärker berücksichtigen.

Der Glaube der Aufklärung an den Wert der Wissenschaften stand hinter allen Vorschlägen zur Verbesserung des Bildungswesens. Der gleiche Glaube hatte viele Publizisten bewogen, die Staatsbürger zum Handeln aus eigener Verantwortung aufzurufen und sie angesichts mancher Mißstände in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft vor Untätigkeit und passivem Sichfügen zu warnen.

Das Ideengut des rationalistischen Zeitalters fand die einprägsamste Formulierung in Daniel Gottfried Schrebers "Neuen Cameralschriften" (1765-1769):

> "Das Licht der Wissenschaften erhellet den Verstand, der Menschen, und neigt ihren Willen zu moralischen und politischen Tugenden: die erstern machen vernünftige Menschen, und die letztern gute Bürger. Die Wissenschaften führen die Befehlenden und Gehorchenden; die erstern, reife Maasregeln zu ergreifen, und die letztern, ihnen unverbrüchlich nachzuleben, und die natürlichen Vorzüge des Landes, auch ohne den Zwang des Gesetzes, zu verbessern..." [1].

b) Probleme der Publizistik

Die periodische Wirtschaftsfachpresse zwischen Justi und Schlözer hat den Problemen der Publizistik nicht mehr die gleiche Aufmerksamkeit zukommen lassen, wie es in der Frühzeit des kameralistischen und ökonomischen Zeitschriftenwesens der Fall gewesen war. Für das nachlassende Interesse an Fragen der Presse, des Kalender- und Intelligenzwesens oder der Zensurgesetzgebung bietet sich eine naheliegende Erklärung an. Seit den fünfziger Jahren, als sich die

1) 6.Teil 1766, S.500

Wirtschaftszeitschrift - dank den Bemühungen Zinckes und Hohenthals - innerhalb der periodischen Publizistik durchgesetzt und ihren Wert für die Wirtschaftswissenschaften ebenso wie für die Wirtschaftspraxis bewiesen hatte, setzte eine wachsende Spezialisierung dieser Journale ein. Mehr und mehr entstanden Organe, die sich ausschließlich einem begrenzten Sektor der Gesamtwirtschaft widmeten. Die "Oeconomischen Nachrichten" Hohenthals standen am Anfang dieser Entwicklung; es folgten Periodika wie das von Johann Friedrich Stahl edierte "Allgemeine oeconomische Forstmagazin" (1763-1769). Die Festlegung solcher Journale auf einen genau umrissenen Themenkreis verhinderte zumeist ein Eingehen auf außerhalb dieses Bereiches liegende Komplexe.

Wurden Fragen der periodischen Presse in den Fachorganen aufgegriffen, so standen sie überwiegend in engstem Zusammenhang mit dem Problem besserer Kommunikation ~~im Bereich~~ auf dem Gebiet der Wirtschaft. Angestrebt wurde hauptsächlich eine intensivere Information der einfacheren Volksschichten mit Nachrichten und Anregungen für die tägliche Praxis. Notgedrungen mußten sich die Herausgeber mit den Schwierigkeiten auseinandersetzen, die einer Ausweitung der Leserschaft unter den niederen Volksschichten entgegenstanden.

Die mangelnde Verbreitung der Wirtschaftszeitschriften

Welche Aufschlüsse lassen sich aus den Wirtschaftszeitschriften selbst über deren Publikum gewinnen? Aus welchen Kreisen setzte sich die Leserschaft jener Organe zusammen? Welche Öffentlichkeit erreichten ihre Herausgeber?

Erste Anhaltspunkte zur Beantwortung solcher Fragen hatten die "Leipziger Sammlungen" geboten. Den "Oeconomischen Nachrichten" waren gleichfalls informative Hinweise zu entnehmen. Besorgt äußerte man sich stets über die schwache Wirkung auf ~~einfache Bevölkerungsgruppen~~ auf die unteren Sozialschichten. Sie aber trachtete man in diesen Periodika ganz besonders anzusprechen!

Als im Jahre 1756 die ökonomische (und moralische) Wochenschrift "Der Wirth und die Wirthin" herauskam, würdigte

ihr Herausgeber die Verdienste all jener Publizisten, die das Medium Zeitschrift aus dem Bereich der Exklusivität herauszuführen versuchten und ihr größere Resonanz im Volk verschaffen wollten. Hinsichtlich der Erfolge solcher Herausgeber zeigte er sich jedoch recht skeptisch:

> "Allein bey allen den Fleiß, und bey allen den Bemühungen patriotischer Gelehrten, die mehr aus Pflicht ihren Brüder, sonderlich aber den gemeinen Mann zu bessern, als aus Eigenliebe und einer stolzen Autorsucht schreiben, ist es doch andem, daß eben diese große Menge Menschen, von dem Unterricht der gelehrten Schrifften, in der Wirthschafft und einer gesunden Sittenlehre am wenigsten geniessen, und alle Mittel, die man ihnen zur Verbesserung ihres Zustandes anrathet und vorschreibet, bleiben in diesen Schrifften, da sie für den gemeinen Mann theils zu theuer, theils zu gelehrt geschrieben sind, theils weil er keine Gelegenheit hat, sie zu lesen, versteckt, und nutzen also der größten Hälfte des menschlichen Geschlechts am wenigsten." [1]

Früher hätte man sich im Umgang mit Bauern und einfachen Menschen seitens der Obrigkeit gern an die Regel gehalten: "Je unwissender der Unterthan ist, desto strenger der Gehorsam." Eine solche Maxime hielt man offenbar für den glücklichsten Kunstgriff der Regierungspraxis.

> "Die Sorge für das Wohl des gemeinen Mannes, und für die Verbesserung seiner Seelenkräfte, war aus den Cabinetten der Großen, und aus den Studierstuben der Gelehrten, verbannet. Es fehlte an Unterrichtsmitteln, und diejenigen, die man noch hatte, waren schlecht und elend." [2]

Der Herausgeber der ökonomischen Zeitschrift "Der Wirth und die Wirthin" kaschierte die Hindernisse nicht, die sich allenthalben den Bemühungen um Aufklärung aller Volksschichten entgegenstellten. Selbst wenn sich zahlreiche Gelehrte

1) Der Wirth und die Wirthin, Nachricht von den Absichten dieses Journals, 1.Heft 1756, S.2
2) Ebenda, S.3-4

für das Verbreiten von Informationen einsetzten und geeignetes Material publizierten, so stünden dem Erfolg doch zwei Mängel im Wege:

> "Wo bleibt aber dieser Nutzen, und wo will ihn der gemeine Mann erhalten, da eben dieser, die Schrifften der Gelehrten, theils weil sie ihm zu theuer, theils weil sie ihm nicht in die Hände kommen, nicht lesen kann? Und gesetzt, er lese sie, würde er Vortheil davon ziehen können, da er sie nicht verstehet, wenn sie auch gleich deutsch sind? Die Sprache der Gelehrten, ist in den Ohren des gemeinen Mannes viel zu erhaben, und es gehört eine eigene Schreibart dazu, um ihnen Wahrheiten deutlich und begreiflich zu machen." [1]

Bei aller Anerkennung der Verdienste der "Leipziger Sammlungen" Zinckes und der "Oeconomischen Nachrichten" Hohenthals, denen jener spätere Wirtschaftspublizist Beifall zollte [2], wurde nicht die Skepsis hinsichtlich der herkömmlichen Art der Informierung einfacher Volkskreise verborgen. Solange die sozialen und soziologischen Schranken nicht überwunden wurden, erschien der gewünschte Erfolg unerreichbar:

> "Der Kaufmann, der Pächter, der Handwerker, der Fabrikant, kauft allenfalls dergleichen Schrifften. Allein der arme Bauer, und andere dürftige Stadt- und Landwirthe, haben die Mittel nicht dazu. Zwey Gutegroschen für ein Buch ist schon ein Geld für sie, das ihnen wehthut; und alle Monat dieses auszugeben, ist ihrer Denkungsart zuwider. Andere Schrifften aber, die wenige Pfennige kosten, fehlen, und diejenigen, die man hat, sind mehr schädlich als nützlich." [3]

---

1) Ebenda, S.6
2) Vgl.: u.a. Vorrede zum 1.Band 1757, S.16: "Die Leipziger Sammlungen, die oekonomischen Nachrichten, behaupten, ohnerachtet sie schon viele Jahre fortgesetzt sind, dennoch ihren Vorzug."
3) 1.Heft 1756, S.7

In der Vorrede zum ersten Band des gleichen Journals (1757) bestätigte der Herausgeber, daß viele Leser seine Bedenken über die mangelhafte Versorgung weiter Volksteile mit brauchbaren Publikationen teilten.

Es konnte von niemandem geleugnet werden, daß gleichzeitig mit dem Aufschwung der Wirtschaft und dem wachsenden Ansehen der Kameral- und Ökonomiewissenschaften eine "Menge von Schriften, unter dem Namen der Monats- und Wochenschriften, zum Vorschein" gekommen waren. Neben Hamburg war Leipzig als ein weiteres Zentrum des wirtschaftskundlichen Fachzeitschriftenwesens getreten.

> "Indessen so schön wie diese Schriften auch sind, so lehrte doch die Erfahrung, daß sie den wenigsten, und allenfalls nur gelehrten, oder doch von dem Alten abgehenden und etwas geschicktern Wirthen bekannt waren." [1]

In ähnlicher Weise wie in jener in Braunschweig erschienenen Zeitschrift ist die Situation 15 Jahre später im "Neuen allgemeinen Harzmagazin" (1768-1771) beurteilt worden. Dieses Periodikon gewährte Einblicke in die Lage der Bevölkerungsschichten, für die Wirtschaftsjournale eigentlich gedacht waren. Überdies lassen sich aus ihm die Bedingungen erkennen, unter denen sich diese periodische Fachpresse entwickeln mußte.

In der Form eines Dialogs eröffnete der Herausgeber des "Harzmagazins" die Diskussion über die Mißstände, die seit Zinckes und Hohenthals Äußerungen Kritik herausgefordert und zu vielfältigen Verbesserungsvorschlägen ermuntert hatten. [2] Es sei nicht unbekannt,

> "daß man jetzo viele deutsche Schriften habe, die monatlich heraus kommen, nach und nach zu großen Büchern erwachsen sind; allein davon weis (der Landmann) nichts, und hernach sind sie ihm theils zu gelehrt, und zu hoch, theils zu weitläuftig, theils zu kostbar. Er besucht die Buchläden nicht. Die Gescheiten auf dem Lande communiciren ihm solche Bücher nicht." [3]

---

1) Vorrede zum 1.Bd. 1757, S.16
2) "Zwiegespräch zwischen Herrn Rusticus und Herrn Myrmidon". 12.Stück 1771, S.704-736
3) Ebenda, S.729

Der Kritiker erhoffte keine rasche Veränderung, was die Verbreitung führender Fachzeitschriften unter dem einfachen Volk anging:

"Wir haben oeconomische Monatsschriften, z.B. die Leipziger Sammlungen, die oeconomischen Nachrichten, die Stuttgardtschen Selecta oeconomica, das Hamburgsche Magazin, die zu Halle herauskommenden Sammlungen, oeconomischer Schriften, viele neue und ganze Einleitungen zum Ackerbau und der Viehzucht, enthalten genug zu seinen Unterricht. Allein er weiß davon nichts, er liest es nicht, er kauft nichts, es ist ihm zu theuer, er kann keine Auswahl treffen."[1]

Die Sorge um die schwache Resonanz der periodischen Wirtschaftspresse in der unterhalb der bürgerlichen Stände stehenden Öffentlichkeit war nicht auf das Zentrum Deutschlands begrenzt. Auch in den Randgebieten traten die gleichen Probleme auf. Die ungenügende Einbeziehung der ungebildeten Schichten in das Lesepublikum der Wirtschaftsjournale stand im Gegensatz zu dem Aufschwung dieser Publizistik nach der Jahrhundertmitte. Das war der Tenor einer kritischen Betrachtung, mit dem im Jahre 1773 die in Königsberg erscheinende Wochenschrift "Der Preußische Sammler" eingeleitet wurde. Die stürmische Aufwärtsentwicklung der Wirtschaftsjournalistik konnte, nach Aussage des Herausgebers Friedrich Samuel Bock, noch nicht die angestrebte Breitenwirkung erzielen - ungeachtet der intensiven Bemühungen namhafter Publizisten:

"In den mehresten Schriften dieser Art, befinden sich würklich manche nützliche Entdeckungen, Versuche, Mittel und Vorschläge, wodurch man allen Ständen eine Hülfe zu geben und den allgemeinen Wohlstand zu verbreiten gesuchet; allein sie kommen denen am wenigsten in die Hände, welchen sie am vortheilhaftesten wären, und denen sie eigentlich gewidmet sind. Sie füllen ausser dem Laden der Buchhändler, entweder

1) Ebenda, S.731
2) 1.Heft, 1773, S.5

die öffentlichen Bibliotheken, oder die Bücherschränke der Gelehrten, und ihr zuträglicher Inhalt bleibet grössestentheils denen verborgen, welche doch eigentlich die wohlausgedachten Entwürfe zum Nutzen des gemeinen Wesens sowohl, als zum eigenen Vortheil ausführen könnten." [1]

"Der Preußische Sammler" wies auf weitere Schwächen der Wirtschaftsperiodika hin. Es wurde beanstandet, daß nützliche Beiträge nicht in ausreichender Menge publiziert würden, das verwertbare Material aber unnötigerweise in Verbindung mit solchen Problemen abgedruckt werde, denen ein Teil der Leserschaft nur geringes Interesse entgegenbrachte. Wie recht Hohenthals Mitarbeiter mit seinen Ratschlägen zur Verbesserung der "öconomischen Schreib-Art" gehabt hatten[2], wird durch Bocks Äußerungen unterstrichen, daß es bislang oft nicht gelungen sei, der Sprache vieler ökonomischer Journale die nötige Klarheit zu geben. Der mancherorts noch schwache Widerhall dieser Publizistik in der Öffentlichkeit wäre nicht zuletzt auf den weitschweifigen, überladenen und nicht dem jeweiligen Gegenstand adäquaten Stil vieler Abhandlungen zurückzuführen.

Jene im Vorwort des "Preußischen Sammlers" angemerkten Einwände gegen die Gestaltung der Wirtschaftszeitschriften, das Bedauern über das Fehlen einer volksnahen Sprache als Hauptindernis für eine Ausweitung des Publikums sind jedoch erst dann gerecht zu beurteilen, wenn man sich die besondere Situation dieser Fachjournalistik vergegenwärtigt. Sie hatte sich als erste die Aufgabe gestellt, das Medium Zeitschrift der Aufklärung der unteren Volksschichten dienstbar zu machen. Während die meisten anderen Zeitschriftengattungen auf Wirkung und Beifall nur in exklusiven Kreisen der damaligen Leserschaft rechneten, ist es hingegen das Ziel jener Periodika gewesen, Publizität in der breiten Öffentlichkeit zu erzielen. Unweigerlich führte das zu Kommunikationsschwierigkeiten. Eine allgemeinver-

1) 1.Heft, 1773, S.5
2) Vgl.: Vorrede zum 1.Band der "Oeconomischen Nachrichten" 1750.

ständliche Fachsprache mußte erst entwickelt werden, bevor der einfache Leser seine Scheu, sich aus Fachzeitschriften zu informieren, überwand.

Die Kalender als Ergänzung zur periodischen Wirtschaftspublizistik

Sobald die Wirtschaftszeitschriften publizistische Probleme behandelten, wurden die Kalender als Mittel zum Verbreiten ökonomischer Kenntnisse genannt. Zinckes "Leipziger Sammlungen" hatten hiermit begonnen, wenig später hatte ein Mitarbeiter des Hohenthalschen Landwirtschaftsjournals die Publikationen von Wirtschaftskalendern vorgeschlagen. Am heftigsten äußerte sich die zeitgenössische Kritik am Kalenderwesen in den Angriffen gegen den Mißbrauch dieses Mediums durch allzu geschäftstüchtige Drucker und Verleger.

Über die Genesis der Kalenderpublizistik in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts gibt ein Beitrag aus dem "Preußischen Sammler" (1773-1774) Auskunft. Er informiert über die Verbreitung und Beliebtheit dieses Kommunikationsmittels:

> "Ein jeder versorget sich gegen das instehende Jahr mit einem neuen Calender, und es dörfte kaum eine niedrige Hütte seyn, worin man nicht dieses für so nothwendig angesehene Zeitbuch antreffen sollte. Kein Buch kan sich unter allen menschlichen Schriften eines so allgemeinen Beyfalls rühmen. Man leget ein jedes andre Buch, mit wie vielem Witz und Gelehrsamkeit es auch geschrieben seyn möchte, wenn man es einmal durchgelesen, auf die Seite, und der gemeine Mann bekümmert sich um nichts in der Welt weniger, als um neue Schriften; da hingegen der Calender unter den mehresten Einwohnern des Landes wenigstens ein ganzes Jahr lang bey der Hand bleibet und fleißig nachgesehen wird."[1]

Der Autor bestätigte einen deutlichen Wandel in der Gestaltung der Kalender. Statt über den Einfluß der Gestirne

1) 32.St. 1773, S.817

oder über unwichtige Prophezeiungen zu berichten, sei damit begonnen worden, nutzbringende Themen aufzugreifen, ja sogar sittliche Lehren und Lebenspflichten zu erörtern. Es scheint nicht verfehlt zu sein, hierin eine Auswirkung der besonders seit Zincke und seinen "Leipziger Sammlungen" unternommenen Anstrengungen zur Verbesserung des Kalenderwesens zu erblicken.

Im "Preußischen Sammler" wurde gefordert, dies allen Landeseinwohnern gewidmete periodische "Jahrbuch" sämtlichen Schichten der Bevölkerung zugänglich zu machen. Hieran schloß sich der Vorschlag,

> "ob es nicht heylsam wäre, in den Calendern gewisse herrschaftliche Befehle, die auf bestimmte Zeiten jährlich an öffentlichen Orten müssen verlesen werden, gewisse Policeygesetze, als Feuer=Dorf=Hochzeit=Tauf= Begräbniß=Gebetverhör=Wegebesserung=Gesinde=Kleider= Handwerksordnungen u. d.g. ihrem Inhalte nach, und Auszugsweise; desgleichen allerley Vorschriften der Klugheit bey dem Heyrathen, Pflichten der Dienstboten, Anweisung zur Erziehung der Kinder, allerley abzustellende üble Gewohnheiten, Vorurtheile und Laster, Vorschriften zur Erhaltung der Gesundheit und vernünftigen Behandlung der Kranken, verschiedene Hausmittel, vortheilhafte Entdeckungen für die Stadt- und Landwirthschaft u.d.g. bekannt zu machen." [1]

Entsprechend solcher Vorschläge war dem Kalender nicht allein die Funktion als Übermittler von Wirtschaftsinformationen zugedacht. Er sollte darüber hinaus die Bevölkerung über alle neuen Vorgänge und Entwicklungen im kommunalen und gesellschaftlichen Bereich unterrichten. Der Kalender konnte auf diese Weise ein Informationsmedium werden, das den Lesern als periodisch erscheinender Ratgeber für das tägliche Leben zur Verfügung stand. Kalender wurden dadurch "Arsenale der Belehrung, Magazine der Unterhaltung, Warenhäuser der Kleinanzeige für preiswerte Gegenstände des Alltags. Auf ihren redaktionellen Seiten aber stellten sich

1) Ebenda, S.818

dem Volke gescheite Männer mit Rat und Tat zur Seite." [1]

Die Diskussion um das Intelligenzwesen

Die Intelligenzblätter und ihre Eignung zum Übermitteln von Wirtschaftsnachrichten waren Gegenstand zahlreicher Erörterungen. Immer wieder sann man auf Möglichkeiten, mit Hilfe dieses Kommunikationsmittels die noch als ungenügend empfundene Publizität auf dem Wirtschaftssektor zu erhöhen.

Als Ernst Friedrich Bernhard in Stuttgart seine "Physikalisch-Oekonomische Wochenschrift" (1753-1766) herausgab, ließ er es sich nicht nehmen, seine Ansichten über den Wert des Intelligenzwesens vorzutragen. Überraschend erscheint seine These, daß eine stärkere Konzentration der Intelligenzblätter auf die Verbreitung ökonomischer Nachrichten und Kenntnisse der Abwanderung wertvoller Arbeitskräfte aus dem Lande entgegenwirken könnte. Denn viele Landeseinwohner hätten den Weg in die Emigration nicht zu nehmen brauchen,

> "wann sie theils die Arbeit nicht gescheuet, theils der Haußhaltung besser vorgestanden, und absonderlich die neuere Erfindungen und Verbesserungen des Feldbaus, der Handwerker und der Haußhaltungs-Kunst überhaupt genutzet hätten." [2]

Aufklärende Unterrichtung vor allem der Landbevölkerung bleibe vordringlich, weil es Schwierigkeiten bereite, "dem Landmann etwas neues zur Verbesserung beyzubringen, und ihn von seiner Gewohnheit und dem uralten Herkommen abzuziehen." Periodisch herauskommende Wirtschaftsinformationen hatten nach Aussage des Herausgebers nicht zuletzt den Zweck, Anstöße zu neuem Denken und Handeln zu geben. Doch hätten sich die meisten Schriften, die über die Land- und Stadtwirtschaft ediert worden seien, als dazu unbrauchbar herausgestellt. Zu selten gerieten sie in die Hände des Landmannes, der sie aber am dringendsten benötigte. Das allzu reichhaltige

1) Wilmont Haacke, Genesis des Kalenders. In: Verlagspraxis 9.Jg. 1962, H.1, S.7
2) "Nachricht zur Physikalisch-Oekonomischen Realzeitung" 1753, III.Paragraph

Angebot an Wirtschaftsbüchern erschwerte zudem die Auswahl.

"Einen bessern Weg haben diejenige eingeschlagen, welche in denen sogenannten Intelligenz-Blättern, so gar auch öffentlichen Zeitungen das Publicum, und darunter verstehe ich vornehmlich die Land-Wirthe, von der Haußhaltungs-Kunst haben unterrichten wollen. Hierdurch und vermittelst der auf manchen hohen Schulen weißlich errichteten öffentlichen Lehr-Stühle vor erst-bemeldete Haußhaltungs-Kunst und die Cameral-Wissenschaften, hat man in der That viel Gutes bewirket. Solche öffentlichen Blätter sind der Hamburgische Correspondent, die Hannover- und Hällische Anzeigen, die Zeitungen und Berichte zu Berlin, Minden, Danzig, Ost-Frießland, und anderer Orten."

Summarisch wurden sämtliche Mängel und Nachteile des Intelligenzwesens aufgezählt:

"Allein es enthalten 1) diese Blätter gar viele andere gelehrte Sachen so in die Geschichte, die schöne und übrige Wissenschaften einschlagen, 2) meistens lauter neue Abhandlungen, daß die besten aus andern Schriften, darüber wegbleiben, 3) sind sie nur grösten Theils in denjenigen Ländern bekannt, wo sie heraus kommen, ja der dortige Landmann weißt selbst wenig davon, weil sie 4) gar zu theuer sind, wie dann 1.Jahrgang von den Hannoverischen Anzeigen allein auf 3.Rthlr. biß 5.fl. zu stehen kommt." [1]

Ein Jahrzehnt nach dem Erscheinen der Publikation Bernhards gab I.W.F. von Krohne die "Nützlichen Beyträge zu den Strelitzischen Anzeigen" (1765-1768) heraus. 1766 erschien eine Sammlung dieser Beiträge. In der einleitenden Vorrede würdigte der Herausgeber die positiven Auswirkungen des Intelligenzwesens der Zeit:

---

1) Ebenda, VIII.Paragraph. - fl. = Gulden

"Die Erfahrung bezeuget es, wie viel der vor einiger Zeit aufgekommene Gebrauch der kleinen Schriften und Ausführungen einzelner Gedancken, Wahrnehmungen, Vorschlägen, Entdeckungen und Projecten zu Erweiterung, Ergäntzung und Verschönerung der Wissenschaften, und der im gemeinen Leben nützlichen Künste beygetragen. Der verstorbene Cantzler von Ludewig war der erste unter denen Teutschen, welcher denen in den Königl. Preußischen Landen eingeführten wöchentlichen Intelligenzblättern einen gelehrten Articul beyfügte, deren Abgang dadurch beförderte, und selbige auch denen Auswärtigen angenehm, und brauchbar machte. Man hat diese löbliche Anstalt auch an verschiedenen anderen Orten, mit nicht minder glücklichem Erfolg, durch die Herausgabe wöchentlicher gelehrten Beyträgen nachgeahmet, und dadurch nicht nur einem jeden die Bahn geöffnet, seine Einsichten und Erfahrungen zum Nutzen des gemeinen Wesens ans Licht zu stellen, sondern auch viele allzukleine Abhandlungen, die öfters an innerem Werth, Nutzen und Annehmlichkeit weitläuftige Bücher übertreffen, vor dem allen kleinen und einzelnen Blättern gemeiniglich androhenden Untergang geborgen."

In der Diskussion um das Intelligenzwesen in den Jahrzehnten nach 1750 wurde die Leistung Johann Peter von Ludewigs, auf den sich auch Krohne ausdrücklich beriefen und seines gelehrten Artikels stets vorbehaltlos anerkannt. Jedoch empfand man die Unterrichtung über die Wirtschaftspraxis zumeist als unbefriedigend. Nach dem raschen Aufschwung des wissenschaftlichen Fachzeitschriftenwesens um die Jahrhundertmitte konnte die Beilage eines gelehrten Artikels zu den Intelligenzblättern kaum mehr das gleiche Interesse der Leser beanspruchen wie in den dreißiger und vierziger Jahren. Um so näher hätte es gelegen, das Intelligenzwesen hauptsächlich der praktischen Wirtschaftsinformation dienstbar zu machen. Folgt man den häufig recht kritischen Stimmen zeitgenössischer Publizisten, so ist zu konstatieren, daß diese Aufgabe nicht zufriedenstellend gelöst worden ist.

Das Problem der Zensur und der Pressefreiheit

Nachdem Justi in seinen "Göttingischen Policey-Amts Nachrichten" (1755-1757) seinen umfassenden Aufsatz zur Zensurgesetzgebung veröffentlicht hatte, gingen die Wirtschaftspublizisten in den nächsten fünfundzwanzig Jahren diesem nicht ungefährlichen Thema meist aus dem Wege. Sie überließen es den politischen Journalen, Fragen der Zensur und der Pressefreiheit aufzugreifen.[1] Erst August Ludwig von Schlözer begann in seinen "Stats-Anzeigen" (1782-1795), gegen die Einengung der Meinungs- und Publikationsfreiheit durch die Staatsautorität zu streiten und für die Forderung nach größerer Publizität einzutreten.

Aus der periodischen Wirtschaftspresse bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts läßt sich für die Zeitspanne zwischen Justis Auftreten und dem Höhepunkt der Publizistik Schlözers lediglich ein Beitrag des Physiokraten Johann August Schlettwein zum Zensurproblem nachweisen. Im gleichen Jahre, in dem Schlözer das erste Heft seiner "Stats-Anzeigen" herausgab, veröffentlichte Schlettwein in seinem "Archiv für den Menschen und Bürger" (1780-1784) "Etwas über die Preßfreyheit und die Nothwendigkeit der Censur."[2]

Diesen Beitrag leitete eine Gegenüberstellung der Meinungs- und Publikationsfreiheit ein. Beide wurden als für die Staatspolitik eminent wichtig bezeichnet, jedoch prinzipiell von einander unterschieden:

> "Das Denken und das Glauben kann keinen menschlichen Verfügungen unterworfen und keinem menschlichen Richter zur Entscheidung und zum Sprunge überlassen werden, weil jede Menschenseele, nur nach der Lage, darinnen sie in der Welt ist, und nach den ganz unwillkührlichen Eindrücken, welche unzählige äussere besondere Gegenstände auf sie machen, auf ihre eigene Art denken, oder glauben kann, und nicht auf die eigene Art irgend einer andern Seele."

---

1) Vgl.: Haacke, Die politische Zeitschrift (1665-1965), Teil I.
2) 5.Bd. 1782, S.141-146

Grundsätzlich verhalte es sich mit der Rede- und Publikationsfreiheit anders. Sobald ein Gedanke der Presse übermittelt werden,müsse man die Wirkung auf die Meinungsbildung in der Öffentlichkeit bedenken:

"Durch alle Bekanntmachungen von Gedanken, und folglich durchs Schreiben und Drucken lassen wirkt der Denker aus seinem Kreise hinaus auf andere Menschen und auf die Menschengesellschaft." [1)]

Die Notwendigkeit einer Zensur wurde bejaht: keinem Verfasser - er heiße, wie er wolle - sollte das Recht zugebilligt werden, sich ihr zu entziehen. Der staatlichen Obrigkeit machte der Verfasser der Abhandlung - vermutlich Schlettwein selbst - nicht die Befugnis streitig, der Pressefreiheit Grenzen zu setzen.

Es muß jedoch dem Autor zugute gehalten werden, daß er sich gegen eine willkürliche, nach Gutdünken oder Wunschvorstellungen richtende Zensur ausgesprochen hat. Ermessensentscheidungen, von Zensoren getroffen, lehnte er ab.

"Censur muß gar nicht auf den Autor, oder seine Kräfte, auch nicht auf den Censor, und seine Fähigkeiten und Kenntnisse, Rücksicht nehmen, sondern nur fragen: ist eine offenbare Menschenbeleidigung da, - nicht eine solche, darüber verschiedene gelehrte Köpfe disputiren können, sondern eine solche, die jeder gerade Menschensinn für Beleidigung hält? Ist offenbarer Reiß zum Bösen darinn --- nicht zu etwas, worüber die Gelehrten disputiren, obs gut oder böse sey, sondern zu etwas, das würklich nach dem gesunden Menschenverstande aller Menschen böse ist. Ist offenbare Verlezung dessen was als Grundverfassungsstück zum Staate erfordert wird, darinn ersichtlich? Ich fordere deswegen in der Censur, daß alles das, was sie verwerfen soll, offenbar verwerflich seyn muß, weil sonst dem Arbitrarischen und Eigenmächtigen bey der Censur die Thür geöffnet ist, und der Censor aus hunderterley disputirlichen Vorwänden etwas darum verwerfen kann, weils nicht nach seinem

1) Ebenda, S.141-142

Kopfe ist. Wenigstens kann er hundert Schikanen und Verdrießlichkeiten machen, und dem muß, wenn Genie nicht gefesselt und Wahrheit nicht gehemmet werden soll, ganz ausgewichen werden." [1)]

Nach den in dieser Zeitschrift geäußerten Vorstellungen waren an der Spitze der Zensurbehörden allein solche Männer akzeptabel, die beim Begutachten neu erscheinender Schriften von der Versuchung persönlicher Rücksichten frei waren. Zudem wurde von ihnen die unmittelbare Teilnahme an der Staatsverwaltung als unerläßliche Voraussetzung gefordert.

Es war ein erheblicher Fortschritt, daß es Publizisten in dem vorletzten Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts wagen durften, offen gegen staatliche Willkür aufzutreten. Als Zincke 1742 seine "Leipziger Sammlungen" herausgab, riet er seinen Lesern von jeglicher Kritik an der Obrigkeit ab. Personen, "welche am Ruder sitzen", galten für ihn als unantastbar. Der Untertan tat gut daran, sich ihren Gesetzen vertrauensvoll zu fügen.

Vierzig Jahre später zeigten sich die Auswirkungen der jahrzehntelangen Anstrengungen der Aufklärer: die Forderung nach gerechten, von jeglicher Willkür freien Entscheidungen der Staatsführung bekundete das wachsende Selbstbewußtsein des Bürgers.

---

1) Ebenda, S.144-145

III. Schlußbetrachtung

Die Wirtschaftszeitschriften als Publizistik der Aufklärung

Ziel der vorliegenden Arbeit war es, das Entstehen und Werden eines neuen Zeitschriftentypus im 18. Jahrhundert zu schildern. Am Beispiel der ersten kameralistischen und ökonomiekundlichen Fachperiodika ist das steigende Ansehen der Wirtschaftswissenschaften um die Jahrhundertmitte und das wachsende Bedürfnis nach intensiverer Kommunikation gezeigt worden. Die rasche Ausbreitung und Anerkennung der Wirtschaftszeitschriften war eine Folge dieses Bedürfnisses. "Die Gelehrten ... rückten sich näher, Meinungen wurden ausgetauscht, Ansichten verfochten, Erfindungen mitgetheilt, die ohne das Organ der Fachjournale vielleicht niemals, und gewiß nicht so bequem, noch vollständig zu Tage gekommen wären." [1]

Dieser Zweig periodischer Publizistik zeichnete sich vor der übrigen Fachpresse des 18. Jahrhunderts durch die nachhaltige gemeinschaftsbildende Wirkung (Soziabilität) aus. Kraft solcher Eigenschaften erwiesen sich periodische Veröffentlichungen als die geeignetsten Medien, um Pläne zu verwirklichen oder neue Entwicklungen einzuleiten. "Jede geistige Bewegung ~~bringt~~ birgt das Bestreben in sich, in ihrem Sinn zu werben, zu überreden, zu überzeugen. Die Zeitschrift ist eines der wirksamsten Mittel dazu, sie verbreitet die neuen Gedanken, fördert den Gedankenaustausch, sammelt die Gleichgesinnten, bringt das Denken und Wollen einer Gemeinde wirksam zur Geltung." [2]

Die Zeitgenossen waren sich sehr bald des Wertes der Wirtschaftsjournale bewußt geworden. Allgemein erkannten sie an, daß Georg Heinrich Zincke mit seinen "Leipziger Sammlungen" (1742-1767) den Erfolg dieser Zeitschriftengattung begründet hatte. Sein Organ stand am Beginn.

---

1) Prutz, a.a.O., S.366-367
2) Schottenloher, a.a.O., S.316

Niemand machte ihm dieses Verdienst streitig. Seinem Vorbild sind zahllose Fachpublizisten gefolgt.

Bereits fünfzehn Jahre nach dem ersten Erscheinen der "Leipziger Sammlungen" konnte der Herausgeber eines anderen ökonomischen Periodikons ein erfreuliches Fazit ziehen:

> "Es ist andem, kein Jahrhundert ist so fruchtbar an oekonomischen Schrifften und Journalen gewesen, als das jetzige. Die Gelehrten widmen fast alle ihre Bemühungen, ihre Geschicklichkeiten und ihre Einsichten den Aufnehmen der Wirthschafft, und sie schämen sich nicht mehr eine Wissenschafft zu lehren, die man sonst in den finstern Zeiten unserer Voraeltern, in welchen Vorurtheil und Aberglauben statt Wahrheit galt, für ein Handwerk der Bauern, und gemeinen Landwirthe, hielt." 1)

In seinem "Unterricht zu einer kleinen aber auserlesenen Bibliothek" (1764) gestand Johann Christoph von Wöllner den Wirtschaftszeitschriften Vorrang vor den anderen Journalen zu. Für ihn gab es keine Zweifel, daß sie

> "gegenwärtig den herrschenden Geschmack nicht nur in Teutschland, sondern in vielen andern Ländern ausmachen." 2)

Wenige Jahre nach Wöllner bestätigte Johann Heinrich Ludwig Bergius, Herausgeber des "Policey- und Cameral-Magazins" (1767), den Zusammenhang zwischen dem Aufschwung der Wirtschaftswissenschaften im 18. Jahrhundert und dem Entstehen der ökonomischen Fachjournalistik:

> "Unserm jetzigen Jahrhundert war die Ehre vorbehalten, daß in demselben die Policey-Cameral- und öconomischen Wissenschaften recht in Flor gebracht werden sollten ... Ein jeder, der sich nur fähig und geschickt darzu erachtete, fieng jetzo an sich recht zu beeifern, um seine Einsichten und Erfahrungen zu immer gröserer Beförderung der Policey- Cameral- und öconomischen Wissenschaften, nach Möglichkeit beyzutragen...Was haben wir nicht vor eine Menge von hieher gehörigen

1) "Der Wirth und die Wirthin", 1.Heft 1756, S.2
2) 1.Teil, Berlin 1764, § 2, S.12

Monatsschriften erhalten." [1]

Die Wirtschaftszeitschriften verdankten ihre rasche Aufwärtsentwicklung der wachsenden Bedeutung der Wissenschaft. Andererseits bereiteten sie der Anerkennung dieser Wissenschaft in Kreisen der gelehrten Welt ebenso wie unter dem Volke den Boden. Der aufklärende Wert der Periodika für das Vorbereiten einer neuen Einstellung gegenüber den Ökonomie- und Kameralwissenschaften war von den Zeitgenossen wohl verstanden worden:

"Eine mit Einsicht und Geschmack verfaßte oeconomische Zeitung, sollte doch in der Epoche, darinnen wir leben, und die einmal das Prädicat der oekonomischen erhalten wird, wohl nicht ungelegen kommen, sondern begierig aufgenommen werden." [2]

Die periodische Fachliteratur zum Ökonomiewesen und zur Kameralistik war bald unübersehbar geworden. Wirtschaftsjournale hatten zu einem wesentlichen Teil die Aufgabe der fachlichen Kommunikation in diesen Disziplinen übernommen. Im Jahre 1773, drei Jahrzehnte nach dem Erscheinen der wegbereitenden "Leipziger Sammlungen", hielt ein Königsberger Publizist im "Preußischen Sammler" Rückschau:

"Jedermann weiß, wie sehr seit etwa dreyzig Jahren die Anzahl solcher Bücher angewachsen, welche Sammlungen kleiner merkwürdiger und nützlicher Abhandlungen zur Ausbreitung aller Theile der Kenntnisse enthalten. Vieler andern Aufschriften dieser Werke nicht zu gedenken, so sind insonderheit unter dem Namen der Magazinen, in verschiedenen Städten Deutschlandes und auch in andern Reichen, so viele Werke ans Licht getreten, daß auch ihr Verzeichniß allein einige Bogen einnehmen würde, wenn wir solches

1) Policey- und Cameral-Magazin, in welchem nach alphabetischer Ordnung die vornehmsten und wichtigsten bey dem Policey- und Cameralwesen vorkommenden Materien... erläutert werden. Vorbericht zum ersten Band, Frankfurt 1767.

2) Lausitzisches Magazin, Jahrgang 1772, S.318. Zeitung wurde dem Sprachgebrauch des 18. Jahrhunderts entsprechend oft gleichbedeutend mit Zeitschrift verwandt.

auch nur auf diejenige einschränken wollten, ... die ... überhaupt in die Oeconomische, Policey- und Cameral-Wissenschaften einschlagen." [1]

Die periodische Wirtschaftspublizistik kam dem für die Aufklärungsepoche so charakteristischen Streben nach Verständigung und gegenseitiger Mitteilung entgegen. Die Zeitschrift bot sich als Forum sachlichen Gesprächs und als Mittel zum Austausch neu gewonnener Erfahrungen an. Sie förderte das Kennenlernen all derer, die im Dienste einer gemeinsamen Aufgabe standen:

"Eine ... Bekanntschafft sollte Briefwechsel veranlassen; zu Versuchen und Unternehmungen im Kleinen aufmuntern, und die Communication derer Reussiten ein Mittel abgeben, durch welches man seine Einsichten erweitern; das gute nachahmen, und sich für denen Fehlern und dem unmöglichen hüten könnte." [2]

In diesem Sinne waren zahlreiche Editoren periodischer Veröffentlichungen daran interessiert, ihrem Publikum ein breitgestreutes Angebot an Nachrichten und Anregungen zu vermitteln. Die sich in der zweiten Jahrhunderthälfte vollziehende Spezialisierung der Journale paarte sich mit dem Bemühen der Publizisten, im eigenen Fachbereich Überschau zu gewinnen, den Blick ihrer Leser für den Standort der jeweiligen Disziplin innerhalb der gesamten gelehrten Welt freizuhalten. "Fachzeitschriften erreichen diese Universalität in der Unterrichtung und Beratung, in ihrer Information wie in ihrer Erudition dadurch, daß sie, mit der Hilfe geeigneter Beiträge über die Berichte aus der eigenen Epoche hinausgehend, in kluger Weise in die Vergangenheit der von ihnen behandelten Spezialgebiete zurückblenden." [3] Die Wirtschaftszeitschrift des 18. Jahrhunderts hat stets versucht, durch Rückblick in die Geschichte des einzelnen Fachgebietes ebenso wie durch Ausschau auf die neu entstehenden Aufgaben jenem Ideal der Universalität näher zu kommen.

---

1) 1.Heft, S.4-5
2) Vorbericht zum V.Stück der Oekonomischen Beyträge, zur Beförderung des bürgerlichen Wohlstandes, herausgegeben von Joh.Caspar Schiller, Stuttgart 1768.
3) Haacke, Die Zeitschrift, S.198

Die Ideen der Aufklärung und das Interesse am geistigen und wissenschaftlichen Leben der Zeit blieben nicht auf eine schmale Oberschicht begrenzt. Dadurch erwuchsen dem Zeitungs- und Zeitschriftenwesen jener Epoche neue Leserschichten. Neben den Gelehrten waren bald Angehörige der bürgerlichen Klasse, höhere Beamte und Militärs Teil der ziemlich breiten Bildungsschicht.[1] Dank der Aufgeschlossenheit dieses gebildeten Publikums gelangt der wissenschaftlichen Fachzeitschrift der Durchbruch zum führenden Medium der Kommunikation im 18. Jahrhundert.

Die neuen kameralistischen und ökonomiekundlichen Periodika wandten sich an einen in soziologischer Hinsicht breiten Leserkreis. Während die historisch-politischen Zeitschriften überwiegend von einer akademisch vorgebildeten Schicht gelesen wurden, die moralischen Wochenschriften hauptsächlich bürgerliche Lesergruppen anzusprechen suchten, richteten sich die Wirtschaftsjournale in wachsendem Maße an den Handwerker- und Bauernstand. Mit dieser Ausweitung durchbrachen sie die in der Frühphase des Zeitschriftenwesens bestehenden Grenzen. Durch das Streben nach Erfassung der niederen, ungebildeten Volksschichten, durch die Hinwendung zum bislang verachteten "Pöbel" gaben sie den Wunsch zu erkennen, alle Stände zur Mitarbeit im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben heranzuziehen.

Nicht nur im Hinblick auf die Zusammensetzung ihrer Leserschaft trachteten die Wirtschaftszeitschriften nach größerer Verbreitung. Nicht wenige von ihnen erklärten es ausdrücklich zu ihrer Aufgabe, die allzu engen Landesgrenzen zu überwinden und interessierte Leser im ganzen deutschen Sprachraum zu erreichen. Soziologisch wie geographisch sollte das Kommunikationsmittel Zeitschrift

1) Vgl.: Groth, Geschichte, S.30

aus der Enge der Exklusivität befreit werden. Die "Leipziger Sammlungen" wurden das vielbeachtete Vorbild aller derartiger Bestrebungen.

Kennzeichnend ist ferner, daß die Herausgeber von Wirtschaftsjournalen früh begannen, einen Stab fachkundiger Mitarbeiter um sich zu scharen. Auf diese Weise sind solche Periodika zum Ergebnis von Gemeinschaftsleistungen geworden. Der Persönlichkeit des Gründers und Editors kam wie in Fachzeitschriften späterer Jahrhunderte oft nur die Funktion des Mittlers zwischen unterschiedlichen Auffassungen und Tendenzen zu. Wirtschaftsjournale sind in ihrer überwiegenden Mehrheit nicht als Sprachrohr einer bestimmten Person ins Leben gerufen worden. Individualorgane wirkten hier stets als Ausnahmen. Fast immer hatten Wirtschaftszeitschriften den Ehrgeiz, das Forum fachlichen Gespräches und sachlicher Diskussion zu werden.[1] Ein solches Programm gestattete das Publizieren gegensätzlicher Standpunkte, was der objektiven Wahrheitsfindung nur dienlich sein konnte.

Die Vielzahl der ständigen Mitarbeiter und gelegentlichenEinsender führte zu einer ungewöhnlich regen Kommunikation zwischen Zeitschrift und Publikum. Dem Leser fiel nicht mehr nur die Rolle des passiven Abnehmers und Rezipienten zu. Er nahm stärkeren Anteil an der Gestaltung der einzelnen Hefte. Seine Ratschläge wurden von der Leitung der Zeitschrift in gleichem Maße beachtet wie seine Kritik.

---

1) Die Thesen von Gerhard Menz, daß die meisten Zeitschriften bis weit ins 18. Jahrhundert hinein im wesentlichen von einem Mann redigiert wurden; ferner, daß das Mitarbeiterwesen sich erst langsam entwickelt habe, gelte nicht für diese periodische Fachpublizistik. Vgl.: Die Zeitschrift, Ihre Entwicklung und ihre Lebensbedingen, S.15. - Der Sprung zu modernen Formen der Redaktion zeigt sich deutlich in einem Vergleich der "Oekonomischen Fama" Dithmars mit den "Leipziger Sammlungen" Zinckes.

Die häufig erstaunlich hohe Zahl von Mitarbeitern der periodischen Wirtschaftsorgane ermöglichte die Darstellung und Erörterung mannigfacher Detailfragen unter den vielfältigsten Gesichtspunkten. Auf diese Weise ist es gelungen, Fachjournale der Ökonomie und Kameralistik in Publikationen umzugestalten, die allen in der täglichen Wirtschaftspraxis tätigen Lesern - dank publizistischer Reziprozität - Rat und Hilfe gewähren und aufklärend wirken konnten. "Im Laufe des 17. und besonders des 18. Jahrhunderts werden unter dem Einfluß der Aufklärung, des Absolutismus und des Merkantilismus die theoretische und praktische Belehrung und Beratung wenigstens idealiter zu primären Aufgaben des Periodikums." [1] Mit Recht kann konstatiert werden, daß die Wirtschaftspublizistik im Zeitalter des Kameralismus solche Prinzipien weitgehend verwirklicht hat.

Die Abkehr der ökonomischen und kameralistischen Monats- und Wochenschriften von ausschließlich gelehrter Thematik und die Beachtung der Bedürfnisse ungebildeter Lesergruppen verschafften der gesamten periodischen Wirtschaftspresse erhöhte Publizität und Breitenwirkung. An ihrem Beispiel erweist sich der Nutzen der Fachzeitschrift für das 18. Jahrhundert. [2]

Bis auf wenige Ausnahmen enthielten sich die Wirtschaftszeitschriften offener Angriffe auf die Grundsätze des monarchischen Herrschafts- und Regierungssystems. Lediglich Johann Heinrich Gottlob von Justi und Friedrich Karl von Moser wagten es, in ihrer innenpolitischen Kritik gezielt Mißstände im Staat und Gesellschaft sowie Fehl-

1) Groth, Die unerkannte Kulturmacht, Bd.4, S.313
2) Um so mehr erstaunt, wie selten sich die Presseforschung mit der Genesis dieses Zeitschriftentypus beschäftigt hat. Zu einseitig richteten bisherige Darstellungen ihre Aufmerksamkeit auf die Journale der gelehrten und bürgerlichen Welt. Der Wert der periodischen Wirtschaftspublizistik für die Entwicklung des Pressewesens in der Aufklärung ist bislang völlig übersehen worden.

entscheidungen der Obrigkeit anzufechten.[1] Dadurch bereitete ihre aufklärerische Publizistik dem Wirken August Ludwig Schlözers den Weg.

Die rasche Entwicklung der Wirtschaftszeitschriften in der Epoche des Rationalismus wäre nicht denkbar gewesen ohne den wachsenden Einfluß des emporkommenden Bürgertums. Die in allen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebensbereichen vorwärts drängenden Kräfte dieser Schicht nahmen die Ideen der neuen Zeit auf und gaben sie - unter geschicktem Ausnutzen der geeigneten Kommunikationsmöglichkeiten - an eine größere Öffentlichkeit weiter."Die Aufklärung ist im Grunde die Sache der Söhne des Dritten Standes, die, mit dem Adel des Geistes ausgestattet, zu den sozial noch immer bevorzugten Ständen Zutritt haben, weil der Geist in der Gesellschaftsethik dieser Spätzeit ebenso hoch bewertet wird wie Macht und Geld. Ihre gelehrigsten Schüler sind zunächst die Regierenden gewesen, die sich wiederum ihrerseits bemühen, die Aufklärung bei den Untertanen zu verbreiten. Dadurch sind dann tatsächlich weite Schichten des Bürgertums von oben her mit den Aufklärungsideen vertraut gemacht worden ... Noch nicht sofort in der sozialen Schichtung, wohl aber im Geiste der Führung tritt ein Wandel ein; die völlige Ablösung der alten Führerschicht durch eine neue wird sich erst im 19. Jahrhundert vollziehen." [2]

Als Publizistik im Dienste der Aufklärung haben die Wirtschaftszeitschriften des 18. Jahrhunderts zu der fortschreitenden Aushöhlung der überkommenen absolutistischen Ordnung beigetragen und besonders durch das Interesse an den abseits öffentlicher Beachtung stehenden Unterschichten daran mitgewirkt, in die Epoche des Liberalismus überzuleiten.

---

1) Zum Problem der Kritik in den Zeitschriften des 18. Jahrhunderts vgl.: Everth, a.a.O., S.274
2) Leo Just, Der aufgeklärte Absolutismus. In: Handbuch der Deutschen Geschichte, Bd.2, IV.Abschnitt, S.9.

Verzeichnis der benutzten Quellen (chronologisch)

OECONOMISCHE FAMA

Von allerhand zu den Oeconomischen-Policey- und Cameral-Wissenschafften gehörigen Büchern außerlesenen Materien nützlichen Erfindungen Projecten Bedencken und andern dergleichen Sachen.

herausgegeben von: Justus Christoph Dithmar

erschienen in: Frankfurt/Oder - Leipzig 1729-33

LEIPZIGER SAMMLUNGEN

von Allerhand zum Land- und Stadt-Wirthschafftlichen, Policey-Finanz- und Cammer-Wesen dienlichen Nachrichten, Anmerckungen, Begebenheiten, Versuchen, Vorschlägen, neuen und alten Anstalten, Erfindungen, Vortheilen, Fehlern, Künsten, Wissenschafften und Schrifften, wie auch von denen in diesen so nützlichen Wissenschafften und Übungen wohlverdienten Leuten.

herausgegeben von: Georg Heinrich Zincke

erschienen in: Leipzig 1742 - 1767

SELECTA PHYSICO-OECONOMICA

Oder angenehme und nützliche Sammlungen von allerhand zur Natur-Forschung und Haushaltungs-Kunst gehörigen Begebenheiten, Erfindungen, Versuchen, Vorschlägen, und darüber gemachten Anmerckungen.

Herausgeber nicht genannt

erschienen in: Stuttgart 1749 - 1756

OECONOMISCHE NACHRICHTEN

herausgegeben von: Peter Freiherr von Hohenthal

erschienen in: Leipzig 1749 - 1763

OECONOMISCH-PHYSIKALISCHE ABHANDLUNGEN

herausgegeben von: Peter Freiherr von Hohenthal

erschienen in: Leipzig 1751 - 1763

HANNOVERISCHE GELEHRTE ANZEIGEN

herausgegeben von: Albrecht Christoph von Wüllen

erschienen in: Hannover 1750 - 1754

Fortsetzung:
NÜTZLICHE SAMMLUNGEN

herausgegeben von: Albrecht Christoph von Wüllen

erschienen in: Hannover 1755 - 1758

Fortsetzung:
HANNOVERISCHE BEITRÄGE ZUM NUTZEN UND VERGNÜGEN

herausgegen von: Albrecht Christoph von Wüllen

erschienen in: Hannover 1759 - 1763

Fortsetzung:
HANNOVERISCHES MAGAZIN,

worin kleine Abhandlungen, einzelne Gedanken, Nachrichten, Vorschläge und Erfahrungen, so die Verbesserung des Nahrungs-Standes, die Land- und Stadt-Wirthschaft, Handlung, Manufacturen und Künste, die Physik, die Sittenlehre und angenehmen Wissenschaften betreffen, gesamlet und aufbewahret sind.

herausgegeben von: Albrecht Christoph von Wüllen

erschienen in: Hannover 1763 - 1791

ALLGEMEINES MAGAZIN

der Natur, Kunst und Wissenschaften.

herausgegeben von: Johann Daniel Titius

erschienen in: Leipzig 1753 - 1767

SCHLESISCHE OECONOMISCHE SAMMLUNGEN

~~herausgegeben von:~~ ~~(Herausgeber nicht genannt)~~

erschienen in: Breslau 1754 - 1762

NEUE WAHRHEITEN

zum Vortheil der Naturkunde und des gesellschaftlichen Lebens des Menschen

herausgegeben von: Johann Heinrich Gottlob v.Justi

erschienen in: Leipzig 1754 - 1758

Fortsetzung:
FORTGESETZTE BEMÜHUNGEN

zum Vortheil der Naturkunde und des gesellschaftlichen Lebens der Menschen.

herausgegeben von: Johann Heinrich Gottlob v.Justi

erschienen in: Berlin-Stettin 1759 - 1761

GÖTTINGISCHE POLICEY-AMTS NACHRICHTEN

herausgegeben von: Johann Heinrich Gottlob v. Justi

erschienen in: Göttingen 1755 - 1757

WÖCHENTLICHE FRANKFURTISCHE ABHANDLUNGEN

zu Erweiterung der nothwendigen, brauchbaren und angenehmen Wissenschaften.

herausgegeben von: Friedrich Karl von Moser

erschienen in: Frankfurt/Main 1755 - 1756

SAMMLUNG VERSCHIEDENER SCHRIFTEN,

welche in die öconomischen, Policey- und cameral- auch andere Wissenschaften einschlagen

herausgegeben von: Daniel Gottfried Schreber

erschienen in: Halle 1755 - 1765

NEUE SAMMLUNG

verschiedener in die Cameralwissenschaften einschlagender Abhandlungen.

herausgegeben von: Daniel Gottfried Schreber

erschienen in: Bützow - Wismar 1762 - 1765

NEUE CAMERALSCHRIFTEN

herausgegeben von: Daniel Gottfried Schreber

erschienen in: Halle 1765 - 1769

PHYSIKALISCH - OEKONOMISCHE REALZEITUNG

oder gemeinnüzliche Wochenschrift, welche Das nüzlichste, zuverlässigste, angenehmste und neueste aus der Natur- und Haushaltungs-Wissenschaft, zur Beförderung des Feldbaues, der Heilungskunst, des Kameralwesens, der Policey, der Künste, Manufakturen und Handlung enthält; aus der heutigen Menge solcher Schriften zusammen gelesen, mit neuen Stükken, Versuchen und Anmerkungen versehen, jedermänniglich besonders auch den Landleuten brauchbar gemacht.

Herausgeber nicht genannt

erschienen in: Stuttgart 1755 - 1757

Fortsetzung:
PHISIKALISCH-OEKONOMISCHE AUSZÜGE

aus den neuesten und besten Schriften, die zur Naturlehre, Haushaltungskunst, Policey, Kameral- und andern damit verwandten Wissenschaften gehören, mit untermischten ganz neuen Abhandlungen und Zusäzen; durch gemeinschaftlichen Fleiß ausgearbeitet.+

Herausgeber nicht genannt

erschienen in: Stuttgart 1758 - 1770

SCHWÄBISCHE NACHRICHTEN
von
Oeconomie - Cameral - Policey-Handlungs - Manufactur- Mechanischen- und Bergwercks-Sachen.

herausgegeben von: Johann Jakob Moser

erschienen in: Stuttgart 1756 - 1757

DER PHYSIKALISCHE UND OEKONOMISCHE PATRIOT.

Oder Bemerkungen und Nachrichten aus der Naturhistorie, der allgemeinen Haushaltungskunst und der Handlungswissenschaft.

herausgegeben von: Johann August Unzer

erschienen in: Hamburg 1756 - 1758

DER WIRTH UND DIE WIRTHIN .

eine oekonomische und moralische Wochenschrift

herausgegeben von: Herausgeber nicht genannt

erschienen in: Braunschweig - Hildesheim 1757

CARLSRUHER NÜZLICHE SAMMLUNGEN

oder Abhandlungen aus allen Theilen derer Wissenschaften, besonders dem Staats- und Lehnrechte, denen Geschichten, der Naturlehre, dem Policei-Cameral-Handlungs- und Fabrikwesen, wie auch der Haus- und Landwirthschaft

Herausgeber nicht genannt

erschienen in: Carlsruhe 1758

NÜTZLICHE BEYTRÄGE ZU DEN STRELITZISCHEN ANZEIGEN

herausgegeben von: J.W.F. von Krohne

erschienen in: Neubrandenburg 1765 - 1768

BERLINISCHES MAGAZIN

oder gesammlete Schriften und Nachrichten für die Liebhaber der Arzneywissenschaft, Naturgeschichte und der angenehmen Wissenschaften überhaupt.

herausgegeben von: F.H.W.Martini

erschienen in: Berlin 1765 - 1769

GEMEINNÜTZLICHER VORRATH AUSERLESENER AUFSÄTZE

zur Beförderung der Haushaltungswissenschaft, Künste, Manufakturen und Fabriken; wie auch der Arzneygelahrtheit und Naturkunde.

herausgegeben von: D.Joh. Georg Krünitz

erschienen in: Leipzig 1767 - 1768

WIENERISCHE OECONOMISCHE SAMMLUNGEN +

Nützliche Nachrichten und Abhandlungen das Oekonomie- und Commerzwesen betreffend

herausgegeben von: Johann Thomas Edler von Trattnern

erschienen in: Wien 1767 - 1769

LANDWIRTHSCHAFTLICHE ERFAHRUNGEN ZUM BESTEN DES LANDMANNES.

Eine Wochenschrift

herausgegeben von: Johann Hinrich Pratje

erschienen in: Altona-Lübeck 1768 - 1769

BERLINISCHE SAMMLUNGEN

zur Beförderung der Arzneywissenschaft, der Naturgeschichte, der Haushaltungskunst, Cameralwissenschaft und der dahin einschlagenden Litteratur.

Herausgeber nicht genannt

erschienen in: Berlin 1768 - 1779

DAS NEUE ALLGEMEINE HARZMAGAZIN

oeconomischer, moralischer, zur Policey, Staatswirtschaft und Staatskunst, wie auch Naturgeschichte gehörigen nüzlichen Wahrheiten, Anmerkungen und Nachrichten.

Herausgeber nicht genannt

erschienen in: Blankenburg 1768 - 1771

WITTENBERGISCHES WOCHENBLATT

zum Aufnehmen der Naturkunde und des ökonomischen Gewerbes

herausgegeben von: Johann Daniel Titius

erschienen in: Wittenberg 1768 - 1792

(ab Jahrgang 1782 Titel:)

NÜTZLICHE SAMMLUNG

von Aufsätzen und Wahrnehmungen über die Witterungen, die Haushaltungskunde, das Gewerbe, die Naturkenntniß, Polizey, und andere damit verknüpfte Wissenschaften, welche die Fortsetzung des Wittenbergschen Wochenblattes ausmachen.

LAUSITZISCHES MAGAZIN

oder Sammlung verschiedener Abhandlungen und Nachrichten zum Behuf der Natur-Kunst-Welt- und Vaterlands-Geschichte, der Sitten und der schönen Wissenschaften.

herausgegeben von: Karl Gottlob Dietmann

erschienen in: Görlitz 1768 - 1792

OEKONOMISCHE BEYTRAGE

zur Beförderung des bürgerlichen Wohlstandes

herausgegeben ~~laut: Gesamt-Katalog~~ v/m: Johann Kaspar Schiller

erschienen in: Stuttgart 1769

SCHRIFTEN DER LEIPZIGER OEKONOMISCHEN SOCIETÄT

Einzelherausgeber nicht genannt

erschienen in: Dresden 1771 - 1790

DER PREUSISCHE SAMMLER,

eine Wochenschrift

herausgegeben von: Friedrich Samuel Bock

erschienen in: Königsberg 1773 - 1774

HESSEN-DARMSTÄDTISCHES MAGAZIN

worinnen Kleine ökonomische Abhandlungen, einzelnen Gedanken, Nachrichten, Vorschläge und Erfahrungen, die Verbesserung des Nahrungsstandes, Verordnungen, die Land- und Stadtwirthschaft, Handlung, Manufacturen und Künste, die Physik, die Sittenlehre und angenehmen Wissenschaften betreffen, befindlich sind.

Herausgeber nicht genannt

erschienen in: Frankfurt/Main - Leipzig 1778

(d.i. Sammlung der "Hessischen Intelligenzblätter" von den Jahren 1772 - 1775)

OEKONOMISCHE HEFTE

oder Sammlung von Nachrichten, Erfahrungen und Beobachtungen für den Land- und Stadtwirth

herausgegeben von: F.G.Leonhardi (ab 1797 Johann Christian Hoffmann)

erschienen in: Leipzig 1792 - 1800

Literaturverzeichnis

Abel, Wilhelm: Geschichte der deutschen Landwirtschaft vom frühen Mittelalter bis zum 19.Jahrhundert. Stuttgart 1962 (=Deutsche Agrargeschichte,herausgegeben von Günther Franz, Band II)

ders.: Die drei Epochen der deutschen Agrargeschichte. Hannover 1962.

ders.: Agrarkrisen und Agrarkonjunktur, Eine Geschichte der Land- und Ernährungswirtschaft Mitteleuropas seit dem hohen Mittelalter, 2.Aufl., Hamburg-Berlin 1966.

Bechtel, Heinrich: Wirtschaftsgeschichte Deutschlands vom 16. bis 18. Jahrhundert. München 1952.

Bog, Ingomar: Der Reichsmerkantilismus, Studien zur Wirtschaftspolitik des Heiligen Römischen Reiches im 17. und 18. Jahrhundert, Stuttgart 1959.

Carlsson, Anni: Die deutsche Buchkritik. Band I: Von den Anfängen bis 1850. Stuttgart 1963.

Dahrendorf, Ralf: Industrie- und Betriebssoziologie, 3.Aufl. Berlin 1965 (=Sammlung Göschen Band 103).

Everth, Erich: Die Öffentlichkeit in der Außenpolitik von Karl V. bis Napoleon. Jena 1931.

Frensdorff, Ferdinand: Über das Leben und die Schriften des Nationalökonomen J.H.G. von Justi, Göttingen 1903 (Aus den Nachrichten der Königl. Gesellschaft der Wissenschaften zu Göttingen, Phil.-historische Klasse 1903, Heft 4).

Fürst, Friederike: August Ludwig Schlözer, Ein deutscher Aufklärer im 18. Jahrhundert, Heidelberg 1928.

Gerloff, A.Wolfgang: Staatstheorie und Staatspraxis des kameralistischen Verwaltungsstaates. Breslau 1937.

Groth, Otto: Die Zeitung, Ein System der Zeitungskunde (Journalistik) 4 Bde. Mannheim - Berlin - Leipzig 1928-1930.

Groth, Otto: Geschichte der deutschen Zeitungswissenschaft, Probleme und Methoden, München 1948.

ders.: Die unerkannte Kulturmacht, Grundlegung der Zeitungswissenschaft (Periodik). Bd. 1-6, Berlin 1960-1966.

Haacke, Wilmont: Die Zeitschrift - Schrift der Zeit. Essen 1961.

ders.: Publizistik - Elemente und Probleme. Essen 1962.

ders.: Die politische Zeitschrift (1665-1965), Band I, Stuttgart 1968.

ders.: Publizistik - Handwerk oder Kunst? In: Publizistik, 6.Jg. 1961, Heft 1, S.3-7.

ders.: Meinungsbildung durch Unterhaltung. In: Publizistik, 6.Jg. 1961 Heft 5/6, S.338-354.

ders.: Die Geschichte unseres Kalenders. In: Die Feder, 14.Jg. 1966 Heft 2, S.14-15.

ders.: Genesis und Stil des "Magazins". In: Publizistik, 11.Jg. 1966, Heft 3/4, S.235-247.

ders.: Zeitschrift und Zeitschriftsteller. In: Publikation 17.Jg. 1967 Nr.6, S.4-6.

ders.: Die Zeitschrift als kulturpolitisches Organ. In: Archiv für Druck-Technik 104.Jg. Okt. 1967, S.70-76.

Hagemann, Walter: Grundzüge der Publizistik, Münster 1947.

ders.: Die deutsche Zeitschrift der Gegenwart. Eine Untersuchung des Instituts für Publizistik der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Münster 1957.

Handbuch der deutschen Geschichte. Neu herausgegeben von Leo Just. Band 2: Deutsche Geschichte vom Zeitalter der Reformation bis zum Tode Friedrichs des Großen. Konstanz 1956.

Handbuch der Zeitungswissenschaft, herausgegeben von Walther Heide, bearbeitet von Ernst Herbert Lehmann, Bd. I-II. Leipzig 1940-1942.

Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, zugleich Neuauflage des Handwörterbuchs der Staatswissenschaften. Herausgegeben von Erwin von Beckerath, Friedrich Lütge u.a. 1956 ff. Stuttgart - Tübingen-Göttingen

Handwörterbuch der Staatswissenschaften. Herausgegeben von J.Conrad u.a. 2.Auflage, 7.Band, Jena 1901.

Hatzig, Otto: Justus Möser als Staatsmann und Publizist, Hannover 1909.

Haussherr, Hans: Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit vom Ende des 14. bis zur Höhe des 19. Jahrhunderts. 3.Aufl. Köln-Graz 1960.

Heckscher, Eli F.: Der Merkantilismus.2.Band, Jena 1932.

Hübner, Johann: Reales Staats-Zeitungs-und Conversations-Lexicon. Regensburg 1748.

Kirchner, Joachim: Die Grundlagen des deutschen Zeitschriftenwesens, Teil I-II, Leipzig 1928-1931.

ders.: Das deutsche Zeitschriftenwesen, Seine Geschichte und seine Probleme, Teil I-II, Wiesbaden 1958-1962.

Krumbach, Josef H.: Grundfragen der Publizistik. Die Wesenselemente des publizistischen Prozesses, Seine Mittel und Ergebnisse. Berlin-Leipzig 1935.

Lehmann, Ernst Herbert: Einführung in die Zeitschriftenkunde, Leipzig 1936.

Lütge, Friedrich: Deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Ein Überblick. Berlin-Heidelberg-New York 1966.

Maletzke, Gerhard: Psychologie der Massenkommunikation. Theorie und Systematik. Hamburg 1963.

Max, Hubert: Wesen und Gestalt der politischen Zeitschrift. Ein Beitrag zur Geschichte des politischen Erziehungsprozesses des deutschen Volkes bis zu den Karlsbader Beschlüssen. Essen 1942. (=Pressestudien, herausgegeben von Hubert Max, Reihe A, Band 1).

Menz, Gerhard: Die Zeitschrift. Ihre Entwicklung und ihre Lebensbedingungen. Eine wirtschaftsgeschichtliche Studie. Stuttgart 1928.

ders.: Die Zeitschrift als Führungsmittel, Leipzig 1935 (=Gestalten und Erscheinungen der politischen Publizistik Heft 4).

Pross, Harry: Moral der Massenmedien. Prolegomena zu einer Theorie der Publizistik. Köln-Berlin 1967.

Prutz, Robert E.: Geschichte des deutschen Journalismus. Zum ersten Male vollständig aus den Quellen gearbeitet. 1.Teil Hannover 1845.

Remer, Justus: Johann Heinrich Gottlob Justi - Ein deutscher Volkswirt des 18. Jahrhunderts. Stuttgart - Berlin 1938. (=Deutsche Wirtschaftswissenschaftliche Gesellschaft, Vorträge und Abhandlungen, herausgegeben von Karl Bräuer, Leipzig, Heft 3).

Rohr, Julius Bernhard von: Einleitung zur Staats-Klugheit, Oder: Vorstellung Wie Christliche und weise Regenten zur Beförderung ihrer eigenen und ihres Landes Glückseeligkeit Ihre Unterthanen Zu beherrschen pflegen. Leipzig 1718.

Roscher, Wilhelm: Geschichte der National-Oekonomik in Deutschland, München 1874 (=Geschichte der Wissenschaften in Deutschland, Neuere Zeit, 14.Band).

Salin, Edgar: Politische Ökonomie. Geschichte der wirtschaftspolitischen Ideen von Platon bis zur Gegenwart. 5.Auflage, Tübingen-Zürich 1967.

Salomon, Ludwig: Geschichte des Deutschen Zeitungswesens von den ersten Anfängen bis zur Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches. Band I-III, Oldenburg-Leipzig 1900-1906.

Schneider, Franz: Pressefreiheit und politische Öffentlichkeit. Studien zur politischen Geschichte Deutschlands bis 1848. Neuwied-Berlin 1966 (=POLITICA, Abhandlungen und Texte zur politischen Wissenschaft. Herausgegeben von Wilhelm Hennis und Hans Maier, Bd.24).

Schöne, Walter: Zeitungswesen und Statistik. Eine Untersuchung über den Einfluß der periodischen Presse auf die Entstehung und Entwicklung der staatswissenschaftlichen Literatur, speziell der Statistik. Jena 1924.

Schottenloher, Karl: Flugblatt und Zeitung. Ein Wegweiser durch das gedruckte Tagesschrifttum. Berlin 1922 (=Bibliothek für Kunst- und Antiquitätensammler Band XXI).

Seraphim, Peter-Heinz: Deutsche Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Von der Frühzeit bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges. Wiesbaden 1962.

Sieveking, Heinrich: Wirtschaftsgeschichte, Berlin 1935.

Sombart, Werner: Der moderne Kapitalismus, Historisch-Systematische Darstellung des Gesamteuropäischen Wirtschaftslebens von seinen Anfängen bis zur Gegenwart. 1.Band, 6.Aufl. München-Leipzig 1924.

Staatslexikon. Herausgegeben von Hermann Sacher.V.Band. Freiburg 1932.

Stieler, Caspar von: Zeitungs Lust und Nutz. Hamburg 1697.

Tautscher, Anton: Staatswirtschaftslehre des Kameralismus. Bern 1947.

Traub, Hans: Grundbegriffe des Zeitungswesens. Kritische Einführung in die Methode der Zeitungswissenschaft. Stuttgart 1933.

Treue, Wilhelm: Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit. Im Zeitalter der Industriellen Revolution 1700 - 1960. Stuttgart 1962.

Valjavec, Fritz: Die Entstehung der politischen Strömungen in Deutschland 1770 - 1815. München 1951.

Walb, Ernst: Kameralwissenschaften und vergleichende Betriebswirtschaftslehre. Kölner Universitätsreden 18. Köln 1927.

Weber, Max: Wirtschaftsgeschichte - Abriß der universalen Sozialen- und Wirtschaftsgeschichte. Aus den nachgelassenen Vorlesungen herausgegeben von S.Hellmann und M.Palyi. 3.Auflage, Berlin 1958.

Wiercinski, Hugo: Die Kameralisten des 18. Jahrhunderts. Rechts- und Staatswiss. Diss. Breslau 1922.

Wuttke, Heinrich: Die deutschen Zeitschriften und die Entstehung der öffentlichen Meinung. Ein Beitrag zur Geschichte des Zeitungswesens. Hamburg 1866.

Zielenziger, Kurt: Die alten deutschen Kameralisten. Ein Beitrag zur Geschichte der Nationalökonomie und zum Problem des Merkantilismus. Jena 1914.

Zincke, Georg Heinrich: Allgemeines Oeconomisches Lexicon, 2.vermehrte und verbesserte Auflage, Leipzig 1744.

Zscherneck, Gertrud: Die Entwicklung der wirtschaftswissenschaftlichen Zeitschrift bis 1913. Diss. der Wirtschafts- und Sozialwiss. Fak. Leipzig 1950.

Lebenslauf

Am 8. August 1933 wurde ich in Schwedt/Oder geboren.
Die Hochschulreife erwarb ich im Jahre 1952 an der Bismarck-Schule in Hannover. Anschließend studierte ich an der Universität Göttingen Neuere Sprachen (Englisch, Französisch, Russisch), Philosophie und Pädagogik.
Im Sommersemester 1957 legte ich das Staatsexamen in Englisch und Französisch ab, 1963 in Russisch. 1959 beendete ich die Ausbildung für das Lehramt an höheren Schulen.
Im Jahre 1962 wurde ich in Göttingen zum Dr.phil. promoviert.
Vom Wintersemester 1959/60 studierte ich - mit Unterbrechung - Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (ein Semester an der Technischen Hochschule Hannover, dann an der Universität Göttingen; Schwerpunkte: Publizistik, Soziologie, Politik), ferner Sinologie (moderne Umgangssprache).
Seit dem 1. November 1965 bin ich als planmäßiger wissenschaftlicher Assistent am Institut für Publizistik der Universität Göttingen tätig.

Göttingen, Mai 1968

Hansjürgen Koschwitz